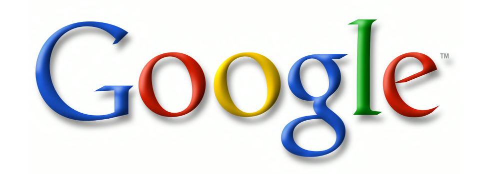


This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`



Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Köln a. Rh.

vom 22. bis 28. Oktober 1893.

Berlin 1893.

Verlag der Expedition des „Vorwärts" Berliner Volksblatt

(Th. Glocke).

Digitized by Google

HX
271
.A4
1893

Digitized by Google



Programm

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwickelung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwickelung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwickelung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der

Digitized by Google

Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privat eigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Digitized by Google

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Ange-

Digitized by Google

klagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstags.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.


Digitized by Google

Organisation
der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
beschlossen auf dem Parteitag zu Halle 1890.

---

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen die Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und dem Parteitage zu.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstagswahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteiinteressen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Parteileitung mitzutheilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen umgehend eine Neuwahl vorzunehmen und davon entsprechend § 4 Absatz 2 der Parteileitung Mittheilung zu machen.

§ 6. Da, wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Digitized by Google

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat die Parteileitung mit der Reichstagsvertretung hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens sechs Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens drei Mal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei der Parteileitung einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

1. Die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.
2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. Die Mitglieder der Parteileitung.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme des Berichts über die Geschäftsthätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Thätigkeit der Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl der Parteileitung.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. durch die Parteileitung;
2. auf Antrag der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen.

Digitized by Google

Falls die Parteileitung sich weigert, einem Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitags stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstags-Fraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitags ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitags muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitags im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselbe Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Parteileitung.

§ 13. Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer und 7 Kontrolleuren.

Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel.

Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Konstituirung vorzunehmen und dieselbe im offiziellen Parteiorgan bekannt zu machen.

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

§ 14. Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrollirt die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Thätigkeit Bericht.

§ 16. Scheidet einer der Vorsitzenden, Schriftführer oder der Kassirer aus, so ist die Vakanz durch eine von den Kontrolleuren vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Partei-Organ.

§ 17. Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt" bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

„Vorwärts"
Berliner Volksblatt
Central-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

Digitized by Google

Abänderung der Organisation.

§ 18. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens 3/4 der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.


Digitized by Google

Tagesordnung des Parteitages.

Montag, den 23. Oktober und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter: J. Auer.
2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: H. Meister.
3. Parteipresse und Agitation mit besonderer Berücksichtigung der Landagitation.
4. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: Paul Singer.
5. Maifeier 1894. Berichterstatter: W. Liebknecht.
6. Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Unterstützung durch die Parteigenossen. Berichterstatter: Legien und J. Auer.
7. Antisemitismus und Sozialdemokratie. Berichterstatter: A. Bebel.
8. Anträge zu Programm und Organisation.
9. Das allgemeine Wahlrecht und die Wahlrechte zu den Landtagen. Berichterstatter: A. Bebel.
10. Wahl der Parteileitung und Bestimmung des Ortes, wo sie ihren Sitz zu nehmen hat.

Sitzungszeit des Parteitages: Vorm. 9—1 Uhr, Nachm. 3—7 Uhr.

Digitized by Google

Bureau des Parteitages:

Vorsitzende:

Fell, Leipzig. — Singer, Berlin.

Schriftführer:

Antrick, Berlin.
Fischer, Hamburg.
Grauer, Berlin.
Hofrichter, Köln.
Oertel, Nürnberg.
Ströbel, Kiel.

Mandat-Prüfungs-Kommission:

Bamberger, Berlin.
Dahlen, Halberstadt.
Erdbeer, Rostock.
Kuntze, Stettin.
Wetzker, Dresden.
Metzner, Berlin.
Schmidt, Frkf. a. M.

Siebener-Kommission:

Geck, Offenburg.
Gerisch, Berlin.
Gewehr, Elberfeld.
Klees, Magdeburg.
Stolten, Hamburg.
Lehmann, Dortmund.
Stadthagen, Berlin.

Digitized by Google

Vorlagen an den Parteitag.

Anträge.

Zur Tagesordnung.

1. Die Parteigenossen des 1., 3., 5. und 6. Berliner und des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg: Auf die Tagesordnung nachstehenden Punkt zur Verhandlung zu setzen: „Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Unterstützung durch die Parteigenossen.“ Gleichzeitig dem Parteitage anheim zu geben, als Referenten für den oben angeführten Punkt der Tagesordnung den Genossen Max Schippel zu bestimmen.

2. Parteigenossen des Wahlkreises Naumburg-Zeitz: Punkt 8 der provisorischen Tagesordnung als Punkt 3 zu setzen, und das Gleiche mit Ziffer 6 des 2. Theils (Religion ist Privatsache) des Programms zu thun.

3. Parteigenossen des 12. und 13. Sächsischen Wahlkreises: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Wie kann das Koalitionsrecht in Deutschland gewahrt und ausgebaut werden?“

4. Parteigenossen in Altona, Bielefeld und Nieder-Barnim: „Die Gewerkschaftsbewegung und die Stellung der Partei zu derselben“ auf die Tagesordnung zu setzen.

Programm.

5. Parteigenossen in Lübeck: Das Parteiprogramm ist dadurch einfacher zu gestalten, daß in demselben die Fremdwörter so viel wie möglich durch deutsche Worte ersetzt werden.

6. Parteigenossen in Höchst a. M., Zeitz-Weißenfels und der Parteigenosse C. Scholz-Berlin: Im II. Theil, Ziffer 6, den Punkt „Religion ist Privatsache“ zu streichen und dafür zu setzen: „Die Religion und deren Lehren sind überall dort zu bekämpfen, wo dieselben dem Fortschritt der Wissenschaft entgegentreten, oder

Digitized by Google

die nach Erlösung aus wirthschaftlicher und politischer Knechtschaft ringende Menschheit an der Erreichung dieses Zieles zu hindern suchen."

7. Parteigenossen in Solingen und Rheydt: Punkt 6 des Erfurter Parteiprogramms: „Erklärung der Religion zur Privatsache" wird gestrichen. An dessen Stelle soll es heißen: Punkt 6: „Die Sozialdemokratie ist eine politisch-wirthschaftliche Partei und hat als solche mit religiösen Fragen nichts gemein. Sie bekämpft jedoch aufs Entschiedenste die Vertreter der verschiedensten Religionsgemeinschaften, wo ihre Lehren sich dem Emanzipationskampfe des Proletariats entgegenstellen."

8. Parteigenosse Paul-König-Berlin: Der Parteivorstand wird beauftragt, den ersten, prinzipiellen Theil des Parteiprogramms einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und für eine bessere, womöglich unantastbare Fassung zu sorgen.

9. Parteigenossen in Bingst: 2. Theil, Punkt 1, Schluß, folgende Fassung zu geben: „Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte, außer im Falle der Entmündigung und der Bestrafung wegen schwerer, roher und gemeiner Verbrechen."

10. Parteigenosse P. J. Cremer-Oggersheim: Im II. Theil, Ziffer 6 den Punkt: „Religion ist Privatsache" zu streichen.

Organisation.

Parteitag.

11. Parteigenossen des 2., 3. und 4. Berliner Wahlkreises, die Parteigenossen des pommerschen Parteitages in Stettin und die Parteigenossen von Höchst a. M.: Der alljährliche Parteitag ist in Zukunft nur in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr zu berufen.

12. Parteigenossen in Brüssel: Die Kongresse als die Zahl der Deligirten sind zu beschränken. Die bei Kongressen üblichen Festlichkeiten haben zu unterbleiben.

13. Parteigenossen in Düsseldorf: Die Landes-Parteitage sollen nur alle zwei Jahre stattfinden. Außerordentliche Parteitage sind nur zulässig nach einer stattgehabten Reichstagswahl, oder wenn die Nothwendigkeit eines solchen entweder vom Parteivorstand oder mindestens 25 Wahlkreisen ausgesprochen ist.

14. Parteigenossen in Elberfeld: Die §§ 7 und 8 der Parteiorganisation dahin abzuändern: § 7. **Alle zwei Jahre** findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist u. s. w. § 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens **6** Wochen

Digitized by Google

vor dem Termin der Abhaltung desselben erfolgen, sofern nicht außerordentliche Verhältnisse dies unmöglich machen u. s. w."

15. Parteigenossen in Barmen: 1. Alle Anträge zum Parteitage sind bis zum 15. August beim Vorstande einzureichen. 2. Das Geschäftsjahr schließt mit dem 31. August und sind der Rechenschaftsbericht und sämmtliche Anträge zur Kenntniß der Genossen zu bringen.

16. Die Kreiskonferenz der Genossen des Delitzsch-Bitterfelder Wahlkreises: Dem § 9 Abs. 1 des Organisations-Statuts folgende Fassung zu geben: „Die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als eine Person vertreten sein darf." Abs. 2 und 3 wie bisher. Abs. 4: „Der Parteitag setzt die Diäten für die Theilnehmer fest und sind erstere aus der Parteikasse auszuzahlen. Jedoch ist jeder Wahlkreis verpflichtet, nach Maßgabe der bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen zur Deckung der durch den Parteitag erwachsenden Kosten beizutragen."

17. Parteigenossen in Bochum, Frankfurt a. M., Wiesbaden und Breslau: Den nächsten Parteitag in den benannten Städten abzuhalten.

18. Parteigenossen in Hornberg i. B.: Es soll nur alle zwei Jahre ein allgemeiner Parteitag, dagegen alljährlich Landes- oder Provinzialtage abgehalten werden. Der nächste allgemeine Parteitag soll in Süddeutschland, womöglich in Baden, abgehalten werden.

19. Parteigenossen in Bielefeld: Zu § 13, Abs. 2 des Organisationsplans ist hinter Parteileitung einzuschalten: „und des Chefredakteurs des Zentral-Organs der Sozialdemokratischen Partei."

Parteibeamten.

20. Parteigenossen in Ostrowo: Hinter § 13 des Organisations-Statuts folgenden Paragraphen 13a einzuschalten: „Nach Ablauf der Aemter der Vorsitzenden, Schiftführer und des Kassirers dürfen höchstens drei von den mit diesen Aemtern betraut gewesenen Parteigenossen in die neue Parteileitung gewählt werden. Kein Parteigenosse darf dem Parteivorstand ohne Unterbrechung länger als 2 aufeinander folgende Jahre hindurch angehören. Von den 5 für ein Geschäftsjahr mit den Aemtern der Vorsitzenden, Schriftführer oder des Kassirers betrauten Parteigenossen dürfen nicht mehr als 3 in einem anderen Geschäftsjahr in die Parteileitung gewählt werden. Von den 7 Kontrolleuren dürfen nach Ablauf eines Geschäftsjahres nicht mehr als 4 wiedergewählt werden. Kein Parteigenosse darf das Amt eines Kontrolleurs ohne Unter-

Digitized by Google

brechung länger als 2 aufeinanderfolgende Jahre hindurch innehaben.

21. Parteigenossen in Höchst a. M. und Bernau: Zu Orts- oder Kreisvertrauensmännern dürfen nur solche Personen bestimmt werden, welche gewerkschaftlich und politisch organisirt sind.

22. Parteigenossen in Hornberg i. B.: Den Vertrauensmännern der Partei resp. den Wahlvereins-Vorständen ein Exemplar des Zentral-Organs „Vorwärts" gratis auf allgemeine Parteikosten zuzustellen.

Schiedsgerichte.

23. Parteigenossen der Humboldt-Kolonie Köln-Deutz: Der Parteitag wird ersucht, die Bildung von Schiedsgerichten, bestehend aus dem Vertrauensmann und sechs Parteigenossen, für jeden Wahlkreis zu beschließen, zur Schlichtung persönlicher Differenzen. Die Wahl der Schiedsrichter ist in öffentlicher Versammlung vorzunehmen auf die Dauer von 1 Jahr.

Allgemeines.

24. Parteigenosse Friedr. Hoffmann-Berlin: Die Wahlvereine sollen es ihren Mitgliedern zur Pflicht machen, der Gewerkschaft anzugehören, wie dies umgekehrt auch von den Gewerkschaften erwartet wird. Gesangvereine, Diskutirklubs und sonstige proletarische Vereine sollen als Unterabtheilungen, ohne Erhebung von Extrabeiträgen, in die Wahlvereine verlegt werden.

25. Agitations-Kommission für Schlesien und Posen:

1. In allen Provinzen und Landestheilen mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung sind Agitations-Komitees zu wählen, deren Aufgabe es ist, die Bewegung im Allgemeinen, sowie ganz besonders in denjenigen Kreisen in zweckentsprechender Weise zu fördern, wo bisher die Partei nur vereinzelte Anhänger hat. Die Wahl der Kommissionen hat auf den Provinzial- und Landes-Parteitagen zu erfolgen.

2. Die Kommissionen haben alljährlich dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Im Bericht sind anzuführen: a) die Durchschnittslöhne der Dienstboten, Tagelöhner und Frauen, die gezahlt werden in einzelnen Kreisen; b) die Natural- und sonstigen Leistungen an das Gesinde und c) die Schlafstellen- und Wohnungszustände der Dienstboten, Tagelöhner und Häusler.

3. Der Parteivorstand ist verpflichtet, auf Antrag der Kommissionen dieselben materiell zu unterstützen. Unterstützungs-Anträge müssen von den Vertrauenspersonen derjenigen Orte, wo die Kommissionen ihren Sitz haben, begutachtet und befürwortet sein.

Digitized by Google

26. Parteigenossen in **Rheydt**: In Partei-Versammlungen haben nur Diejenigen Wort und Stimme, welche durch Karten oder sonstige Erkennungszeichen sich als Parteigenossen legitimiren.

27. Parteigenosse R. Halfter-**Berlin**: Im Organisations-Statut § 2, 3. Abs. hinter „Betroffenen", die Worte „und jeden Parteigenossen" einschalten und dem § 17 des Organisations-Statuts folgenden Zusatz zu geben: „Der Parteitag setzt für die Redakteure ein Maximalgehalt fest."

28. Parteigenossen des 11. **Sächsischen Wahlkreises**: Von den einzelnen Agitationsbezirken sollen in Zukunft schriftliche Uebersichten über Stand, Thätigkeit, Fortschritte und sonstige wichtige Verhältnisse der Partei in den betr. Bezirken an das Bureau des Parteitages eingesendet und das Wichtigste aus diesen Uebersichten soll in den Protokollen der Parteitage entsprechend zusammengestellt werden.

Presse.

Zentral-Organ.

29. Parteigenossen des 4. **Berliner** und des **Teltow-Beeskower Wahlkreises**:

Die alljährlich beim „**Vorwärts**" erzielten große Ueberschüsse künftig zum Theil zur Bereicherung des Inhalts, insbesondere durch Verstärkung des Redaktionspersonals zu verwenden, damit der „Vorwärts" seiner Aufgabe, der Partei als Agitationsmittel und den sozialdemokratischen Provinzialpressen als Materialquelle zu dienen, in besserer Weise genügen kann, als das bisher möglich war.

30. Parteigenossen von **Halle a. S.**: Der „Vorwärts" möge die Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamts für Unfälle, sowie auch die amtlichen Rundschreiben des Reichs-Versicherungsamts, soweit sie Arbeiter angehen, zur Kenntniß der Parteigenossen bringen.

31. Parteigenosse P. J. Cremer in **Oggersheim**: Der „Vorwärts" als Zentral-Organ soll über den Stand der Parteipresse, speziell über den Abonnentenstand der verschiedenen Arbeiterblätter, jeweils vierteljährlich berichten und etwaige Ab- oder Zunahme anführen.

Wochenblatt.

32. Parteigenossen in **Brüssel**, **Leipzig** (Stadt und Land), der Kommunistische Arbeiter-Bildungs-Verein in **London**, die Genossen in **Elberfeld** und des 1. **Berliner Wahlkreises**: Daß neben dem „Vorwärts" noch ein wöchentlich einmal er-

Digitized by Google

scheinendes Zentral-Organ der Sozialdemokratischen Partei herausgegeben wird.

33. Parteigenossen in Hannover: Von der Gründung eines wöchentlich erscheinenden Zentralblattes Abstand zu nehmen.

34. Parteigenossen in Achim und Krefeld: Eine Wochenausgabe des „Vorwärts" herausgeben zu wollen mit dem Titel „Der Sozialdemokrat".

35. Parteigenosse König-Berlin: Zur Ergänzung des „Vorwärts" allwöchentlich eine Beilage herauszugeben (Mitte der Woche), welche im Gegensatz zu den meist die Tagesfragen behandelnden Leitartikeln und anderen politischen Beiträgen des Hauptblattes sich befaßt mit allgemein nothwendiger Aufklärung über soziale Theorien, Parteiprinzipien, über die Grundsätze und Forderungen der Sozialisten, wissenschaftliche Abhandlungen, Besprechung der zugehörigen Literatur 2c. Eine Preiserhöhung des Gesammtblattes soll hierbei ausgeschlossen sein durch Aufgabe etwaigen Ueberschusses oder durch Zuschuß aus der Parteikasse.

36. Parteigenossen von Altona, Mühlburg bei Karlsruhe, Harburg und des 2. Hamburger Wahlkreises: Vom 1. Januar 1894 ab ein wöchentlich einmal erscheinendes Zentral-Organ neben dem „Vorwärts" herauszugeben.

37. Die Parteigenossen des 5. Sächs. Reichstagswahlkreises: In Zukunft eine Wochenausgabe des „Vorwärts", unter Weglassung des lokalen Theils von Berlin, herauszugeben.

Unterhaltungsliteratur.

38. Parteigenossen in Köln: In der Haltung des Unterhaltungsblattes „Die Neue Welt" soll eine Besserung eintreten; besonders auch dadurch, daß die Illustrationen mehr dem Charakter eines Parteiblattes angepaßt werden.

39. Parteigenossen in Bremerhaven und Umgegend: Herausgabe eines wöchentlich erscheinenden Familienblattes.

Korrespondenz-Bureau.

40. Parteigenossen in Breslau: Ein Korrespondenz- und Telegraphen-Bureau zu errichten.

Flugblätter.

41. Parteigenossen in Hannover, Baden-Baden, Wandsbeck: Das Partei-Programm nebst einem Vorwort zur Begründung desselben als Flugblatt in ganz Deutschland zu verbreiten, respektive

Digitized by Google

den Genossen der einzelnen Orte dasselbe unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

42. Parteigenossen in Wriezen: Dem Parteiprogramm eine populär-wissenschaftlich gehaltene Abhandlung über die Agrarfrage beizugeben und als Flugblatt in ländlichen Kreisen zu verbreiten.

43. Parteikonferenz in Hanau: Die sozialdemokratische Fraktion soll nach Genehmigung der neuen Steuern, sowie überhaupt bei jeder anderen passenden Gelegenheit ein Flugblatt herausgeben, worin dem Volke gezeigt wird, wer die Gesammtlasten zu tragen hat und wie die gewählten Vertreter der herrschenden Gesellschaft das Recht des Volkes mit Füßen treten.

44. Parteigenossen in Lübeck: Die Reichstags-Fraktion der Sozialdemokratischen Partei soll am Schlusse einer jeden Reichstagssession eine Broschüre veröffentlichen, welche Gesetze, die geschaffen sind, vom sozialdemokratischen Standpunkt beleuchtet und insonderheit die Namen derjenigen Abgeordneten bekannt giebt, welche volksfeindlichen Beschlüssen zugestimmt haben.

45. Parteigenossen in Düsseldorf: Der Parteivorstand oder die Fraktion haben in möglichst regelmäßigen Zwischenpausen Flugblätter mit ihrer Namensunterschrift herstellen zu lassen, welche den Charakter einer öffentlichen Ansprache tragen, an alle uns Fernstehenden gerichtet sind und in volksthümlicher Sprache gehalten sein sollen. Die Verbreitung, welche in Masse zu geschehen hat, soll dadurch zu einer umfassenden und einheitlichen gestaltet werden, daß dieselbe von den Genossen aller Orten zu möglichst gleicher Zeit ausgeführt wird. Die Herstellungskosten des Flugblatts sind aus allgemeinen Parteimitteln zu bestreiten, sofern die einzelnen Orte nicht selbst dafür aufkommen können.

46. Parteigenossen der Humboldt-Kolonie Köln-Deutz: Es ist unter allen Umständen dafür Sorge zu tragen, daß die bekannten Genossen stets mit Partei-Literatur zur Gratisvertheilung versehen werden.

Jugend-Literatur.

47. Parteigenossen in Nieder-Barnim, Bernau und Genossen im Freidenker-Jugendbund in Hamburg: Unter allen Umständen für eine gute Jugend-Literatur Sorge zu tragen.

Lokalblätter.

48. Parteigenossen in Köln: Bei Neugründungen von Parteiblättern hat das Provinzial-Agitationskomitee in erster Linie sein Gutachten abzugeben, welches wesentlich durch Beschluß des Provinzial-Parteitages beeinflußt werden soll. Werden trotzdem

Digitized by Google

Neugründungen veranlaßt im Gegensatze zu den Ansichten des Provinzial-Agitationskomitees, so hat der Parteivorstand die Verpflichtung, etwa später nothwendig werdende Unterstützung aus der Parteikasse zu verweigern.

49. Parteigenossen in Altona: Die Organe der Partei mögen eine eigene Rubrik einrichten für alle beim Militär vorgekommenen Soldatenschindereien u. s. w. — Die Expeditionen der Parteiblätter sollen denjenigen Abonnenten, die arbeitslos werden, während ihrer Arbeitslosigkeit die Zeitungen unentgeltlich liefern.

Kontrolle.

50. Parteigenosse Friedrich Hoffmann-Berlin: Der gesammten Arbeiterpresse (der politischen wie der gewerkschaftlichen) sollen Ueberwachungs-Kommissionen, bestehend aus Mitgliedern der Wahlvereinsvorstände und der Gewerkschafts-Kommissionen, vorgesetzt werden.

Inserate.

51. Parteigenossen des Wahlkreises Bitterfeld-Delitzsch: Inserate, die geeignet sind, durch falsche Vorspiegelungen die Leser finanziell zu schädigen oder die den Interessen der Partei zuwiderlaufen, sind aus den Parteiblättern wie aus den auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaftsblättern fernzuhalten.

52. Parteigenossen in Düsseldorf: Der Parteivorstand wird beauftragt, allen Verfertigern von Gebrauchsgegenständen das Ab- und Aufdrucken von Bildnissen bekannter Parteipersönlichkeiten auf ihre Waaren strengstens zu untersagen. Sollte der Parteivorstand nicht die Macht besitzen, einen Einfluß auf die Förderer des widerlichen Personenkultus auszuüben, so soll er angehalten sein, in allen Parteiblättern eine hierauf bezughabende Erklärung zu veröffentlichen und die Verwalter der Parteiblätter anweisen, alle Annoncen, welche Gegenstände erwähnter Art anpreisen, kurz abzuweisen.

Broschüren und Protokolle.

53. Parteigenossen in Höchst a. M.: In Berücksichtigung der schlechten wirthschaftlichen Verhältnisse den Preis für das nächste Parteitagsprotokoll auf 30 Pf. festsetzen zu wollen.

54. Parteigenossen des 11. Sächsischen Reichstagswahlkreises: Die Protokolle der früheren Parteitage und Kongresse der Sozialdemokratischen Partei sollen, soweit sie vergriffen sind, in Neuauflagen gedruckt und zu möglichst billigen Preisen abgegeben werden.

Digitized by Google

55. Deutsche Parteigenossen in Basel: Broschüren, Bücher und sonstige literarische Erzeugnisse, welche im Parteiverlage oder bei parteigenössischen Verlegern erscheinen, billiger als bisher herzustellen.

56. Parteigenossen in Neumünster i. H.: Die stenographischen Berichte über die Debatten betr. den Militäretat in Separatabzügen herstellen zu lassen und diese zum Selbstkostenpreis an die Parteigenossen zur Agitation zu verabreichen.

57. Parteigenossen in Altona: Eine Person oder Kommission zu beauftragen, ein Handbuch zu schreiben, als Wegweiser durchs militärische Leben für alle jungen Leute, die Soldat werden müssen. Die Rede Bebel's (6. Punkt der prov. Tagesordnung) über den Antisemitismus soll in Broschürenform gedruckt und herausgegeben werden. Alle sozialistengesetzlich verboten gewesenen, jedoch später freigegebenen Bücher und Broschüren sind zweckentsprechend mit einem Vorwort zu versehen, in dem kurz und drastisch, so weit möglich, die Geschichte des betreffendes Buches klargelegt wird: 1. Tag des Verbots. 2. Wirkung des Verbots. 3. Darum erfolgte Ausweisungen u. s. w.

Allgemeines.

58. Parteigenosse Nestler-Magdeburg: In der Parteipresse die Fremdworte, wo es angeht, zu vermeiden, eventuell die deutsche Uebersetzung in Klammern beizufügen.

59. Parteigenosse H. Eggers-Altona: Eine Maximalgrenze für die Höhe der Gehälter der Partei-Journalisten festzusetzen und den Delegirten des Parteitages zu untersagen, Berichte über den Parteitag für Zeitungen zu schreiben.

60. Die Parteigenossen des 19. Sächsischen Wahlkreises: Es möge in Zukunft die Parteipresse in ihrem Feuilleton nicht mehr, wie bisher, mit Kriminal- und Liebesromanen den Leserkreis zu unterhalten suchen, sondern sich mehr damit zu befassen, durch Biographien berühmter, edler Menschen, welche sich um die Wohlfahrt des Volkes verdient gemacht haben, auf den Charakter des Volkes einzuwirken und die Gefühle für alles Gute und Erhabene zn wecken und zu pflegen.

61. Parteigenossen in Harburg: Soviel wie möglich in den Broschüren und der Parteiliteratur die Fremdwörter überhaupt wegzulassen.

Agitation.

62. Parteigenossen in Höchst a. M.: Bei der in Aussicht stehenden Agitation auch die Wahlkreise Weilburg-Dietz-Limburg und Dillenburg-Herborn in festen Angriff zu nehmen, da dort die Arbeiter der Berg- und Hütten-Industrie zahlreich vertreten sind.

Digitized by Google

63. Parteigenossen in Triberg: Von Zeit zu Zeit Agitationstouren durch den badischen Schwarzwald zu unternehmen und die Kosten dafür der Parteikasse zu übertragen.

64. Parteigenosse in Köln: Seitens des Parteivorstandes ist vierteljährlich eine Liste sämmtlicher Vertrauenspersonen resp. deren Adressen als Beilage zum „Vorwärts" herauszugeben.

65. Parteigenosse Eckwerth in Rostock: Der Parteitag möge die Agitations-Kommission von „Lübeck und den beiden Mecklenburg" auffordern, einmal Bericht zu erstatten, was sie zur Verbreitung unserer Ideen und zur Aufklärung der Arbeiter seit ihrem Bestehen gethan hat.

66. Parteigenossen des 1. Berliner Reichtags-Wahlkreises: Die politisch wie gewerkschaftlich organisirten Genossen müssen sich voll und ganz der Agitation zur Verfügung stellen und sollen nicht durch Zugehörigkeit zu Landsmannschaften oder Mitgliedschaften sogenannter Vergnügungsvereine, Klubs 2c. ihre Parteipflicht vernachlässigen.

67. Parteigenossen in Hornberg i. B.: Den 2. Badischen Wahlkreis zur besseren Agitation Geldmittel zu gewähren. — Den noch schwach organisirten Wahlkreisen Mittel zur Aufklärung in literarischer Hinsicht für die Wahlvereine unentgeltlich zu gewähren, sowie darauf hinzuwirken, daß die Partei-Literatur zu ermäßigterem Preise wie bisher behufs Aufklärung abgegeben wird.

68. Parteigenossen in Altona: In allen Orten, wo eine Bewegung für die Sozialdemokratie besteht, eine Zentralstelle zu errichten, bei der die Parteigenossen gelesene Zeitungen und Broschüren abliefern können zum Zwecke der Versendung an bekannte Adressen auf dem Lande.

Taktik.

69. Parteigenossen des Wahlkreises Nieder-Barnim und Breslau (Ost und West): Bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien haben sich die Genossen streng der Stimme zu enthalten, bei Reichstags- und Gemeinderathswahlen keinerlei Kompromiß mit bürgerlichen Parteien einzugehen.

70. Parteigenossen in Basel: Es ist dafür zu sorgen, daß keine Kompromisse mit anderen Parteien — ob direkt oder indirekt — geschlossen werden. Ebenso ist jede Unterstützung gegnerischer Kandidaten bei Stichwahlen zu verwerfen.

Maifeier.

71. Parteigenossen in Hannover: Es soll an dem bezüglichen Beschlusse des Berliner Parteitages festgehalten und ein dementsprechender Beschluß gefaßt werden.

Digitized by Google

72. Parteigenossen des 1. Berliner Wahlkreises: Sich auf den Boden der Züricher Beschlüsse zu stellen. Den einzelnen Organisationen, welche für die Arbeitsruhe am 1. Mai eintreten wollen, es zur Pflicht zu machen, sich finanziell zu rüsten, damit sie den Maßregeln der Unternehmer gegenüber gewappnet sind.

73. Parteigenossen im 5. Sächsischen Wahlkreis: Den 1. Mai gemäß den Beschlüssen des Züricher Kongresses so zu feiern, daß alle Parteigenossen, welche ohne besonders schwere wirthschaftliche Opfer es vermögen, die Arbeit ruhen zu lassen und durch Umzüge oder ähnliche Veranstaltungen demonstriren, daß ferner am Abend des 1. Mai Versammlungen stattfinden, die sich mit der Bedeutung des Tages beschäftigen.

74. Parteigenossen in Krefeld: Die englische Resolution, wie sie auf dem internationalen Kongreß in Zürich angenommen, ist als Norm für das Verhalten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter zu nehmen.

75. Parteigenossen in Lübeck: Am 1. Mai überall durch Abhalten von Versammlungen, Festlichkeiten und Vertrieb geeigneter Schriften zu demonstriren und es den einzelnen Orten, je nach Sachlage, zu überlassen, Aufzüge 2c. auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen.

76. Parteigenossen in Bielefeld: Die Maifeier 1894 hat am Tage des 1. Mai durch Versammlungen und am ersten Sonntage im Mai durch abzuhaltende Volksfeste stattzufinden.

77. Parteigenossen in Bremerhaven: Die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen.

78. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises und des Kreises Teltow-Beeskow: Die Maidemonstration nur am 1. Mai und, wo es irgend möglich ist und die örtliche Parteileitung es mit den Interessen der Arbeiter vereinbar hält, durch Arbeitsruhe zu feiern.

79. Parteigenossen des 4. Berliner Wahlkreises: Ueberall da, wo die Volksversammlungen eine allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai für möglich und wünschenswerth halten, Arbeitsruhe eintreten zu lassen.

80. Parteigenossen in Mannheim: Der Parteitag wolle beschließen, daß der 1. Mai durch Ruhenlassen der Arbeit nur da gefeiert werden solle, wo keine besonderen Hindernisse im Wege stehen.

81. Parteigenossen in Kassel: Die Frage, ob am 1. Mai die Arbeit ruhen soll oder nicht, soll in Zukunft nicht mehr von der politischen Partei geregelt, sondern es soll von den Gewerkschaften

Digitized by Google

in den einzelnen Orten danach entschieden werden, wie die Konjunktur in denselben ist. Dadurch, daß es so einzelnen besser gestellten Gewerkschaften wenigstens möglich ist, die Arbeitsruhe zu bestimmen, wird endlich einmal ein Schritte gethan auf dem Wege zur „allgemeinen Arbeitsruhe“ am 1. Mai.

82. Parteigenossen des 1. Berliner Wahlkreises: Sämmtliche Parteigeschäfte sind am 1. Mai zu schließen und Parteizeitungen werden an diesem Tage nicht fertiggestellt.

83. Parteigenosse R. Halfter-Berlin: Ein Demonstrationsabzeichen, welches am 1. Mai zu tragen ist, für die ganze Partei einzuführen.

84. Parteigenossen in Altona: Die Maifest-Zeitung in besserer Ausstattung als bisher erscheinen zu lassen.

Stellung zur Gewerkschaftsbewegung.

85. Parteigenossen des Nieder-Barnimer Kreises und von Frankfurt a. M.: Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, der Gewerkschaft seines Berufs anzugehören.

86. Parteigenossen in Mannheim: Es wird von jedem Parteigenossen erwartet, daß er sich der gewerkschaftlichen Organisation seiner Branche anschließt.

87. Parteitag in Marburg und Genosse Eckwerth-Rostock: Es wird erwartet, daß jeder Parteigenosse auch seiner Berufsorganisation angehört, soweit nicht zwingende Gründe ihn veranlassen, derselben fernzustehen.

88. Die Agitations-Kommission für Schlesien und Posen: Die Gewerkschaftsbewegung nach Kräften zu fördern und die Arbeiter in ihren Berufen zu organisiren, damit dieselben politisch vorgebildet werden.

Allgemeines.

89. Parteigenossen des 1. Berliner Wahlkreises: Es dürfen in Zukunft Parteigelder nicht mehr für Streiks 2c., sondern nur zu Parteizwecken verwendet werden.

Parlamentarisches.

90. Parteigenossen im 4. Berliner Wahlkreis und Genosse M. Harm in Altona: Die Reichstags-Fraktion solle im Reichstag die Reichsregierung auffordern, eine Arbeitslosenstatistik aufnehmen zu lassen.

Digitized by Google

91. Parteigenosse Harm in Altona: Die Reichstags-Fraktion solle darauf hinwirken, daß 1. eine vom Staate organisirte Versicherung gegen Arbeislosigkeit eingeführt werde. 2. Wolle der Parteitag der Verstaatlichung der für die Ernährung des Volkes hauptsächlich in Betracht kommenden Bodenerzeugnisse, insbesondere des Getreides, sowie des Handels mit diesen seine Zustimmung geben. 3. Wolle der Parteitag auf Organisirung des Arbeitsnachweises, sei es durch den Staat oder durch die Gemeinden, hinwirken, resp. hierzu Stellung nehmen.

92. Parteigenossen in Halle a. S.: Die Reichstags-Fraktion soll seitens des Parteitages beauftragt werden, im Reichstag einen Antrag auf Beseitigung des Impfzwanges zu stellen. Die Fraktion ist weiter zu beauftragen, in Anbetracht der wachsenden Arbeitslosigkeit im Reichstage einen Antrag einzubringen auf obligatorische Einführung des achtstündigen Arbeitstages.

93. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: Unsere Reichstags-Fraktion zu beauftragen, für eine einheitliche Regelung der Gewerbe-Inspektionen mittels eines Reichsgesetzes zu wirken.

94. Parteigenossen im 5. Sächsischen Wahlkreis: Die Reichstags-Fraktion zu veranlassen, im Reichstag die Abänderung des § 120d der Gewerbe-Ordnung dahingehend zu beantragen, daß die Behörden nicht wie bisher nur befugt sind, alle Maßnahmen zu treffen, welche die Durchführung der §§ 120a—120c erforderlich machen, sondern daß ihnen die Verpflichtung hierzu auferlegt wird.

95. Parteigenossen in Lübeck: Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion soll im Reichstag den Antrag stellen, daß der Mandatsprüfungs-Kommission Gelegenheit gegeben wird, schneller arbeiten zu können wie bisher.

96. Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags soll baldmöglichst einen Antrag auf Beseitigung der jetzt bestehenden Vereins- und Versammlungsgesetze einbringen.

97. Parteigenossen in Düsseldorf und Frau Rohrlack-Berlin: Die sozialdemokratische Fraktion soll im Deutschen Reichstage einen Gesetzentwurf einbringen, welcher die Anstellung weiblicher Fabrik-Inspektoren verlangt. Es darf dadurch keinesfalls die Zahl der bereits angestellten männlichen Fabrik-Inspektoren vermindert werden. Es soll in dem Entwurf vielmehr gleichzeitig eine erhebliche, den Anforderungen der industriellen Entwicklung und der besseren Beaufsichtigung der Fabriken entsprechende Vermehrung dieser Beamten vorgesehen werden. Die Anstellung der männlichen

Digitized by Google

sowohl als der weiblichen Fabrik-Inspektoren soll durch geheime, gleiche und direkte Wahl der Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeitgeber erfolgen. Die Besoldung hat, obwohl der Modus der Anstellung ein anderer ist, durch den Staat zu erfolgen. Die Thätigkeit dieser Beamten hat sich nicht nur auf die Kontrolle der Fabriken in Bezug auf die Ausführung aller Arbeiterschutzgesetz-Bestimmungen, sondern auch auf die durch die Revision sich ergebenden nothwendigen Erweiterungen derselben, zum besseren Schutz der Arbeiter als bisher, zu erstrecken. Auch ist den Beamten die Exekutivgewalt zu verleihen.

98. Parteigenossen in Leipzig: Bei der nächsten Reichstagswahl sind Doppelkandidaturen gänzlich zu vermeiden.

99. Parteigenosse Eckwerth in Rostock: Bei Aufstellung von Kandidaturen zum Reichstage sind die Wahlkreise aufzufordern, nur solche Personen zu nehmen, welche auch wirklich Sozialdemokraten sind, d. h. sich auf dem politischen Gebiete ebenso bewähren wie in der wirthschaftlichen Bewegung.

Resolutionen.

100. Parteigenossen in Brüssel: Die Taktik, welche in letzter Zeit in der deutschen Sozialdemokratie üblich ist, wird von uns als unrichtig angesehen, indem man allen rechtsstehenden Elementen den weitesten Spielraum läßt, dagegen alle radikaleren Genossen rücksichtslos terrorisirt, wie die Vorgänge in Zürich beweisen. Wir sprechen unser Mißfallen über den von deutscher Seite in Zürich in Szene gesetzten Ausschluß der anarchistischen und unabhängigen Delegirten aus.

101. Parteigenossen in Düsseldorf: In Erwägung, daß unsere Partei ihre Hauptaufgabe niemals in der parlamentarischen Betheiligung suchen kann und suchen darf, sondern das Schwergewicht ihrer disponiblen Kräfte der unmittelbaren Propaganda zuzuwenden, sollen von jetzt ab — außer bei ganz wichtigen Abstimmungen — nur ein Bruchtheil unserer Abgeordneten, d. h. nicht viel mehr, als nöthig sind, um eine Fraktion darzustellen, an den Reichstagssitzungen theilnehmen. Alle übrigen Abgeordneten aber, die sich mit ihren Fraktionsgenossen im Parlament jährlich (vielleicht nach alphabetischer Reihenfolge) abzulösen haben, sollen zur Zeit, wo sie den Reichstagssitzungen nicht beiwohnen, in den verschiedenen Provinzen des Reiches große Volksversammlungen abhalten, in welchen sie vornehmlich die den Reichstag beschäftigende Materie zum Gegenstand ihrer Beleuchtung und Kritik zu machen haben.

Digitized by Google

102. Parteigenossen des Wahlkreises **Teltow-Beeskow-Charlottenburg**: Die Parteigenossen allerorts werden aufgefordert, sich in Versammlungen, Vereinen und Privatkreisen, unter möglichster Einschränkung der zu geselligen Zwecken dienenden Vereine, die eingehende Erörterung aller das Gemeinwohl berührenden Fragen angelegen sein zu lassen, da sie ein wirksames Mittel ist zur gesunden Fortentwicklung des Parteilebens, sowie zur Heranbildung frischer Kräfte für die Propaganda unserer Ideen.

103. Parteigenosse Fischöder in **Rixdorf**: In Anbetracht, daß das Vereins- und Versammlungsrecht in den verschiedenen Ländern Preußen-Deutschlands grundverschieden ist und von den Behörden wiederum verschiedenartig ausgelegt wird, so daß den Genossen und Genossinnen, welch' Letztere so gut wie ganz vom öffentlichen politischen Leben ausgeschlossen sind, nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen fast zur Unmöglichkeit gemacht wird, sich zu organisiren, um so auf diese Weise ihr Wissen zu bereichern, um dadurch für den wirthschaftlichen und politischen Klassenkampf gerüstet zu sein, beschließen die auf dem Parteitag zu Köln versammelten Genossen und Genossinnen, dem Agitationsplan einen Satz hinzuzufügen, wonach es den **Genossen allerorts zur Pflicht gemacht wird, mehr denn je im Kreise ihrer Familien aufklärend zu wirken, damit mit Hilfe der so geschulten nachkommenden Generation, beiderlei Geschlechts natürlich, die Sache des Proletariats der ganzen Welt verwirklicht werde.**

104. Parteigenossen des 4. **Berliner** Reichstags-Wahlkreises: In Erwägung, daß die Parteitage schon wiederholt die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation ausgesprochen haben; in fernerer Erwägung, daß zum vollen Verständniß der modernen proletarischen Bewegung die Erkenntniß der Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation gehört, empfiehlt der Parteitag den Genossen allerorts, möglichst nur solchen Personen Vertrauensposten in der Partei zu übertragen, welche zu dieser Erkenntniß gelangt sind und ihrer bezüglichen Berufsorganisation angehören.

105. Parteigenossen des Wahlkreises **Nieder-Barnim**: In Erwägung, daß der Kampf auf wirthschaftlichem Gebiet neben dem politischen unentbehrlich ist und in der weiteren Erwägung, daß in letzter Zeit der sozialdemokratischen Partei der Vorwurf gemacht wurde, die Führer der Partei vernachlässigten die Gewerkschaftsbewegung, **macht es der in Köln tagende Parteitag jedem Parteigenossen zur Pflicht**, ebenso entschieden für die Gewerkschaftsbewegung wie für die politische Bewegung einzutreten, weist

Digitized by Google

jedoch den Vorwurf, daß die politische Partei die Gewerkschaftsbewegung vernachlässige, ganz entschieden zurück, indem man die Partei als solche nicht für die Ansichten einzelner Parteigenossen verantwortlich machen kann.

106. Parteigenosse W. Jäger, Rixdorf: In Anbetracht dessen, daß sich die wirthschaftliche Lage des Proletariats infolge der kapitalistischen Produktionsweise immer mehr und mehr verschlechtert, die Männerarbeit immer mehr und mehr durch Frauenarbeit verdrängt wird, und die Frauen infolge ungenügender Organisation nicht in der Lage sind, dem Kapital den nöthigen Widerstand entgegen zu setzen. Ferner in Anbetracht dessen, daß die Frauenarbeit mindestens zur Hälfte von jüngeren Arbeitskräften verrichtet wird und die älteren Frauen nur schwer zur Organisation heranzuziehen sind, hält es der zu Köln tagende Parteitag der deutschen Sozialdemokratie für Ehrenpflicht eines jeden Genossen, für die gewerkschaftliche Organisation der weiblichen Arbeitskräfte, insbesondere der jüngeren, in jeder Hinsicht einzutreten.

Speziell hält es der Parteitag für Pflicht eines jeden Vaters und einer jeden Mutter, die sich zur Sozialdemokratie bekennen, dafür zu sorgen, daß ihre eventuellen Töchter, sobald sie das gesetzliche Alter erreicht haben, sich der betreffenden Gewerkschaftsorganisation anschließen.

Digitized by Google

Bericht des Partei-Vorstandes.

Allgemeines.

Der Parteitag im vorigen Jahre, welcher in der Zeit vom 14. bis 21. November in Berlin stattfand, hat die Partei in voller Einigkeit gezeigt und den Beweis erbracht, daß die sachlichen und persönlichen Differenzen, welche zu den Auseinandersetzungen in Halle und Erfurt geführt haben, vollständig ausgeglichen waren.

Die Partei konnte sich deshalb mit voller Kraft und ungestört durch innere Wirren, der Bildung neuer Organisationen und der Agitation für unsere Grundsätze widmen. Nach beiden Richtungen sind auch große Fortschritte zu verzeichnen, wofür den sichtbaren Beweis der Ausfall der letzten Reichstags-Wahlen gebracht hat.

Was den Ausbau der Organisation betrifft, so hat sich derselbe auch im letzten Jahre wesentlich in der Richtung bewegt, daß die provinziellen und Landesorganisationen mehr ausgebreitet und fester gestaltet wurden. Je mächtiger die Partei anschwillt, je größer die Zahl ihrer Anhänger wird, desto weniger ist es naturgemäß möglich, von einer Zentralstelle aus Vorschriften für die geeignetste Form der lokalen Organisation zu geben. Strenge fest gehalten muß nur an dem System der Vertrauenspersonen werden, durch welche die Verbindung zwischen der Parteileitung und den einzelnen Orten hergestellt wird.

Welche Form dagegen die Genossen am Orte für die Organisation wählen, muß in den meisten Fällen deren Ermessen überlassen werden. Wo es angeht, empfiehlt es sich aber nach wie vor, Wahlvereine zu bilden. Leider hat die in fast ganz Deutschland geltende gesetzliche Vorschrift, daß politische Vereine Mitgliederverzeichnisse an die Polizeibehörden einreichen müssen, häufig zu dem Mißbrauche geführt, daß die Namen der Mitglieder an die Unternehmer, bei denen sie beschäftigt sind, mitgetheilt wurden, was nicht selten Maßregelungen oder den Zwang, aus dem Verein wieder auszutreten zur Folge hatte. Besonders in den ländlichen Distrikten wird durch dieses Zusammenwirken von Polizei und Unternehmerthum die Begründung politischer Vereine ungemein erschwert und gegendenweise geradezu unmöglich gemacht.

Digitized by Google

Wenn trotz dieser Schwierigkeiten, zu denen häufig noch die Vergewaltigung unsrer Agitatoren, Flugblattvertheiler ꝛc. durch aufgehetzte Dorfbewohner kommt, gerade auch unter den letzteren wie unter der ländlichen Bevölkerung überhaupt unser Anhang immer größer und das Bestreben nach Bekanntwerden mit den sozialdemokratischen Lehren, unseren Schriften und Zeitungen immer reger wird, so beweist dies, daß die Hoffnung unserer Gegner auf den Schutz, den der „antikollektivistische Bauernschädel" ihren Ausbeuterprivilegien auch in Zukunft gewähren werde, auf sehr schwachen Füßen steht. In großen Provinzen und Ländern mit fast nur ländlicher Bevölkerung, wie z. B. Pommern, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, den ländlichen Distrikten Bayerns, wie überhaupt in ganz Süddeutschland und anderwärts hat sich die Zahl unserer Anhänger gewaltig vermehrt, wie die Stimmresultate der letzten Reichstagswahlen beweisen.

Ungeachtet dieser Erfolge gelangen gerade aus den ländlichen Distrikten immer und immer wieder Beschwerden über mangelnde Agitation und geeignetes Agitationsmaterial an die Parteileitung, ein Zeichen dafür, daß auf diesem Gebiete unserer Partei noch eine Riesenaufgabe gestellt ist. Der Partei-Vorstand hat deshalb auch in die Tagesordnung des diesjährigen Parteitages die Frage der Landagitation aufgenommen, um so den Delegirten Gelegenheit zu geben, ihre Erfahrungen gegenseitig auszutauschen und der Parteileitung mit praktischem Rath und Vorschlägen an die Hand zu gehen. — Eine Gelegenheit, die Probe auf den Werth und die Brauchbarkeit unserer Partei-Organisation zu machen, bot die Auflösung des Reichstags und die in kürzester Frist angesetzten Neuwahlen.

Die Auflösung erfolgte am 6. Mai; am gleichen Tage wurde der Termin der Neuwahlen, 15. Juni, bekannt gemacht. In derselben Nummer unseres Zentralorgans „Vorwärts" vom 7. Mai, in der die Auflösung des Reichstags mitgetheilt wurde, richteten auch die Mitglieder der früheren Reichstagsfraktion bereits einen Aufruf an die Parteigenossen und Wähler, mit „ganzer Kraft in den Wahlkampf einzutreten, ungesäumt die letzte Hand an die Organisation des Wahlkampfes zu legen und namentlich auch dafür zu sorgen, daß die für diesen Kampf erforderlichen Mittel in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen".

Dieser Aufruf fand in der ganzen Partei freudigen Widerhall! Ueberall traten die Genossen zusammen, bildeten sich Wahlkomitees und wurden, wo dies nicht bereits früher geschehen war, die Kandidaten für die Neuwahlen aufgestellt.

Noch ehe die Auflösung des Reichstages erfolgt war, aber nachdem sie bereits sicher in Aussicht stand, fand auf Anregung des Partei-Vorstandes eine Fraktionssitzung unserer früheren Abgeordneten

Digitized by Google

statt, an der auch der Partei-Vorstand theilnahm und in der die Grundsätze besprochen wurden, nach denen die Agitation für die Wahlen geleitet werden sollte. Als leitender Gesichtspunkt wurde dabei aufgestellt, daß es:

„bei dem Umfange und der Stärke, welche unsere Partei angenommen hat, unmöglich sei, die ganze Wahlbewegung von einem Zentralpunkte aus zu leiten.

Es empfehle sich deshalb, ohne den bisher hoch gehaltenen Gedanken der Zentralisation in der Parteiorganisation aufzugeben, die provinziellen oder Landes-Gliederungen, welche seit Aufhebung des Sozialistengesetzes sich herausgebildet haben, bei der Durchführung des Wahlkampfes in entsprechender Weise heranzuziehen.“

Entsprechend den vorstehend entwickelten Gesichtspunkten wurde nachfolgende Eintheilung der Agitationsbezirke beschlossen:

Wahlkreise	Sitz des Komitees.
Provinz Ostpreußen	Königsberg
Provinz Westpreußen	Danzig
Provinz Brandenburg mit Berlin	Berlin
Provinz Pommern	Stettin
Provinzen Schlesien und Posen:	
Reg.-Bez. Breslau, 1.—8. Wahlkreis	Breslau
Reg.-Bez. Posen	Breslau
Reg.-Bez. Oppeln	Breslau
Reg.-Bez. Bromberg	Bromberg
Reg.-Bez. Breslau, 9.—13. Wahlkreis	Oberlangenbielau
Reg.-Bez. Liegnitz	Görlitz
Provinz Sachsen:	
Reg.-Bez. Magdeburg	Magdeburg
Reg.-Bez Merseburg	Halle
Reg.-Bez. Erfurt mit Ausnahme des Wahlkreises Mühlhausen-Langensalza	Erfurt
Provinz Hannover:	
3.—5., 7.—12. und 14.—16. Wahlkreis	Hannover
1. und 2. Wahlkreis	Wilhelmshaven
6., 18. und 19. Wahlkreis	Bremen
17. Wahlkreis	Hamburg
13. Wahlkreis	Braunschweig
Provinz Westfalen:	
Reg.-Bez. Münster	Bielefeld
Reg.-Bez. Minden und die beiden Lippe	Bielefeld
Reg.-Bez. Arnsberg	Dortmund

Digitized by Google

Wahlkreise	Sitz des Komitees.
Provinz Hessen-Nassau:	
Reg.-Bez. Kassel 1.—3. und 5.—7. Wahlkreis und Waldeck	Kassel
Reg.-Bez Wiesbaden, Hanau-Gelnhausen, der Bayerische Wahlkreis Aschaffenburg, sowie der 1.—3. Hessische Wahlkreis	Frankfurt a. M.
Rheinprovinz:	
Reg.-Bez. Koblenz	Köln
Reg.-Bez. Köln	Köln
Reg.-Bez. Düsseldorf	Elberfeld
Reg.-Bez. Trier	St. Joh.-Saarbr.
Reg.-Bez. Aachen	Aachen
Provinz Schleswig-Holstein:	
1.—5., 7. und 9. Wahlkreis	Neumünster
6., 8. und 10. (Lauenburg) Wahlkreis . . .	Hamburg
Königreich Bayern:	
Ober- und Nieder-Bayern	München
Schwaben und Neuburg	Augsburg
Oberpfalz, Ober- und Mittelfranken . . .	Nürnberg
Unterfranken ohne den Wahlkreis Aschaffenburg	Würzburg
Rheinpfalz	Ludwigshafen
Königreich Sachsen	
1.—9. Wahlkreis	Dresden
11.—14. Wahlkreis	Leipzig
10., 15.—17., 19. und 20. Wahlkreis . . .	Chemnitz
18., 21.—23. Wahlkreis	Zwickau
Königreich Württemberg und Sigmaringen .	Stuttgart
Großherzogthum Baden:	
1.—8. Wahlkreis	Offenburg
9.—14 Wahlkreis	Mannheim
Großherzogthum Hessen:	
4.—7. Wahlkreis	Darmstadt
8. und 9. Wahlkreis	Mainz
Beide Mecklenburg und Lübeck	Lübeck
Thüringen:	
Wahlkreis Gotha, 2. Weimar, Mühlhausen-Langensalza, Eschwege-Schmalkalden .	Gotha
Wahlkreis 1. und 3. Weimar, Coburg und Schwarzburg-Sondershausen . .	Erfurt
Wahlkreis 1. und 2. Meiningen und Schwarzburg-Rudolstadt	Pößneck
Großherzogthum Oldenburg:	
1.—3. Oldenb. u. 1. u. 2. Hannov. Wahlkreis	Bant bei Wilhelmshaven

Digitized by Google

Wahlkreise	Sitz des Komitees.
Herzogthum Braunschweig:	
1.—3. Braunschweiger und 13. Hannoverscher Wahlkreis	Braunschweig
Herzogthum Sachsen-Altenburg	Altenburg
Herzogthum Anhalt:	
1. und 2. Wahlkreis	Dessau
Reuß ältere Linie:	Greiz
Reuß jüngere Linie	Gera
Hamburg:	
1.—3. Wahlkreis, 17. Hannoverscher, 6., 8. und 10. Holsteiner Kreis	Hamburg
Elsaß-Lothringen	Mülhausen i. E.
Bremen:	
Bremen, 6., 18. und 19. Hannov. Wahlkreis	Bremen

Das Zirkular, welches die vorstehende Eintheilung zur Kenntniß der Vertrauensmänner und Wahlkomitees brachte, konnte bereits am 8. Mai im Drucke fertig gestellt und in den darauf folgenden Tagen versandt werden. Im Großen und Ganzen hat sich die Eintheilung vortrefflich bewährt, was um so mehr hervorgehoben zu werden verdient, als es sich bei derselben um eine Einrichtung handelte, die in der Partei zum ersten Male allgemein durchgeführt wurde und die Zeit, innerhalb der sie zur Anwendung und Durchführung gebracht werden mußte, so außerordentlich kurz bemessen war. Nur der Partei-Disziplin und dem Opfermuthe unserer Parteigenossen ist es zu danken, daß nach Verlauf von kaum acht Tagen nach Auflösung des Reichstags unsere Wahlschlachtordnung schon fertig, die Komitees gewählt, die Kandidaten aufgestellt, die ersten Wahlflugblätter vertheilt oder doch zur Vertheilung bereit und unsere Agitatoren in voller Thätigkeit waren.

Dabei ist zu beachten, daß die Wahlthätigkeit unserer Partei sich nicht — wie dies bei allen gegnerischen Parteien der Fall ist — nur auf einzelne Landstriche und Provinzen beschränkte, sondern daß wir den Wahlkampf überall in ganz Deutschland aufnahmen.

„Eine Ehrenpflicht der Genossen ist es“ — so heißt es in dem Wahlzirkular des Partei-Vorstandes — „in allen Wahlkreisen des Reiches Kandidaten unserer Partei aufzustellen.“ Entsprechend dieser Aufforderung wurden in 386 von den 397 Wahlkreisen des Deutschen Reiches sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt und für dieselben in energischer Weise agitirt.

Der Erfolg dieser Thätigkeit ist auch nicht ausgeblieben und kommen wir an anderer Stelle dieses Berichtes darauf zurück. Als

Digitized by Google

einen besonders erfreulichen Fortschritt in Bezug auf die Ausbreitung unserer Parteiorganisation können die relativ bedeutenden Erfolge der sozialdemokratischen Kandidaturen in den polnischen Wahlkreisen und in den Reichslanden angeführt werden. In beiden Landestheilen des deutschen Reiches herrschen in Bezug auf die Ausübung politischer Rechte Ausnahmezustände, wie man sie sonst im westlichen Europa nicht kennt. In den Reichslanden, wo der Diktaturparagraph noch in Geltung ist, ist das jeweilige Befinden der Polizei und der politischen Behörden die einzige „Rechtsgrundlage" für die Bethätigung politischer Rechte; in unseren polnischen Landestheilen fehlt zwar der Diktaturparagraph, dafür hat sich aber dort eine polizeiliche und richterliche Praxis ausgebildet, unter der für die Oppositionsparteien, und vor allem für die sozialdemokratische Partei, die agitatorische und organisatorische Thätigkeit außerordentlich erschwert wird. Polizei, Unternehmer und Pfaffen arbeiten in den polnischen Landestheilen in holder Eintracht zusammen, um von den in den wirthschaftlich traurigsten Verhältnissen lebenden Proletariern jeden Hauch sozialpolitischer Aufklärung ferne zu halten. Die Knute, der Schnaps und der Rosenkranz, das sollen nach dem Willen gewisser „maßgebender" Kreise die einzigen Erziehungs- und Genußmittel sein, mit denen der polnische Proletarier Bekanntschaft machen darf.

Glücklicherweise erweist sich aber auch in diesem Falle der Gedanke des Fortschritts stärker als die Machtmittel der Reaktion. Und so sehen wir auch unter unseren polnischen Arbeitsbrüdern, trotz dem Zeter und Mordio eines mit dem Kapitalismus verschwisterten Pfaffenthums, trotz Polizei, Gefängniß und Ausweisung, die sozialdemokratischen Lehren immer mehr Ausbreitung gewinnen.

Ein Parteitag der polnischen Sozialdemokraten im September d. J. in Berlin, welcher sich speziell mit der Schaffung einer polnischen Partei-Organisation befaßte, war auch aus der Provinz sehr gut besucht und vom besten Geiste beseelt. Freilich haben gerade diese Genossen ein außerordentlich schweres Werk zu vollbringen. Bei der Begeisterung aber, welche in den Reihen unserer polnischen Genossen für die Sache der Sozialdemokratie herrscht, hegen wir keinen Zweifel, daß sie ihr Ziel erreichen werden. Der Partei-Vorstand hat entsprechend dem Geiste unserer Partei-Grundsätze und gewiß im Einverständniß mit sämmtlichen Genossen die Bestrebungen unserer polnischen Freunde zu fördern gesucht, wo es anging.

Sichtbarer, wie in den politisch und wirthschaftlich rückständigen polnischen Landestheilen, sind auch für den Fernerstehenden die Erfolge unserer Partei in den Reichslanden. Abgesehen von der gewaltigen Zunahme unserer Stimmen in den beiden Provinzen Elsaß-Lothringen, ist es uns gelungen, nicht nur den Wahlkreis

Digitized by Google

Mülhausen zu behaupten, sondern auch den Stadtkreis Straßburg zu erobern. Das, was der Reichsregierung unter dem Aufgebot aller ihr zu Gebote stehenden Mittel nicht gelingen will, das Vertrauen der „wiedergewonnenen Brüder" zu erlangen, das hat die sozialdemokratische Partei spielend erreicht. Während von den alten deutschen Parteien, trotz aller offiziellen und materiellen Begünstigungen, keine in den Reichslanden festen Fuß fassen kann, hat die Sozialdemokratie die zwei wichtigsten Kreise der Provinz erobert und ist zu einer der stärksten Parteien des Landes herangewachsen. Und dies alles unter der rücksichtslosesten Bedrückung unserer reichsländischen Genossen, zu welcher ja die so fürsorglich aufrecht erhaltene napoleonische und altfranzösische Polizei-Gesetzgebung die willkommenen Handhaben bietet.

Als sprechender Beweis für die Stärke unserer Partei-Organisation darf wohl auch der außergewöhnlich starke Besuch des internationalen Arbeiterkongresses in Zürich angeführt werden. Die Präsenzliste dieses Kongresses weist 92 Delegirte aus Deutschland auf. Unter diesen Zweiundneunzig befanden sich neben den Vertretern der Partei allerdings auch die Repräsentanten der Gewerkschaften, aber auch unter diesen ist nicht einer gewesen, der nicht zu den Mitgliedern der Partei zählt.

Entsprechend der Ausdehnung der Organisation und dem lebhaften Verkehr zwischen den Parteigenossen und dem Partei-Vorstand, wie er besonders durch die Wahlbewegung veranlaßt wurde, ist die Korrespondenz zwischen den einzelnen Genossen und dem Parteisekretariat gewachsen. Nachfolgende Ziffern geben ein Bild über den schriftlichen Verkehr zwischen den Parteigenossen und dem Parteibureau. Es liefen ein an Briefe und Karten in der Zeit vom Haller bis zum Erfurter Parteitag, also vom 18. Oktober 1890 bis 30. September 1891: 3227 Briefe und Karten; von Erfurt bis Berlin, d. h. vom 1. Oktober 1891 bis 30. September 1892: 3842 Briefe und Karten und seit Berlin bis 30. September 1893: 6232 Briefe und Karten.

Diesen Ziffern stehen gegenüber an Ausgängen (Briefe und Karten) in denselben Zeiträumen 3633, 3494 und 4730. Die versandten Zirkuläre und Kreuzbänder sind in diesen Zahlen nicht mit aufgeführt. Gerade diese Sendungen haben aber in diesem Jahre, veranlaßt durch den Wahlkampf und die Flugblätterversendungen :n früher nie erreichten Umfang angenommen.

Wenn angesichts aller dieser Zeugnisse für das Wachsthum erer Partei die Gegner in neuester Zeit das Schlagwort aus-eben haben, daß unsere Bewegung ihren „Höhepunkt überitten" habe und jetzt sicher ein Stillstand eintreten werde, so ohnt es sich wohl nicht, darauf ernsthaft einzugehen. Unsere Gegner n sich gegenseitig so lange blauen Dunst mit dem angeblichen

Digitized by Google

„Rückgange der Sozialdemokratie“ vorgemacht, daß man es fast als einen Fortschritt in der Beurtheilung der treibenden Kräfte, welche die sozialdemokratische Bewegung hervorrufen, betrachten kann, wenn jetzt blos mehr von einem Stillstand und nicht mehr von dem „Rückgang“ der sozialdemokratischen Hochfluth die Rede ist. Auf alle Fälle können die Parteigenossen mit dem „Stillstand“ wie er sich bei den Gewerbegerichts-, Gemeinde-, Reichstags- und Landtagswahlen in fast allen Gauen Deutschlands gezeigt hat, sehr zufrieden sein, wenn unsere Gegner dies auch sind, so kann es uns recht sein.

* * *

Erfolge, wie wir sie auch wieder im letzten Jahre erzielt haben, wären nicht möglich, wenn nicht durch unermüdliche **Agitation** stets reges Leben in der Partei unterhalten würde. Besonders zur Zeit der Wahl waren unsere agitatorischen Kräfte auf das äußerste angestrengt, aber auch vor- wie nachher hat die Aufklärungsarbeit und das Bestreben, die neugewonnenen Proletariermassen zu organisiren, nicht geruht. Gleichwohl haben auch in diesem Jahre die Klagen über nicht genügende Agitation sich wiederholt und besonders während der Wahlperiode konnten die Wünsche nach bekannteren Rednern auch nicht annähernd erfüllt werden. Die Gründe für diese Unmöglichkeit sind in den früheren Jahresberichten schon eingehend dargelegt worden, so daß sich hier ein näheres Eingehen auf diese Angelegenheit erübrigt. Was die materielle Unterstützung der Agitation betrifft, so sind an eine Reihe von Parteiorten theils fortlaufende, theils einmalige Zuschüsse gezahlt worden. Größere Summen wurden für einzelne Provinzen oder Länder auf Antrag der Genossen zur Verfügung gestellt, um die Agitation zu fördern. Entsprechend den Beschlüssen des vorjährigen Parteitags wurde die Agitationsschrift „Nieder mit den Sozialdemokraten“ von W. Bracke in großer Auflage hergestellt und den Genossen zur Gratisvertheilung überlassen. Das Gleiche geschah mit Bebel's Rede in der Zukunftsstaatsdebatte, welche in einer Auflage von 1 Million 700000 Exemplaren hergestellt und im ganzen Reiche verbreitet wurde. Zur Reichstagswahl wurden den Wahlkomitees zunächst vier Entwürfe zu Flugblättern zur Verfügung gestellt und außerdem die Flugschrift über: „Die Militärvorlage“ unentgeltlich abgegeben. Von Flugblättern, welche für die Landbevölkerung berechnet waren, hat besonders das: „Du, Mutter was läuft der Herr Gendarm so?“ angesprochen und ist dasselbe, obwohl es dreimal konfiszirt und unter Anklage gestellt — aber wieder freigegeben worden — in mehreren hunderttausenden von Exemplaren verbreitet worden.

Was den Inhalt der Wahlflugblätter betrifft, so darf konstatirt werden, daß dieselben durchweg den prinzipiellen Charakter unserer

Digitized by Google

Bestrebungen streng zum Ausdruck brachten. Zwar hat die Militärvorlage und deren Bekämpfung in unseren Flugblättern, dem Anlaß der Reichstagsauflösung und des Wahlkampfes entsprechend, einen breiten Raum eingenommen, aber daneben finden unsere prinzipiellen Forderungen den ihnen gebührenden Platz.

Neben den Klagen über zu wenig Agitation sind in der letzten Zeit aus gewerkschaftlichen Kreisen Beschwerden darüber laut geworden, daß in weiten Parteikreisen der Gewerkschaftsbewegung nicht die gebührende Beachtung geschenkt werde, sowie daß sowohl von einzelnen bekannten Genossen wie parteigenössischen Preßorganen geradezu feindselige Kundgebungen gegen die Gewerkschaftsbewegung erfolgt seien.

Bei dem engen Zusammenhange jener Gewerkschaftskreise mit der sozialdemokratischen Bewegung glaubte der Parteivorstand der Prüfung der Berechtigung dieser Beschwerden sich nicht entziehen zu können, und zwar um so weniger, als aus den Berichten über die Versammlungen, welche sich mit dem Kölner Parteitag beschäftigen, und aus den Anträgen, welche zu demselben gestellt sind, sich ergiebt, daß diese Frage den Parteigenossen an vielen Orten vorgelegt worden ist und eine wiederholte Aussprache seitens der Partei vielfach gewünscht wird.

Ihren Ausdruck fanden die vorstehend skizzirten Beschwerden besonders in Artikeln des „Korrespondenzblatt“, Organ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. In diesen Artikeln ist von „prinzipiellen Gegnern“ der Gewerschaftsbewegung in der Partei die Rede und wird zum Beweise dafür, daß es solche selbst unter den bekannteren und einflußreicheren Parteigenossen giebt, auf eine Aeußerung eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten hingewiesen, die derselbe auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongreß gethan haben soll, indem er von „der verderblichen Tendenz der hohen Beiträge“ in den Gewerkschaften gesprochen hat. Nun halten zwar auch wir diese Ansicht für falsch, denn wenn die Gewerkschaften einen Werth für ihre Mitglieder haben, d. h. leistungsfähig sein sollen, dann müssen auch entsprechende Beiträge bezahlt werden. Wir wissen aber auch, daß die Ansicht über die Schädlichkeit der hohen Beiträge sogar von eifrigen Anhängern der Gewerkschaftsbewegung vielfach getheilt wird, welche der Ansicht huldigen, daß es vor allem darauf ankomme, die Masse erst einer Organisation zuzuführen; später, wenn das geistige Band erst
hlungen sei, werde es dann leichter, den Opfersinn zu wecken.
e man sich aber auch zu dieser Aeußerung stellen mag, sicher ist,
mit derselben nur die Meinung eines Genossen zum Ausdruck
ingte und es ist daher wirklich nicht ersichtlich, wie die Redaktion
„Korrespondenzblatt“ zu der Annahme gelangen konnte: „diese
ßerung stände im Einklang zu der Meinung der Mitglieder der
hstagsfraktion.“

Digitized by Google

Aehnlich steht es mit dem Verlangen, die Parteipresse möge die Gewerkschaftsbewegung mehr unterstützen und sie nicht nur „wohlwollend dulden". Wer unsere Parteipresse kennt, der wird den Vorwurf, der in diesen Sätzen steckt, einfach nicht verstehen. So lange wir eine sozialdemokratische Presse in Deutschland haben, ist dieselbe stets mit Wärme für die Gewerkschaftsbewegung eingetreten und sind alle gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiter von derselben unterstützt worden. Allerdings haben unsere Preßorgane auch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß über den Kämpfen und Streben um bessere Arbeitsbedingungen die letzten Ziele der sozialdemokratischen Bewegung: Die Beseitigung der Klassenherrschaft und die Umwandlung der Produktionsmittel aus kapitalistischem in gesellschaftliches Eigenthum nicht vergessen werden dürfen. Diese Kennzeichnung der gewerkschaftlichen Kämpfe und Bestrebungen als eines Palliativs, das wohl geeignet sei, den Arbeitern bei günstiger Konjunktur auf den Arbeitsmarkt bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen und das weiter auch dazu diene, in Zeiten wirthschaftlichen Niedergangs die Unternehmer davor zurück zu schrecken, ihr soziales Uebergewicht schrankenlos zu mißbrauchen — das aber nie dazu führen könne, die Arbeiterklasse vom Drucke der Kapitalherrschaft endgiltig zu befreien, diese Kennzeichnung ist einfach Pflicht unserer Presse. Die Zumuthung, aus „taktischen Rücksichten" das Aussprechen dieser Wahrheiten zu unterlassen, kann nicht erfüllt werden, wenn unsere Bewegung nicht den sozialdemokratischen Charakter verlieren und der Versumpfung anheimfallen soll.

Das Aussprechen der letzten Ziele hat auch dem Anwachsen der Bewegung noch nie geschadet, wenn sonst die Bedingungen dafür in den politischen und wirthschaftlichen Verhältnissen vorhanden sind. So ist in der politischen Partei das Wählen und die Betheiligung an den Parlamentarismus noch nie als Selbstzweck hingestellt, sondern immer nur als erfolgversprechendstes Agitationsmittel behandelt worden. Trotzdem aber unsere Partei nie ein Hehl aus ihrer Auffassung bezüglich des positiven Werthes der parlamentarischen Thätigkeit gemacht hat, so sehen wir doch die Zahl der Wähler wie der Abgeordneten von Wahlperiode zu Wahlperiode mächtig wachsen.

Wenn die Gewerkschaftsorganisationen zur Zeit relativ schwach sind, so liegen die Gründe dafür sehr nahe. Zunächst ist die Th
sache ins Auge zu fassen, daß die jeweilige Lage des Arbeitsmark
von entscheidendem Einfluß auf den Stand der Gewerkscha
bewegung ist. Die Zeit der Gründerperiode, in der ersten Hä
der siebziger Jahre, mit ihrem wirthschaftlichen Aufschwung bra
uns eine, im Verhältniß zur Ausdehnung der sozialdemokratisc
Partei, sehr starke Gewerkschaftsbewegung. Mit dem Eintritt

Digitized by Google

„Krachs" und seiner Folgen ging aber die Gewerkschaftsbewegung zurück, während die Partei-Organisation in den Jahren nach der Vereinigung auf dem Kongreß in Gotha sich immer mehr ausbreitete. Das Sozialistengesetz zerstörte die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Trotz der brutalen Polizeiherrschaft unter Puttkamer brachte der bessere Geschäftsgang zu Anfang der achtziger Jahre wieder ein Aufblühen der Gewerkschaftsbewegung („Berliner Arbeiter-Bewegung", Fachvereine 2c.) und damit eine ganze Reihe von Arbeitseinstellungen. Mit der Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkte ging auch die gewerkschaftliche Bewegung wieder zurück. Es ist eine Erscheinung, die sich immer und überall wiederholt, daß mit dem Beginn einer Lohnbewegung die indifferenten Arbeitermassen in großen Schaaren den gewerkschaftlichen Organisationen zuströmen, daß deren Reihen sich aber wieder lichten, sobald die Arbeitsverhältnisse sich verschlechtern und die Aussichten auf Erfolge durch ein gewerkschaftliches Vorgehen schwinden. Es macht sich dieser Wechsel im Zu- und Abgang bei uns um so stärker bemerkbar, als die staatliche Organisation der Arbeiterversicherung (Krankenkassen, Alters- und Invaliditätsversicherung 2c.) den Gewerkschaften eines der wesentlichsten Mittel nimmt, die indifferenten Mitglieder an ihre Kassen zu fesseln.

Wenn nach dem letzten gewerkschaftlichen Aufschwung der Rückgang ein unverhältnißmäßig starker sein soll, so lassen sich dafür verschiedene Ursachen anführen. Zunächst darf nicht verkannt werden, daß die schweren Niederlagen, welche die Arbeiter gelegentlich der Frage der Maifeier 1890 in Hamburg, dann bei der großen Ausschließung der Tabakarbeiter eben dortselbst, bei dem Streik der Buchdrucker und dem Kohlenarbeiter-Ausstand im vorigen Jahre erlitten haben, der Gewerkschaftsbewegung starken Abbruch thaten. Die indifferente Masse läßt sich durch den Mißerfolg ebenso leicht abschrecken, als der Erfolg anfeuernd auf dieselbe einwirkt. Es kommt noch dazu der rücksichtslose Druck, welcher nach den Niederlagen der Arbeiter von dem Unternehmerthum in Privat- und Staatsbetrieben ausgeübt wurde, um die Arbeiter-Organisationen vollständig zu vernichten. Ein Bestreben, das dort, wo die Arbeiterschaft noch nicht in den Bannkreis der sozialdemokratischen Ideen gezogen ist, wie z. B. im Saarrevier, bis zu einem gewissen Grade thatsächlich gelungen ist. Zum Hohne auf das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht sind dort die auf den staatlichen Gruben und Werken beschäftigten Arbeiter bei Verlust der Arbeit und der durch jahrelange Beitragszahlung erworbenen Kassenrechte gezwungen worden, aus dem Rechtsschutzverein auszutreten, in Folge dessen diese nicht sozialdemokratische Organisation vollständig vernichtet und das Vereinsorgan zum Eingehen gezwungen worden ist. Für die bekannte Aeußerung, daß die preußischen Staatswerkstätten zu Muster-

Digitized by Google

anstalten für die Arbeiter ausgebildet werden sollen, ist das Vorgehen der Staatsverwaltung im Saarrevier eine recht charakteristische Illustration. Dasselbe ist ein ebenbürtiges Seitenstück zu dem Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse, das gelegentlich der Agitation für die Maifeier 1890 zwischen dem Unternehmerthum und einzelnen preußischen Ministern geschlossen wurde und als Affäre „Kühnemann & Comp." im Reichstag gelegentlich der Berathung der sogenannten Arbeiterschutzvorlage 1891 für alle Zeiten an den Pranger gestellt wurde.

Aber auch der Jahre lang fortgesetzte, häufig nur in persönlicher Rivalität wurzelnde Streit um die beste Organisationsform in den Gewerkschaften hat sicherlich nicht dazu beigetragen, die Kadres derselben zu stärken.

Es ließe sich noch mancher Grund anführen, der zur Erklärung des nicht befriedigenden Standes der Gewerkschafts-Organisationen dienen könnte, wir glauben aber, die bereits vorgeführten genügen, um zu beweisen, daß nicht das mangelnde Wohlwollen seitens der Partei und ihrer Presse den Rückgang der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung verschuldet hat.

Im Uebrigen ist der behauptete Rückgang der Gewerkschaftsbewegung im Verhältniß zu ihrem früheren Stande und auch im Verhältniß zur Zahl der organisirten, d. h. politischen Vereinen angehörenden Parteigenossen nur sehr mit Vorbehalt zuzugeben. Für Jeden, der mit den inneren Verhältnissen der Gewerkschaften und der politischen Partei vertraut ist, unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß die Zahl der Gewerkschafts-Mitglieder weit die der organisirten Parteigenossen übersteigt. Wenn deshalb in letzter Zeit in den gewerkschaftlichen Versammlungen und in einzelnen Fachorganen vielfach die Forderung gestellt wird: es sei Pflicht jedes Parteigenossen, der Gewerkschaft seines Berufes anzugehören, so ließe sich zweifellos mit viel mehr Recht die Forderung umkehren. Gewiß giebt es organisirte Parteigenossen, welche keiner Gewerkschaft angehören, aber sie bilden Ausnahmen, in der Regel ist der politisch organisirte Parteigenosse auch Mitglied seiner Gewerkschaft. Wäre das Gleiche bei den Angehörigen der Gewerkschaften in Bezug auf die Parteimitgliedschaft der Fall, die Zahl unserer organisirten Genossen müßte an manchen Orten und besonders in den großen Städten um das drei- und vierfache — wenn nicht mehr — steigen. Den Grund dieser Erscheinung in gegenseitiger Abneigung oder in der Unterschätzung des Werthes und der Nothwendigkeit der beiden Organisationsformen zu suchen, wäre freilich verfehlt. Die Ursache ist vielmehr in den allermeisten Fällen in der bedrückten sozialen Lage der betreffenden Genossen zu suchen, welche ihnen nicht erlaubt, neben den Prämien für Kranken-, Alters- und Invaliden-Versicherung, den direkten und indirekten Staats- und Gemeindesteuern, noch

Digitized by Google

Beiträge für politische und gewerkschaftliche Organisationen und Preßorgane zu zahlen.

Was nun den Rückgang der Gewerkschaften in den letzten Jahren betrifft, so wird, relativ genommen, derselbe aus den angeführten Gründen wohl stattgefunden haben, absolut betrachtet, zeigt aber auch die Gewerkschaftsbewegung von heute genau dasselbe gewaltige Wachsthum, das die politische Arbeiterbewegung im Verhältniß zu ihrem Stande vor dem Erlaß des Ausnahmegesetzes aufweist.

Die Zahlen von zwei statistischen Aufstellungen über die Stärke der deutschen Gewerkschaftsbewegung, von denen die eine im Jahre 1877 durch den verstorbenen Genossen August Geib aufgenommen und im „Pionier", Nr. 4, II. Jahrgang, am 26. Januar 1878 und die andere von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1891 im „Correspondenzblatt" Nr. 13, II. Jahrgang veröffentlicht worden sind, geben uns doch ein etwas anderes Bild über das Wachsthum der Gewerkschaften in den letzten 15 Jahren, als einige jüngere Gewerkschaftsagitatoren in ihrem löblichen Eifer für ihre Organisationen es darzustellen belieben.

Nach diesen statistischen Aufstellungen, den einzigen, die wir in dieser Sache überhaupt haben[1]), betrug die Zahl der in Gewerkschaften organisirten Mitglieder 1877 49 055, welche 30 Vereinigungen, darunter 25 Zentralverbänden, vertheilt auf 1266 Zweigvereine, angehörten. Die Aufstellung umfaßte fast alle damals bestehenden Organisationen, mit Ausnahme der Hutmacher und einiger ganz kleiner Vereine. Günstigsten Falls zählten also im Jahre 1877 die Gewerkschaften 50000 Mitglieder, vertheilt auf etwa 1300 Zweigvereine.

Dem gegenüber weist die statistische Aufstellung der Generalkommission pro 1891 einen Mitgliederbestand von 237 897, vertheilt auf 3761 Zweigvereine auf. Diese Ziffern bedeuten einen Auf-

[1]) Nachdem der Bericht bereits geschrieben und in den Druck gegeben war, veröffentlichte die Generalkommission d. G. D. in der Nr. 21 III. Jahrgang eine statistische Aufstellung über die „Deutschen Gewerkschafts-Organisationen" im Jahre 1892. Diese Aufstellung weist in 52 Organisationen 227 023 Mitglieder, vertheilt auf 3959 Zweigvereine nach. Diese Organisationen hatten eine Jahresgesammteinnahme von 2 031 922 Mk., denen eine Gesammtausgabe von 1 786 271,34 Mk. gegenübersteht. Der Kassenbestand am Schlusse des Jahres betrug 646 414,31 Mk. Der Rückgang, der sich aus diesen Ziffern in Bezug auf die Mitgliederzahl ergiebt, ist ausschließlich auf den Ausfall bei den Bergarbeiter-Organisationen zurückzuführen. Auch aus dieser, der neuesten Aufstellung, wird die Richtigkeit unserer Darstellung über das Verhältniß des Wachsthums der Gewerkschaftsbewegung zur politischen Partei nur bestätigt.

Digitized by Google

schwung in der gewerkschaftlichen Bewegung innerhalb der 15 Jahre, in die obendrein 12 Jahre Sozialistengesetz fallen, um fast 400 Prozent. Die durchschnittliche Monatseinnahme sämmtlicher Gewerkschaften betrug im Jahre 1877 33 551 Mk., 1891 93 049 Mk. 1877 standen der Gewerkschaftsbewegung 15 Organe, 1891 54 und heute 55 Blätter mit theilweise in die Zehntausende belaufenden Auflagen zur Verfügung.

Wir glauben, daß die Kenntniß dieser Ziffern nothwendig ist, will man die Klagen über den Rückgang oder die Vernachlässigung der gewerkschaftlichen Bewegung auf ihren wahren Werth prüfen.

Die sozialdemokratische Partei hat sich von jeher und auch sofort als sie in Deutschland wieder offen auftreten konnte, auf dem Parteitag in Halle, mit aller Entschiedenheit für die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und für starke Organisationen ausgesprochen. Diesen Standpunkt zu verlassen, dazu dürfte heute weniger als jemals Anlaß vorliegen, und die Partei hat es auch bis in die neueste Zeit weder an geistiger noch materieller Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung fehlen lassen. Es sei hier nur auf die Unterstützungen hingewiesen, welche die Partei bei den letzten großen Gewerkschaftskämpfen beigesteuert hat. Mittel, die in diesem Umfange in früheren Jahren nie geleistet wurden und damals auch nicht geleistet werden konnten.

Die Hauptarbeit für ihre Ausbreitung und Ausgestaltung müssen freilich die Gewerkschaftsorganisationen selbst leisten, sie werden dies um so besser können, je weniger sie ihre Kraft in der unnützen Jagd nach neuen Organisationsprojekten oder in persönlichen Reibereien erschöpfen, wie dies in den letzten Jahren leider nur allzu häufig geschah.

* *
*

Die **Maifeier** ist auch im letzten Jahre in großartiger Weise, entsprechend den Beschlüssen des vorjährigen Parteitags gefeiert worden. In all' den Städten und Orten, in denen unsere Parteigenossen in Deutschland organisirt sind, bekundeten sie am 1. Mai zu Tausenden und Hunderttausenden ihre internationale Solidarität mit dem klassenbewußten Proletariat aller Länder, ihren unbeugsamen Willen, nimmer zu rasten und zu ruhen, bis das Joch der Klassenherrschaft, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zerbrochen sei. Daneben war die Maifeier zugleich eine erhebende Kundgebung für den Völkerfrieden gegenüber dem völkerverhetzenden Treiben der herrschenden Klassen.

* *
*

Der Stand der **Parteipresse** hat seit dem vorigen Jahre keine wesentliche Aenderung erfahren, insofern als dabei nur die Zah

der erscheinenden Blätter in Betracht kommt. Was dagegen die materiellen Verhältnisse unserer Parteiorgane betrifft, so kann eine wesentliche Wendung zum Besseren konstatirt werden. Zwar haben auch im laufenden Jahre erhebliche Summen aus der Parteikasse an einzelne Preßunternehmen gegeben werden müssen, doch hat es sich dabei fast durchweg um Deckung alter Schulden oder um die Anschaffung eigener Druckereien, Maschinen 2c. gehandelt. Ihre laufenden Ausgaben decken die weitaus größte Zahl der Blätter jetzt selbst und mehrere derselben, welche im Vorjahre noch unter den Darlehnsnehmern in der Parteiabrechnung aufgeführt werden mußten, waren im laufenden Jahre bereits in der Lage, mit der Zurückerstattung der erhaltenen Darlehne zu beginnen. Wenn nicht unvorherzusehende Ereignisse eintreten, so kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die Zahl der Preßorgane, welche mit Ueberschüssen arbeiten, in nächster Zeit erheblich wachsen wird, was für den Umfang und die Nachhaltigkeit der Agitation naturgemäß von großer Bedeutung ist.

Die Besserung in der Lage der Parteipresse ist neben dem Wachsthum des Abonnements in Folge der Wahlagitatien, hauptsächlich auch der umsichtigeren Regelung der Verwaltung zu verdanken. Unsere Mahnung im vorjährigen Bericht, daß „das Zeitungswesen ein Geschäft sei, das ebenso gelernt sein muß wie jedes andere“, ist nicht ohne Wirkung geblieben und die guten Folgen zeigen sich in der Hebung der materiellen Lage unserer meisten Preßorgane.

Der im vorigen Jahre gefaßte Beschluß die Herausgabe „einer wirksamen, den Kenntnissen und dem Fassungsvermögen der Arbeiterjugend angepaßten Jugendliteratur“ betreffend, konnte leider auch in diesem Jahre nicht zur Ausführung gebracht werden. Zwar sind die Vorarbeiten für die Gründung eines solchen Organs getroffen und Unterhandlungen wegen Uebernahme der Leitung desselben gepflogen worden, leider aber haben dieselben zu keinem befriedigenden Ergebniß geführt. Hoffentlich gelingt es im nächsten Jahre, die Schwierigkeit, eine geeignete Redaktion und Mitarbeiterschaft zu beschaffen, zu überwinden.

Den ebenfalls auf dem Berliner Parteitag gefaßten Beschluß: Flugblätter und Broschüren zur Agitation auf dem Lande geeignet [illegible]zustellen und den Kreisen zur Verfügung zu stellen, ist nach [illegible]äften Rechnung getragen worden, wie an anderer Stelle bereits [illegible]sgeführt ist. Wenn wir nicht allen diesbezüglich laut gewordenen [illegible]ünschen nachkommen konnten, so liegt dies, neben anderen [illegible]ünden, wesentlich an der Arbeitslast, die vom Parteivorstand zu [illegible]ältigen ist. Dieser kann, neben allen sonstigen Aufgaben, die [illegible]n bereits zugetheilt sind, nicht auch noch für die Provinz und

Digitized by Google

einzelne Kreise geeignete Flugblätter schreiben, deren Herstellung veranlassen und womöglich auch noch die Versendung überwachen. Diese Aufgabe zu erledigen ist Sache der Landes-, Provinzial- oder Kreiskomitees. Von der Parteileitung sind bisher, wo es verlangt wurde, stets Zuschüsse zur Herstellung von Flugblättern bewilligt worden. Zu bemerken bleibt freilich, daß die Genossen stets des Satzes eingedenk sein sollten, daß noch nicht alles was geschrieben auch druckreif ist, und daß deshalb die Prüfung der Manuskripte sowohl auf ihren prinzipiellen wie strafrechtlichen Inhalt hin von größter Wichtigkeit ist. Den Stand der gewerkschaftlichen und Parteipresse zeigt nachstehende Aufstellung.

Es erschienen Gewerkschaftsblätter:

	1891	1892	1893
wöchentlich 3 Mal	1	1	1
„ 2 „	—	1	—
„ 1 „	24	28	28
monatlich 3 Mal	3	3	2
alle 14 Tage	22	20	19
monatlich	4	3	5

Im 3. Quartal 1891 zählte die politische Parteipresse 68 Organe: heute deren 75; davon erschienen

	1891	1892	1893	
wöchentlich 6 Mal	27	32	32	Blätter
„ 3 „	23	20	25	„
„ 2 „	7	6	7	„
„ 1 „	10	12	11	„
alle 14 Tage 1 „	1	—	—	„
			75	

Zu diesen Blättern kommen noch die in Stuttgart bei J. H. W. Dietz erscheinende wissenschaftliche Wochenschrift „Neue Zeit“, die beiden Witzblätter: „Der wahre Jakob“ (Stuttgart) und „Süddeutscher Postillon“ in München und das in einer Auflage von ca. 200 000 erscheinende, einer Reihe von Parteiorganen als Sonntagsbeilage beigegebene Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt“. Der ebenfalls im Parteiverlag erscheinende „Neue Welt-Kalender“ ist in seiner neuesten Ausgabe (1894) in einer Auflage von 130 000 Exemplaren hergestellt.

Für den günstigen Stand unseres Zentral-Organs „Vorwärts“, dessen Abonnentenzahl jetzt die Höhe von 42 500 erreicht hat, spricht die nachstehende Abrechnung für die Zeit vom 1. Juli 1892 bis 30. Juni 1893:

Digitized by Google

	Juli-Septembr. 1892		Oktober-Dezember 1892		Januar-März 1893		April-Juni 1893	
A. Eingänge:								
Zeitungs-Abonnementsgelder durch die Expedition . .	73653	90	74551	90	74760	40	82645	40
Zeitungs-Abonnementsgelder durch die Post	6480	70	7219	70	8152	70	8391	90
Inseraten-Einnahme . . .	14570	70	19620	70	16564	30	19047	70
Gewinn aus dem Broschüren-Detailverk. durch d. Exped.	—	—	1268	10	—	—	—	—
Gesammt-Einnahme Mk.	94705	30	102660	40	99477	40	110085	—
B. Ausgänge:								
Diverse Unkosten: (Porto für Kreuzbänder, Gebühren f. Zeitungsüberweisungen, Porto und Depeschen der Redaktion, Telephon, Beleuchtung, Heizung, Comtoir-Utensilien, Laufbursche der Redaktion, Mieths- u. Gewerbesteuer 2c. 2c.) . .	2396	—	3091	25	3137	95	4397	50
Zeitungs-Abonnements . .	272	65	324	25	261	85	264	20
Berichterstatter	2691	25	2417	60	2199	—	3790	50
Feuilleton	30	20	183	50	388	05	460	40
Redakteure und Mitarbeiter	8899	35	9896	10	8988	—	11257	35
Depeschen- und Parlamentsberichte	370	—	755	—	930	—	895	—
Neue Welt	5226	80	5339	60	5374	20	5840	60
Gehälter der Expedition . .	1806	—	1843	—	2089	50	2083	—
Miethe	933	10	933	10	933	10	878	15
Gerichtskosten und Strafen .	196	95	128	10	275	55	630	55
Bibliothek	10	10	66	55	—	—	1	50
Druckrechnung	61060	60	68012	30	65727	15	68586	55
Gesammt-Ausgabe Mk.	83893	—	92990	35	90304	35	99085	30
Gewinn . . . . „	10812	30	9670	05	9173	05	10999	70
wie oben unter A Mk.	94705	30	102660	40	99477	40	110085	—

Geprüft und mit den ordnungsgemäß geführten Büchern übereinstimmend gefunden.

Berlin, den 12. Oktober 1893.

). Meister. Aug. Jacobey. August Kaden. Fritz Herbert.
E. Dubber. Gottf. Schulz.

Digitized by Google

Der Gewinn für das Geschäftsjahr beträgt **Mark 40 655,10.** Der für das Vierteljahr Juli-September 1893 erzielte Gewinn von Mk. 13 578,20 ist im Oktober dieses Jahres vereinnahmt worden und kommt daher erst im nächsten Jahre zur Verrechnung.

Die von den Berliner Genossen, laut Beschluß des Erfurter Parteitags, eingesetzte Preßkommission für den lokalen Theil des „Vorwärts“ hat auch im letzten Jahre ihre Aufgabe zur allgemeinen Zufriedenheit gelöst. Die Kommission hält regelmäßig am ersten Dienstag jedes Monats ihre Sitzungen ab, an denen Mitglieder des Partei-Vorstandes und der Redaktion des „Vorwärts“ theilnehmen.

* * *

Wie im Vorjahre auf dem Berliner Parteitage, so kann auch diesmal eine rege Thätigkeit für die Parteiliteratur konstatirt werden, welche seitens unserer **Parteibuchhandlung** entfaltet wurde. Von älteren Schriften wurden wieder eine Anzahl neu aufgelegt, wir nennen „Unsere Ziele“ und die „Glossen zur wahren Gestalt des Christenthums“ von A. Bebel, „Die politische Stellung der Sozialdemokratie“ von Liebknecht, Paul Lafargue's Schrift über „Die Entwicklung des Eigenthums“ sowie Ferd. Lassalle's Agitationsbroschüren in Einzelausgaben. Die Herausgabe der Lieferungen der neuen Gesammtausgabe der Lassalle'schen Reden und Schriften war am Schluß des Geschäftsjahres fast beendet, jetzt liegt das ganze Werk vollständig vor. Von der „Berliner Arbeiterbibliothek“ sind neu erschienen zwei Hefte von Adolf Braun, über die „Kartelle“ und über „Berliner Wohnungsverhältnisse“. In hoher Auflage (fast 30 000 Exemplare) fand das Protokoll des Berliner Parteitages Verbreitung. Infolge der bekannten Debatten über den sozialdemokratischen „Zukunftsstaat“, welche im Februar 1893 im Reichstage stattfanden, wurde das Stenogramm jener 5 Tage andauernden Verhandlungen als billige Agitationsbroschüre herausgegeben. Der Erfolg war ein guter: 100 000 Abzüge wurden in wenigen Wochen nach allen Gauen Deutschlands abgesetzt. Zur Feier des 1. Mai war wiederum, wie in den vorhergehenden Jahren, seitens des Parteiverlages eine Maifest-Zeitung herausgegeben worden; aus den entlegendsten Winkeln liefen Bestellungen ein, über 400000 Exemplare wurden verbreitet. — Der Wahlkampf rückte heran. Zunächst wurde für denselben eine kleine Schrift „Fort mit dem Militarismus“ gedruckt und ausverkauft. Dann erschien das Büchelchen über „Die Thätigkeit des deutschen Reichstags von 1890—1893“, welches wegen seines Materialreichthums und seiner knappen Darstellung in Genossenkreisen viel Anklang fand; der äußere Erfolg bestand in dem Absatz von ca. 35 000 Exemplaren. Vor allem wurden

Digitized by Google

durch die Partei=Buchhandlung im vergangenen Geschäftsjahre für Agitationszwecke, besonders während der Wahl, wiederum die verschiedensten Broschüren gratis versandt. Es kommen hier besonders in Betracht: „Das Parteiprogramm“, „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie“, Erläuterungen zum Erfurter Programm von K. Kautsky und B. Schoenlank, „Zur Landagitation“, „Nieder mit den Sozialdemokraten“ von W. Bracke, „Die Soldatenmißhandlungen“, „Freiherr von Stumm“, „Zukunftsstaat und Sozialdemokratie“ und „Reichstagsreden von A. Bebel.“ Dazu wurde die Versendung einer Anzahl Flugblätter, z. B. „Du, Mutter, was läuft der Herr Gendarm so!“, ferner der „Bericht der parlamentarischen Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstags=Fraktion von 1891—1893“ in einer Gesammtauflage von mehreren Hunderttausend Abzügen besorgt.

In geschäftlicher Hinsicht stand die Buchhandlung des „Vorwärts“ am 30. Juni d. J. auf folgender Basis: Der Waarenumsatz betrug im vergangenen Jahre 144 000 Mark; der Lagerstand repräsentirt einen Nettowerth von 30 500 Mark, und stellt derselbe mit den Außenständen, welche 17 200 Mark betragen, die Aktiven des Geschäfts mit 47 700 Mark dar. Nach Abzug der 2700 Mark betragenden Passiva verbleibt ein Geschäftsvermögen von 45 000 Mark. Bei einer weiteren günstigen Entwicklung des Geschäftes ist dasselbe in der Lage, der Partei von nun ab zu Agitationszwecken direkt Ueberschüsse abführen zu können, womit in diesem Monat mit 6000 Mk. der Anfang gemacht ist.

Zu bemerken ist, daß die Buchhandlung ohne eigentliches Betriebskapital ins Leben gerufen wurde, der heutige Aktivbestand deshalb, abgesehen von einem allerdings mehrere Tausend Mark repräsentirenden Broschürenlager, das bei der Begründung der Buchhandlung überwiesen wurde, als Verdienst des Geschäftes zu betrachten ist.

* * *

Bereits wiederholt ist auf die **Reichstagswahlen** im letzten Sommer hingewiesen worden. Ueber deren Bedeutung und die Erfolge, welche dabei unsere Partei erzielte, spricht sich der „Bericht an den internationalen Arbeiterkongreß in Zürich über den Stand [illegible] sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland“, welcher vom [illegible]rtei=Vorstand erstattet worden ist, in nachfolgender Weise aus:

„Der Reichstag wurde am 6. Mai wegen Ablehnung der Militär[illegible]lage von der Regierung aufgelöst. Wie im Reichstag unsere [illegible]treter den Kampf nicht führten unter dem bloßen Gesichtspunkt [illegible] Vermehrung der Steuerlasten, sondern in prinzipieller Gegner[illegible]ft zum Militarismus — dieser naturnothwendigen Ergänzung

Digitized by Google

des Kapitalismus —, so wurde von unserer Partei der Wahlkampf nicht blos gegen die Militärvorlage geführt, sondern unter prinzipieller Gegnerschaft gegen alle bürgerlichen Parteien, gegen die ganze bürgerliche Gesellschaftsordnung und unter Voranstellung unsererer prinzipiellen sozialistischen Grundforderungen. Bei der Entwicklung der Parteiverhältnisse in Deutschland ist unsererseits ein anderer Wahlkampf gar nicht mehr möglich; wo unsere Genossen es unterlassen würden, diesen prinzipiellen Gegensatz zu betonen, würde er von den Gegnern aufgestellt, unsere Partei der Feigheit und Heuchelei bezichtigt werden. Und gerade der jüngste Wahlkampf zeichnete sich durch besonders scharfe Betonung dieser grundsätzlichen Gegnerschaft zwischen Sozialdemokratie und kapitalistischer Gesellschaftsordnung aus. Auch ganz erklärlich: wenige Wochen vor der Reichstags-Auflösung widerhallte ganz Deutschland von dem Siegesjubel der vereinigten Gegner. Ultramontane und Protestanten, Junker und Industrielle, Zünftler und staatserhaltende Sozialreformer, alle waren einig, daß die Sozialdemokratie im Reichstag — in den mehrtägigen Debatten über den sogenannten Zukunftsstaat — wissenschaftlich überwunden, kritisch vernichtet sei. Und in den Millionen Wahlflugblättern der Gegner wurden Extrakte jener Debatten immer wieder reproduzirt, und damit dieser Gegensatz selber zur Wahlparole gemacht, freilich auch hier mit gleich schlechtem Ausgange für die Gegner wie im Reichstage.

Ein deutliches und für sich selbst sprechendes Bild über die Entwicklung unserer Partei möge nachstehende Zusammenstellung der Wahlresultate aus einer Anzahl Städte geben. Auf unsere Kandidaten fielen Stimmen:

Ort	1878	1890	1893
Berlin	51 164	126 317	151 122
Hamburg	29 629	67 303	70 553
Breslau	13 065	21 555	26 205
München	5 259	28 218	29 907
Dresden	17 303	25 079	29 455
Leipzig	5 822	12 921	11 784
Köln	2 189	10 646	12 093
Magdeburg	6 235	17 261	16 633
Frankfurt a. M.	4 080	12 663	13 482
Königsberg	1 108	12 370	10 964
Hannover	6 588	15 789	19 538
Stuttgart	4 136	10 446	13 340
Bremen	6 304	14 843	14 572
Düsseldorf	486	8 228	9 367
Nürnberg	10 162	17 045	18 015
Danzig	114	3 525	4 265

Digitized by Google

Ort	1878	1890	1893
Straßburg i. E. .	141	4 773	6 206
Chemnitz . . .	9 899	24 641	23 296
Elberfeld-Barmen	11 325	18 473	19 005
Altona	11 662	19 533	20 448
Stettin	914	7 759	9 586
Aachen	909	1 744	3 029
Crefeld	467	3 030	3 730
Braunschweig .	7 876	13 621	15 470
Halle	1 046	12 808	12 991
Lübeck	1 588	6 893	7 339.

In den Bezirken, die während des Sozialistengesetzes unter dem sogenannten kleinen Belagerungszustand standen und deren kolossale Stimmensteigerung 1890 seitens der Gegner als bloßer Protest gegen die Polizeibedrückung, nicht aber als Beweis der sozialdemokratischen Gesinnung hingestellt wurde, erhielten wir diesmal Stimmen (Berlin, Hamburg-Altona, Leipzig, Frankfurt a. M. und Stettin sind schon oben aufgeführt):

Wahlkreis	1878	1890	1893
Niederbarnim . . .	2 775	13 362	17 044
Charlottenburg . .	4 763	19 169	31 424
Potsdam-Spandau .	—	3 977	10 140
Harburg	1 763	6 860	9 055
Ottensen-Pinneberg	5 452	10 820	13 097
Lauenburg	347	2 072	3 287
Leipzig (Land) . .	11 253	30 127	33 349
Offenbach a. M. . .	5 557	10 343	11 063
Spremberg . . .	1 242	5 610	6 542.

Diese aufgeführten Bezirke sind sämmtlich industrielle Hochburgen und bei dem rein proletarischen Charakter unserer Bewegung ist es daher erklärlich, daß sie auch zugleich die Hochburgen der Sozialdemokratie sind. Aber die letzen Wahlen — und darin liegt ihre Hauptbedeutung — haben den Beweis ergeben, wie der sozialdemokratische Gedanke auch in rein ländliche Bezirke immer iefer eindringt und damit den Pfeil in das Herz des Gegners ohrt. Der angeblich antikollektivistische Bauernschädel des Landroletariers bietet gegen das Eindringen der sozialdemokratischen deen ebensowenig Widerstand, als die humanitätsduseligen Phrasen enannter Arbeiterfreunde beim industriellen Lohnsklaven den sieg-hen Einzug dieser Ideen verhindern konnten.

Digitized by Google

In der Provinz Brandenburg (mit Ausschluß Berlins) wurden sozialdemokratische Stimmen abgegeben:

	1878	1890	1893
Regierungs-Bezirk Potsdam	9 975	54 192	87 280
„ Frankfurt a. O.	5 034	29 139	41 326
	15 009	83 331	128 606

In der preußischen Vendee, in der Provinz Pommern, wurden nach einzelnen Wahlkreisen geordnet, sozialdemokratische Stimmen abgegeben:

	1881	1884	1887	1890	1893
Anklam-Demmin . .	—	—	—	—	573
Usedom-Wollin . . .	—	—	—	1730	2631
Randow-Greifenhagen	159	770	3786	8422	10508
Stadt Stettin . . .	910	1139	4276	7759	9586
Stargard-Pyritz . . .	—	—	18	763	2331
Naugard-Regenwalde .	—	—	—	84	352
Greifenberg-Kammin .	—	—	—	—	1125
Stolp-Lauenburg . .	—	—	—	148	903
Bütow-Schlawe . . .	—	—	—	—	652
Kolberg-Köslin . . .	—	—	—	227	2626
Belgard-Dramburg .	—	—	—	—	765
Neustettin	—	—	—	—	10
Stralsund-Rügen . .	—	—	—	735	2382
Greifswald-Grimmen .	—	—	112	763	2860
Zusammen	1069	1909	8192	20631	37308

Im rein agrarischen Mecklenburg, das weder im Besitz einer Verfassung noch eines Versammlungs- und Vereinsgesetzes ist, wurden 1878 2070 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, 1890 bereits 28 235 und 1893 32 220!

Im Königreich Bayern, dessen erwerbsthätige Bevölkerung zu 80 Prozent dem Kleinbauernstand angehört, wurden sozialdemokratische Stimmen abgegeben 1878: 22 532, 1890: 101 100, 1893: 125 952, die sich auf sämmtliche Wahlkreise vertheilen. Das allerdings sehr industrielle, daneben aber auch kleinbäuerliche Elsaß-Lothringen, das Jahrzehnte lang bei den Wahlen den kapitalistischen Protestlern oder Ultramontanen zum unbestrittenen Siege verholfen hatte, marschirt immer mehr ins Lager der Sozialdem[o]kratie ab: 1878 wurden 141 sozialdemokratische Stimmen abg[e]geben, 1890: 19 157, 1893 aber 44 885 und zwei Sozialdemokrate[n] gewählt.

Ein ziffernmäßiges amtliches Bild über das Wahlresultat noch nicht erschienen, aber man wird nicht viel abirren, wenn m[an] die Gesammtzahl der abgegebenen sozialdemokratischen Stimm[en]

Digitized by Google

auf 1 800 000 rechnet. Das ist freilich kein solcher Sprung wie von 780 000 in 1887 auf 1 427 000 in 1890, aber solch' riesige Steigerung war diesmal von vornherein ausgeschlossen. Die Zeit solch' plötzlichen Anschwellens, das in rein äußerlichen Momenten, z. B. in der Repressivpolitik der Regierung, seine Erklärung fand, ist mit dem Augenblick abgeschlossen, wo eine Partei sich innerlich konsolidirt hat; die jetzige Stimmensteigerung ist der ziffernmäßige Ausdruck der organischen Entwicklung, in welche die deutsche Sozialdemokratie eingetreten ist. Die erzielten Erfolge sind aber um so großartiger, wenn wir erwägen, daß wir gegenwärtig inmitten einer Industriekrisis uns befinden, während die 1890er Wahlen in den Abschluß einer industriellen Hochfluth fielen. In den Städten haben außerdem tausende von Arbeitern infolge des kolossalen Nothstandes im vergangenen Winter (z. B. in Leipzig oder in Hamburg infolge der Cholera-Epidemie) Armenunterstützung bezogen und sind dadurch des Wahlrechtes verlustig gegangen. Ebenso kommt für die ländlichen Kreise in der Provinz Brandenburg, in Mecklenburg ꝛc. in Betracht, daß zur Sommerzeit Tausende von Stimmen uns dort verloren gehen, weil Tausende von Arbeitern, wie Schiffer, Flößer, Ziegelbrenner den Sommer über gar nicht zu Hause sind, oder gleich den Maurern und Bauarbeitern die Woche über in den nächstgelegenen Städten auf Arbeit sind und nur Sonnabends heimkehren, also am Wahltage daheim ihre Stimme nicht abgeben konnten. Aber nicht blos die Stimmen am Wahltage gingen uns verloren, viel schwerer fällt ins Gewicht, daß unserer Partei damit in diesen ländlichen Bezirken die Agitatoren fehlen und die äußerst wirksame kleine Agitation mit dem Flugblatt und Stimmzettel fast ganz ausfällt. Wenn wir trotzdem in diesen rein ländlichen Kreisen geradezu erfreuliche Fortschritte gemacht haben, so wiegen diese um so bedeutsamer. Denn wenn irgendwo, so gilt hier das Wort: Man muß die Stimmen nicht blos zählen, sondern auch wägen.

Entsprechend der Stimmenzahl waren die praktischen Erfolge Im ersten Wahlgange wurden 24 sozialdemokratische Abgeordnete gewählt; in 85 Wahlkreisen kamen unsere Kandidaten mit kleinen Majoritäten oder großen Minoritäten in die Stichwahl. Wie es sich aber von selbst versteht, konnten wir bei den Stichwahlen nur diejenigen Sitze erobern oder behaupten, wo die eigene Kraft der Partei hierzu ausreichte. Die Gegner — und das ist das charakte[illegible]sche Merkmal dieses Wahlkampfes — desertirten überall ins [illegible]ierungslager und ließen ihre eigenen Führer, Programme und [illegible]hlversprechungen auf dem Wahlplatze zurück. Gegenüber der prole[illegible]sch-revolutionären Sozialdemokratie organisirten sich die Gegner [illegible]rall in die „eine reaktionäre Masse“ der „staatserhaltenden“ Ele[illegible]te. Angesichts dieser Interessenkoalition der vereinigten Gegner [illegible]es daher erklärlich, daß wir die 85 Stichwahlen, in denen fast

Digitized by Google

überall die schein=radikalen Anhänger des sog. bürgerlichen Freisinns die Entscheidung zu geben hatten, bis auf 20 verloren. Nach diesem Ausfall der Stichwahlen war also die sozialdemokratische Vertretung im neuen Reichstag auf 44 Abgeordnete gegen 36 im letzten gestiegen."

Durch die Doppelwahl des Genossen Bebel in Straßburg i. E. und Hamburg I wurde eine Nachwahl nothwendig. Bebel nahm nach Rücksprache mit den Hamburger Genossen für Straßburg an; in Hamburg I aber wurde in der Nachwahl der Genosse Molkenbuhr mit erheblicher Majorität gewählt.

* * *

In Folge der gewaltigen Anstrengungen, welche die Partei im letzten Jahre, sowohl vor als nach den Wahlen, zum Zwecke der Agitation und Organisation als auch behufs Verbreitung unserer periodischen und nichtperiodischen Presse gemacht hat, haben die Ausgaben in bedeutendem Maße die Einnahmen überstiegen. Diese Mehrausgaben wurden speziell verursacht durch die Zuschüsse, welche zur Wahlagitation an die einzelnen Zentral=Komitees behufs Unterstützung der Kreise gegeben werden mußten. Hier zeigte sich, wie nothwendig für die Partei die Ansammlung größerer Reservefonds ist. Ohne die Existenz eines solchen Fonds hätte die Parteileitung den von den verschiedensten Seiten gestellten Anforderungen nach Zuschüssen nicht in dem geschehenen Maße genügen können, denn wie sich aus der Abrechnung ergiebt, blieben die Einnahmen, obwohl sie erheblich höher als im vorletzten Jahre waren, um circa Mk. 50 000,— hinter den Ausgaben zurück. Wie der nachstehende Kassenbericht zeigt, hat sich auch im letzten Jahre und besonders aus Anlaß des Wahlkampfes die Solidarität unserer ausländischen Genossen, und ganz besonders der im Auslande lebenden deutschen Genossen wieder auf das glänzendste bewährt. Umgekehrt hat auch der Partei=Vorstand zu den Kämpfen, welche unsere ausländischen Genossen durchzuführen hatten, in mehreren Fällen erhebliche Summen beigesteuert.

Den einzelnen Posten des Kassenberichtes sind, soweit es nothwendig erschien, erklärende Noten beigefügt, deren Beachtung sich beim Studium des Berichtes besonders empfiehlt. Zu bemerken bleibt, daß, so bedeutend die Summen in Einnahme und Ausgabe auch sind, welche der Kassenbericht aufführt, dieselben doch nur ein schwaches Bild geben von den wirklichen Kosten, welche von der deutschen Sozialdemokratie für Zwecke der Agitation und Organisation im letzten Jahre aufgebracht wurden.

Digitized by Google

So haben die Genossen in sämmtlichen größeren Städten die lokalen Wahlkosten aus eigener Kraft bestritten und außerdem noch meist bedeutende Summen zur Agitation in der Provinz gegeben. Dazu kommen die Unkosten für die Landtags-, Gemeinde- und Gewerbegerichtswahlen, sowie die Opfer für die gewerkschaftlichen Kämpfe, die auch im letzten Jahre durchzuführen waren. Es ist deshalb nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß die Summen, über welche die nachstehende Abrechnung Rechenschaft ablegt, auch noch nicht den zehnten Theil der Beträge nennt, welche die klassenbewußten deutschen Arbeiter im letzten Jahre für ihre politischen und wirthschaftlichen Kämpfe und Emanzipationsbestrebungen aufgebracht haben. Dabei bleibt außer Ansatz die Unsumme freiwilliger Thätigkeit, welche von den einzelnen Genossen besonders zu Zeiten der Wahlen in aufopferndster Weise geleistet worden ist. Während die gegnerischen Parteien zur Flugblatt- und Stimmzettelvertheilung, da wo ihnen der amtliche Apparat in Gestalt von Gemeindedienern, Nachtwächtern, Flurschützen und Gendarmen nicht zur Verfügung steht, nur gegen gutes Geld Träger finden, bilden in unserer Partei die freiwilligen Träger, welche die mühselige Arbeit unentgeltlich verrichten, die Regel.

Wo eine Entschädigung genommen wird, ist es in den meisten Fällen nur Ersatz für gehabte Auslagen oder ein geringer Beitrag zu den Zehrungskosten. Es ist die Begeisterung für die gute gerechte Sache, welche unsere Genossen Opfer bringen läßt, von deren Umfang unsere Gegner, bei welchen nur der Grundsatz gilt: „Kein Geld, kein Schweizer“, keine Ahnung haben.

Diese selbstlose und opferwillige Thätigkeit unserer Genossen ermöglicht es auch, daß die Wahlkosten unserer Partei kaum die Hälfte, ja in der Regel kaum den dritten oder vierten Theil dessen ausmachen, was unsere Gegner auszugeben haben. Die hohen Summen, welche besonders in antisemitischen und liberal-konservativen Blättern als angebliche Unkosten für einzelne unserer Wahlkämpfe aufgeführt werden, gehören ausschließlich in das Reich der Fabel. Es sind das Tendenz-Lügen, erfunden zu dem Zwecke, durch die uns in die Taschen gelogenen gewaltigen Beträge das Märchen von der „Judenknechtschaft“, in der sich unsere Partei befinden soll, dem konservativ-antisemitischen Stimmvieh glaubwürdiger erscheinen zu lassen.

Glücklicherweise hat aber unsere Partei weder in Bezug auf ihr politisches Verhalten noch auch in der Regelung ihrer wirthschaftlichen Angelegenheiten etwas zu verheimlichen oder die Kritik der breitesten Oeffentlichkeit zu scheuen und so veröffentlichen wir auch in diesem Jahre wieder, wie früher stets, so lange wir durch das Schandgesetz vom Oktober 1878 daran nicht gehindert waren, unseren Kassenbericht. Derselbe lautet:

Digitized by Google

Bericht

über

die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. Oktober 1892 bis 30. September 1893.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf:											
			Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts“		Maifestzeichen		Diverse	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1892														
Oktober . . .	20 155	75	4 945	95	350	—	—	—	10 812	30	3 995	—	52	50
November . .	15 277	80	13 803	30	200	—	—	—	—	—	1 270	50	4	—
Dezember. . .	6 972	06	6 454	06	500	—	—	—	—	—	18	—	—	—
1893														
Januar . . .	37 923	71	25 378	26	—	—	2 754	90	9 670	05	120	50	—	—
Februar . . .	3 450	78	3 450	78	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
März	6 177	93	5 122	78	1 050	—	—	—	—	—	5	15	—	—
April	16 027	79	6 724	54	50	—	80	20	9 173	05	—	—	—	—
Mai	21 876	46	21 261	82	—	—	614	64	—	—	—	—	—	—
Juni	45 088	68	45 088	68	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Juli	32 986	69	20 361	99	1 100	—	525	—	10 999	70	—	—	—	—
August . . .	35 032	51	34 427	51	605	—	—	—	—	—	—	—	—	—
September . .	17 355	90	11 355	90	6 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	258 326	06	198 375	57	9 855	—	3 974	74	40 655	10	5 409	15	56	50

	258 326,06 Mk.
Hierzu Bestand vom 1. Oktober 1892 .	7 552,90 „
Der Reserve entnommen	54 753,— „
	320 631,96 Mk.

Digitized by Google

B. Ausgaben.

Im Monat	Insgesammt Mk.	Pf.	Unterstützungen Mk.	Pf.	Prozeß- und Gefängnißkosten Mk.	Pf.	Allgemeine Agitation Mk.	Pf.	Wahl-Agitation Mk.	Pf.	Reichstagskosten Mk.	Pf.	Gehälter und Verwaltungs-Ausgaben Mk.	Pf.	Darlehns-Konto Mk.	Pf.	Vermischte Ausgaben Mk.	Pf.	Preß-Unterstützungen Mk.	Pf.	Archiv Mk.	Pf.
			Von den genannten Ausgaben entfielen auf:																			
1892																						
Oktober.	24331	25	1469	10	1833	35	2615	65	500	—	—	—	1217	15	5000[5])	—	503	—	11193	—	—	—
Novbr. .	26915	25	891	—	1614	60	2928	40	920	30	2000	—	6219	95	6000[6])	-	—	—	6341	—	—	—
Dezbr. .	19958	95	1846	50	1376	55	1445	—	361	70	1200	—	1190	20	200	—	—	—	12339	—	—	—
1893																						
Januar.	18368	48	1705	50	926	33	3984	35	709	20	3306	—	1835	95	3500[7])	—	—	65	2400	50	—	—
Februar	12040	27	634	—	406	40	3095	35	1633	50	3000	—	1055	50	—	—	—	—	2215	52	—	—
März .	18632	83	1100	—	1834	97	8457	50	600	—	3200	—	1239	25	—	—	—	—	2096	11	105	—
April .	13393	44	827	10	514	52	4449	30	600	—	2800	—	1004	43	—	—	—	—	2754	64	443	45
Mai . .	64209	85	1245	—	645	55	1226	60	57321	50	1300	—	873	65	500	—	—	—	888	55	209	—
Juni .	68929	19	859	—	6073[2])	58	950	—	53092	15	—	—	1369	21	5000[8])	—	6	—	1479	25	100	—
Juli . .	20122	63	1108	—	2547	58	827	70	9104	15	3000	—	1090	70	—	—	—	—	2344	50	100	—
August .	13248	37	1143	50	887	20	3913	61	6162	46	—	—	841	60	—	—	—	—	200	—	100	—
Septbr. .	16517	30	2367	25	586	10	3156	—	2131	50	—	—	1225	—	350	—	39	45	6562	—	100	—
	316667	81	15195	95[1])	19246	73	37049[3])	46	133136	46	19806	—	19162[4])	59	20550	—	549	10	50814[9])	07	1157	45

	316 667,81 Mk.
Kassenbestand am 30. September 1893	3 964,15 „
	320 631,96 Mk.

Erläuterung zu A. Einnahmen:

Die Einnahmen weisen zwar auch dieses Jahr wieder eine Steigerung auf, doch sind sie gegen die Ausgaben um 50 788,85 Mk. zurückgeblieben. (Die letzteren waren in Folge der Reichstagswahl um 118 005,56 Mk. höher als im Vorjahr.) Inwieweit die Parteigenossen der einzelnen Orte bezw. Wahlkreise zu dem vorliegenden Ergebniß beigetragen haben, zeigt die diesem Bericht folgende Tabelle (s. S. 58—69). Leider muß konstatirt werden, daß die Zahl der Orte, bezw. Wahlkreise, aus denen der Parteikasse Gelder zugeflossen sind, sich gegen das Vorjahr um 24 vermindert hat, wie denn überhaupt eine große Anzahl hervorragender Parteiorte auf dieser Tabelle gänzlich fehlen.

Erläuterung zu B. Ausgaben:

¹) Unterstützungen wurden nur gezahlt an Personen oder Angehörige von Personen, die in Folge ihrer Parteithätigkeit gemaßregelt oder sonstwie geschädigt wurden.

²) Unter dieser Summe befinden sich 5000 Mk., die als Kaution für den Genossen Kunert gestellt wurden und deren baldige Rückzahlung zu erwarten ist.

³) Unter diesen Ausgaben befinden sich 2500 Fr., welche den französischen Genossen, sowie 500 Mk., welche den österreichischen Genossen, und 500 Mk., welche den spanischen Genossen zur Betreibung der Wahlagitation zur Verfügung gestellt wurden.

⁴) Unter diesen Ausgaben befinden sich neben den gewöhnlichen Kosten, wie Gehälter, Miethe, Heizungs- und Beleuchtungskosten der Bureauräume, den Telephon-, Telegramm- und Portogebühren, den Druckkosten, den Zeit- und Reise-Entschädigungen für die Revision der Kasse und für die Konferenzen der Parteivertretung u. s. w., auch die Kosten des Berliner Parteitags mit 5171,10 Mk.

⁵) Durch die Häusler-Affäre wurde das Mannheimer Parteiorgan gefährdet. Die dortigen Genossen erhielten daher zum Rückkauf der Aktien 5000 Mk.

⁶) Diese Summe wurde dem Wurzener Parteiblatte gegen gute hypothekarische Sicherheit gegeben. Die Amortisation erfolgt innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren.

⁷) Von dieser Summe erhielt das Langenbielauer Parteiblatt 3000 Mk. zur nothwendig gewordenen Anschaffung einer eigenen Druckerei. Die Abzahlung erfolgt regelmäßig.

⁸) Diesen Betrag erhielten die Bielefelder Genossen, denen die Räumlichkeit für die Zeitungsdruckerei gekündigt wurde und die bei der Unmöglichkeit, anderweitig Miethsräume zu erhalten, nothgedrungen zum Bau eines eigenen Hauses schreiten mußten.

⁹) Den Nachweis über die, den einzelnen Parteiorganen gewährten Unterstützungen siehe unter C. Ausgaben für die Parteipresse

Digitized by Google

C. Ausgaben für die Parteipresse.

im Einzelnen nachgewiesen.

„Bote von der Saar"	Mk.	1900,—
„Elsaß-Lothringische Volkszeitung" .	„	3500,—
„Frankf. Volksstimme" (Frankf. a. M.)	„	2500,—
„Gazeta Robotnicza"	„	3830,72[1])
„Gothaisches Volksblatt"	„	800,—
„Magdeburger Volksstimme" . . .	„	900,—
„Münchener Post"	„	12148,35[2])
„Proletarier aus dem Eulengebirge"	„	409,50
„Rhein.-Westphäl.-Arbeiter-Zeitung"	„	7462,—[3])
„Saalfelder Volksblatt"	„	400,—
„Teltow-Beeskower Volksblatt" . .	„	1600,—
„Volksblatt für Anhalt"	„	500,—
„Volksblatt für Hessen"	„	3000,—
„Volksblatt für Ost- u. Westpreußen"	„	1244,50
„Volkstribüne" (Berlin)	„	100,—[4])
„Wiener Arbeiter-Zeitung"	„	10000,—[5])
„Wurzener Zeitung"	„	100,—
„Zeitzer Volksbote"	„	419,—
	Mk.	50814,07

Erläuterungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

[1]) Von der obigen, für die „Gaz. Rob." verausgabten Summe sind 339 Mk. von einem polnischen Genossen zurückerstattet worden.

[2]) Nachdem durch diese allerdings bedeutende Zuwendung das Unternehmen geschäftlich gut fundirt ist, beginnt es sich zu rentiren, so daß im Monat September von der Verwaltung der „M. P." 1000 Mk. zurückgezahlt werden konnten.

[3]) Außer der angeführten Summe wurde für den inhaftirten Redakteur des Blattes das Gehalt, per Monat 150 Mk., für 12 Monat 1800 Mk., als „Agitationsbeitrag", sowie für diverse Prozeß- und Gefängnißkosten, Umzug eines Redakteurs und eines Expedienten die Summe von 1438 Mk. gezahlt.

[4]) Für das Blatt mußten, nachdem es sein Erscheinen eingestellt hatte, außerdem noch 567,65 Mk. Prozeßkosten gezahlt erden.

[5]) Wie im Vorjahre gegen die belgischen, so mußte die deutsche artei in diesem Jahre gegen die österreichischen Genossen das Ge- hl der internationalen Solidarität bethätigen. Die Wiener Ge- ossen erhielten 10000 Mk., um drückende geschäftliche Verbindlich- iten, die auf ihrem Blatte ruhten und die Aktionsfähigkeit der rtei hemmten, abzulösen.

Digitized by Google

Tabellarische Uebersicht

der

seit dem Berliner Parteitage eingegangenen Partei-Beiträge

1. Oktober 1892 bis 30. September 1893.

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septembr.	Summa
Aachen	—	—	—	100,—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—
Adlershof b. Berlin	—	—	—	—	—	4,—	—	—	—	—	—	—	4,—
Altenburg . . .	—	—	—	17,90	—	—	—	—	—	—	—	—	17,90
Altona	500,—	—	5,60	—	—	—	366,44	31,50	—	—	—	1000,—	1903,54
Altwasser . . .	—	—	—	—	—	—	—	7,—	—	—	—	—	7,—
Anklam	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	—	—	—	20,—
Annaburg b. Halle	—	—	—	—	—	—	—	—	19,50	—	—	—	19,50
Annen	11,25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,25	—	26,50
Apenrade . . .	—	—	—	—	—	—	—	2,36	—	—	—	—	2,36
Aschersleben . .	—	—	—	—	—	—	—	10,—	300,—	—	—	—	310,—
Austriacus . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	200,—	—	—	—	200,—
Baden (Landkomit.)	—	—	—	—	—	—	200,—	—	—	—	—	—	200,—
Baden-Baden . .	—	—	—	—	—	—	—	—	1,70	—	—	—	1,70
Bant b. Wilhelmsh.	15,50	—	—	—	—	3,—	—	3,05	—	1,70	—	—	23,25
Barby	—	—	—	15,—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—
Barmbeck-Hambg.	—	19,—	—	—	—	100,—	—	52,70	—	—	—	113,—	284,70
[illegible] .	—	—	—	100,—	100,—	3,36	—	—	—	—	200,—	300,—	703,36

Bayreuth . . .	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	10,—
Berlin I. Wahlkr.	—	—	—	100,—	—	150,—	—	—	—	—	400,—	250,—	900,—
" II. "	400,—	565,95	280,—	600,—	200,—	100,—	300,—	—	—	2300,—	500,—	793,—	6038,95
" III. "	—	200,—	241,75	—	331,45	216,90	—	—	1700,—	500,—	500,—	1003,—	4693,10
" IV. "	730,35	1048,75	669,35	—	860,20	700,—	1015,—	2500,—	1000,—	2001,98	500,—	1100,—	12125,63
" V. "	—	260,—	250,—	100,—	—	—	—	—	—	—	—	165,—	775,—
" VI. "	594,70	219,60	100,—	1430,75	—	148,85	77,—	1812,60	2781,—	3713,61	1467,60	402,85	12748,06
Berlin, div. Beiträge	781,55	640,40	638,25	948,40	372,66	395,95	712,03	7637,10	9896,86	825,25	262,61	241,77	23352,83
Bernau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,—	—	25,—
Bielefeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—	10,—	10,—	30,—
Bingen	—	—	—	1,50	—	—	—	—	—	—	—	—	1,50
Boppard	—	—	—	—	—	—	—	3,—	3,—	—	—	—	6,—
Borgfelde . . .	—	—	—	50,—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—
Bramsche. . . .	—	—	—	—	—	—	3,—	—	—	—	—	—	3,—
Brand b. Freiberg	—	—	—	—	20,—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
Brandenburg . .	20,—	3,—	—	—	—	—	—	—	30,—	—	—	—	53,—
Braunschweig . .	100,—	—	200,—	—	—	—	200,—	300,—	—	—	400,—	—	1200,—
Bredow-Stettin .	—	—	—	—	—	—	—	2,30	—	—	—	—	2,30
Bremen	—	11,60	—	5,—	13,—	—	—	6,—	1000,—	5,—	—	—	1040,60
Bremerhafen . .	—	1,10	—	4,85	—	—	—	—	7,25	—	—	2,10	15,20
Bromberg . . .	—	—	—	—	—	8,—	—	—	30,—	—	—	—	38,—
Brötzingen . . .	—	—	—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	5,—
Brüssel	—	—	—	—	—	—	—	140,—	241,94	24,19	—	—	406,13
Buenos-Aires . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	360,—	—	—	360,—
Bukarest	—	—	—	—	—	—	32,26	241,93	322,58	—	—	—	596,77
Burscheid b. Sol.	—	—	—	—	—	—	—	—	22,05	—	—	—	22,05
Buttstädt	—	—	—	3,—	—	—	—	—	—	—	2,—	—	5,—
Calbe a. S. . . .	—	—	—	—	—	15,—	—	—	—	—	—	—	15,—
Cassel	—	15,—	—	—	—	—	2,01	—	—	—	—	—	17,01

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septembr.	Summa
Charlottenburg . . .	—	—	—	5,—	—	3,40	—	5,50	—	—	—	6,—	19,90
Chemnitz	—	—	—	—	50,—	—	12,—	—	—	—	1000,—	—	1062,—
Chicago	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	54,70	—	54,70
Cincinnati	—	—	—	—	—	—	—	—	325,—	114,41	—	—	439,41
Conradsthal	—	—	—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	5,—
Copitz	—	—	—	—	—	—	—	7,—	—	—	—	—	7,—
Cottbus	10,50	—	—	6,50	—	—	10,—	10,—	—	—	10,—	—	47,—
Crefeld	—	5,60	—	—	—	—	—	—	20,—	—	—	—	25,60
Crimmitschau	—	—	—	—	—	217,27	—	—	—	2,—	—	—	219,27
Dahme	—	—	—	—	—	—	—	4,—	—	—	—	—	4,—
Deetz a. H.	—	—	25,—	—	—	—	30,—	—	—	—	—	—	55,—
Deutsch=Wilmersdorf	—	—	—	—	—	—	—	50,—	—	—	—	—	50,—
Dortmund	—	—	4,80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,80
Döbeln	—	—	10,—	10,—	—	—	—	—	—	—	10,45	—	30,45
Dölau b. Greiz . . .	3,50	—	—	—	—	3,40	4,23	—	—	—	—	—	11,13
Dresden	23,65	22,80	5,—	23,30	6,—	10,80	5,—	9,10	—	20,—	—	—	125,65
Dublin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,10	—	—	5,10
Duisburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,50	4,50
Düsseldorf	—	11,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,20	16,70
Ehrenfriedersdorf . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,—	2,—
Eibenstock	—	—	—	4,60	—	—	—	—	—	—	—	—	4,60
Elberfeld	—	—	400,—	1,—	—	400,—	—	9,80	—	—	600,—	—	1410,80
Eppendorf	—	—	—	20,—	15,—	—	10,—	—	—	—	25,—	—	70,—
Erfurt	27,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	27,—

Digitized by Google

Erie	—	—	—	—	—	—	—	4,22	—	—	—	—	4,22
Erlangen	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Ernstthal	—	—	—	15,—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—
Essen Kr.	—	100,—	200,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300,—
Essen, Stadt	—	—	25,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,—
Eupen	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Eutlingen	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Falkenberg	—	—	—	2,—	—	—	2,—	20,—	—	—	—	—	24,—
Flensburg	15,—	—	—	20,—	10,—	—	20,—	—	—	—	—	11,—	76,—
Finsterwalde	—	20,60	7,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28,20
Forst i. L.	—	100,—	—	—	100,—	—	100,—	—	—	—	100,—	—	400,—
Frankfurt a. M.	—	—	—	—	—	—	—	—	300,—	—	—	—	300,—
Freiberg	—	5,—	—	3,—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,—
Freiburg i. B.	—	20,—	30,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—
Freienwaldau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,20	2,20
Freystadt i. Sch.	—	—	—	3,40	—	—	—	—	—	—	—	—	3,40
Frohburg i. S.	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Fürstenwalde	—	—	20,—	—	—	20,—	—	—	7,—	—	—	—	47,—
Gassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—	20,—
Gebweiler	3,10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,10
Genf	—	—	—	70,—	—	—	—	—	12,—	—	—	—	82,—
Gera	—	—	—	100,—	50,—	50,—	50,—	—	10,—	—	68,—	—	328,—
Gernsdorf	—	—	—	—	—	1,—	1,50	1,15	—	—	—	—	3,65
Gesau	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Geestemünde	—	6,85	—	14,30	—	—	—	—	—	—	—	—	21,15
Gevelsberg	—	—	—	—	2,50	—	—	—	—	—	—	—	2,50
Glasgow	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	—	—	—	20,—
Glauchau	—	—	—	8,—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,—
Glogau	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	10,—
Glückstadt	—	—	—	—	—	—	—	30,—	—	—	—	—	30,—

Digitized by Google

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septembr.	Summa
Gößnitz	—	—	—	7,—	—	—	—	—	—	—	—	—	7,—
Goldberg i. Sch.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—	10,—
Goldlauter-Heidensbach	—	15,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—
Gottartowitz	—	—	2,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,—
Grabow	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—	10,—
Gräfrath (Solingen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	50,—
Gravenstaden	—	1,20	2,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,20
Greiz	—	—	—	—	2,90	—	—	—	200,—	—	—	—	202,90
Grimmen	—	3,25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,25
Groitsch	—	—	—	—	6,50	—	—	—	—	—	—	—	6,50
Hagen	100,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—
Halberstadt	—	—	—	—	50,—	—	—	—	—	—	—	—	50,—
Halle a. S.	—	—	—	—	—	50,—	—	—	—	—	—	—	50,—
Hamburg I	—	3000,—	—	—	—	—	—	—	—	2000,—	—	—	5000,—
" II	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2000,—	—	—	2000,—
" III	—	3000,—	—	—	—	—	—	—	—	—	3000,—	—	6000,—
Hamburg Div. Beitr.	35,—	84,—	102,60	159,70	21,40	156,—	20,—	679,50	82,05	155,—	69,05	185,70	1750,—
Hameln 9. Hann.-Kr.	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Hanau Wahlkr.	—	—	—	—	100,—	—	—	—	—	—	—	200,—	300,—
Hannover	500,—	—	500,—	—	506,62	500,—	—	1000,—	—	500,—	500,—	500,—	4506,62
Hannov.-Münden	—	—	—	18,95	—	—	—	3,70	—	—	—	—	22,65
Harburg	—	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	5,35	15,35
Hastedt b. Bremen	—	—	—	50,—	—	—	50,—	250,—	200,—	—	—	—	550,—

Digitized by Google

[illegible] i. Schl. . .	—	—	—	15,—	—	—	—	30,—	—	30,—	—	—	75,—
Hegermühle . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,—	—	3,—
Heidingsfeld . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,60	—	—	10,60
Heinsberg i. S. . .	—	14,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14,—
Heldenbergen . . .	—	—	—	—	15,—	—	—	—	—	—	—	—	15,—
Hemelingen, 6. Hannov.-Kreis . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	150,—	—	—	—	150,—
Hirschberg i. Schl. .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	—	20,—
Hitzacker.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,60	3,60
Höfingen	—	—	2,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,—
Hof i. B.	5,—	7,—	—	6,—	—	6,—	—	—	—	—	—	3,14	27,14
Hohendf.-Lichtenstein	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	10,—
Hohenstein-Ernstthal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	—	—	50,—
Jauer	—	—	—	—	—	4,—	—	—	—	—	—	—	4,—
Ilmenau	—	—	—	—	—	—	10,—	15,—	—	—	—	—	25,—
Ingolstadt	—	—	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
Iserlohn	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—	100,—
Itzehoe	—	100,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—
Kaitz	—	—	—	—	—	—	—	4,80	—	—	—	—	4,80
Kamenz	—	15,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—
Karlsruhe	—	8,—	—	—	10,50	6,—	—	—	—	—	—	—	24,50
Kaufbeuren . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—,40	—	—	—	—,40
Kellinghusen . . .	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
Kiel-Gaarden . . .	—	35,20	—	—	—	—	—	—	8,95	—	—	—	44,15
Kirchberg	—	—	—	8,10	—	—	—	—	—	—	—	—	8,10
Klein-Steinheim . .	—	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	10,—
Kochstraß b. Moers	1,—	—	—,90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,90
Kockisch-Weißthal .	—	—	—	—	—	—	—	7,50	—	—	—	—	7,50
Köpenick	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11,—	11,—

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septembr.	Summa
Lahr	—	—	—	—	—	—	14,—	—	—	—	—	—	14,—
Landeshut	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—	15,—
Langburkersdorf . .	—	—	—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	5,—
Langenberg (Reuß) .	—	50,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—
Langenbielau	—	—	—	—	—	50,—	10,—	—	—	—	2,—	—	62,—
Langenfelde	—	—	—	—	—	7,50	—	—	—	—	—	—	7,50
Lauenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,65	2,65
Leipzig	48,70	—	—	220,—	—	—	—	60,—	—	—	—	50,—	378,70
Leitelshain	—	—	—	—	1,20	—	—	—	—	—	—	—	1,20
Lichtenstein-Callenberg	—	—	—	4,67	—	—	—	—	40,—	—	—	—	44,67
Liegnitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	75,—	—	75,—
Linden-Hannover . .	—	—	—	—	—	—	2,50	—	—	—	—	—	2,50
Löbau	—	1,25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,25
Lockstedt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13,—	—	—	13,—
London	—	—	—	—	2,50	300,—	—	402,—	681,52	58,14	—	300,—	1744,16
Luckenwalde	—	—	—	10,—	—	30,—	—	—	—	—	—	—	40,—
Lübeck	300,—	—	—	—	200,—	—	—	—	—	200,—	—	—	700,—
Lüneburg	—	—	—	—	1,—	—	—	—	—	—	—	3,07	4,07
Ludwigslust	—	—	—	—	—	—	—	3,05	—	—	—	—	3,05
Lugau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,—	—	4,—
Luxemburg	—	—	—	100,—	—	—	—	420,—	—	—	—	—	520,—
Magdeburg	—	2,65	—	—	—	—	—	—	—	—	1000,—	—	1002,65
Mailand	—	—	—	—	—	—	—	100,—	4,—	—	—	—	104,—
Mainz	2,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,50

Digitized by Google

Mannheim	—	—	—	—	—	50,—	—	—	—	—	—	—	50,—
Marchewken	—	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	10,—
Markneukirchen	—	—	—	—	—	—	—	3,—	—	—	—	—	3,—
Marzahn	—	—	—	—	—	—	—	9,—	6,30	—	—	—	15,30
Meerane	103,—	—	10,—	—	—	—	—	—	250,—	202,70	—	—	565,70
Merseburg	—	—	—	—	—	30,—	—	—	—	—	—	—	30,—
Mettmann	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,—	3,—
Michelstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,70	—	—	1,70
Milwauke	—	—	—	—	—	—	—	—	42,28	—	—	—	42,28
Minden	—	2,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,—
Moers	—	—	—	—	—	—	—	—	26,84	—	—	—	26,84
Mühlheim a. Rh.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,—	—	—	25,—
München	—	—	24,—	—	85,50	—	100,—	—	—	—	—	—	209,50
Münsterberg i. Schl.	—	—	—	—	—	—	4,50	—	—	—	—	—	4,50
Mylau	—	—	—	—	—	9,—	—	75,—	—	—	—	2,30	86,30
Netzschkau	—	—	—	30,—	—	—	—	—	100,—	—	—	—	130,
Neubrandenburg	—	—	—	—	—	—	15,05	—	—	—	—	—	15,05
Neudamm	—	—	—	—	—	7,35	—	—	—	—	—	—	7,35
Neuendorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,—	—	—	3,—
Neuhaldensleben	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	—	—	5,—
Neumünster	—	5,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—
Neustadt (Coburg)	—	—	5,—	—	5,—	18,50	—	—	—	—	—	—	28,50
Neustadt O.-Schl.	—	—	—	2,—	—	1,—	—	5,—	—	—	—	—	8,—
Newyork (Durch die Nat.-Exek. d. Soz. Arb.-Partei N.-A.)	—	—	—	—	—	—	—	2487,75	15535,50	2072,50	—	—	20095,75
Niederzwönitz	—	—	—	—	—	—	1,70	—	—	—	—	—	1,70
Nizza	—	—	—	37,15	—	—	—	—	—	—	—	—	37,15
Nordhausen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	100,—

Digitized by Google

Ort bez. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septembr.	Summa
Nowawes	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	10,—
Nürnberg	—	—	200,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,—
Oelsnitz i. V.	—	—	—	—	—	—	6,—	—	—	—	1,50	—	7,50
Oberreichenbach	—	—	—	—	—	—	—	—	9,—	—	—	—	9,—
Offenbach a. M.	25,—	—	—	—	25,—	—	—	—	—	—	—	—	50,—
Offenburg i. B.	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
Ohlau	—	9,05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9,05
Ohligs	—	—	90,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	90,—
Oranienburg	—	—	—	—	—	—	7,—	—	—	—	—	—	7,—
Oregon	—	—	—	—	—	—	—	—	128,—	—	—	—	128,—
Oschatz	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Osnabrück	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40,—	—	40,—
Osterweg	—	—	—	—	—	—	—	8,25	—	—	—	—	8,25
Ostrowo	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	—	—	20,—
Paris	—	—	—	—	—	—	40,—	240,—	—	—	—	—	280,—
Pegau	—	—	6,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,—
Pforzheim	10,—	17,15	—	13,—	10,—	10,—	—	—	—	—	10,—	—	70,15
Pirna	2,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,—
Pischen b. Dresden	—	—	3,05	5,—	5,—	—	—	—	—	—	—	—	13,05
Plauen-Dresden	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	—	—	—	20,—
Plauen-Vogtl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,60	2,80	—	7,40
Posen	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—	20,—	—	—	30,—
Prenzlau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17,25	—	—	17,25
Pyritz	—	—	—	—	—	—	10,20	—	—	—	—	—	10,20

Digitized by Google

Radeberg	—	—	—	3,54	—	—	—	—	—	—	—	—	3,54
Radolfzell	—	—	—	—	—	—	—	—,50	—	—	—	—	—,50
Randow = Greifenhagener Wahlkreis	—	—	—	50,—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—
Rathenow	—	—	—	—	—	—	—	3,—	—	—	—	—	3,—
Ratzeburg	—	—	3,25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,25
Rawitsch	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	—	—	100,—
Reichenbach i. Schl. . .	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Reichenbach i. V.	—	—	—	—	—	—	103,22	—	—	—	—	—	103,22
Remscheid		—	—	—	60,—	—	—	—	—	—	—	—	60,—
Riesa	2,15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,15
Rixdorf	1,—	—	—	—	—	—	—	105,51	33,50	—	—	—	139,01
Rötha	—	—	—	—	13,—	—	10,—	—	—	—	—	—	23,—
Rockville	—	—	—	—	—	—	—	—	164,94	—	—	—	164,94
Rom	—	—	—	—	—	—	—	—	239,90	—	—	—	239,90
Ronneburg	—	—	—	10,—	—	—	—	—	50,—	—	—	—	60,—
Ronsdorf	—	—	—	136,50	—	30,—	—	—	—	—	—	—	166,50
Rosenheim	—	—	—	—	—	—	—	3,—	—	—	—	—	3,—
Rostock	70,—	1,50	—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	—	171,50
Rumänische Arb. = Partei	—	—	—	—	—	—	—	240,—	—	—	—	—	240,—
Sagan	—	—	—	—	—	—	8,—	—	16,65	—	—	—	24,65
Sao Paulo (Brasilien) .	—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	240,—	—	245,—
Schmalkalden	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Schmölln	—	—	2,16	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	12,26
Schönau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,—	—	—	4,—
Schöneberg	—	—	—	—	—	3,40	—	—	—	43,—	—	—	46,40
Schönfeld	—	—	—	30,—	30,—	—	—	—	—	—	—	—	60,—
Schwedt a. O.	—	—	—	—	20,—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
Schwelm	1,80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,80
Schwerin i. M.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,47	15,47

Digitized by Google

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septembr.	Summa
Solingen	—	3,30	100,—	—	—	100,—	—	—	400,—	410,—	—	—	1013,30
Sommerfeld	—	—		—	—	2,30	—	—	—	—	—	—	2,30
Sonneberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,30	4,30
Sorau	—	—	20,—	—	—	—	—	—	—	5,25	—	—	25,25
Spandau	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Spremberg	—	6,—		—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,—
Stadthagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24,80	—	—	24,80
Steele	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Steglitz	20,—	—	20,—	—		30,—	—	130,—	—	—	—	—	200,—
Stettin	208,—	—	3,60	7,10	6,45	—	—	—	500,—	203,08	—	—	928,23
St. Ilgen	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Stralau	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	10,—
Straßburg i. E.	29,90	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	39,90
Straußberg	11,40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11,40
Stuttgart	100,—	—	—	70,—	—	—	130,—	—	—	—	—	—	300,—
Süchteln	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	10,—
Tangermünde	—	—	—	—	6,—	—	—	—	—	—	—	—	6,—
Tannenberg	—	—	—	—	9,80	—	—	—	—	—	—	—	9,80
Tiefenfurt	—	—	—	—	—	—	—	8,25	—	—	—	—	8,25
Todtenau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,20	—	—	3,20
Trebbin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,02	—	—	3,02
Tüschen, Velbert	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,70	—	4,70
Ulm	—	—	—	—	—	—	—	50,—	—	—	—	—	50,—

Digitized by Google

Unter-Bredow	—	—	—	—	—	—	—	—	4,30	6,—	—	—	10,30
Velbert . . .	—	—	—	28,55	—	—	—	—	—	—	—	—	28,55
Velten . . .	—	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	10,—
Verden . . .	—	30,—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	—	80,—
Vetschau . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—	—	5,—
Wadelsdorf .	—	—	30,	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,—
Wandsbeck . .	—	—	—	—	—	—	—	—	200,—	—	—	300,—	500,—
Washington .	—	—	—	—	—	—	—	—	269,67	—	—	—	269,67
Wattenscheid .	—	8,80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,80
Wellingsdorf .	—	—	—	30,—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,—
Wermelskirchen	—	—	—	—	40,—	—	—	—	—	—	—	—	40,—
Wetzlar . . .	—	2,25	—	3,50	—	4,60	—	—	40,—	—	—	—	50,30
Wien	—	—	—	—	—	—	—	500,—	—	—	—	—	500,—
Wiesbaden . .	—	—	4,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,—
Wilhelmshaven	—	—	—	—	—	—	—	13,—	—	—	—	—	13,—
Wilmersdorf .	—	2,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,60
Wilsnack . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,—	—	—	1,—
Witten . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,—	30,—
Wolfenbüttel .	—	—	—	—	—	—	—	9,90	—	—	—	—	9,90
Wriezen . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,—	3,—
Wüstewaldersd.	—	25,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,—
Wurzen . . .	10,—	10,—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,—
Zschopau . .	—	—	—	—	—	—	—	16,—	—	—	—	—	16,—
Züllchow . .	—	3,20		—	—	—	—	—	15,—	—	—	—	18,20
Zürich . . .	—	—	—	—	—	—	—	1000,—	1000,—	—	—	—	2000,—
Zwickau . . .	—	—	2,40	—	—	100,—	—	—	400,—	—	—	—	502,40
Mann im Mond	—	—	500,—	—	—	1000,—	—	—	—	1000,—	—	—	2500,—
Nord. Wasserk.	—	—	—	20000,—	—	—	—	—	—	—	20000,—	—	40000,—
„Vorwärts" .	10812,30	—	—	9670,05	—	—	9173,05	—	—	10999,70	—	—	40655,10
Werther . . .	—	3000	—	—	—	—	3000,—	—	—	—	3000,—	—	9000,—
Div. Beiträge	—	—	30,60	—	—	—	—	18,25	5020,—	—	—	20,—	5088,85

Wenn in diesem Berichte die großen Erfolge der Partei im letzten Jahre aufgeführt sind, so ist unseren Genossen so gut als uns bekannt, daß dieselben nicht ohne die größten gemeinsamen und persönlichen Opfer haben errungen werden können. Es ist nicht möglich, alle die Maßregelungen anzuführen, denen einzelne Genossen ausgesetzt wurden, weil sie in dem Kampfe um die Befreiung der arbeiten Klasse aus den Fesseln des Kapitalismus oder in Folge Wahrnehmung und Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte sich die Ungnade und den Zorn irgend eines Schlot- oder Krautjunkers zugezogen haben. Wo es anging, haben die Genossen der einzelnen Orte oder Kreise diese Opfer der Unternehmerbrutalität unterstützt, wo diese Hilfe nicht vorhanden war oder nicht ausreichte, da griff die Zentralkasse ein, und der hohe Betrag, der unter der Rubrik „Unterstützungen" im Kassenbericht aufgeführt ist, zeigt, wie oft dieses Eingreifen nothwendig war.

Neben jenen Genossen, welche ein übermüthiges Protzenthum durch Stockprügel auf den Magen für die Bethätigung einer selbstständigen Gesinnung strafen zu müssen glaubte, haben wir noch jener zu gedenken, die in dem großen Befreiungskampfe der arbeitenden Klasse mit dem einen oder anderen Paragraphen der von der herrschenden Klasse geschaffenen Polizei- oder Strafgesetze in Kollision gerathen sind. Die Zahl dieser Opfer anzugeben sind wir außer Stande, aber über die Höhe und den Umfang der in den letzten 12 Monaten erkannten Strafen giebt die nachstehende Tabelle Auskunft.

Monat	Strafen in							
	Gefängniß			Zuchthaus			Geldbuße	
	Jahre	Monate	Tage	Jahre	Monate	Tage	Mark	Pf.
Oktober . . .	4	11	8	7	1	—	3784	—
November .	4	2	2	—	—	—	2435	—
Dezember . .	1	8	25	—	—	—	2124	—
Januar . . .	2	3	22	2	—	—	5653	—
Februar . . .	6	8	—	—	—	—	3619	—
März	16	4	10	—	—	—	2667	—
April	7	10	1	—	—	—	1832	40
Mai	2	8	20	—	—	—	3298	40
Juni	7	3	27	14	—	—	1462	—
Juli	1	6	10	—	—	—	2333	—
August . . .	2	2	26	—	—	—	1497	—
September .	5	9	25	—	—	—	1233	—
Zusammen .	63	7	26	23	1	—	31 937	80

Digitized by Google

Es sind also insgesammt **86 Jahre 8 Monate und 26 Tage Freiheitsentziehung und 31937 Mk. 80 Pf. Geldstrafen** erkannt worden.

Zu diesen Zahlen bleibt noch zu bemerken, daß dieselben nicht Anspruch darauf erheben können, ein vollständig genaues Bild der wirklich erlittenen Strafen zu geben. Einmal liegt es in der Sache selbst begründet, daß nicht alle einzelnen Straffälle gemeldet werden oder sonst zur Kenntniß des Parteibureaus gelangen, dann aber fehlt unter den Freiheitsstrafen durchweg die erlittene Untersuchungshaft, die in einzelnen Fällen Monate lang gedauert hat und die, wenn sie summirt werden könnte, noch manches Jahr Freiheitsentziehung ergäbe.

Bemerken wollen wir, daß in der vorstehenden Tabelle auch die Strafen der sogenannten „unabhängigen" Sozialisten und Anarchisten aufgenommen sind. Besonders die im Monat Juni aufgeführten 14 Jahre Zuchthaus sind vom Reichsgericht gegen Anarchisten wegen sogenannter hochverrätherischer Thaten erkannt. Flugblätter und Zeitungsnummern mit den bekannten provokatorischen Inhalt, unter Beihilfe von Polizeiagenten hergestellt und verbreitet, gaben den Anlaß zu dem Prozeß und den schweren Strafen. Die 7 Jahre und 1 Monat Zuchthaus im Monat Oktober resultiren aus den berüchtigen Meineidsprozessen in Magdeburg.

Insgesammt sind seit Erlöschen des Sozialistengesetzes im Herbste 1890 wegen „Vergehen und Verbrechen", die im engsten Zusammenhange mit der politischen oder gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung stehen, von „Rechtswegen" von deutschen Gerichten erkannt worden: 293 Jahre und 5 Tage Freiheits- und Mk. 70 772,20 Geldstrafen.

Ohne daß wir nun jede einzelne That, welche vor den Strafrichter führte, billigen oder sie auch nur als im Interesse der Arbeiterbewegung geschehen anerkennen möchten, so steht doch fest, daß die übergroße Mehrzahl der Strafen nur hat erkannt werden können, weil wir in einem Klassenstaat und unter einer Klassen-Gesetzgebung leben. Nicht selten werden Handlungen, welche von den Angehörigen der herrschenden Klassen ungescheut alle Tage geschehen können, wenn von sozialdemokratischen Arbeitern oder Preßorganen ausgeübt, mit den empfindlichsten Strafen belegt.

Während von der Kanzel und von Lehrstühlen, auf Konferenzen, in der Presse, bei Kontrollversammlungen und hundert anderen Gelegenheiten gegen die Sozialdemokratie gewettert und vor dem Lesen ihrer Bücher und Zeitungen gewarnt wird, ist der Redakteur eines unserer Partei-Organe in Sachsen wegen groben Unfugs in Strafe genommen worden, weil er in einer Abonnements-Einladung von dem Abonnement auf Amtsblätter abrieth.

Digitized by Google

Wenn die Antisemiten in Hunderttausenden von Flugblättern und in ihren Preßorganen die Losung ausgeben: „Kauft bei keinen Juden!“ so nimmt kein Staatsanwalt daran Anstoß. Wenn aber unsere Genossen von dem Besuche eines Lokals abrathen, dessen Besitzer Sozialdemokraten nicht in seinen Räumen versammelt sehen will, so ist das grober Unfug und wird hart bestraft.

Während aber der Boykott, von Sozialdemokraten ausgeübt, zum Verbrechen gestempelt wird, ist er, von bürgerlichen und militärischen Behörden gegen Sozialdemokraten in Anwendung gebracht, eine „patriotische Pflicht“. Soldaten dürfen bei keinem als Sozialdemokrat bekannten Geschäftsmann verkehren oder ihre Einkäufe dort besorgen, aber die Steuergroschen zum Unterhalt des Molochs Militarismus werden, ohne Ansehen der Person, auch von dem rothesten Sozialdemokraten eingetrieben.

Alle diese Unbilligkeiten und Ungerechtigkeiten aber, unter welchen wir zu leiden haben, haben bisher nur dazu geführt, daß die Parteigenossen sich immer enger zusammenschlossen und daß die Ueberzeugung von der Verwerflichkeit und Unhaltbarkeit der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung bei ihnen nur immer festere Gestalt annahm. Zugleich dringt dieses Gefühl der Unhaltbarkeit der heutigen Zustände in immer weitere Kreise und trägt so dazu bei, unsere Reihen zu stärken und ihnen immer neue Streiter und Kämpfer zuzuführen. Frohen Muthes kann deshalb die Partei in die Zukunft sehen. Unser der Sieg, trotz alledem.

Berlin, im Oktober 1893.

Der Partei-Vorstand.

Digitized by Google

Bericht über die Parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Fraktion.

Unmittelbar nach Beendigung unseres vorjährigen Parteitages am 22. November 1892 wurde die II. Session des im Jahre 1890 auf fünf Jahre gewählten Reichstages eröffnet.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses sowie der parlamentarischen Berathung standen die enormen Militärforderungen, welche am 23. November v. J. von einer langen Rede des Reichskanzlers begleitet, dem Reichstage vorgelegt wurden, und deren mit 210 gegen 162 Stimmen erfolgte Ablehnung am 6. Mai d. J. die Auflösung des Reichstages herbeiführte. Der Reichstag begann seine Thätigkeit mit der Berathung einer Interpellation betreffend den Gebrauch der Schußwaffen seitens der Wachtposten.

Die an die Beantwortung der Interpellation anknüpfende Diskussion gab dem Redner der sozialdemokratischen Fraktion Gelegenheit, in energischer Weise die Instruktion, welche dem Wachtposten den Gebrauch seiner Schußwaffe befiehlt, zu bekämpfen.

Die Vorschrift, welche dem auf Posten stehenden Soldaten befiehlt, etwaige Fluchtversuche von Personen, deren Festnahme ihm nothwendig erscheint, durch den Gebrauch der Schußwaffe zu verhindern, und dadurch Leben und Gesundheit der auf öffentlichen Straßen und Plätzen verkehrenden Bürger zu gefährden, wurde als in direktem Widerspruch mit der Kultur stehend bezeichnet, und die Meinung ausgesprochen, daß diesem Zustande nicht eher ein Ende bereitet werden würde, als bis einmal ein Prinz oder ein hoher Militär auf der Straße das Opfer einer kleinkalibrigen Kugel geworden sei. Sämmtliche Parteien des Reichstages waren einig darüber, daß die Erklärung der Regierung, wonach die in belebten Straßen stehenden Posten nicht mehr mit Munition versehen werden sollen, durchaus ungenügend, und nicht geeignet sei, den Mißstand zu beseitigen.

Die aus den Jahren 1835 und 1837 stammende, noch heut in Kraft befindliche Instruktion muß gänzlich aufgehoben werden, damit die Straßenpassanten nicht mehr zum Zielobjekt schießlustiger Wachtposten gemacht werden können. Die Ausrüstung der Posten mit scharfen Patronen zu etwaiger Vertheidigung bei Angriffen ist

Digitized by Google

nicht nothwendig — die Posten haben für solchen Fall anderweite Vertheidigungsmittel zur Genüge — und birgt eine ernste Gefahr für die öffentliche Sicherheit in sich, wie die Fälle beweisen, bei denen Wachtposten, von der Schußwaffe Gebrauch machend, neben den mit ihnen in Konflikt gerathenen Personen, auch gänzlich Unbetheiligte in den Sand streckten.

Das Volk muß sich vor diesen Wirkungen des Militarismus schützen. Das Publikum darf nicht länger den Geschossen der Wachtposten preisgegeben sein. Jene verrottete Instruktion, welche den Soldaten unter Umständen dazu zwingt, seinen Mitmenschen zu tödten, muß aufgehoben und durch zeitgemäße Anordnungen ersetzt werden, damit der Schießerei auf den Straßen und dem damit verbundenen militärischen Mord ein für alle Mal ein Ende gemacht wird. —

In der Etatsberathung verharrte die sozialdemokratische Fraktion auf ihren bisherigen Standpunkt. Indem die Fraktion gegen den Gesammtetat stimmte, hat sie nicht nur Stellung genommen gegen das auf Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse gerichtete Wirthschaftssystem der herrschenden Klassen, sondern sie hat auch durch die Verweigerung der von der Regiernng geforderten Mittel den Protest erneuert gegen den Militarismus, welcher unerträglich auf den Schultern der arbeitenden Bevölkerung lastet, und durch die inzwischen angenommene Militärvorlage dem Volke noch neue schwere Opfer an Gut und Blut auferlegt. Der von dem gegenwärtigen Regierungssystem betriebenen Militär- und Wirthschaftspolitik setzt die Sozialdemokratie nach wie vor die Parole entgegen: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!"

In dem Reichsetat kommt die das Volk degenerirende und namentlich die Arbeiterklasse schwer schädigende Militär- und Steuerpolitik des herrschenden Systems zu charakteristischem Ausdruck. Die Aufbringung der öffentlichen Lasten durch Steuern und Zölle auf die nothwendigsten Lebensbedürfnisse der breiten Volksmassen beweist deutlich, daß die herrschenden Klassen ihre Macht in der Gesetzgebung dazu anwenden, um die finanziellen und persönlichen Lasten für die, hauptsächlich im Nutzen und zum Vortheil der besitzenden Klassen geschaffenen, Einrichtungen der heutigen Gesellschaft den wirthschaftlich Schwachen, den Besitzlosen aufzuerlegen. Die Klassenherrschaft kommt in der Klassengesetzgebung zu thatsächlicher Wirksamkeit. Indem die bürgerliche Gesellschaft über die öffentlichen Gewalten und deren Machtmittel verfügt, ist die Arbeiterklasse der militärisch-kapitalistischen Ausbeutung preisgegeben. Die ungeheuren Lasten welche der Militarismus der Arbeiterklasse durch die Blutsteuer aufbürdet, sind dem nimmersatten Kapitalismus nicht genügend. Auch die Steuern welche der Militarismus im Dienste seines Zwillingsbruders, des Kapitalismus,

Digitized by Google

fordert, müssen zum größten Theil von dem arbeitenden Volk aufgebracht werden. Die zur Deckung der Militärkosten dem Volke auferlegten indirekten Steuern und Zölle belasten ihrer Natur nach hauptsächlich die breiten Volksmassen, deren wirthschaftliche Lage sie unfähig macht, diese Lasten zu tragen.

Der gegenwärtige Zustand, welcher die immer weiter greifende Verelendung der in wirthschaftlicher Noth und politischer Rechtlosigkeit befindlichen Volksmassen zur Folge hat, wird einzig und allein von der Sozialdemokratie prinzipiell verworfen. Alle übrigen Parteien stehen trotz mancher Interessenstreitigkeiten untereinander auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung, während die Sozialdemokratie die Basis der herrschenden Gesellschaftsform — das privat-kapitalistische Produktionssystem auf Leben und Tod bekämpft.

Die prinzipielle Stellung, macht der sozialdemokratischen Fraktion die Verwerfung des Gesammtetats zur Pflicht.

Der Reichshaushaltsetat für das Etatsjahr 1893/94 verschlingt die ungeheure Summe von 1 257 600 611 Mark, wovon 1 005 419 231 Mark als fortdauernde und 82 706 604 Mark als einmalige Ausgaben des ordentlichen Etats, und 169 474 776 Mark als einmalige Ausgaben des außerordentlichen Etats verausgabt werden.

Hierzu kommt noch ein Nachtragsetat, durch welchen 1 468 000 Mark an fortdauernden und einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats bewilligt sind.

Ueber die Verwendung der gewaltigen, weit über eine Milliarde betragenden Ausgaben des Etatsjahres 1893/94 mögen folgende Angaben Auskunft geben, wobei ausdrücklich zu bemerken ist, daß die Kosten der neuen Heeresverstärkung nicht in diesen Etats enthalten sind, sondern durch Bewilligung eines Nachtragsetats für die Zeit vom 1. Oktober d. J. bis 31. März 1894 ihre Deckung finden.

Für die Militär- und Marineverwaltung sind im Etatsjahr 1893/94 an laufenden Ausgaben rund 428 Millionen Mark für Militär, 48 Millionen Mark für Marine und 69 Millionen Mark für Pensionen bewilligt worden. Für einmalige Ausgaben hat der Militär- und Marineetat 182 Millionen Mark im Etatsjahr erfordert, so daß die Summe der Ausgaben, welche im deutschen Reich im Jahre 1893/94 für Militär- und Marinezwecke aufgebracht werden, etwa

727 Millionen Mark

beträgt, — wobei die Ausgaben des Reichs-Invalidenfonds mit nahezu $24^{3}/_{4}$ Millionen Mark nicht mitgerechnet sind.

Einen bedeutenden Faktor in den Reichsausgaben finden wir noch in der Verzinsung der Reichsschuld, welche pro 1893/94 den

Digitized by Google

Betrag von 66 Millionen Mark erfordert. Die sonstigen fortlaufenden Ausgaben des Reichs vertheilen sich auf die verschiedenen Verwaltungsgebiete, wie Auswärtiges Amt mit etwa 10 Millionen Mark, Reichsamt des Innern mit 25 Millionen Mark, Reichs-Justizverwaltung mit 2 Millionen Mark und dem allgemeinen Pensionsfonds mit 44¾ Millionen Mark.

Von welchen Klassen der Bevölkerung die Reichsausgaben pro 1893/94 hauptsächlich aufgebracht werden, ergiebt sich, wenn man die Steuerquellen des deutschen Reiches untersucht.

Die 1½ Milliarden Mark — diese Summe muß zur Deckung der Ausgaben im Jahre 1893/94 ungefähr vereinnahmt werden — werden in folgender Weise beschafft.

Ueberschuß aus der Post- und Telegraphenverwaltung 21 Mill. Mark; Reichsstempelabgaben 36½ Millionen Mark; Ueberschuß aus Reichs-Eisenbahnverwaltungen 20½ Millionen Mark; aus dem Bankwesen 7 Millionen Mark; aus der Reichsdruckerei 1½ Millionen Mark; aus dem Reichsinvalidenfonds 24⅓ Millionen Mark; aus den Matrikularbeiträgen der Einzelstaaten etwa 355½ Millionen Mark und aus **Zöllen und Verbrauchssteuern etwa 600 Millionen Mark.**

Zur Balancirung des Etats pro 1893/94 ist der Reichskanzler ermächtigt worden, eine Anleihe bis zum Betrage von etwa 130¼ Millionen Mark aufzunehmen. **Die Zölle und Verbrauchssteuern setzen sich zusammen aus Getreidezoll, Petroleumzoll, Fleisch-, Vieh-, Holzzölle u. s. w. im Betrage von etwa 341 Millionen Mark, während die Tabaksteuer für das Jahr 1893/94 mit etwa 11 Millionen Mark, die Zuckersteuer mit 66½ Millionen Mark, die Salzsteuer mit 42 Millionen Mark, die Branntweinsteuer mit etwa 117 Millionen Mark veranschlagt ist.**

Die Art der Reichseinnahmen sowie die Verwendung derselben zeigen deutlich, welche enormen Summen im Dienste des Kapitalismus alljährlich dem Moloch des Militarismus geopfert werden, und beleuchten drastisch das in der bürgerlichen Gesellschaft herrschende Prinzip in Bezug auf die Vertheilung der öffentlichen Lasten.

Im Anschluß an die Generaldiskussion des Etats fand die Generaldiskussion der Militärvorlage statt. Die in mehrtägiger Berathung von allen Rednern mit Ausnahme des Industriekönigs Stumm bekämpfte Vorlage, wurde an eine Kommission verwiesen, welche nach monatelanger nutzloser Hin- und Herrederei die Ablehnung der von der Regierung geforderten Verstärkung der Friedenspräsenz empfahl.

Nach Vorschlag der Regierung sollte sich die Heeresverstärkung an Mannschaften und Unteroffizieren auf etwa 100 000 Mann be-

Digitized by Google

laufen. Die Ersatzreserve sollte bis auf einen kleinen Rest in Wegfall kommen, da dieselbe statt 20 Wochen künftig 2 Jahre dienen muß. Für die Fußtruppen, einschließlich der Fußartillerie, wollte man die zweijährige Dienstzeit bewilligen.

An Kosten wurden für die Durchführung der Armeereform verlangt als regelmäßige jährliche Mehrausgabe 64 000 000 Mark, an einmaligen Ausgaben 67 800 000 Mark.

Die regelmäßigen Ausgaben würden sich jedoch wesentlich höher als 64 Millionen gestellt haben, da einmal die Zinsen für die Anleihe der einmaligen Ausgaben, sodann eine beträchtliche Erhöhung der Unteroffiziersprämien, sowie erhöhte Pensionsausgaben u. s. w. nothwendig wurden. Außerdem würde die Unterbringung der Mannschaften in Kasernen und Baracken später außerordentliche Ausgaben in Höhe von etwa 105 000 000 Mark erfordern.

Die Mehrausgaben sollten gedeckt werden durch eine Verdoppelung der Börsensteuer und eine Erhöhung der Branntwein- und der Brausteuer, also mit Steuern, die, wie bisher, auch jetzt wieder mit Ausnahme der Börsensteuern, vorzugsweise die besitzlosen Klassen der Bevölkerung zu tragen haben würden. Die Börsensteuer sollte ein Mehr von 12½ Millionen Mark ergeben, 44 Millionen Mark sollten auf die Erhöhung der Bier- und Branntweinsteuer fallen. Die Stellung der Sozialdemokratie zu der im Vorstehenden gekennzeichneten neuen Militärforderung war von vornherein vollkommen klar. Für unsere Partei, welche über die neue Militärvorlage hinaus das herrschende Militärsystem prinzipiell bekämpft, konnte selbstverständlich von vermehrten Opfern für den Militärmoloch keine Rede sein.

Der Militarismus ist eine vorzugsweise im Dienste der herrschenden Klassen stehende Institution der bürgerlichen Gesellschaft, während die Lasten, welche er dem Volke auferlegt, hauptsächlich von der Arbeiterklasse getragen werden müssen. Die Sozialdemokratie bekämpft das gegenwärtige Militärsystem, weil es die finanziellen Lasten nicht denjenigen Klassen der Bevölkerung auferlegt, deren Besitzthümer im Kriegsfalle durch den Militarismus geschützt werden, und weil es die Armen und Besitzlosen zwingt, neben der Blutsteuer auch noch die Gutsteuer zu tragen.

Die sozialdemokratischen Redner haben während der Berathung der Militärvorlage wiederholt die Forderung gestellt, die Gesammtkosten der Militärverwaltung — nicht nur die Mehrkosten für die letzte Heeresverstärkung — durch eine Reichseinkommensteuer aufzubringen. Nur auf diesem Wege ist eine gerechte und den Verhältnissen entsprechende Aufbringung der Kosten des Militarismus möglich. Durch eine progressiv nach oben steigende Einkommensteuer werden diejenigen Bevölkerungsklassen zur Deckung der Militärkosten herangezogen, welche durch Besitz und Einkommen hierzu

Digitized by Google

befähigt sind, in deren Klasseninteresse der Militarismus geschaffen ist und deren Eigenthum durch die Armee geschützt und vertheidigt wird.

Aber nicht nur aus diesen Gründen steht die Sozialdemokratie dem herrschenden Militärsystem feindlich gegenüber.

Wir verlangen die Errichtung des Milizsystems, damit die allgemeine Wehrpflicht, welche heut in Deutschland nur auf dem Papier steht, zur Wahrheit wird. Das Einjährig-Freiwilligen-Institut, eine den Klasseninteressen der Bourgeoisie dienstbare Einrichtung, muß aufgehoben werden.

Jeder wehrfähige junge Mann soll, durch entsprechende Schul- und Jugenderziehung vorbereitet, für eine kurze Zeit militärisch ausgebildet werden, um, wenn nöthig, das Vaterland gegen Angriffe erfolgreich vertheidigen zu können.

Wir wollen ein Militärsystem, welches, die Volkskraft im Frieden schonend, das ganze Volk befähigt, im Falle der Noth zu den Waffen zu greifen, um Haus und Hof zu schützen.

Hierzu bedarf es keiner zweijährigen Dienstzeit, welche bei Einstellung sämmtlicher wehrfähigen jungen Leute schon ans finanziellen Gründen unausführbar sein würde, sondern für ein wirkliches Volksheer genügt bei entsprechender Vorbereitung in der Jugenderziehung eine Dienstpflicht, welche nach Wochen zählt.

Freilich wird man bei der Einführung des Milizsystems auf den in Preußen-Deutschland herrschenden Paradedrill verzichten müssen; aber es ist auch nicht die Aufgabe eines Kulturvolkes, seine Bürger jahrelang Paradeschritt üben zu lassen und dieselben zum Aufenthalt in „Ferienkolonien“ hinter Kasernenmauern zu verurtheilen.

Wir haben nicht nur die neue Militärvorlage aus finanziellen, politischen und wirthschaftlichen Gründen verworfen, sondern wir kämpfen aus denselben Gründen gegen das ganze Militärsystem unsrer Tage, weil wir einem System feindlich gesinnt sind, welches Blüthen zeitigt, wie die Mißhandlungen und Schindereien unsrer Brüder im Waffenrock, von denen die Veröffentlichungen in der Presse und die Verhandlungen des Reichstages in den letzten Jahren ein so trauriges Zeugniß abgelegt haben.

Wir stehen einem System feindlich gegenüber, unter dessen Herrschaft die Söhne des Volkes in der Uniform auf die Söhne des Volkes im Arbeiterkittel schießen müssen, wenn es im Interesse der herrschenden Klassen für nothwendig erachtet wird.

Wir verlangen ein Milizsystem bei welchem die Bürger mit Wehr und Waffe ausgerüstet, jeden Moment in der Lage sind, nicht nur dem auswärtigen Feinde die Stirn zu bieten, sondern bei welchem auch den in gewissen Kreisen herrschenden Gelüsten, die sich gegen ihre politische Unterdrückung und wirthschaftliche

Digitized by Google

Ausbeutung wehrende Arbeiterklasse vermittelst der Bajonnette und Kanonen niederzuschlagen, erfolgreich entgegengetreten werden kann. In der Volksbewaffnung erblicken wir nicht nur Schutz gegen die Bestrebungen, den Militarismus zum Werkzeug des Kapitalismus zu machen, sondern dieselbe bildet auch einen Wall gegen etwaige Angriffe auf die Volksrechte, deren Vertheidigung und Erweiterung die Mission des Proletariats, die Aufgabe der in der Sozialdemokratie politisch organisirten Arbeiterklasse ist.

Die Militärvorlage ist seit ihrer Einbringung im Reichstage sowohl dort, als auch in der Presse, in Versammlungen und in Flugblättern während des Wahlkampfes, so eingehend beleuchtet worden, daß wir nicht nöthig haben, an dieser Stelle noch einmal alle Gründe gegen die Vermehrung des stehenden Heeres und der damit verbundenen Kosten zu wiederholen. Die Sozialdemokratie hält das stetige Anwachsen des Militarismus für kulturwidrig und im höchsten Grade gefährlich für den Völkerfrieden. Politisch zwecklos, den Frieden nicht sichernd, sondern im Gegentheil durch die Ueberspannung der Volkskraft zum Kriege anreizend, bürdet die herrschende Militärpolitik dem Volke Lasten auf, welche die Volkskraft verzehrend, nothwendiger Weise den wirthschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands zur Folge haben müssen. Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei im Reichstage wissen, daß sie dem Willen und der Ueberzeugung aller ziel- und klassenbewußten Arbeiter entsprochen haben, als sie der Forderung der Regierung einstimmig das Votum entgegensetzten: Nieder mit der Militärvorlage, nieder mit dem Militarismus. —

In Rücksicht auf die im Winter 1892/93 herrschende Arbeitslosigkeit und den dadurch herbeigeführten Nothstand innerhalb der Arbeiterklasse, sowie der Kleingewerbetreibenden und des Handwerkerthums, brachten die sozialdemokratischen Abgeordneten am 31. Dezember 1892 folgende Interpellation beim Reichstage ein:

„Welche Maßregeln haben die verbündeten Regierungen ergriffen oder gedenken sie zu ergreifen, um dem notorisch vorhandenen Nothstande entgegenzuwirken, welcher in Folge andauernder Arbeitslosigkeit, vielfach vorgenommener Herabsetzung der Arbeitslöhne, sowie der allgemein gedrückten Erwerbsverhältnisse in den weitesten Volkskreisen herrscht."

Die Interpellation kam am 12. Januar im Reichstage zur Berathung und wurde von dem Redner der Fraktion eingehend begründet. Nach Feststellung der durch Arbeits- und Erwerbslosigkeit entstandenen Nothlage der arbeitenden Bevölkerung, welche durch die unheilvolle Zoll- und Steuerpolitik, deren Konsequenzen die Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel sind, noch verschärft wurde, erörterte der Redner, welche Mittel zu ergreifen, welche Wege einzuschlagen seien, um dem Nothstand entgegen-

Digitized by Google

zuwirken. Seine Ausführungen gipfelten in dem Nachweise, daß die Auspowerung der breiten Volksmassen eine nothwendige Folge der herrschenden privat-kapitalistischen Produktionsweise sei. Auf der einen Seite Millionäre und Milliardäre züchtend, welche aus dem krystallisirten Arbeiterschweiß und der aus den Knochen der Arbeiter herausgepreßten Profitrate immer mehr Kapitalien aufhäufen, zwingt unser Wirthschaftssystem auf der andern Seite die Arbeiter in immer größere Noth, macht täglich neue Schaaren arbeits- und damit brodlos, vergrößert die industrielle Reservearmee und, indem es die sogenannten Mittelschichten aufsaugt und beseitigt, proletarisirt es täglich neue Volksmassen.

Bei voller Wahrung des prinzipiellen Standpunktes der sozialdemokratischen Partei, welche, im Kampfe mit der heutigen Gesellschaft, die Abschaffung der Klassenherrschaft, die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise, und die Aufhebung des Privateigenthums an den Arbeitsmitteln erstrebt, forderten die sozialdemokratischen Abgeordneten sofortige Inangriffnahme von Nothstandsarbeiten, um der Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu steuern.

Neben diesen Arbeiten soll durch Einführung des Normalarbeitstages, strenge Handhabung und Ausdehnung der Sonntagsruhe, sowie Abschaffung der Kinderarbeit den Arbeitslosen Gelegenheit zur Arbeit geschaffen werden.

Als weiteres Mittel zur Milderung des Nothstandes wurde die sofortige Aufhebung der Zölle und Steuern auf Lebensmittel verlangt. Mit der herrschenden Zoll- und Steuerpolitik, welche die schon so tief herabgedrückte Lebenshaltung der Massen noch tiefer herabdrückt indem sie alle Lebensmittel zum Vortheil einer kleinen Minderheit künstlich vertheuert, muß endgültig gebrochen werden. Das fortgesetzte Attentat auf den Geldbeutel der arbeitenden Bevölkerung muß aufhören, der Bereicherung der Reichen aus den Taschen der Armen durch Getreidezölle und Schnapsprämien muß ein Ende gemacht werden.

Die Beantwortung der Interpellation seitens der Regierung zeigte neben der absoluten Verständnißlosigkeit der Situation eine sehr geringe Neigung, dem Nothstande durch umfangreiche Maßregeln entgegenzutreten. Das Vorhandensein eines allgemeinen Nothstandes wurde bestritten, höchstens sei vielleicht ein partieller Nothstand an einzelnen Orten vorhanden. Die Interpellation schien der Regierung zum Zweck sozialdemokratischer Agitation eingebracht zu sein, eine Auffassung, die deutlicher wie alles Andere Zeugniß davon ablegt, wie wenig vertraut die Vertreter der offiziellen Sozialreform mit den thatsächlichen Verhältnissen und Zuständen innerhalb der Arbeiterklasse sind. An die Beantwortung der Interpellation schloß sich eine Besprechung derselben an, welche drei volle Tage in Anspruch nahm.

Digitized by Google

Da man den Nothstand durch Ableugnen desselben nicht aus der Welt schaffen konnte, so machte man namentlich von konservativer Seite die Sozialdemokratie und ihre Agitation verantwortlich für den Nothstand.

Herr von Stumm empfahl als einzig wirksames Mittel gegen den Nothstand ein neues Sozialistengesetz. Ein konservativ-agrarischer Heißsporn sah in der Aufhebung der Freizügigkeit das letzte Heilmittel. Andere Parteien hatten wieder andere Quacksalbereien in Vorrath. Die Forderung nach ernsthaften durchgreifenden sozialen Gesetzen, vermöge deren die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse menschenwürdig gestaltet werden können, wurde nur von der sozialdemokratischen Partei gestellt und die Berathung der sozialdemokratischen Interpellation lieferte aufs Neue den Beweis von der Unfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft, das von ihr erzeugte Massenelend aus der Welt zu schaffen.

Einen breiten Raum in der dreitägigen Diskussion nahm der im Saarbrücker Revier ausgebrochene Bergarbeiterstreik ein. Von den sozialdemokratischen Rednern wurde an der Hand reichlichen Materials nachgewiesen, wie schonungslos die Bergverwaltung in den Königlichen Musteranstalten des Saarreviers verfahren ist. Die Maßregeln, mittelst deren die Verwaltung über Hunderte und Tausende von Familienvätern, als Strafe für den Versuch, ihre wirthschaftliche Lage zu verbessern, zeitweiligen oder dauernden Ausschluß von der Arbeit verhängte, haben berechtigte Erbitterung hervorgerufen.

Die Art und Weise, in welcher die Verwaltung den Ausstand bekämpfte, und die schroff ablehnende Haltung, welche sie den Deputirten der Bergleute gegenüber einnahm, ist ein Beweis dafür, daß den Leitern der Staatsbetriebe die elementarsten Grundsätze einer vernünftigen Sozialreform ein mit sieben Siegeln verschlossenes Buch sind.

Niemals ist der Charakter unseres Klassenstaats den Arbeitern deutlicher und schlagender vor Augen geführt worden als anläßlich dieses Bergarbeiterstreiks. Die „Führer“ der Bergarbeiterbewegung wurden gleich in den ersten Tagen des Streiks verhaftet und ins Gefängniß geworfen, sei es, daß man sie der Aufreizung zum Kontraktbruch oder der Verbreitung falscher Nachrichten beschuldigte. In den nachfolgenden Prozessen wurden nahezu drakonische Strafen verhängt wegen Handlungen, die bisher nicht blos straflos geblieben waren, sondern zu deren Bestrafung ein Paragraph des Strafgesetzbuches gerade erst entdeckt worden war: Paragraph 110 Aufreizung zum Kontraktbruch respektive Aufreizung zum Ungehorsam gegen die Gesetze. Dabei ergab sich das Dilemma: Der Kontraktbruch, unter dem die Tausende von Bergarbeitern in den Streik eintraten, war eine kriminell *nicht strafbare* Handlung, die Aufforderung dazu

Digitized by Google

aber wurde mit **monatelangem, ja jahrelangem Gefängniß bestraft!** Und dabei mußten Richter und Ankläger offen zugeben, daß **keiner der angeklagten Führer in direkten Worten zum Kontraktbruch aufgefordert hatte!** Aber weil der Streik unter Kontraktbruch erfolgt war, bedeutete jede indirekte Aufforderung zum Streik, jede indirekte Aufforderung zum Ausharren zugleich eine indirekte Aufforderung zum Kontraktbruch! Und so wurden denn anläßlich dieses Bergarbeiterstreiks Strafen in der Gesammthöhe von **15 Jahren Gefängniß** verhängt. Welche Lehre aber die Bergarbeiter daraus gezogen, das zeigte einige Monate später die Reichstagswahl. Im Wahlkreis Dortmund wurden 1890 für den sozialdemokratischen Kandidaten 10422 Stimmen abgegeben, 1893: 17170; in Bochum-Gelsenkirchen 1890: 8388, 1893 aber 19585, und der schlesische Kohlenbezirk Waldenburg, der 1890 6334 sozialdemokratische Stimmen zählte, sandte diesmal mit 11836 Stimmen den ersten sozialdemokratischen Bergmann in den Reichstag. —

Die Spezialberathung des Etats ist von der Fraktion auch in der Session 1892/93 dazu benutzt worden, um die große Zahl von Mißständen, welche auf den verschiedensten Gebieten der Verwaltung herrschen, zur öffentlichen Kenntniß und Besprechung zu bringen.

Die Soldatenmißhandlungen, bezüglich deren die sozialdemokratischen Abgeordneten mit einem überaus reichlichen Material versehen waren, kamen bei Berathung des Militäretats zur Sprache. Es wurden Vorgänge mitgetheilt, die von so unmenschlicher Rohheit und Brutalität zeugten, daß mit Recht die Frage aufgeworfen werden konnte, ob sich die Verüber dieser Schändlichkeiten im Besitz geistiger Zurechnungsfähigkeit befunden haben. Wir haben in dem vorjährigen Bericht die Frage der Soldatenmißhandlungen eingehend erörtert und können nur wiederholen, daß dieser scheußliche Auswuchs des Militarismus nur beseitigt werden kann durch Einrichtungen, welche an Stelle des heut herrschenden Kadavergehorsams die Disziplin freier Männer in der Armee einführen. Die steigende Ziffer der Selbstmorde in der Armee — eigenthümlicher Weise kommen während der ersten sechs Monate, also während der eigentlichen Rekrutenzeit die meisten Selbstmorde vor — zeigt deutlich, welch traurigen Früchte diesen Verhältnissen entwachsen. Die Geschichte der Soldatenmißhandlungen ist auch die Geschichte der Soldatenselbstmorde und letztere gewiß vielfach die Folge ersterer. Nach militärischen Feststellungen sollen zwar nur 1,5 % der Selbstmorde auf schlechte Behandlung zurückzuführen sein. Dieser Behauptung widerspricht jedoch die Thatsache, daß bei den in den Jahren 1875—1888 vorgekommenen Selbstmorden von Mannschaften — Unteroffiziere sind nicht mitgerechnet — in

Digitized by Google

1159 Fällen die Ursachen nicht entdeckt worden sind. Es ist ganz unzweifelhaft, daß ein großer Theil der 1159 Selbstmordsfälle die erlittenen Mißhandlungen zur Ursache gehabt haben.

Die Reichsregierung steht zur Zeit dem wiederholten Verlangen des Reichstages auf Einführung der Oeffentlichkeit des Militärstrafverfahrens, sowie Erweiterung und vollkommene Sicherstellung des Beschwerderechts noch ablehnend gegenüber. Die herrschenden Parteien im Reichstage aber haben sich bisher noch nicht dazu aufraffen können, durch Verweigerung der Mittel Einrichtungen auf diesem Gebiete zu erzwingen, welche ein Gebot der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, eine unaufschiebbare Forderung der Kultur sind. —

Die Berathung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung gestaltete sich in sehr ausgedehnter Diskussion zu einer Anklage gegen diese Verwaltung, welche mit der persönlichen Freiheit der unteren und mittleren Postbeamten in einer Weise umspringt, die sich thatsächlich zu einer schweren Schädigung der staatsbürgerlichen Rechte der in der Postverwaltung beschäftigten Personen gestaltet hat. Neben übermäßig langer Arbeitszeit und schlechter Bezahlung haben die unteren und mittleren Postbeamten noch unter dem Umstande zu leiden, daß die vorgesetzten Behörden sich herausnehmen, die außeramtliche Thätigkeit ihrer Untergebenen zu kontroliren und zu beeinflussen.

Die soziale und behördliche Uebermacht der Vorgesetzten zwingt — wenn auch unter Betonung sogenannter Freiwilligkeit — den Postbeamten zu Schritten und Handlungen, welche mit seiner freien Ueberzeugung nicht übereinstimmen. Dieses Verfahren hat ebenso berechtigte als lebhafte Klagen hervorgerufen, und ist seitens unserer Fraktion zum Gegenstand eingehender und energischer Erörterungen gemacht worden.

Das in der Post- und Telegraphenverwaltung herrschende, System gleicht einem mitunter von wohlwollenden Instinkten getragenen Despotismus und schädigt nicht nur das Heer der Postbeamten und der in dieser Verwaltung angestellten resp. zeitweise beschäftigten Arbeiter, sondern verhindert auch zum Schaden des Publikums, diejenigen postalischen Reformen und Fortschritte, welche zur Hebung und Erleichterung des Verkehrs unerläßlich sind. Die Ueberschüsse, welche die Post- und Telegraphenverwaltung dem Reichsetat zuführt, rühren zum großen Theil aus zu geringer Besoldung und unzulässiger Ausbeutung der Arbeitskraft der Postproletarier her. Die Anregungen, welche von den sozialdemokratischen Abgeordneten zwecks Aufbesserung der Gehälter der unteren und mittleren Beamten gegeben worden, sind wiederholt zurückgewiesen worden.

Die gegenwärtige Leitung hat der Post- und Telegraphen-

Digitized by Google

verwaltung den Stempel der Plusmacherei aufgedrückt; ein Bestreben, welches zwar dem fiskalischen Interesse dient, aber ebenso wenig vereinbar ist mit der Fürsorge für die im Postdienst arbeitenden Bürger, als mit der Aufgabe, welche der den Weltverkehr vermittelnde und regelnde Post- und Telegraphenbetrieb im Dienste des Publikums zu erfüllen hat. —

In der zweiten Berathung des Etats des Reichsamts des Innern wurde das ganze weite Gebiet der Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetzgebung einer scharfen Kritik und ausführlichen Erörterung unterzogen.

Die Berathung über die Berichte der Fabrikinspektoren führte zu einer für die „Arbeiterfreundlichkeit" des Unternehmerthums charakteristischen Feststellung. Von unserem Redner wurde nachgewiesen, daß ein Aufsichtsbeamter, welcher seine Sprechstunden in einem Arbeiterblatt ankündigte, von einem Unternehmerverband bei seiner vorgesetzten Behörde denunzirt worden ist. Wennschon es begreiflich ist, daß das Unternehmerthum alles verhindert, was seiner Ausbeutungswuth und der Jagd nach dem aus Arbeiterschweiß gepreßten Mehrwerth eine Schranke zu setzen geeignet ist, so wirft es doch ein eigenthümliches Licht auf das sozialpolitische Verständniß der Regierungskreise, wenn — wie das Antwortschreiben des Regierungspräsidenten bekundet — jenem Aufsichtsbeamten „das Erforderliche" von Amtswegen eröffnet worden ist.

Derartige Fälle sind durchaus nicht vereinzelt. Die Jahresberichte der Fabrikinspektoren sind der lebendige Beweis dafür, wie unzulänglich die Arbeiterschutzbestimmungen sind, und zeigen zugleich deutlich, in welch raffinirter und gemeiner Weise das Unternehmerthum vielfach seine Pflichten versäumt und die Rechte der Arbeiter mit Füßen tritt. —

Auch die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen des modernen Industrialismus wurden eingehend besprochen. Unsere Redner zeigten, was es mit der vielgerühmten „Fürsorge für die Arbeiter" auf sich hat, indem sie nachwiesen, daß diese angeblich aus Fürsorge für die Arbeiter geschaffenen Einrichtungen thatsächlich materiellen Interessen des Unternehmerthums dienstbar sind. Durch all diese Einrichtungen werden die Arbeiter an ihre Arbeitsstelle gefesselt. Man bewilligt ihnen scheinbare Vortheile, um sie, durch einen kleinen Besitz an den Ort gebunden, zu umso widerstandsloseren Objekten der Ausbeutung machen zu können.

Durch die Spekulation auf die Gutgläubigkeit und die Unkenntniß der Verhältnisse versucht man die Außenstehenden zu täuschen. Wer in das wahre Wesen dieser sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen eindringt, der weiß, daß dieselben einzig und allein im Interesse des Kapitalismus geschaffen, die Lage der Arbeiter-

Digitized by Google

klasse nicht nur nicht verbessern, sondern im Gegentheil, dadurch, daß sie die Bewegungsfreiheit der Arbeiter hindern, dieselben in noch größere Abhängigkeit von dem Ausbeuterthum bringen.

Die Wohlfahrtseinrichtungen des Kapitalismus für die Arbeiter sind ein Schwindel, der um so widerlicher wirkt, als er die Geldsucht unter der Maske der Humanität verbirgt. —

Ueber die durch das Gesetz vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen in den Fabriken äußern sich die Jahresberichte der Gewerbeinspektoren mehrfach in einer Weise, daß wir Gelegenheit hatten, darauf hinzuweisen, wie frivol oftmals das Unternehmerthum mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter spielt.

An der Hand der Berichte — die meist alle von dem Bestreben getragen sind, die Lohn-, Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiter in möglichst günstigem Lichte darzustellen — wurde die Mangelhaftigkeit der Schutzvorrichtungen in vielen Fabriken und Unternehmungen gezeigt und damit auch auf diesem Gebiete dargethan, wie wenig der alles beherrschende Kapitalismus geneigt ist, das für ihn arbeitende und Reichthümer schaffende „Menschenfleisch" vor Gefahr und Untergang zu schützen. —

Auch in der vorletzten Session des Reichstages gaben die Staats- und Reichsbetriebe Anlaß zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Parteien, den Vertretern der Regierung und der sozialdemokratischen Fraktion. Die nach den kapitalistischen Gesetzen der Profitmacherei verfahrende Leitung der Staatswerkstätten mit ihren unzureichenden Löhnen sowie der politischen Abhängigkeit und Unterdrückung ihrer Arbeiter wurde in gebührender Weise an das Licht der Oeffentlichkeit gezogen.

Der in den Reichs- und Staatswerkstätten betriebene sogenannte Staatssozialismus entpuppt sich unter Wirkung der „offiziellen Sozialreform" immer mehr als Staatskapitalismus, dessen ökonomische und staatliche Uebermacht den in seinem Banne befindlichen Arbeitern das Doppeljoch wirthschaftlicher Ausbeutung und politischer Unterdrückung auferlegt. Die Rücksichtslosigkeit, mit welcher das Vereins- und Koalitionsrecht für die in Staatswerkstätten beschäftigten Arbeiter behandelt wird, ist ein Merkmal der kapitalistischen Prinzipien, von denen die Leitung der heutigen Staatsbetriebe beherrscht wird.

In Militär-, Marine- und Eisenbahn-Werkstätten ist den Arbeitern durch die Arbeitsordnung bei Strafe sofortiger Entlassung verboten worden, sich an sozialdemokratischen Vereinen zu betheiligen oder sozialdemokratische Zeitungen zu lesen.

Solche Maßregeln, durch welche die Arbeiter eines gesetzlich garantirten Rechtes beraubt werden, enthüllen deutlich den Klassencharakter des in den Staatswerkstätten herrschenden Regimentes, — und müssen bei den Arbeitern die Ueberzeugung verstärken, daß die

Digitized by Google

Staatsbetriebe sich ihrer sozialen Aufgabe als „Musteranstalten" nicht im Geringsten bewußt sind. —

Den Jahr für Jahr wiederholten energischen Reklamationen der Abgeordneten unserer Partei ist es zu danken, daß diese Arbeitsordnungen mit der Gewerbeordnung — welche die von den Verwaltungen gegebenen Vorschriften verbietet — in Einklang gebracht worden sind. —

Die Forderung, das Unfallversicherungsgesetz einer Erweiterung zu unterziehen, ist von uns wiederholt worden. Die Ausdehnung der Versicherung auf die in Gefangenenanstalten beschäftigten Arbeiter, die Aufhebung der Karenzzeit, ist Gegenstand wiederholter Anträge der sozialdemokratischen Fraktion gewesen. Auch in der Wintersession 1892/93 sind diese Anträge begründet und von der Regierung mit der Zusicherung, demnächst ein Gesetz in diesem Sinne vorlegen zu wollen, beantwortet worden. —

Das Alters- und Invaliditäts-Versicherungs-Gesetz gab ebenfalls zu vielfachen Beschwerden bezüglich seiner Anwendung Veranlassung.

Wenn die sozialdemokratische Fraktion auch nicht den Sturmlauf für die Aufhebung des Gesetzes mitmacht, so dringt sie um so energischer auf Abhülfe der zahlreichen Mißstände. Die ungenügende Versorgung der auf dem Schlachtfelde der Industrie arbeits- und erwerbsunfähig werdenden Arbeiter, die zur Bestreitung der allernothwendigsten Lebensbedürfnisse nicht hinreichenden Bettelpfennige, die unter dem stolzen Namen Alters- oder „Invaliditätsrente" gezahlt werden, die übermäßig lange Wartezeit, die an außerordentlich harte und für die Arbeiter selten erreichbare Voraussetzungen geknüpfte Invaliditätserklärung, die schwerfällige büreaukratische Verwaltung sowie eine Anzahl anderer arbeiterfeindlicher Bestimmungen müssen beseitigt, die Versicherung auf Handwerk und Hausindustrie ausgedehnt werden, damit der Grundgedanke dieses Gesetzes zu seinem vollen, für die Arbeiterklasse nützlichen Effekt kommt. —

Die durch die letzte Gewerbeordnungsnovelle verheißene Sonntagsruhe für die Industrie wurde zum Gegenstand der Erörterung gemacht. Der Bundesrath, der bisher, nach 2½ Jahren, noch keine Zeit gefunden hat, die Ausführungsbestimmungen über die Sonntagsruhe zu erlassen, ist immer noch mit Erhebungen beschäftigt, um die Vorschriften auszuarbeiten.

Der Kampf, welchen die Unternehmer gegen die seit Juli v. J. gesetzlich eingeführte Einschränkung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe führen, giebt uns ein Vorspiel von der Art und Weise, mit welcher die industrieelle Bourgeoisie sich gegen den Versuch, die Arbeiterklasse wenigstens am Sonntag vor der unbeschränkten Ausbeutungswuth zu schützen, wehren wird. Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ist durch die Ausnahmen, welche an den meisten

Digitized by Google

Orten als zulässig erachtet sind, fast so gut wie beseitigt. So z. B. ist in Nürnberg die Verkaufszeit an Sonntagen auf die Zeit von 5 bis 9 Uhr Morgens und von 10½ Uhr Vormittags bis 9 Uhr Abends festgesetzt. Statt die gesetzlich zulässigen fünf Stunden hintereinander zu legen und dafür zu sorgen, daß jede Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe Mittags beendet sein muß, hat man die fünf Stunden in den Vor- und Nachmittag gelegt und damit eine vernünftige und wirksame Sonntagsruhe unmöglich gemacht. Nebenher ist noch die im Gesetz als Ausnahme für zulässig erklärte Ausdehnung der Sonntagsarbeit vielfach zur Regel gemacht worden, so daß diejenigen Betriebe, in welchen die meisten Angestellten beschäftigt sind, länger als 5 Stunden verkaufen können.

Um zu wissen, wie wenig das Unternehmerthum geneigt ist, sich in der Sonntagsschinderei seiner Lohnsklaven einschränken zu lassen, genügt die Thatsache, daß von Seiten der Arbeitgeber an die Behörde das Ansinnen gestellt ist, in Berlin dem Zigarrenhandel eine Verkaufszeit bis fünf Uhr Nachmittags und dem Bäckereigewerbe neben einer zwölfstündigen Arbeitszeit eine Verkaufszeit von 4 bis 10 Uhr Vormittags und von 2 bis 5 Uhr Nachmittags zu gewähren. Das heißt also zu Ehren des Mammonismus für den Tabakhandel die gesetzlich zulässigen fünf Stunden auf zwölf Stunden und für den Handel mit Backwaaren auf neun Stunden Sonntagsarbeit auszudehnen. Die Hauptagitation gegen die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe geht von den sogenannten liberalen Parteien aus. Die groteske Uebertreibung der volkswirthschaftlichen Schädigung, welche angeblich durch die Einschränkung der Sonntagsarbeit eintreten soll, wirkt um so komischer, als die liberalen Schwärmer für die Gewerbefreiheit in ihrer Presse die Regierung anwinseln, dieselbe möge den Restaurateuren, Destillateuren, Weinhändlern und Inhabern von Vergnügungslokalen bei hoher Strafe verbieten, ihren Gästen Sonntags Zigarren oder Backwaaren zu verabreichen. Wenn der Profit in Frage kommt, geht das Prinzip in die Brüche, und so sehen wir, daß die „Nichts als Freihändler" sich nicht scheuen, in der Vertheidigung des ungestörten kapitalistischen Ausbeutungsrechtes dem von ihnen selbst hochgepriesenen „freien Spiel der Kräfte" einen Knebel anzulegen. Die Sozialdemokratie steht in dieser Frage anf den Standpunkt, daß den in der Woche unmenschlich abgerackerten und abgehetzten Angestellten des Handelsgewerbes eine ausreichende Sonntagsruhe gewährt werden muß. Dem Gezeter der ultramontan-konservativ-liberalen Geldsackvertretung im Reichstage und in der bürgerlichen Presse stellen wir unsere Forderung „Schutz dem Schwachen" gegenüber. —

Eine ganz besondere Färbung erhielt die Spezialberathung des Etats im vorletzten Reichstage dadurch, daß die gegnerischen Parteien auf die sozialdemokratische Nothstandsinterpellation zurück-

Digitized by Google

griffen, und damit eine achttägige Diskussion hervorriefen, welche sich zu der bekannten „Zukunftsstaats-Debatte“ auswuchs. Die Vertreter der herrschenden Klassen standen unter dem Eindruck, daß gegenüber der drohenden Auflösung des Reichstages im Parlament noch etwas gegen die Sozialdemokratie geschehen müsse, um der unausbleiblichen Niederlage der bürgerlichen Parteien bei den Wahlen vorzubeugen. Zugleich bot sich durch die Verlängerung der parlamentarischen Verhandlungen die Gelegenheit, den „Kuhhandel“ um die Militärvorlage hinter den Kulissen fortzusetzen und so mußten die Klopffechter der Bourgeoisie in die Arena reiten, um die Sozialdemokratie zu „vernichten“.

Arm in Arm sagten der Zentrumskapuziner Bachem und Eugen Richter — der geistige Vater der „Sparagnes“ — ihr Sprüchlein her. Alle Gegensätze der Parteien waren vergessen, und in brüderlicher Einigkeit stritten Nationalliberale, Zentrum, Konservative und Fortschrittler darum, wem die dümmsten Redensarten in der Bekämpfung der Sozialdemokratie zu Gebote ständen.

Als die Woche herum war, als Herr Stöcker noch den Vernichtern der Sozialdemokratie seinen Segen ertheilt hatte, da bescheinigten sich die Vertreter von Thron, Altar und Geldsack gegenseitig, daß die Sozialdemokratie „vernichtet“ sei und daß die bürgerliche Gesellschaft nun Ruhe vor ihrer Todtfeindin haben werde.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten nahmen selbstverständlich den Kampf auf. Die „Zukunftsstaatsdebatte“ bildet einen Denkstein in der Geschichte der Sozialdemokratie. Die Diskussion gab den Vertretern der Arbeiterklasse die willkommene Gelegenheit, die ganze Scheußlichkeit des herrschenden Wirthschaftssystems klarzulegen und nachzuweisen, wie vermöge der kapitalistischen Produktionsweise und der in der bürgerlichen Gesellschaft geltenden Institutionen die große Majorität der Bevölkerung der brutalsten Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft preisgegeben ist.

Die Bereicherung einer kleinen Minorität ist die Triebfeder der heutigen Gesellschaftsorganisation. In der Aussaugung und Niederhaltung der Massen erblicken die herrschenden Klassen ihre Aufgabe, bei deren Erfüllung sie sich alle ökonomischen und wirthschaftlichen Machtmittel dienstbar machen, um kraft der herrschenden ökonomischen Gesetze den heutigen Gesellschaftszustand zu verewigen. Hierzu sollte auch die „Zukunftsstaats-Debatte“ dienen, aber je weiter die Diskussion sich ausdehnte, je unbehaglicher wurde den Majoritätsparteien dabei zu Muthe, und als wir, die angeblich „Vernichteten“, die Reden unserer „Vernichter“ noch in Hunderttausenden von Exemplaren im Volke verbreiteten, da merkten die Herren, welch glänzenden Sieg sie wider Willen der Sozialdemokratie bereitet hatten.

Digitized by Google

Unter frenetischem Beifall im Reichstage hatte Herr Bachem sein Blech geschmiedet, hatte Herr Richter, indem er, seinem ökonomischen Verständniß entsprechend, eine Karrikatur der gegenwärtigen Verhältnisse als maßgebend für die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft bezeichnete, dem heutigen Klassenstaat Lorbeeren gewunden. Als jedoch die Massen zur Entscheidung zwischen Bourgeoisie und Sozialdemokratie aufgerufen wurden, da ergab sich, daß die „vernichtete“ Sozialdemokratie in der Wahlschlacht über ihre Gegner triumphirte und daß „der Vernichter der Sozialdemokratie“ nicht einmal im Stande war, sein eigenes Mandat aus dem Schiffbruch zu retten, sondern nur auf nationalliberal-konservativ-ultramontanen Krücken in den Reichstag hinken konnte.

Jämmerlicher hat nie ein Kampf für die Angreifer geendet, als die Redeschlacht gegen die Sozialdemokratie. Mit den Waffen schmutziger Verleumdung, mit Lüge und Verdrehung zog man ins Feld, suchte man die große und gerechte Sache der Sozialdemokratie zu bekämpfen. Aber an dem granitnen Felsen der sozialdemokratischen Idee prallten alle Angriffe wirkungslos ab. Die Sozialdemokratie wird in dem Kampfe für die Befreiung der Menschheit nicht ruhen und rasten, bis der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende gemacht, bis die Sklaverei des Lohnsystems beseitigt ist. —

Außer dem Etat und der Militärvorlage hatte die Regierung noch eine ganze Anzahl von Gesetzentwürfen eingebracht, die zum Theil den Reichstag schon in früheren Sessionen beschäftigt haben. Hierzu gehören namentlich die sogenannte „lex Heinze“ und das Gesetz betreffend den Verrath militärischer Geheimnisse. Neu wurden vorgelegt das Gesetz betreffend die Abzahlungsgeschäfte, das Wuchergesetz, sowie ein Gesetz betreffend die Einführung der Einheitszeit.

Das Gesetz, welches im Volksmund als die „lex Heinze“ bezeichnet wird, ist über die Generaldiskussion und eine Kommissionsberathung nicht hinausgekommen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat gegen dieses Gesetz Stellung genommen, weil die durch dasselbe bekämpften Mißstände sich im Wesentlichen als eine Folge der durch die herrschende Gesellschaftsordnung begründeten Zustände darstellen und nicht auf dem Wege eines Gelegenheitsgesetzes, sondern nur durch eine organische, das ganze Wirthschaftsleben umfassende Umwandlung der bestehenden Verhältnisse beseitigt werden können. —

Auch das Gesetz betreffend die Abzahlungsgeschäfte ist nicht zur Verabschiedung gelangt. In den Verhandlungen über dieses Gesetz haben die sozialdemokratischen Redner im Auftrage ihrer Fraktion sich für die Aufhebung der sogenannten „Verwirkungsklausel“ erklärt. Der Kontraktsbestimmung, nach welcher alle ge-

Digitized by Google

leisteten Zahlungen zu Gunsten des Verkäufers verfallen, wenn einmal die ausbedungene Rate nicht pünktlich gezahlt wird, ist unmoralisch und bildet eine Ausnutzung der wirthschaftlichen Nothlage des einen Theils der Vertragschließenden. —

Das Gesetz betreffend Ergänzung der Bestimmungen über den Wucher, hat zu langen Berathungen sowohl im Plenum als auch in der Kommission des Reichstags geführt.

Die sozialdemokratische Fraktion erkennt in dem Kredit- und Sachwucher nur eine in den bestehenden Rechts- und Erwerbszuständen begründete Erscheinung. Das herrschende System vollzieht durch die Besteuerung nothwendiger Lebensmittel Tag für Tag die Auswucherung der Volksmassen. Die auf der privatkapitalistischen Ausbeutung begründete Produktionsweise äußert sich als eine Bewucherung der menschlichen Arbeitskraft und ist genau ebenso unsittlich und verwerflich als der gewöhnliche Geldwucher.

Unser Standpunkt dem Gesetz gegenüber ist in der Kommissions- und Plenarberathung sehr eingehend begründet worden. Wir haben dem Gesetz zugestimmt, obschon wir die Hoffnung auf eine Gesundung der einschlägigen Verhältnisse innerhalb der heutigen Gesellschaft nicht theilen. Die vorgenommene Ergänzung bedeutet jedoch unstreitig eine Verbesserung des bestehenden Rechtszustandes und aus diesem Grunde konnten wir dem Gesetze unsere Zustimmung nicht versagen. —

Dem Gesetz gegen den Verrath militärischer Geheimnisse hat die sozialdemokratische Fraktion nicht zugestimmt. Obschon in der Kommissionsberathung eine nicht unbedeutende Milderung der von der Regierung vorgeschlagenen Bestimmungen des Gesetzes erfolgt ist, lag für die Fraktion kein Grund vor, von ihrer ablehnenden Haltung Abstand zu nehmen. Der Verdacht liegt nahe, daß späterhin als „militärische Geheimnisse" alle Verfügungen und Erlasse bezeichnet werden, die zwar nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt, dieselbe jedoch auf das Allerlebhafteste interessiren.

Wir erinnern nur an die entsetzlichen Soldatenmißhandlungen, an die geradezu ungeheuerlichen Strafurtheile von Militärgerichten, um den Beweis zu liefern, wie gefährlich es ist, den Veröffentlichungen solcher Vorkommnisse Schranken zu ziehen.

Für die Verfolgung von Hoch- und Landesverrath, Verrath von Festungsplänen u. s. w. bietet das Strafgesetzbuch wahrlich Handhaben genug und bedarf keiner Ergänzung. Die Gesetz gewordenen neuen Bestimmungen sind nach unserer Ansicht außerordentlich schädlich, kennzeichnen sich als ein Attentat auf das Restchen Preßfreiheit, das wir besitzen, und erschweren die öffentliche Besprechung der wichtigsten Volksinteressen. Aus diesen Gründen haben wir gegen das Gesetz gestimmt. —

Digitized by Google

Die Forderungen für die Weltausstellung in Chikago haben wir bewilligt und auch den übrigen für Kunst und Wissenschaft sowie für sonstige Kulturzwecke bestimmten Ausgaben unsere Zustimmung nicht versagt. Dem Gesetze betreffend die Einführung einer einheitlichen Zeitbestimmung haben wir zugestimmt, weil dasselbe im Verkehrsinteresse nothwendig war und sich für das Publikum als nützlich erweisen wird. —

Auch dem Gesetz betreffend Abänderungen der Militärpensionsgesetze, des Reichsbeamtengesetzes und des Gesetzes über den Reichsinvalidenfonds haben wir keinen Widerspruch entgegengesetzt, weil durch dieses Gesetz die Pensionsverhältnisse der Militärinvaliden in einer den jetzigen Lebensbedürfnissen etwas besser entsprechenden Weise geregelt werden. —

Die zur Deckung der Kosten für die Militärvorlage in Aussicht genommenen Steuervorlagen sind nur in erster Lesung berathen worden. Die Fraktion hat in scharfer Kritik der vorgeschlagenen Belastung der Besitzlosen durch die Brau- und Branntweinsteuer gegen die Vorlagen Stellung genommen. Der Prozent- und Profitpatriotismus der besitzenden Klassen ist auch gelegentlich der Diskussion dieser Vorlagen an den Pranger gestellt worden. Die nimmersatten Großgrundbesitzer, welche neben der Reichskasse jährlich Millionen durch die Agrarzölle aus der Arbeiterklasse herauspressen, wurden aufgefordert, die Kosten der Militärvorlage, die ihren Söhnen die Offiziersstellen schafft, durch Verzicht auf die 42 Millionen Mark der Branntweinliebesgabe, aufzubringen. Die Börsensteuer — gegen welche die Sozialdemokratie als Steuerobjekt gar keine Einwendungen macht — fand bei uns des Zweckes der Verwendung wegen keine Zustimmung. Alle drei Gesetze blieben in der Kommission stecken und werden ihre Auferstehung erst im Herbst feiern. —

Während des Verlaufs der Session betheiligten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten rege an den Berathungen über die Berichte der Wahlprüfungskommission. Die in früheren Sessionen beschlossenen Erhebungen über die Wahlproteste kamen zur Erledigung und es wurde hierbei ein solches Maß von Niederträchtigkeit und Gemeinheit, welches das feine ökonomische Uebermacht ausnutzende Unternehmerthum bei den Wahlbeeinflussungen verübt hatte, enthüllt, daß es selbst der Bourgeois-Majorität zu viel wurde und dieselbe zur Kassirung einiger Wahlen gelangte. So wurde z. B. das Mandat des Abgeordneten Möller, welcher zur Verschlechterung der Gewerbeordnungsnovelle sein redlich Theil beigetragen und drei Jahre lang ungestört die Bänke des Reichtages geziert hat, von der Wahlprüfungskommission wegen unerhörter Beeinflussungen für ungültig erklärt. Dem Verdikt des Reichstages entzog sich dieser Vertreter der

Digitized by Google

Großindustrie dadurch, daß er unmittelbar vor dem Beschlusse des Reichstages sein Mandat niederlegte. Das Mandat des Abg. von Reden, bei dessen Wahl ein Oberbergrath ungesetzlichen Einfluß auf Bergleute ausgeübt hatte, wurde noch in der letzten Reichstagssitzung für ungültig erklärt. Die Initiativanträge auf Sicherung des Wahlgeheimnisses, sowie auf Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungs- und Strafhaft unterstützten wir und begründeten dieselben mit den bereits im vorjährigen Bericht dargelegten Erwägungen. Das Antragsbündel, welches die ultramontan-konservativen Sozialpolitiker dem Reichstage vorlegten, fand bei uns keine Gegenliebe. Befähigungsnachweis, Regelung des Hausirgewerbes, Organisation des Handwerkerstandes, Regelung des Lehrlingswesens, sowie den Ausbau der Innungen können den in wirthschaftlicher Noth befindlichen Handwerkern und Kleingewerbetreibenden nichts nutzen.

Diese in unaufhaltsamem Niedergang begriffenen Mittelschichten der Bevölkerung sind gleich der Arbeiterklasse das Opfer des Kapitalismus und werden von dem Großbetrieb verschlungen. Dagegen helfen keine mittelalterlich-reaktionären Quacksalbereien, sondern nur die klare Erkenntniß, daß bei der rapiden Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft das Handwerkerthum und Kleingewerbe immer schneller proletarisirt werden muß, und daß seine Rettung nicht in der Galvanisirung veralteter Formen, sondern in der Beseitigung der Ursachen seines Niedergangs liegt.

Wenn die sozialistische Organisation unsere heutigen Handwerker und Kleingewerbetreibende auch nicht als Stand aufrecht erhalten wird, die volle Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse ist ihnen gleich allen für das Gesammtwohl thätigen Gesellschaftsgliedern gesichert. Soweit die Anträge des Zentrums und der Konservativen Partei zur Beschlußfassung gelangten, haben wir gegen dieselben gestimmt, weil wir nicht gewillt sind, Bauernfang zu treiben und den Leuten Sand in die Augen zu streuen, sondern vielmehr unsere Aufgabe darin erblicken, durch Aufklärung und Belehrung das Handwerkerthum zur Erkenntniß seiner Lage zu bringen und damit zu bewirken, daß die versinkenden Mittelschichten in dem Kampfe um ihre Befreiung aus dem Joche des Kapitalismus ihren Platz in den Reihen der Sozialdemokratie einnehmen. —

Währenddem das Plenum des Reichstages mit den vorstehend bezeichneten Verhandlungen beschäftigt war, hatte die Militärkommission monatelang getagt, ohne zu einer Verständigung zu gelangen. Nachdem es sich herausgestellt hatte, daß für die Regierungsvorlage eine Majorität nicht zu erzielen war, erklärte der Reichskanzler, die Regierung würde sich auch mit einer Heeresverstärkung, wie sie der Antrag von Huene in Aussicht stellte, begnügen. Ja der Reichskanzler ging sogar soweit, den Antrag Huene zur Wahlparole der

Digitized by Google

Regierung zu machen. Die Furcht vor der Auflösung war mit Ausnahme der Sozialdemokratie bei allen Parteien sehr stark, deshalb wurden die Verhandlungen hinter den Koulissen in fieberhafter Erregung weitergeführt, aber Alles vergeblich, für den Antrag Huene fand sich keine Majorität. Bei Annahme des Huene'schen Vorschlages hätte eine Vermehrung der Friedenspräsenzstärke um rund 70 000 Mann stattgefunden. Die regelmäßigen jährlichen Ausgaben hierfür würden 55 Millionen Mark und die einmaligen Ausgaben 60 Millionen Mark betragen haben.

Mit der Bewilligung des Huene'schen Anerbietens hätte das Militär- und Marine-Budget des deutschen Reiches, nach dem Etat 1893/94 berechnet, einschließlich der Pensionen und der einmaligen Ausgaben des laufenden und des neuen Etats jährlich etwa

842 Millionen Mark

betragen.

Hierzu konnte sich das Zentrum nicht entschließen und wenn in seinen Reihen auch einige adlige Mitglieder gegen die ablehnende Haltung ihrer Fraktion rebellirten, die überwiegende Mehrheit blieb fest und damit war das Schicksal der Militärvorlage entschieden. Am 6. Mai d. J. fand, nachdem zunächst die Regierungsvorlage abgelehnt war, die namentliche Abstimmung über den Antrag Huene statt und ergab auch dessen Ablehnung mit 210 gegen 162 Stimmen. Unmittelbar nach diesem Beschluß wurde der Reichstag aufgelöst.

Am 15. Juni fanden die Neuwahlen statt. Es ist hier nicht der Ort, über die Art, in der seitens der gegnerischen Parteien der Wahlkampf geführt worden ist, weitläufig zu sprechen. Die zahlreich eingegangenen Proteste legen Zeugniß davon ab, in welch brutaler und nichtswürdiger Weise auch bei den letzten Wahlen das industrielle und agrarische Unternehmerthum seine wirthschaftliche Uebermacht mißbraucht hat, um den Volkswillen zu fälschen. Die Wahlfreiheit und das Wahlgeheimniß ist an vielen Orten durch Vergewaltigung der Wähler aufgehoben worden und in brüderlicher Eintracht haben Junker, Pfaffen und Fabrikanten alles aufgeboten, um im Interesse der besitzenden Klassen die Sozialdemokratie zurückzudrängen.

Was in Flugblättern und in den Tagespressen an Gemeinheiten gegen unsere Partei geleistet worden ist, spottet jeder Beschreibung. Nicht mit sachlichen Einwendungen gegen unsere Prinzipien ist der Kampf gegen uns geführt worden, ebensowenig war unser Programm und dessen Forderungen Gegenstand der feindlichen Angriffe, nein, mit frechen Lügen, niederträchtigen Verleumdungen und persönlichen Beschimpfungen haben die bürgerlichen Parteien den Wahlkampf geführt und zum Theil ihre Siege gegen die Sozialdemokratie erfochten.

Digitized by Google

Die Hauptwahlen brachten uns einen Stimmenzuwachs von ungefähr 350 000 Stimmen gegen die Wahl vom Jahre 1890, und gingen wir mit etwa 1 800 000 Stimmen als die weitaus stärkste Partei in Deutschland aus dem Wahlkampfe hervor. Die im ersten Ansturm errungenen 24 Mandate, vermehrten sich durch die Stichwahlen, bei denen der gesammte „Ordnungsbrei“ in geschlossener Phalanx gegen die Sozialdemokratie stand, auf 44 Mandate. Die sozialdemokratische Partei hat, entsprechend ihrer prinzipiellen Stellung, in der Wahlbewegung nicht nur für die wiederholte Verwerfung der Militärvorlage agitirt, sondern die sozialdemokratischen Stimmzettel sind zugleich der lebendige Protest der deutschen Arbeiterklasse gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, die unzweideutige und bestimmte Forderung auf Beseitigung des kapitalistischen Wirthschaftssystems. —

Ueber den zur Regierungs-Wahlparole gemachten Huene'schen Militärvorschlag haben die deutschen Wähler ein vernichtendes Verdikt abgegeben.

Die Stimmen, welche für die der Heeresverstärkung gegnerischen Parteien am 15. Juni abgegeben worden sind, überwiegen bei Weitem die Zahl derjenigen Stimmen, welche den militärwüthigen Befürwortern der Vorlage zufielen.

Die durch die Hauptwahlen deutlich zum Ausdruck gekommene Entscheidung der Wähler ging dahin, das Volk vor neuen Blut- und Gutsteuern zu schützen, dem Militärmoloch keine weiteren Opfer zu bringen.

Des Volkes Wille fand im Reichstage keine Beachtung, und wiederum wurden die Interessen der Steuerzahler dem Militarismus geopfert. Am 4. Juli trat der neue Reichstag zusammen, um durch die Thronrede zu erfahren, daß er nichts anderes zu thun habe, als die Militärforderung der Regierung zu bewilligen. In wenigen Sitzungen entledigte sich der Reichstag dieser Aufgabe, und schon am 15. Juli konnten die Volksvertreter — einige davon für ihre hervorragende Leistungen für die Bewilligung der nach dem früheren Huene'schen Antrag umgearbeiteten Vorlage mit hohen Orden geschmückt — wieder nach Hause gehen. Die, das stehende Heer im Frieden um 70 000 Mann verstärkende Militärvorlage, bei deren Besprechung — von Berathung war keine Rede mehr — unsere Redner noch einmal alle für unsere prinzipielle gegnerische Stellung maßgebenden Gesichtspunkte hervorhoben, wurde in der entscheidenden Gesammtabstimmung mit 201 gegen 185 also mit einer winzigen Majorität von 16 Stimmen angenommen. Wie viele von diesen 16 Mandaten im Laufe der Legislaturperiode noch für ungültig erklärt werden müssen, bleibt abzuwarten. Thatsache ist, daß die meisten Wahlproteste sich gegen die Wahl von Abgeordneten richten, welche am 15. Juli für die Militärvorlage gestimmt haben. —

Digitized by Google

Inzwischen war dem Reichstage auch die Rechnung für die neue Volksbelastung präsentirt worden. Dieselbe bestand in einem Nachtragsetat für das Etatsjahr 1893/94, in welchem zur Deckung der durch die Heeresverstärkung verursachten Kosten die Summe von

71 282 547 Mark

gefordert werden.

Hiervon sind als dauernde Ausgaben, für die Zeit vom 1. Oktober d. J. bis 31. März 1894 berechnet, 23 221 848 Mark auf die Matrikularbeiträge der Einzelstaaten verwiesen, während zur Deckung der mit der Armeevermehrung verbundenen einmaligen Ausgaben 48 060 699 Mark durch eine Anleihe beschafft werden sollen. Von der Art der Aufbringung der Kosten war im letzten Reichstage nur andeutungsweise die Rede. Diejenigen Abgeordneten, welche sich ihr Mandat unter der Versicherung, die Militärvorlage erst nach Feststellung der Deckungsmittel zu bewilligen, erobert hatten, ließen sich bereitwillig von der Regierung auf den Herbst vertrösten. Der Reichskanzler, der sich in allgemeinen Redewendungen über die zur Deckung nothwendigen Steuern äußerte, sicherte sich die Stimmen der Konservativen und Antisemiten damit, daß er versprach, das landwirthschaftliche Gewerbe von jeder neuen Steuer frei zu lassen.

Herr Dr. Miquel, dessen Biographie sich mit der Ueberschrift: „Vom Kommunisten bis zum Agrarier“ schmücken läßt, ist zum Reichsfinanzdoktor auserkoren. Er wird dem Reichstage in der kommenden Session ein Steuerbouquet überreichen, welches die Wünsche des Reichskanzlers und der Konservativen vollkommen befriedigt. Daß der preußische Finanzminister es versteht, die „nothleidende Landwirthschaft“ d. h. den Großgrundbesitz zufrieden zu machen, hat er durch die preußische Steuerreform bewiesen, welche mit der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer den „armen“ Großgrundbesitzern eine neue Liebesgabe zuwendet.

Herr Miquel ist viel zu klug, um nicht zu wissen, daß aus „Luxussteuern“ nicht viel herauszuschlagen ist, und daß auch die „Börsensteuer“ nicht im Stande ist, den Geldbedarf des Militärmolochs zu decken. Er wird also Steuern schaffen, welche — da er seine neuen Freunde, die Agrarier, schonen muß — hauptsächlich die breiten Volksmassen belasten und bei denen — entsprechend dem Steuerprinzip der herrschenden Klassen, die Riemen für die Steuerkasse aus der Haut der arbeitenden Bevölkerung geschnitten werden.

Charakteristisch für die Auffassung, welche die konservative Partei von einer „gesunden Finanzwirthschaft“ hat, war das Verlangen, die gesammten Kosten der neuen Militärvorlage, auch die regelmäßig wiederkehrenden Ausgaben, zunächst für das laufende Steuerjahr durch eine Anleihe aufzubringen. Von unserer Seite

Digitized by Google

wurde im Gegensatz hierzu verlangt, die Militärkosten durch Zuschläge zur Einkommensteuer aufzubringen. —

Neben der Erledigung der Militärvorlage war der letzte Reichstag noch mit der Berathung von zwei Interpellationen beschäftigt, von denen die erste den Ausfall der diesjährigen Manöver wegen der Noth an Streu und Futtermitteln verlangte. Dem preußischen Kriegsminister galt in dieser Frage nur das militärische Interesse, welches nach seiner Ansicht durch den Ausfall der Manöver geschädigt wird. Die Militärverwaltung wolle nach Möglichkeit den Bauern die Manöverlast erleichtern, könne aber nicht auf die Manöver verzichten. Etwas entgegenkommender waren die Ausführungen der bayrischen und württembergischen Kriegsminister, während von allen Seiten des Reichstages in Rücksicht auf die thatsächlich vorhandene Futternoth sehr energisch der Ausfall der Herbstmanöver gefordert wurde. Die zweite, von sozialdemokratischer Seite ausgehende Interpellation, betraf das Verhalten des Polizeipräsidenten Feichter in Straßburg, der sich, nach Zeitungsmittheilungen, Bürgern gegenüber Ausdrücke erlaubt hat, die, wenn der Bericht der Wahrheit entspricht, ebenso brutal als schamlos sind. Bei Besprechung dieser Interpellation wurde die Reichsregierung, welche den Verlauf der gerichtlichen Untersuchung des Vorfalles abzuwarten gewillt ist, von verschiedenen Seiten dringend aufgefordert, der Mißwirthschaft in Elsaß-Lothringen ein Ende zu machen und die neuen Reichsbürger von dem sogenannten Diktaturparagraphen und den sonstigen Knebelungsgesetzen zu befreien. —

Dem neugewählten Reichstag fällt die Aufgabe zu, für Deckung der durch die Heeresverstärkung bedingten Kosten zu sorgen. Die nächste Session wird nach dieser Richtung hin lebhafte Kämpfe bringen, deren Ausgang uns jedoch nicht zweifelhaft ist, und die mit einer vermehrten Belastung der Arbeiterklasse endigen werden. Der sozialdemokratischen Fraktion ist ihre Aufgabe im Reichstage durch unser Programm gewiesen. Zielbewußt auf dem Boden des Klassenkampfes verharrend, führt die Sozialdemokratie auch im Parlament den Kampf gegen die heutige Gesellschaft unter der Parole: Nieder mit dem Militarismus. Nieder mit dem Kapitalismus. Wie wir die Wahlbewegung einzig in den Dienst unserer prinzipiellen Agitation stellen, so auch die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion. Die Sozialdemokratie ist und bleibt die unversöhnliche Feindin der bürgerlichen Gesellschaft, sie hört nicht eher auf zu kämpfen, bis der Arbeiterklasse die politische Macht erobert, bis die Klassenherrschaft gestürzt, die kapitalistische Wirthschaftsordnung beseitigt ist. —

Digitized by Google

Protokoll.

Vorversammlung am Sonntag, den 22. Oktober 1893, Abends 7 Uhr, im großen Saale des Lokals „Karl der Große".

Die Versammlung wird um 7 1/4 Uhr im festlich geschmückten Saale vom Genossen Hengsbach-Köln eröffnet, der die aus allen Theilen Deutschlands zusammengekommenen Delegirten willkommen heißt. Bei ihrem Antrag an den Berliner Parteitag, den nächsten Parteitag in Köln abzuhalten, seien die Kölner Genossen von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Abhaltung eines Parteitages in Köln von ungemein agitatorischer Bedeutung sein würde; sie könnten daher nur wünschen, daß die Verhandlungen zum Besten der Partei ausschlagen und ebenso die daran sich knüpfende agitatorische Thätigkeit der Partei Erfolg bringen möchte. (Beifall.)

Bebel: Parteigenossen! Im Auftrage der Parteileitung das Wort nehmend, sage ich zunächst dem Vorredner, unserm Genossen Hengsbach, herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung namens der Kölner Parteigenossen. Allerdings haben wir, als im vorigen Jahre der Antrag gestellt wurde, den diesjährigen Parteitag in Köln abzuhalten, freudig diesem Antrage zugestimmt und zwar hauptsächlich, weil wir allesammt uns der agitatorischen Wirkung bewußt waren, welche nothwendigerweise die Abhaltung eines Parteitages nicht nur auf Köln, sondern auch im weiteren Umkreise ausüben muß. Wenn also die Kölner Genossen sich freuen, uns in diesem Sinne begrüßen zu dürfen, dann sind für uns und namentlich für die mit der Geschichte des Sozialismus in Deutschland vertrauteren Genossen noch besondere Gründe vorhanden, welche uns mit Genugthuung darüber erfüllen, daß wir heute in Köln zum Parteitag zusammengekommen sind. Wenn eine Stadt in Deutschland, soweit das überhaupt möglich ist, für sich die Ehre in Anspruch nehmen kann, sich als die Geburtsstätte des Sozialismus zu betrachten, so ist es Köln. Es sind genau 51 Jahre, daß der Hauptbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx, hier in Köln in eine Thätigkeit als Redakteur trat. Marx hatte kurz zuvor seine juristischen Studien vollendet und war nach Bonn gegangen in der

Digitized by Google

Hoffnung, dort eine Dozentenstelle zu erlangen. Er gewann aber sehr bald die Ueberzeugung, daß es vergebens für ihn sein würde, darauf zu warten. Da erhielt er die Einladung, an der mittlerweile hier in Köln begründeten „Rheinischen Zeitung", deren Mitarbeiter er bereits war, die Chefredaktion zu übernehmen. Parteigenossen, angesichts der Haltung der heutigen Bourgeoisie ist es von besonderem Interesse, hervorzuheben, daß es ausgesprochene Bourgeois waren, die damals das genannte Blatt ins Leben gerufen hatten. Zu seinen Hauptgründern gehörten noch heute weit bekannte Namen, Camphausen und Hansemann. Unter ihrer Aegide wurde das Blatt ins Leben gerufen, und man holte Marx im Oktober 1842, also vor genau 51 Jahren, als Chefredakteur hierher. Er übernahm den Posten. Aber innerhalb weniger Monate hatte er sich in reichlichstem Maße den Zorn und den Haß der Regierungsorgane verdient. Er trat nicht nur in der schärfsten Weise gegen das damalige Regierungssystem in Opposition; er benutzte auch seine Stellung, soziale Studien zu machen, deren Früchte uns in einer Arbeit „Ueber die Lage der bäuerlichen Winzer an der Mosel" und in einer anderen „Ueber den Holzdiebstahl und die einschlägige Gesetzgebung" vorliegen. Nachdem die Censoren durch doppelte und dreifache Censur sich vergeblich abgemüht, zu verhüten, daß staatsgefährliche Artikel in die Zeitung kamen, und sahen, daß sie mit dem jungen Marx nicht fertig werden konnten, wurde die Zeitung am 1. Januar 1843 verboten. Indeß blieb sie dann doch noch einige Monate bestehen, nachdem die Besitzer versprochen hatten, den Chefredakteur Marx zu entlassen; kurze Zeit nachher wurde die „Rheinische Zeitung" aber dennoch unterdrückt. Hier in Köln war es aber auch, wo Marx seinen Freund Friedrich Engels kennen lernte. Nachdem Engels von Berlin zurückgekehrt war, woselbst er seinen Einjährigen-Dienst bei der Artillerie abgedient hatte, kam er mit Marx in Verbindung. Vom Frühjahr 1843 datirt die intime Freundschaft, welche diese beiden Männer für ihr ganzes ferneres Leben verband, und datiren jene Einflüsse, welche sie gegenseitig auf einander ausübten und welche von den fruchtbarsten Folgen für die ganze Bewegung und ihre Entwicklung geworden sind. Ich glaube sagen zu dürfen, Marx wäre nicht geworden, was er geworden ist, wenn er nicht Friedrich Engels kennen gelernt hätte, und umgekehrt gilt das Gleiche auch von Engels. Wenn je die Freundschaft zweier Männer mustergiltig und vom höchsten Werthe für die Menschheit geworden, so diese. Marx, gezwungen Deutschland zu verlassen, ging nach Paris, um dort mit Arnold Ruge die „Deutsch-französischen Jahrbücher" herauszugeben; Engels kam häufig nach Paris. Jahre lang waren beide abwechselnd bald in Paris, bald in Brüssel zusammen und setzten ihre Studien auf dem sozialen Gebiete fort, welche von

Digitized by Google

Engels' Seite zunächst in seinem bekannten Buche „Die Lage der arbeitenden Klassen in England" 1844 ihren Ausdruck fanden. Da brach die Revolution von 1848 aus, und nun erschien jenes Erzeugniß, das sie gemeinsam bearbeitet, und jetzt der Oeffentlichkeit übergaben, das „Kommunistische Manifest", jene Schrift, die heute noch als mustergiltige Agitationsschrift anerkannt ist. Aber beide erkannten auch, daß es nunmehr nothwendig war, auf deutschem Boden in den Gang der Revolution einzugreifen, um mit aller Macht die revolutionären Bestrebungen zu fördern. So wurde von ihnen und einer Anzahl Gesinnungsgenossen am 1. Juni 1848 die „Neue Rheinische Zeitung" ins Leben gerufen, ein ausgesprochen sozialistisches oder, wie man damals sagte, kommunistisches Organ, ein Organ, das in jeder Beziehung seiner Aufgabe gerecht wurde, aber auch in kurzer Zeit die wüthendste Feindschaft der Gegner, die wüthendsten Verfolgungen der staatlichen Organe sich zuzog. Indeß die Revolution war noch nicht gänzlich niedergeschlagen und so konnte man dem Blatte nicht ohne weiteres an den Kragen. Aber endlich kamen die Tage, in denen die siegreiche Reaktion es wagen konnte, das Blatt zu vernichten, und so wurde am 19. Mai 1849 das Blatt, das wiederum hier in Köln erschien, unterdrückt. Bekanntlich war es Freiligrath, der damals an der Spitze der letzten roth gedruckten Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung" jenes Gedicht „Abschiedsworte an die Neue Rheinische Zeitung" veröffentlichte, das noch heute von uns Allen mit dem größten Genuß gelesen wird, jenes Gedicht, das mit den Strophen beginnt:

„Kein offener Hieb in offener Schlacht,
Es fällen die Nücken und Tücken,
Es fällt mich die schleichende Niedertracht
Der schmutzigen West-Kalmücken."

Dieses schmutzige West-Kalmückenthum herrscht leider auch heute noch in Deutschland. Dieses West-Kalmückenthum ist das preußische Junkerthum, einst der Todfeind der Bourgeoisie, die aber trotz jahrzehntelangem Kampf nicht verstanden hat, mit ihm fertig zu werden. Sie ist schließlich sogar vor ihm zu Kreuze gekrochen. Obgleich dieses Junkerthum der Kopfzahl nach nur eine winzige Minorität repräsentirt, ist es stark durch die öffentlichen Positionen, die es einnimmt, in Staat und Reich, in Armee und Verwaltung, ebenso auf ökonomischem Gebiet, woselbst es der Hauptbestandtheil der Partei der Agrarier bildet. So wird es denn der deutschen Sozialdemokratie vorbehalten bleiben, auch mit diesem West-Kalmückenthum, diesem Junkerthum, schließliche Abrechnung zu halten. So werden wir, wie auf so vielen anderen Gebieten, auch hier die Aufgabe zu vollenden haben, die einstmals die Bourgeoisie zu lösen begann, deren Lösung sie aber nicht zu Ende führen konnte, weil die Angst vor der Sozialdemokratie ihr in die Glieder fuhr. (Sehr gut.)

Digitized by Google

Doch die Reaktion war mit der Unterdrückung der Zeitung noch nicht zufrieden. Man war 1847, als Marx in London anwesend war, und nachdem mehrere Jahre vorher der heute noch bestehende Kommunistische Arbeiterbildungsverein in London gegründet worden war, dazu übergegangen, die kommunistische Propaganda dergestalt zu betreiben, daß man den Kommunistenbund gründete, der damals natürlich ein Geheimbund sein mußte. Die Zentrale dieses Geheimbundes kam schließlich hierher nach Köln, und so wurde Köln zum dritten Male der Ort, von wo aus die Fäden der sozialistischen Bewegung gesponnen wurden. Aber mit der immer siegreicher werdenden Reaktion konnte bei dem ausgedehnten Spionagesystem, das bestand, der Geheimbund nicht auf die Dauer verborgen bleiben. Verräther und Schurken niedrigster Art, wie wir sie auch unter dem Sozialistengesetz ja hinlänglich kennen gelernt haben, spielten ihre Rolle. Der Geheimbund wurde entdeckt. So entstand 1852, und zwar in derselben Jahreszeit, in der wir jetzt uns befinden, vom 4. Oktober bis zum 12. November, der berüchtigte Kölner Kommunistenprozeß, in dem 12 Häupter des Bundes angeklagt und schließlich 8 von ihnen zu schweren Kerkerstrafen, zu 6, 5 und 3 Jahren Festung verurtheilt wurden. Von den Mitgliedern jenes Kommunistenbundes haben einige noch eine hervorragende Rolle in der politischen Bewegung gespielt, aber nicht mehr in der sozialistischen, sondern sie waren ins demokratische, ins liberale Lager übergegangen. So Heinrich Bürgers, der fortschrittliche Abgeordnete, so Dr. jur. Hermann Becker, der später in Dortmund und dann hier in Köln Oberbürgermeister wurde. Derselbe Mann, der 1852 hier in Köln wegen Betheiligung an der Kommunistenverschwörung zu 5 Jahren Festungsstrafe verurtheilt worden war, er wurde in dieser selben Stadt Oberbürgermeister! (Heiterkeit.) Ueberhaupt hatte der Bund in einzelnen seiner Mitglieder eigenthümliche Erlebnisse. Drei seiner hervorragendsten Mitglieder wurden später Oberbürgermeister liberaler Städte. (Heiterkeit.) Außer Hermann Becker wurde Wallau Oberbürgermeister von Mainz, und der dritte im Bunde ist der ehemalige Oberbürgermeister von Osnabrück und dann von Frankfurt a. M., der jetzige preußische Finanzminister Dr. Miquél. (Große Heiterkeit.) Von den damals 1852 Verurtheilten ist nur noch ein Einziger am Leben, und ein glücklicher Zufall will es, daß wir diesen Letzten der Verurtheilten heute in unserer Mitte haben. Es ist unser alter Leßner aus London, der heute als Delegirter des alten Londoner Kommunistischen Arbeiterbildungsvereins hier erschienen ist. (Bewegung.) Parteigenossen! Ich glaube, auch in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich eine Ausnahme von der Regel mache, indem ich unseren Leßner hier in Ihrer aller Namen auf das Herzlichste und Wärmste begrüße (großer Beifall), ihn, der nicht nur der einzige Ueberlebende

Digitized by Google

der Verurtheilten ist, sondern der zugleich der einzige von den Angeklagten jener Zeit ist, der unausgesetzt bis auf den heutigen Tag treu zur Fahne der Partei gehalten und für die gemeinsame Sache noch zuletzt in Zürich mit uns gearbeitet hat. Wir freuen uns, daß uns die Ehre seines Erscheinens von ihm erwiesen wurde. (Beifall.)

In der späteren Periode der Bewegung hat Köln allerdings keine besondere Rolle mehr gespielt, wohl aber das Rheinland. Waren Marx und Engels geborene Rheinländer, so hat der junge Lassalle sich seine ersten politischen Sporen hier im Rheinland erworben. Und als 1862 das Leipziger Arbeiterkomitee sich an ihn wandte, um ihn um seine Meinung über die von der Arbeiterbewegung einzuschlagende Richtung zu befragen, als 1863 auf seine Initiative hin die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins erfolgte, war es vorzugsweise wieder das Rheinland, in dem er seine größten Versammlungen abhielt und den stärksten Anhang fand. Parteigenossen! Wir wollen offen gegen uns selbst sein. Gestern Abend, als ich die Ehre hatte, hier vor den Kölnern einen Vortrag zu halten, habe ich bereits auf die Gründe hingewiesen, die es bis heute bewirkt haben, daß das rheinisch-westfälische Proletariat in der modernen Arbeiterbewegung nicht diejenige Stellung einnimmt, die es kraft seiner Intelligenz und der vorgeschrittenen ökonomischen Entwicklung dieser Provinzen eigentlich einnehmen müßte. Es ist die alles überwuchernde Macht des Ultramontanismus gewesen, die das bewirkte. Es war die außerordentlich geschickte Agitation, die nach dem Ausbruch des Kulturkampfes die Wortführer des Ultramontanismus, besonders die Geistlichkeit, die jungen Kapläne, entfalteten, die der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln nahm. Sie versprachen den Arbeitern nicht bloß die himmlische, sondern auch die irdische Glückseligkeit und vermochten so die Sozialdemokratie zu übertrumpfen. Aber es ist inzwischen doch stark anders geworden. Mit der Beilegung des Kulturkampfs, mit der seitdem ganz veränderten Stellung des Zentrums zu allen politischen und sozialen Fragen ist auch in den weitesten Kreisen der Anhänger desselben, und zwar nicht blos unter den Arbeitern, sondern auch unter den Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern mehr und mehr die Erkenntniß aufgedämmert, daß das Zentrum doch nicht die Partei ist, von der das Heil kommt. Es hat nach keiner Richtung den Willen und die Fähigkeit bewiesen, den proletarischen Interessen gerecht zu werden, sondern man erkennt mehr und mehr, daß der Wille und die Fähigkeit dazu lediglich bei der Sozialdemokratie zu finden ist. Die Wirkungen dieser Erkenntniß haben sich sowohl bei den letzten Wahlen, als auch bei den großartigen Kämpfen, die die Bergarbeiterschaft gegen die Kapitalisten geführt hat, gezeigt. Der

Digitized by Google

Zeitpunkt ist endlich gekommen, in dem die Macht des Zentrums im Zusammenbruch begriffen ist, und die Stunde ist da, wo wir dafür zu sorgen haben, daß die Ernte in unsere Hände fällt. (Lebhafte Zustimmung.) In diesem Sinne auch unsere Anwesenheit auf diesem Parteitage auszunutzen, halte ich mit für unsere Hauptaufgabe.

Weiter werden eine große Reihe von Aufgaben anderer Art, wie auch zahlreiche Anträge uns beschäftigen. Es wird uns also an Arbeit nicht fehlen, aber wenn wir entschlossen sind, dieses Maß von Arbeit zu bewältigen, jeder sich Selbstbeschränkung auferlegt und streng sich an die Sache hält, dann zweifle ich nicht, daß wir unsere Aufgabe im vollsten Maße erfüllen werden.

Parteigenossen! Indem wir nun in unsere regelmäßige Thätigkeit eintreten, bitte ich Sie, dieselbe damit zu beginnen, daß Sie mit mir einstimmen in den Ruf, der uns alle vereint und begeistert, in den Ruf: Die deutsche, die internationale Sozialdemokratie, sie lebe hoch! (Die Versammlung fällt stürmisch in den dreimaligen Hochruf ein.) Hiermit erkläre ich den vierten Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands für eröffnet.

Ich habe noch einen Vorschlag zu machen. Ich habe vorhin auf die Rolle hingewiesen, welche **Engels** namentlich in Köln gespielt hat. Ich glaube, es wird ihn ganz besonders freuen, wenn der vierte Parteitag es als seine erste Handlung ansieht, dem Alten heute Abend noch eine freundliche Begrüßung zu senden (allgemeine Zustimmung) und ich schlage daher vor, folgendes Telegramm abzuschicken:

„Die an der Geburtsstätte des deutschen Sozialismus zum Parteitag anwesenden Vertreter der deutschen Sozialdemokratie senden dem Mitbegründer des Sozialismus und ihrem unentwegten Vorkämpfer herzlichen Gruß und dankende Anerkennung.

Kongreß-Büreau."

Hiernach erfolgt die **Konstituirung des Parteitages.** Zu **Vorsitzenden** werden auf Vorschlag **Stolten** durch Zuruf gewählt **Singer** und **Fell**-Leipzig, zu Schriftführern, von denen immer je 2 gleichzeitig fungiren sollen, **Antrick**, **Bruhns**, **Fischer**-Hamburg, **Grauer**-Berlin, **Oertel** und **Hofrichter**-Köln.

Singer: dankt für seine Wahl. Er habe im Anschluß an Bebel's Begrüßung des Kongresses noch einer Meinung Ausdruck zu geben, die gewiß in den Herzen Aller Anklang und Widerhall finden wird. Bebel hat von den Kölnern gesprochen, welche für die Entwicklung unserer Bewegung von großem Werth und weittragender Bedeutung gewesen sind. Der Parteitag wird es sich nicht nehmen lassen, diesen Namen den Namen eines weiteren Kölner Kindes hinzuzufügen, den Namen **August Bebel**! (Lebhafte allgemeine Zustimmung.)

Digitized by Google

Die Mandatsprüfungs-Kommission soll aus 7 Mitgliedern bestehen, in dieselbe werden berufen: Bamberger-Kulmbach, Dahlen-Halberstadt, Erdbeer-Rostock, Kuntze-Stettin, Metzner-Berlin, Schmidt-Frankfurt, Wetzker-Dresden.

Nach Verlesung einer Anzahl von Begrüßungstelegrammen wird zur Feststellung der Geschäftsordnung und der Tagesordnung für den Parteitag geschritten.

Folgender vom Vorstande vorgeschlagene, bereits in Halle, Erfurt und Berlin acceptirte Entwurf einer Geschäftsordnung wird ohne Debatte unverändert angenommen.

1. Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.
2. Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen und müssen dieselben, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen, von mindestens 20 Delegirten unterstützt sein. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Zuruf erfolgen.
3. Sobald ein Antrag die nöthige Unterstützung gefunden, erhält bei der Verhandlung darüber zunächst der Antragsteller das Wort.
4. Bei Geschäftsordnungs-Anträgen genügt eine Unterstützung von 10 Delegirten. Bei Anträgen auf Schluß der Debatte oder auf Vertagung erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schluß der Debatte zu machen.
5. Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt. Die Einbringer selbständiger Anträge haben zur Begründung derselben eine Redezeit von 20 Minuten.

   In der Diskussion erhält jeder Reder 10 Minuten das Wort. Kein Redner — mit Ausnahme der Referenten und Einbringer selbständiger Anträge — darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.
6. Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.
7. Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.
8. Vor Schluß des Parteitages abreisende Delegirte haben dies dem Burau anzuzeigen. Die Namen der Betreffenden sind im Protokoll zu vermerken.

Vom Vorstande ist ferner folgender Entwurf einer Tagesordnung dem Parteitag unterbreitet worden:

Digitized by Google

1. Geschäfts=Bericht des Partei=Vorstandes. Berichterstatter: J. Auer.
2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: H. Meister.
3. Parteipresse und Agitation mit besonderer Berücksichtigung der Landagitation.
4. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: Paul Singer.
5. Maifeier 1894. Berichterstatter: W. Liebknecht.
6. Antisemitismus und Sozialdemokratie. Berichterstatter: A. Bebel.
7. Anträge zu Programm und Organisation.
8. Wahl der Parteileitung und Bestimmung des Ortes, wo sie ihren Sitz zu nehmen hat.

Zur Festsetzung der Tagesordnung liegen die Anträge 1—4 bereits gedruckt vor. Von denselben wird indeß der Antrag 2 (Erörterung des Programmpunktes: „Religion ist Privatsache“) nicht genügend unterstützt und scheidet daher aus der Verhandlung aus.

Die Punkte 1—5 der provisorischen Tagesordnung werden nicht beanstandet. Punkt 6 (Antisemitismus und Sozialdemokratie) bittet Heymann=Berlin IV zu streichen, da die Partei gar keine Veranlassung habe, sich in einen ausgesprochenen Gegensatz gerade zu der antisemitischen Partei zu setzen. Der Antisemitismus enthalte eine ganze Menge revolutionärer Elemente, und man solle sich daher nicht durch bestimmte Erklärungen ihm gegenüber binden, sondern sich freie Hand behalten.

Bebel: Er würde persönlich nicht ungehalten sein, wenn der Punkt abgesetzt würde. Nachdem derselbe aber in Berlin 1892 nicht erledigt, auch das in Aussicht gestellte Referat von ihm bisher nicht habe gehalten werden können, müsse der Punkt verhandelt werden, da die Antisemiten diese Umstände schon ganz gehörig gegen die Sozialdemokratie ausgebeutet hätten.

Der Parteitag beläßt den Punkt 6 mit großer Mehrheit auf der Tagesordnung. Auch die Punkte 7 und 8 werden genehmigt.

Hierauf wird über die Anträge 1 und 4 verhandelt, als weiteren Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Unterstützung durch die Parteigenossen“.

Millarg=Berlin VI vertritt den Antrag.

Buder=Frankfurt a. O. und Dr. Arons bringen folgenden Antrag ein:

In Anbetracht des Umstandes, daß sich auf den Parteitag kein einziger Genosse findet, welcher nicht von der hohen Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation für die Arbeitersache durchdrungen ist, in Anbetracht ferner des Umstandes, daß es nicht die Aufgabe des Parteitages sein kann, über die Ausgestaltung und die Art der Gewerkschaftsorganisation zu disku=

Digitized by Google

tiren, beschließt der Parteitag, den Antrag der Genossen des 1., 3., 5. und 6. Berliner Wahlkreises abzulehnen und den Punkt „Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Unterstützung durch die Parteigenossen" nicht auf die Tagesordnung zu setzen.

Dagegen nimmt der Parteitag Gelegenheit, sich ausdrücklich zu der Anschauung zu bekennen:

„Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, wenn nicht zwingende Gründe dagegen sprechen, einer der in seinem Gewerbe bestehenden Gewerkschaftsorganisationen anzugehören".

Stolten-Hamburg ist gegen den Antrag Arons und für Diskussion der Gewerkschaftsfrage. Man könne sich nicht meuchlings ohne Debatte eine bestimmte Stellungnahme aufdrängen lassen. Schon an den Bericht des Parteivorstandes werde sich eine Gewerkschaftsdebatte knüpfen, und jedenfalls seien unzufriedene Gewerkschaftler da, die gehört werden müßten.

Zubeil-Teltow hält es für Pflicht des Parteitages, zu der Frage klar und deutlich Stellung zu nehmen. Durch die Abschneidung der Debatte werde der Streit zwischen gewerkschaftlicher und politischer Bewegung bedauerlicher Weise nur in immer weitere Kreise hineingetragen werden.

Reißhaus-Erfurt hält dagegen die Diskussion für überflüssig, nachdem schon in Halle beschlossen worden sei, daß es Pflicht der Genossen sei, den Gewerkschaften anzugehören und sie zu unterstützen. Eventuell könne man sich darauf beschränken, einfach den zweiten Theil des Antrages Arons anzunehmen.

Im Sinne der Ausführungen von Stolten und Zubeil äußern sich noch Schoenlank-Berlin, Slomke-Bielefeld und Legien-Hamburg. Letzterer bemerkt gegen Reißhaus, daß dieser sich irrthümlich auf den Hallenser Beschluß berufe. Dort sei der betreffende Antrag abgelehnt und nur die Nothwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung anerkannt worden.

Darauf gelangt der Antrag, die Frage auf die Tagesordnung zu setzen, mit großer Mehrheit zur Annahme. Der Antrag Arons ist damit erledigt.

Der zweite Theil des Berliner Antrages stellt dem Parteitage anheim, als Referenten für diesen Punkt den Abgeordneten Schippel zu bestellen.

Schippel bittet, von seiner Person abzusehen und dem Leiter der Generalkommission, Legien, mit dem Referat zu betrauen. Er sei aus diesen Dingen in den letzten Jahren herausgekommen, und die erhobenen Klagen müßten doch von Denen begründet werden, die sie erheben.

Legien erwidert, daß ihm Schippel noch vor wenigen Tagen in Berlin seine Bereitschaft zur event. Uebernahme des Referats

Digitized by Google

erklärt habe. Es sei doch auch sehr wünschenswerth, daß die allgemeine Frage von ganz unbefangener und unparteiischer Seite behandelt werde. Schippel habe sich literarisch unausgesetzt damit beschäftigt und sei sehr genau orientirt.

Bebel wünscht für den Fall der Annahme des Vorschlages Schippel's auch die Bestellung eines Korreferenten.

Legien wird darauf zum Referenten gewählt und erklärt die Annahme des Auftrags. Zum Korreferenten wird Auer bestellt.

Der Antrag 3 (Wahrung und Ausbau des Koalitionsrechts) wird von Riedel-Leipzig begründet, von Jacobey und Albert-Düsseldorf bekämpft.

Bebel beantragt, ferner auf die Tagesordnung zu nehmen die Besprechung des Punktes: „Das allgemeine Wahlrecht und die Wahlrechte zu den Landtagen." Zur Begründung führt er aus, daß er mit demselben Antrage gelegentlich der Feststellung der provisorischen Tagesordnung beim Parteivorstande abgeblitzt sei und nun den Versuch beim Parteitage wiederholen müsse, da er die Erörterung bei der hohen Wichtigkeit der Frage für unumgänglich halte. Der Antrag sei im Parteivorstand abgelehnt worden zu einer Zeit, wo die Ereignisse in Oesterreich, die ebenfalls für die Erörterung sprächen, noch nicht eingetreten gewesen seien. Man dürfe einer für Preußen so hochbedeutsamen Frage nicht Gewehr bei Fuß gegenüber stehen. Nachdem auch der „Vorwärts" und die „Neue Zeit" sich mit der Frage beschäftigt und positive Vorschläge gemacht hätten, sei es nöthig, prinzipiell Stellung zu nehmen. Zu keiner Zeit habe die Gelegenheit zur Diskussion dieser Frage so günstig gelegen als heute, wo das Dreiklassenwahlsystem sich als unmöglich und nicht mehr aufrecht zu erhalten allgemein erweise, wo nach dem Vorgange Oesterreichs auch der preußischen Regierung die Erleuchtung aufdämmere, daß auch offiziell dieses System nicht mehr zu halten sei. Im bayrischen Landtage habe man erlebt, daß die Zentrumspartei sich direkt feindlich gegen das allgemeine Stimmrecht erklärt habe. Es liege also in der Wahlrechtsfrage ein außerordentlich wichtiges Agitationsmittel. Der Angelegenheit sei bisher von der Parteipresse, auch vom Zentralorgan, viel zu wenig Beachtung geschenkt worden, und diese Gleichgiltigkeit habe den Herren oben erst den Muth gegeben, an diesem verrotteten System festzuhalten. Es sei hochwichtig, zu erörtern, ob und wie man mit einer Agitation für das allgemeine Wahlrecht auch zu den Landtagen vorgehen solle.

Auer: Die Mittheilung Bebel's könnte mißverstanden werden. Von seinem Antrag war in der betreffenden, gemeinsam mit den Kontrolleuren abgehaltenen Vorstandssitzung nur nebensächlich die Rede; auch hat Bebel nicht mit der sonst an ihm gewohnten Energie auf seinem Antrag bestanden. So sind wir aus Nützlichkeitsgründen,

Digitized by Google

mit Rücksicht auf die ohnehin umfangreiche Tagesordnung und mit Rücksicht auf die Verhandlung des Punktes Antisemitismus, den wir auf die Tagesordnung setzten, um den lächerlichen Vorwurf zu entkräften, als getrauten wir uns an diese Frage nicht heran, zur Ablehnung des Antrags Bebel gekommen. Nachdem seit jener Zeit durch des Grafen Taaffe unerforschlichen Rathschluß Oesterreich plötzlich vor die Frage des Uebergangs zum allgemeinen Wahlrecht gestellt ist, hat sich die Situation geändert, und hat der Vorstand nichts mehr gegen die Erörterung. Dann muß aber dafür auch ein Referent bestellt werden. Hat doch gerade die „Kölnische Volkszeitung“ behauptet, der Artikel Bernstein's in der „Neuen Zeit“ sei ein Fühler gewesen, man sei aber damit nicht durchgedrungen.

Der Antrag Bebel wird mit großer Mehrheit angenommen und zum Referenten Bebel gewählt.

Es wird ferner beschlossen, die Gewerkschaftsfrage an die sechste Stelle der Tagesordnung, die Wahlrechtsfrage an die vorletzte Stelle zu setzen. Die so veränderte Tagesordnung wird definitiv angenommen.

Die Sitzungen des Parteitags sollen auch diesmal täglich von von 9—1 und von 3—7 Uhr stattfinden.

Schluß gegen 9 Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag den 23. Oktober.

Vormittagssitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer. Unter den zahlreich eingegangenen Begrüßungsschreiben befindet sich auch eins vom Allgemeinen Arbeiterverein in Sofia, durch welches das bulgarische Proletariat dem deutschen Parteitag seine Sympathie kundgiebt.

Der Parteitag tritt darauf in die Tagesordnung ein.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden werden die ersten drei Punkte der Tagesordnung gemeinsam verhandelt und sämmtliche zu diesen Punkten gestellten Anträge mit zur Diskussion gestellt. Die Verhandlung erstreckt sich demnach auf:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter: J. Auer
2. Bericht der Kontrolleure Berichterstatter: H. Meister.
3. Parteipresse und Agitation mit besonderer Berücksichtigung der Landagitation.

Berichterstatter Auer: Parteigenossen! Der Geschäftsbericht, der den Vertrauenspersonen zugegangen ist und auch in der Parteipresse Aufnahme gefunden hat, ist umfangreicher ausgefallen als in früheren Jahren. Ich kann deshalb als Berichterstatter mich kurz fassen und will nur einige Punkte berühren.

Im Vordergrunde des Berichtes steht die Organisation. Der erste große Wahlkampf, den wir unter der neuen Organisation zu

Digitized by Google

kämpfen hatten, ist in der Form, wie wir sie vor dem Sozialistengesetze gewohnt waren, nicht wieder aufgenommen worden; an die Stelle der Zentralisation ist die Dezentralisation getreten. Ich kann hier nur wiederholen, was im Bericht bereits gesagt ist, daß der neue Agitationsplan sich bewährt hat. Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht vielleicht dieses oder jenes nach irgend einer Richtung noch hätte geschehen können, was, vielleicht nicht zum Vortheil unserer Bewegung, unterblieben ist. Die Mängel, welche fühlbar geworden sind, lassen sich meistens darauf zurückführen, daß in den Lokal- und Provinzialkomitees, welche mit der Leitung der Wahlbewegung betraut waren, nicht immer die geeigneten Kräfte vorhanden waren; wo sich diese fanden, hat sich die Organisation vorzüglich bewährt. Die frühere Einrichtung, alles von einer Zentralstelle aus zu leiten, konnte bei dem Umfange, den die Partei genommen hat, nicht mehr beibehalten werden. Die Zentralleitung hat sich in der Hauptsache darauf beschränken müssen, in dem Kampfe Munition zu liefern, und zwar zunächst in Gestalt von Geld, worüber der Kassenbericht nähere Auskunft giebt. Ferner hatten wir die geistigen Waffen für die Agitation zu beschaffen, worüber gleichfalls der Vorstandsbericht das Nähere angiebt. Die Frage, ob alles geschehen ist, was hätte geschehen können oder was die einzelnen Genossen in den verschiedenen Orten gewünscht hätten, daß es geschehe, jetzt zu berühren, habe ich keinen Anlaß. Ich persönlich habe als Mitglied der Zentralleitung die volle Ueberzeugung, daß wir alles aufs Schönste gemacht haben (Heiterkeit), und ebenso selbstverständlich ist ein wesentlicher Bruchtheil der hier anwesenden Genossen der entgegengesetzten Meinung. (Heiterkeit.) Was auf die Klagen, denen wir entgegensehen, zu antworten ist, wird die Debatte ergeben. Wir glauben thatsächlich, daß alles gethan worden ist, was sich unter den gegebenen Umständen thun ließ. Daß nicht noch mehr geschehen ist, liegt zum Theil an den großen Schwierigkeiten, welche speziell bei der Landagitation zu überwinden waren. Für den Fleiß, welchen die Genossen in dieser Richtung gezeigt haben, ist uns durch die Reichstagswahlen reiche Ernte und reicher Lohn zu Theil geworden. Kreise, welche fast einen rein agrarischen Charakter tragen, haben ganz überraschende Wahlergebnisse geliefert, so namentlich Pommern und Mecklenburg, aber nicht minder der deutsche Süden, besonders Bayern. Wir vermissen heute leider die dortigen führenden Genossen. Wenn die Freunde nicht kommen, nicht kommen können von dort, weil ihre derzeitige Thätigkeit im Landtag sie zu sehr in Anspruch nimmt, so wollen wir daraus den Schluß ziehen, daß es vielleicht angebracht ist, mit unserm nächsten Parteitag mehr nach Süden zu gehen. (Zustimmung.) Wenn der Berg nicht zu Muhamed kommt, muß Muhamed eben zum Berge gehen. (Heiterkeit.)

Digitized by Google

Ich will nun ein paar Worte über die **Flugschriftenliteratur** sprechen. In diesem Punkte sind wir immer noch bei dem alten Herkommen stehen geblieben, daß der Parteitag Beschlüsse faßt, der Parteivorstand möge für gute Flugschriften Sorge tragen. Solches zu beschließen ist sehr einfach, die Ausführung aber schwierig. Wir haben uns mit Versuchen abgemüht, aber unsere Schritte nach dieser Richtung haben die Erfolge nicht gezeitigt, welche wir alle gewünscht hätten. Dagegen sind überraschenderweise vielfach Flugblätter aus den Kreisen der Genossen heraus ganz spontan entstanden, speziell in ländlichen Gebieten, welche großen Erfolg gehabt haben, weil sie den besonderen Verhältnissen der betreffenden Gebiete angepaßt waren. Flugschriften zu liefern, die überall hin passen, ist eine sehr schwere, wenn nicht unmögliche Aufgabe. Es ist etwas ganz anderes, Flugschriften für die ländliche Bevölkerung in Pommern oder in Bayern u. s. w. zu verfassen. Wer den Charakter der betreffenden Bevölkerung kennt, die Verhältnisse studirt hat und namentlich auch die Sprache dieser Bevölkerung spricht, hat Aussicht auf den meisten Erfolg.

Unser wichtigstes Agitationsmittel ist die **Presse**. In der Zahl unserer Preßorgane hat sich eine nennenswerthe Aenderung nicht vollzogen. Die Zahl der Abonnements hat sich jedoch sehr erfreulich gehoben. Parteiblätter, welche heute noch an dem Uebelstande einer mangelhaften Verwaltung leiden, sind mir fast gar nicht mehr bekannt, und uns im Parteivorstande müßten sie doch bekannt sein, da man bekanntlich, wenn es schief geht, sich in der Regel an das große Geldreservoir in Berlin wendet. Auch die 50000 Mk., welche in diesem Jahre für die lokale Parteipresse gegeben wurden, werden ganz sicher nicht als verlorenes Geld zu betrachten sein. Irgend etwas aber werden wir für die Parteipresse immerhin auch später noch zu thun haben; das liegt in der Natur der Sache und ist um so nothwendiger, als zweifellos die mündliche Agitation lange nicht mehr in dem Umfange, wie noch vor 15 oder 20 Jahren, der Träger der agitatorischen Thätigkeit ist. Hier hat die Presse ein großes Feld gewonnen. Der mündlichen Agitation treten große Schwierigkeiten entgegen; die Saalabtreibereien, die bekannten Liebenswürdigkeiten vieler Polizeibehörden haben große Hindernisse geschaffen. Dazu kommt, daß die Ansprüche an die Redner in den Versammlungen immer mehr wachsen. Das Verlangen nach bekannteren Rednern wurde in gleicher Weise wie früher laut. Die Ansprüche, welche von den Genossen in dieser Richtung gestellt wurden, sind beim besten Willen nicht zu erfüllen gewesen. In dem Maße, wie die mündliche Agitation nicht mehr ausreicht, tritt die Presse an ihre Stelle. Sie ist auch noch keineswegs so verbreitet, wie wir wünschen müssen; es werden auch noch neue Blätter kommen, wenngleich wir vor unüberlegten Neugründungen nach wie vor warnen.

Digitized by Google

Es ist vom vorigen Parteitag beschlossen worden, eine geeignete Jugendliteratur zu schaffen. Wir haben uns redlich bemüht, diesen Beschluß zur Ausführung zu bringen; es waren sogar schon die Prospekte gedruckt, das Papier für die ersten Probehefte war schon gekauft, und schließlich hat aus rein persönlichen Verhältnissen das Blatt doch nicht erscheinen können. Wir haben im Parteivorstande das Bestreben, nur das Beste zu geben, andererseits haben wir tausend Rücksichten zu nehmen, jeder Beschluß in dieser Beziehung hat Konsequenzen im Gefolge, die uns das Beschließen und Entscheiden außerordentlich schwer machen. Wir tragen diese Konsequenzen nicht persönlich, sondern wir engagiren damit immer die gesammte Partei, und das macht das Entscheiden für uns viel schwerer als für jeden beliebigen Privat- oder Geschäftsmann. In Betracht kommt auch, daß seit 1890, seit dem Hallenser Parteitag eine solche Inanspruchnahme der vorhandenen Kräfte, welche für die Leitung der Presse geeignet sind, stattgefunden hat, daß schließlich ein Mangel sich bemerkbar macht. Gewiß sind noch andere Kräfte vorhanden, aber wir kennen sie nicht. Als wir letzthin die Redaktion der „Neuen Welt" besetzen mußten, haben wir sogar Dutzende von Angeboten erhalten, aber hier hieß es wieder: Wer die Wahl hat, hat die Qual. Ich will die persönlichen Fragen indeß nicht weiter erörtern.

Unter den Anträgen bezüglich der Presse befinden sich eine ganze Reihe welche ein neues Organ verlangen, ein „Zentral-Wochenblatt". Die Gründe, welche für die Schaffung eines solchen Blattes sprechen, mehren sich fast täglich. Die auswärtigen Genossen dringen mit Nachdruck darauf; sie erklären diese Gründung für absolut nothwendig. Diese Frage wird uns sehr eingehend beschäftigen müssen. Für mich wäre sie schon entschieden, wenn ich nur wüßte, wen wir mit der Leitung betrauen sollen; die Nothwendigkeit ist für mich gegeben, aber wo finden wir den rechten Mann für dieses Blatt? Ich wünsche lebhaft, daß die Antragsteller uns mittheilen könnten, wer das neue Blatt redigiren soll. Ohne Lösung dieser Hauptfrage wird es uns mit dem Beschluß wahrscheinlich so gehen, wie mit dem vorjährigen bezüglich der Jugendliteratur; wir werden Ihnen dann nächstes Jahr sagen müssen: Es wär' zu schön gewesen, es hat nicht sollen sein. (Heiterkeit.) Die ausländischen Parteigenossen können den „Vorwärts" nicht lesen, weil dieser als Tageblatt für das Ausland viel zu theuer ist; sie greifen deshalb vielfach zu dem „unabhängigen" „Sozialist", und das können wir in der That nicht wünschen. Wenn nun in München die Ansicht geäußert wurde, daß dieses neu zu schaffende Organ dazu bestimmt sein sollte, die ländliche Bevölkerung zu erobern, so habe ich mich sehr gewundert, daß aus so beredtem und erfahrenem Munde eine so falsche Ansicht kommen

Digitized by Google

konnte. Wir haben nicht die Meinung, daß dieses Blatt etwa in Konkurrenz treten soll mit der Halberstädter „Sonntagszeitung" (Heiterkeit). Ich warne nur nochmals davor, zu sagen: wenn nur erst der Sattel da ist, der Gaul wird sich schon finden. Mit diesem Rezept haben wir oft gearbeitet, sollten das aber jetzt endlich unterlassen. In Bezug auf die Organisation könnte Eines schon jetzt geschehen, nämlich daß die Parteigenossen an den einzelnen Orten die gute alte Gewohnheit, ab und zu eine Postanweisung an den Parteikassirer zu richten, nicht ganz aus der Uebung kommen lassen. Der Vorstandsbericht ergiebt, daß wir viele und große Parteiorte haben, welche auf der betreffenden Liste fehlen. (Heiterkeit.)

Berichterstatter der Kontrolleure Meister: Die Kontrolleure haben im abgelaufenen Jahre bei der Kassenrevision den Modus eingeführt, daß zu allen Revisionen sämmtliche Kontrolleure zugezogen wurden. Beschwerden sind im Laufe des ganzen Jahres nur vier eingelaufen; und nur eine beanspruchte größere Bedeutung; die Königsberger Genossen glaubten sich nämlich bezüglich des Organs für Ost- und Westpreußen benachtheiligt. Die Königsberger verlangten ein täglich erscheinendes Blatt, das in Königsberg gedruckt werden sollte. Der Vorstand schlug ein gemeinsames Blatt für Ost- und Westpreußen vor. Königsberg lehnte es ab. Auf den Vorschlag Königsbergs ging der Vorstand nicht ein, weil ein jährlicher Zuschuß von 20 000 Mk. erforderlich gewesen wäre. Die Kontrolleure schlossen sich dieser Ablehnung an. Zwei andere Beschwerden betrafen Unterstützungsgesuche. Auch hier hat der Vorstand mit seiner Ablehnung die Billigung der Kontrolleure gefunden. Der eine Fall in Neiße betraf eine rein gewerkschaftliche Sache; der andere war rein persönlicher Art und ist durch Vermittelung beigelegt worden. Eine vierte Beschwerde betraf die Erstattung von Gerichtskosten. Der Fall hat sich in Erfurt zugetragen. Der Vorstand lehnte das Gesuch ab; im Auftrage der Kontrolleure zog ich in Erfurt persönliche Informationen ein, und die Erfurter Genossen billigten völlig die Ablehnung. Es handelt sich um eine geradezu frivol herbeigeführte Verurtheilung, das Parteiinteresse kam gar nicht in Frage. Auf Grund dieser Entscheidung der Erfurter Genossen und einer dazu anberaumten besonderen Konferenz haben wir uns ebenfalls für Ablehnung entschieden.

Anders stehen die Kontrolleure zur Frage der Preßunterstützungen. Wir können die Hoffnungen und Wünsche Auer's in Bezug auf die Presse nicht theilen. Der Vorstand hätte bei der Bewilligung von Unterstützungsgeldern für die Presse halsstarriger sein können. Hierin befinden sich die Kontrolleure einmüthig im Gegensatz zum Vorstand. Die Blattgründungen in der Provinz werden im Hinblick auf die große Krippe zu leichtsinnig vorgenommen. Gewiß hat der Vorstand nur dem äußersten Drängen der betreffenden Partei-

Digitized by Google

genossen nachgegeben; aber es heißt ein schlechtes Beispiel geben, und die so zahlreichen Wünsche betreffend Neugründungen von Blättern geradezu ermuntern, wenn die Genossen sich derart auf die bisher gezahlten Unterstützungen berufen können. Was die Revisionen anbelangt, so haben wir dieselben dies Jahr auch auf den „Vorwärts“ und die Buchhandlung ausgedehnt. Die Führung der Kassenbücher war sehr präzis und exact, ein Monitum war nicht zu ziehen. Bei der Revision der Buchhandlung trat hervor, daß manche Genossen säumig im Zahlen sind. 150 Mahnbriefe mußten versandt werden, die zum Theil auch Erfolg hatten. Möchten die Genossen an den einzelnen Orten die Kontrolle mit ausüben. Namens der Kontrolleure beantrage ich Decharge für den Kassirer und alle in Betracht kommenden Parteibeamten.

Nach der Erstattung der Referate wird zunächst bezüglich der vorliegenden Anträge die Unterstützungsfrage gestellt. Bereits gedruckt befinden sich in der Vorlage die Anträge 29—61, welche sich auf die Presse, und 62—70, welche sich auf die Agitation bezw. auf die Taktik beziehen. Sämmtliche Anträge werden hinreichend unterstützt. Ebenso genügt die Unterstützung für die folgenden erst nach Ablauf der statutarischen Frist eingegangenen Anträge:

Antrag 108: Herausgabe einer Statistik der Reichstagswahlen von 1890/93.

Antrag 109: Beibehaltung des „Volksblattes für Teltow“.

Antrag 110: Gründung eines wöchentlich erscheinenden offiziellen Parteiorgans.

Antrag 111: Bessere Ausgestaltung des „Volksblatt für Ost- und Westpreußen“ betreffend.

Antrag 113: Herstellung eines Flugblatts für die Landagitation unter besonderer Beleuchtung der Gesindeordnung.

Antrag 114: Herausgabe zweisprachiger Flugblätter für Elsaß-Lothringen.

Eine dem Parteitag übermittelte Resolution einer am 24. September in Fürth abgehaltenen Versammlung verlangt für Fürth eine eigene Presse, da die Interessen Fürths durch das vorhandene Organ nicht genügende Berücksichtigung finden.

Es wird nunmehr in die Diskussion eingetreten.

Fuchs-München geht zunächst auf die „Neue Welt“ ein, in deren Leitung und Haltung er jeden Fortschritt vermißt. Namentlich seien die Illustrationen nichts werth und für ein Arbeiterblatt nicht geeignet. Es fehle nicht an Kräften für eine wirklich tüchtige Redaktion; da seien doch Leute vorhanden, wie Karl Henckell und Leopold Jacoby, warum wende man sich nicht an die? Ein Blatt von einer Auflage von 200,000 müßte Besseres leisten; unzweifelhaft leiste der Münchener „Postillon“ mit seinen 40,000 Abonnenten mehr. (Zurufe.) Für das in Aussicht genommene Wochenblatt sei

Digitized by Google

eine sehr tüchtige Kraft Dr. Lux=Magdeburg, ferner seien als Mitarbeiter vorzüglich geeignet Schippel für Statistik, Schoenlank für Theoretisches, außerdem Wurm, Legien, Stern und Cloß in Stuttgart; von Auswärtigen würden sich Henckell, Leo Frankl, Wassilieff und Steck=Bern, Lang=Zürich, Aveling und Bernstein=London, Löwenfeld=München gern zur Mitarbeit bereit finden lassen.

Oertel=Nürnberg weist zur Entschuldigung des Ausbleibens der bayerischen Abgeordneten auf die wichtigen Kammerverhandlungen in München hin und ersucht gleichzeitig, im „Vorwärts" auf bessere, ausführlichere Berichterstattung über dieselben Bedacht zu nehmen. Redner bespricht dann die Landagitation. Es gehe allerdings nicht an, einfach die Parteileitung mit der Ausführung allgemeiner Beschlüsse zu beauftragen; es müsse aus der Mitte der Partei in dieser Beziehung mehr geschehen. Andererseits hätte man nicht völlig industrielose Bezirke in Angriff nehmen sollen. Sehr gut bewährt hätten sich in Bayern die Wahlkreis= und Provinzkonferenzen. Vor kopflosen Gründungen neuer Blätter, wie sie auch in Bayern vorgekommen, sei auch heute noch energisch zu warnen; den einzelnen Provinzialparteitagen müsse in solchen Fragen die oberste Entscheidung übertragen werden.

Herbert=Stettin: In der Landagitation hätte mehr geleistet werden können, wenn reichlichere Mittel vorhanden gewesen wären. Die nothwendigsten Mittel sind allerdings stets bereitwillig hergegeben worden. Für die Belebung der Landagitation möchte sich ein Monatsblatt besser als ein Wochenblatt empfehlen, welches lediglich die bestehenden Wochenblätter erdrücken würde. In den größeren Orten jeder Provinz müßte mindestens ein Genosse ständig unterstützt werden, damit er vor Maßregelung geschützt ist und sich ganz der Agitation hingeben kann; die Mittel hierfür zu verwenden wäre zweckdienlicher als die Hingabe so vieler Tausende an die Presse. Auf die Gründung des Wochenblattes bittet Redner nicht einzugehen, schon wegen der dadurch für die bestehenden Wochenblätter erwachsenden Konkurrenz. Ebenso ersucht er, den Antrag auf Theilung des „Vorwärts" abzulehnen, schon des Kostenpunktes wegen. Die vielen Fremdwörter im „Vorwärts" seien zu vermeiden; es müsse doch auf das durchschnittliche Bildungsniveau der Parteigenossen Rücksicht genommen werden.

Eberle=Barmen bringt eine spezielle Barmer Angelegenheit zur Sprache. Der Parteivorstand habe ein Gesuch um 4000 Mk. zur Unterstützung der streikenden Riemendreher abgelehnt, mit der Motivirung, daß die Gelder der Partei in erster Linie zur Führung des politischen Kampfes zusammengebracht seien. Die Barmer Genossen könnten diesen Standpunkt nicht anerkennen.

Bogasch=Arnswalde bestreitet, daß auf dem Gebiete der Landagitation seitens des Parteivorstandes alles geschehen sei, was hätte

Digitized by Google

geschehen können. Für die Landagitation seien die großen Agitationstouren nicht am Platze, wie man sie bisher veranstaltet habe, namentlich auch nicht der „Klimbim", wie er mit Pauken und Trompeten von Berlin aus in Szene gesetzt sei. Man solle die gestellten Anträge auf Förderung einer planmäßigen Agitation in dem Sinne annehmen, daß an den Feiertagen schlagfertige Diskussionsredner aufs Land hinausgesandt und für ihre agitatorische Thätigkeit entschädigt werden. Die Gründung eines Zentralwochenblatts empfiehlt Redner als zweckentsprechend.

Zubeil-Teltow tritt lebhaft für den Antrag ein, das Redaktionspersonal des „Vorwärts" erheblich zu vermehren. Liebknecht und zwei weitere Redakteure seien Abgeordnete und durch ihre parlamentarische und sonstige agitatorische Thätigkeit der Mitwirkung an dem Blatte vielfach entzogen. Ein politischer, nicht im Reichstage sitzender Redakteur und ein Lokal-Redakteur muß noch ständig angestellt werden. Die „Neue Welt" sei das nicht geworden, was sie habe werden sollen; zumal was sie den Frauen biete, genüge nicht entfernt.

Millarg-Berlin VI. spricht sich für die möglichste Förderung der Agitation unter der polnischen Bevölkerung aus, die das Hauptkontingent zu den Lohndrückern und Streikbrechern in Berlin und im Westen stelle. Der Wahlkreis begrüße mit vollster Sympathie den Gedanken der Begründung eines Wochenblatts. Gegen die Haltung des „Vorwärts" sei in mancher Beziehung nach wie vor begründeter Einspruch erhoben worden; die Preßkommission habe nur beschränkten Einfluß. Die Genossen des VI. Wahlkreises empfehlen ferner die Annahme des Antrages auf Verwerfung jenes Kompromisses mit den bürgerlichen Parteien bei den Wahlen.

Schultze-Königsberg: Der Streit der Königsberger Genossen mit dem Parteivorstand wegen eines Provinzialorgans hat seine Erledigung durch die Gründung eines Wochenblatts gefunden, welches die Königsberger ins Leben gerufen haben und welches viel mehr Verbreitung findet, als ein täglich erscheinendes Blatt würde finden können. Die Landagitation muß Sache der Landeskomitees sein; schablonisiren läßt sich das nicht, denn nicht einmal innerhalb einer einzelnen Provinz sind die Verhältnisse überall ganz die gleichen. Neben den täglichen Blättern müssen zur Förderung der Agitation Wochenblätter vorhanden sein, die von dem in der Provinz erscheinenden Tageblatte ausgehen; außerdem müssen kleine Flugschriften vertheilt werden nach Art des: „Mutter, was läuft denn der Herr Gensdarm so?" welches in Ost- und Westpreußen sehr gut gewirkt hat, besser als Redner wirken können. Der Vortheil der Entsendung von Diskussionsrednern auf das Land an de[n] Festtagen würde in keinem Verhältniß zu den Kosten stehen. Da[s] geplante Zentral-Wochenblatt wird den vorhandenen Wochenblätte[rn]

Digitized by Google

keine Konkurrenz machen. Der Antrag muß endlich einmal angenommen werden, denn die Genossen im Auslande können ein solches Organ nicht entbehren.

Schrader-Osnabrück rechtfertigt das Verlangen der Parteigenossen in der Provinz nach bekannten Rednern für die Agitation. Die vielgenannten Genossen sollten sich in der That mehr daran gewöhnen, die ländlichen Bezirke mehr zu besuchen und in direkten Verkehr mit der Landbevölkerung zu treten, damit diesen das ihr besonders von der Geistlichkeit eingeflößte Vorurtheil benommen wird, als verfolgten die eigentlichen Leiter der Partei ganz andere Ziele als die Landagitatoren, die der bäuerlichen Bevölkerung zum Munde redeten.

Huber-Ludwigshafen erklärt sich für Gründung eines Wochenblatts. Wolle man dieses Unternehmen nicht der Partei überlassen, so möge man es dem Genossen Dietz in Stuttgart übertragen, dem es wie alle seine sonstigen literarischen Unternehmungen gelingen würde. Bei der Landagitation dürfe nicht zu sehr kritisch, sondern es müsse mehr belehrend vorgegangen werden.

Schoenlank-Berlin: Auer hat 1890 gesagt, unsere Zeitungen würden in Zukunft pekuniär wesentlich das Rückgrat der Partei zu bilden haben. Man kann diesen Standpunkt gelten lassen, aber lediglich als milchende Kuh, als Mittel, um große Ueberschüsse herauszuquetschen, darf unsere Parteipresse, die wichtigste Waffe, die wir im politischen Kampf zur Verfügung haben, nicht betrachtet werden. Das Zentralorgan der Partei, das leitende Blatt, der „Vorwärts“, den die Gegner lesen, der auf den grünen Tischen der Behörden, der Minister liegt, muß gegen alle Angriffe hieb- und schußfest sein. Ich selbst war Redakteur des „Vorwärts“ und bin jahrelang in der Parteipresse thätig; ich kann wohl einige Sachverständigkeit beanspruchen, und ich behaupte, der „Vorwärts“ ist nicht hieb- und schußfest, er verdient die schärfste Kritik. Aber das ist nicht die Schuld der Redaktion, sondern des Systems, auf dem der „Vorwärts“ bis jetzt aufgebaut ist. Es ist für die vorhandenen Redakteure einfach unmöglich, die Arbeit zu bewältigen; ihre Zahl ist zu gering. Der „Vorwärts“ soll nicht nur als Bannerträger unserer großen Ideen unser Programm grundsätzlich vertreten, der „Vorwärts“ muß auch ein aktuelles Blatt sein. Er ist nicht nur ein Parteiorgan, er hat auch mit allen bürgerlichen Parteien den Kampf zu führen. Er erscheint in Berlin, dem geistigen Mittelpunkt der deutschen Tagesliteratur, wo die redaktionelle Technik mit dem äußersten Raffinement betrieben wird. Da darf er nicht nachhinken, nicht spät oder ungenügend berichten. Noch im vorigen Jahre erklärte Bebel in Berlin 5 Redakteure als die Mindestzahl. Diese 5 hat der „Vorwärts“ aber nie gehabt. Liebknecht ist unser bester Agitator, im Parlament unersetzlich, man

Digitized by Google

kann von ihm nicht verlangen, daß er neben allen seinen sonstigen Aufgaben auch den Posten eines Chefredakteurs so versieht, wie es nothwendig ist. Dem Blatte fehlt der wirkliche Chefredakteur. Liebknecht hat ja selbst bedauert, daß er nach Berlin verpflanzt worden ist; er ist kein Bureaumensch, er ist ein glänzender Journalist, ein genialer Schriftsteller, aber es ist ihm unmöglich, dabei noch das zu leisten, was ein Chefredakteur leisten muß. Die anderen Redakteure sind beispiellos überlastet. Der Redaktionsstab muß vermehrt werden, der „Vorwärts" wird dann mehr leisten können, mag er auch statt 40 000 nur 35 000 oder 33 000 Mk. abwerfen. Der „Vorwärts" liefert nicht die genügende politische Information: aus dem Zentralorgan der Partei soll sich aber jeder Parteigenosse vollständig unterrichten können, ohne auf bürgerliche Blätter angewiesen zu sein. Mehrfach sind sogar Provinzialparteiblätter dem „Vorwärts" in dieser Hinsicht weit voraus. Ein solcher Zustand gereicht uns nicht zum Vortheil, er muß abgestellt werden.

Gewehr-Elberfeld freut sich, daß der Vorstand zu der Ansicht gekommen ist, die Agitation zu dezentralisiren, bedauert aber, daß die Ausführung zu spät erfolgt ist. In Bezug auf die Presse spricht sich Redner gegen die Kopfblätter aus. Die Kompromisse mit den anderen Parteien bei den Wahlen müssen aufhören. Wenn man auch die Genossen nicht zur strikten Stimmenenthaltung bei Stichwahlen, wie es der Antrag 69 wolle, zwingen könne, so müsse doch das Paktiren bei den Gemeinderathswahlen, wie es in Bayern in Blüthe stehe, ein Ende nehmen.

Albert-Düsseldorf empfiehlt die Annahme des Düsseldorfer Antrages 45, betreffs regelmäßiger Herausgabe populärer Flugblätter. Die Wahlen allein hätten niemals soviel Werth, um die Massen zur Mitarbeit für unsere Sache anzuspornen. Gerade die Zeiten politischer Ruhe und Stille müßten zur Agitation ausgenutzt werden. Einheitliche Flugblätter für das ganze Reich seien sehr wohl möglich. Um die geeignetste Form solcher Flugschriften ausfindig zu machen, empfiehlt Redner, ein Preisausschreiben zu veranstalten. Was Schoenlank vom „Vorwärts" gesagt, finde auch auf die Provinzpresse vollauf Anwendung. Ein Zentral-Wochenblatt sei eine längst anerkannte Nothwendigkeit; der „Sozialdemokrat" sei eingegangen, ohne daß für Ersatz gesorgt wäre. Das war ein Fehler, der auch verschuldet hat, daß der „Sozialist" aufkomm[en] konnte.

Huth-Düsseldorf: Soll das gewünschte Wochenblatt blos e[in] zusammengedrängter „Vorwärts" sein, so wird es den bestehend[en] Wochenblättern Konkurrenz machen. Besser wäre schon ein Monat[s]blatt, für welches allerdings eine ausgeprägte Individualität d[es] Redakteurs erstes Erforderniß wäre. Die Druckaufträge der Par[tei]

Digitized by Google

wünscht Redner nicht nur der Druckerei Bading oder Auer & Co., sondern auch anderen Parteigeschäften zugewendet zu sehen. Der Kölner Antrag, bezüglich der Neugründung von Blättern, wird vom Redner bekämpft, dagegen derjenige, bezüglich der Veröffentlichung der Vertrauensmännerliste, unterstützt.

Jochem-Danzig: Der vorjährige Beschluß, betreffend die Gründung eines Blattes für Ost- und Westpreußen, ist in ganz ungeeigneter Weise ausgeführt worden. Man hat in dieser Beziehung von Berlin, von der Redaktion und Expedition des Blattes aus, eine Diktatur geübt, gegen die wir ganz entschieden protestiren müssen. Wir fordern vom Parteitage, daß er beschließen möge, den Genossen in Westpreußen bestimmten Raum in dem „Volksblatt für Ost- und Westpreußen" zu überlassen, damit dasselbe endlich den Anforderungen entspricht.

Klees-Magdeburg ist von seinen Genossen beauftragt, sich wiederum gegen die Herausgabe eines Wochenblattes auszusprechen. Der Parteivorstand habe sich bisher nicht darüber geäußert, wie er sich das Blatt gestaltet denkt. Wolle man den auswärtigen Genossen Rechnung tragen, so könne das doch nicht soweit gehen, die Deutschen die Verluste dafür tragen zu lassen. Man möge das Wochenblatt ablehnen und dafür eine Wochenbeilage des „Vorwärts" einrichten. Im Sinne der Ausführungen von Zubeil und Schoenlank spricht Redner für Verstärkung des Redaktionspersonals des „Vorwärts".

Schmalfeldt-Bremerhaven befürwortet ebenfalls den letzteren Antrag. Das Zentral-Wochenblatt begrüßt er mit Freuden, er befürchtet nicht, daß der geeignete Redakteur nicht zu finden sein möchte. Anders stehe es mit den berechtigten Interessen der bestehenden Wochenblätter, die das neue Unternehmen gefährden würde, ohne Ersatz für dieselben bieten zu können. Die „Neue Welt" tauge nicht viel mehr als die untergeordnetsten Unterhaltungs-Beilagen der bürgerlichen Presse. Das Blatt sei zurückgeblieben und könne daher auch nicht in die Familien eindringen und dort die Gartenlaube u. dergl., die sich dort immer noch eingenistet haben, verdrängen. Hier müsse Wandel geschaffen werden. Im Punkte der Flugblätter wäre es sehr zweckmäßig gewesen, wenn der Parteivorstand von parteiwegen die brennende Frage der Tabakfabrikatsteuer ganz allgemein energisch in Angriff genommen hätte, denn diese Angelegenheit sei nicht etwa blos eine solche der Tabakarbeiter, sondern berühre die ganze Arbeiterklasse.

Schulz-Wilhelmsburg äußert sich bezüglich der letzteren Frage in gleichem Sinne. Er unterstützt sodann die Forderung der Herausgabe eines Wochenblattes. Die Frage, ob die Agitation durch die materielle Unterstützung der Agitatoren im Wege der Gewährung von Mitteln zur Existenz gefördert wird, sei sehr zweifelhaft.

Digitized by Google

Günther-Braunschweig: Unser Landesparteitag hat den Antrag formulirt, ein Zentralblatt für die ländliche Bevölkerung zu gründen. Das Bedürfniß dafür kann wohl nicht bestritten werden; an Kräften für ein solches Blatt wird es nicht fehlen. Warum sollte Bebel dies bischen Arbeit nicht auch noch übernehmen? (Heiterkeit!) Bei der Agitation auf dem Lande komme man nach Ansicht des Redners ganz gut mit den vorhandenen Kräften aus; jedenfalls seien junge Leute bei der Landbevölkerung weit weniger des Erfolges gewiß als ältere. Die Frage der Religion müsse in den Reden in der Regel aus dem Spiel gelassen werden. Die schriftliche Agitation sei die Hauptsache.

Hiernach wird die weitere Berathung vertagt.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

3¼ Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt

Vorsitzender Singer: Wir haben auch diesmal die Freude, einige Vertreter auswärtiger Bruderparteien auf unserm Parteitage begrüßen zu können. Unsere wackeren österreichischen Genossen, welche vor Kurzem den schönen Erfolg zu verzeichnen hatten, daß die österreichische Regierung, dem Drängen und der unermüdlichen Agitation der Sozialdemokratie nachgebend, die Vorlage betreffend die Einführung des allgemeinen Wahlrechts gemacht hat, haben uns trotz des Kampfes, in dem sie stehen, im Gefühle der internationalen Brüderlichkeit einen Vertreter geschickt. Genosse Reumann ist im Auftrag der österreichischen Genossen anwesend. Ferner begrüßen wir zwei holländische Genossen, die, wenn auch nicht als offizielle Vertreter der holländischen Partei, doch gekommen sind, um ihre persönliche Theilnahme an der deutschen Bewegung durch ihre Anwesenheit bei unseren Verhandlungen zu bezeugen. Es sind die Genossen van Kol und Troelstra aus Amsterdam.

Reumann: Genossen! Ich habe die Aufgabe, Ihnen die besten Grüße der österreichischen Genossen zu überbringen. Wir sind durch die Pflicht der Dankbarkeit gedrängt, anzuerkennen, in welch hervorragendem Maße unsere Presse durch Ihre Zuwendung gefördert worden ist. Sie haben es dadurch möglich gemacht, daß die „Wiener Arbeiter-Zeitung" von einer Auflage von 11 000 auf 22 000 heraufgestiegen ist. (Bravo!) Wer unsere Preßverhältnisse, unsere elende Preßgesetzgebung kennt, wird zugeben müssen, daß ein solcher Erfolg als ein bedeutender zu erachten ist, und dazu haben eben Sie so hervorragend beigetragen. Es kommt hinzu, daß es uns möglich wurde, das objektive Verfahren, den größten Schandfleck der österreichischen Preßgesetzgebung, beinahe vollständig dadurch zu bekämpfen, daß wir, ehe es noch unserer Staatsanwaltschaft möglich ist, mit der Beschlagnahme vorzugehen, bereits

Digitized by Google

15 000 Exemplare hinausgebracht haben. (Bravo!) Dem Staatsanwalt ist natürlich sehr traurig zu Muthe über diese unsere Erfolge, da ihm ja sehr viel daran gelegen sein muß, die Verbreitung durch Beschlagnahme zu verhindern. Von 10 Nummern unseres Blattes werden gewöhnlich 8 beschlagnahmt, obwohl wir nicht für den Staatsanwalt schreiben; so werden Sie begreiflich finden, wie wichtig da rasche Verbreitung ist, und diese war uns ebenfalls durch die große Unterstützung seitens der deutschen Genossen ermöglicht. Die Wogen der politischen Bewegung gehen bei uns sehr hoch; wir sind in voller Arbeit begriffen. Die Wahlrechtsvorlage der Regierung giebt uns beinahe das allgemeine Wahlrecht, allerdings mit dem Bildungszensus. Alle politischen Parteien haben gegen diese Vorlage ganz entschieden Stellung genommen; wir haben nun die Aufgabe und werden sie vollführen, alle Schichten der Bevölkerung, das ganze arbeitende Volk in einer Weise aufzuwühlen, daß die herrschenden Parteien nicht wagen werden, sich dauernd gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu erklären. Dieser Erfolg der österreichischen Arbeiterschaft ist zurückzuführen auf eine lange Reihe eifriger Arbeiten; hervorragenden Antheil daran hat auch die Durchführung der Maifeier. Wie immer, wenn irgendwo Errungenschaften gemacht werden, sind sie nicht Errungenschaften des einen Landes, sondern der gesammten internationalen Sozialdemokratie; ebenso wie wir jeden Erfolg der deutschen Sozialdemokratie begrüßen und auch diesem Parteitag die besten Erfolge für die deutschen Genossen wünschen! (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion über die **Punkte 1—3 der Tagesordnung** wird fortgesetzt.

Meist-Köln: Ich schließe mich den Ausführungen Schoenlank's über unser Zentralorgan größtentheils an, übersehe aber auch die Schwierigkeiten nicht, die sich seinen Wünschen entgegenstellen. Für die Agitation speziell im Rheinlande fehlt uns bisher eine Presse, die ausschließlich zugeschnitten ist auf den Kampf gegen den Klerikalismus. Während das Zentrum und andere bürgerliche Parteien gerade in Köln ihre bedeutendsten Organe haben, entbehren wir noch immer des Blattes, welches den Kampf gegen die Gegner **täglich** energisch aufnehmen kann. Den Wunsch nach einem solchen theilen mit mir Tausende von Kölner und rheinischen Genossen, welche mit mir den Antrag 116 stellen. — Die „**Neue Welt**" war immerhin nach dem Berliner Parteitag etwas besser geworden; jetzt aber scheint der alte Schlendrian bald wieder einzureißen. Den Wunsch Schmalfeld's bezüglich der Flugblätter theile ich und muß gleichzeitig bedauern, daß das auf meinen Antrag 1892 beschlossene Flugblatt gegen den Militarismus erst so spät herausgekommen ist. Redner tadelt schließlich, daß die bayerischen Genossen abwesend sind; er könne die Berufung auf

Digitized by Google

die Theilnahme an den bayrischen Landtagsverhandlungen nicht gelten lassen, da doch das Parlament für die Partei nur Mittel zum Zweck, nicht aber Selbstzweck sei.

Vorsitzender Singer: Es ist ein Telegramm von Grillenberger eingelaufen, welches besagt, daß dieser unmöglich abkommen könne, da morgen die große Agrardebatte beginne; Vollmar aber sei durch Kränklichkeit behindert.

Koenen-Hamburg: Ueber die Ausführung des Beschlusses wegen der Jugendschrift hat Auer uns mitgetheilt, daß das Erscheinen schließlich aus persönlichen Rücksichten unterblieben sei. Dem Verfasser des Probeheftes hat man aber keinerlei Mittheilung über das Schicksal desselben gemacht; wenn, wie er und ich vermuthen, die Schreibweise nicht roth genug war, so hätte man ihm das mittheilen sollen. Wenn Schoenlank so beredt für die Hebung des „Vorwärts" eintritt, so sollte er doch als tüchtiger Schriftsteller, der er ist, in der Redaktion bleiben. Mit einem Wochenblatte würden wir einen Mißgriff machen. Es fehlt schon jetzt an tüchtigen geistigen Kräften; die tüchtigen Mitglieder der Redaktionen ziehen sich mehr und mehr als selbständige Schriftsteller vom Tageskampfe zurück. Es kommt hier auch übermäßige Selbstschätzung ins Spiel. Nicht dicke Bücher schreiben, sondern bei dem Tageskampfe bleiben, das ist echte Parteidisziplin. Ich richte diese Worte vor allem an die Schriftstellerecke da drüben. (Große Heiterkeit.) Ich habe noch eine Frage an Bebel. Er soll behauptet haben, daß die Beamten der Zentralkassen sich nicht genügend um die Parteiangelegenheiten kümmerten. Ich verwahre mich ganz entschieden gegen diesen Vorwurf.

Zur Richtigstellung erhält das Wort

Auer: Das Probeheft der geplanten Jugendschrift habe ich vor mir. Wenn nun Koenen ausführt, der betreffende Genosse wisse heute noch nicht, warum die Verhandlungen mit ihm abgebrochen wurden, so bedaure ich, daß dieser Genosse sich über die Gründe nicht klar geworden ist. Wir glaubten unsererseits, ihm, allerdings in einer Form, die nicht verletzte, gesagt zu haben, daß seine Arbeit nicht genügte. Bei etwas gutem Willen hätte er das sehr wohl verstehen können.

Schulz-Berlin hält für ausgeschlossen, daß das Wochenblatt bestehende Blätter in ihrer Existenz schädigen könnte. Zur Landagitation könne es natürlich nicht verwendet werden; für diese seien populär gehaltene Flugblätter nöthig, welche die Haltung der Parteien, die neuen Steuerprojekte u. dergl. beleuchten. Solche Blätter sind von Zeit zu Zeit auf das Land hinauszuschicken und durch die Vertrauensmänner zu verbreiten. Denn die sonstige mündliche Agitation ist auf dem platten Lande vielfach gar nicht durchführbar, wie die letzte Wahlbewegung wiederum bewiesen hat.

Digitized by Google

Lux-Magdeburg: Der „Vorwärts" hat nicht in erster Linie Ueberschüsse zu liefern, sondern vor Allem eine **Zeitung** zu sein; bisher sei er das noch nicht, sondern nur ein Organ für Polemik im großen Stil. Ungenügend war nicht blos die Berichterstattung über die bayerischen Kammerverhandlungen; auch über den englischen Bergarbeiterstreik, die französischen Wahlen, die Revolution in Brasilien und zahlreiche andere wichtige Tagesereignisse ist nur unzulänglich oder auch gar nicht im „Vorwärts" berichtet. Ein Kapitalist, der ein sozialdemokratisches Blatt gründete, würde mit Leichtigkeit 100 000 und mehr Abonnenten gewinnen, denn er würde schon im Geschäftsinteresse die höheren Gesichtspunkte zur Geltung bringen, die in der Leitung des „Vorwärts" jetzt fehlen. Die Hauptschuld daran liegt in dem Umstande, daß die Mehrzahl der Redakteure durch ihr Reichstagsmandat dem Blatte entzogen werden. Diese größeren Gesichtspunkte aber fehlen auch und noch mehr bei der Provinzpresse, wo man auch hauptsächlich „Ueberschüsse machen" will. Die charakteristischen Ausführungen von Koenen-Hamburg, der Antrag Eggers-Altona, ein Maximalgehalt für die Partei-Journalisten festzusetzen, zeigen, daß man vielfach in der Partei die Redakteure noch als Tintenkulis betrachtet. (Heiterkeit.) Die Annahme des Antrags Eggers würde jedenfalls zur Bildung eines Fachvereins der Journalisten zur Wahrung ihrer Interessen gegen die Unternehmer führen. (Heiterkeit.) Der „Vorwärts" würde vielleicht erheblich besser werden, wenn er als reines Lokalblatt mit den andern Berliner Blättern konkurrirte. Das „Hamburger Echo" ist dem „Vorwärts" gegenüber wirklich eine Zeitung (Bebel: Mit viel geringeren Redaktionskosten!) Ein Zentralwochenblatt können wir in der That nicht mehr entbehren; uns fehlt mehr und mehr ein Organ zur Besprechung von reinen Parteiangelegenheiten. Die Erörterung der Frage der preußischen Landtagswahlen in der „Neuen Zeit" war durchaus deplacirt. Der Antrag Günther-Braunschweig wegen Begründung eines Wochenblattes für die Landagitation hat trotz seiner anscheinenden Undurchführbarkeit doch sehr viel für sich, und wir müssen alles thun, um dieser Bitte nach Möglichkeit zu entsprechen. Im Wesentlichen sind ja auch die Verhältnisse für die halbhörigen Kossäthen und für die ganz leibeigenen landwirthschaftlichen Arbeiter dieselben.

Legien-Hamburg: Die Landbevölkerung wird viel eher durch Schriften als durch Vorträge für uns gewonnen. Der Hannoversche „Volkswille" giebt zu diesem Zwecke allmonatlich ein sehr wirksames Blättchen heraus, das nur viel zu theuer ist, worüber sich ein Uelzener Genosse bei dem Redner beklagt hat. Nicht für 5 Pf., sondern zum Selbstkostenpreise oder womöglich gratis müßte diese „Rundschau" abgegeben werden. Jedenfalls dringt solche Literatur viel leichter in die Landbevölkerung ein. Das Verlangen, der Partei-

Digitized by Google

vorstand solle auch für diese Landagitation sorgen, ist unberechtigt; die Hauptarbeit fällt den Genossen selber zu. Fehlen im Parteivorstand aber etwa Arbeitskräfte, dann wäre der Parteitag berufen, dem abzuhelfen, sofern der Parteivorstand einen Antrag stellte. Die Parteigenossen von Hamburg 2 sind mit der Begründung eines Wochenblattes, das direkt ein Sprachrohr des Parteivorstandes bildet, und den thätigen Genossen eine bequeme Gelegenheit zur raschen und vollständigen Information zu geben vermag, durchaus einverstanden. An sachkundigen Personen für die Leitung wird es wirklich kaum fehlen. Das Blatt wird und soll kein Propagandablatt, sondern ein Orientirungsblatt werden.

Sachlich berichtigt **Wurm**, daß die „Rundschau" nicht 5 Pf. kostet, sondern die Genossen zahlen für 1000 Stück 5 Mk., also per Stück 1/2 Pf. Die Uelzener Genossen haben 25 Mk. Unterstützung vom Parteivorstand zur Beschaffung dieses Blättchens erbeten und erhalten, aber von der letzten Nummer auch nicht ein einziges Exemplar bezogen!

Stein-Hanau weist auf die unter Mitwirkung von Polizeiorganen besorgte Lokalabtreiberei hin und fordert den Parteitag auf, Vorsorge zu treffen, daß alle derartigen Vorkommnisse im „Vorwärts" veröffentlicht werden sollen. Für die Betreibung der Landagitation hält Redner die Niedersetzung von Wahlkomitees und Unterkomitees für sehr vortheilhaft. Diese Kommissionen müßten dann aber auch selbst in ihren Agitationsbezirken hinaus und persönlich arbeiten.

Bérard, Geschäftsführer der Hamburger Druckerei: Die Klagen über die „Neue Welt" sind fast größer als im vorigen Jahre, aber wenn auch nicht unberechtigt, doch größtentheils übertrieben. Fuchs verlangt, die „Neue Welt" mit 200 000 Auflage müsse viel besser werden, da sein „Postillon" mit 40 000 Auflage viel besser sei. Dieses Selbstlob war nicht gerade sehr geschmackvoll; erstaunlich aber ist es, ein Witzblatt mit der nach einer ganz anderen Richtung zu wirken bestimmten „Neuen Welt" zu vergleichen. Der „Postillon" kostet 10 Pf. die Nummer, die „Neue Welt" das Tausend 11 Mk., die Nummer 1 1/10 Pf. Meist hat anerkannt, daß nach dem Berliner Parteitag der Inhalt stofflich viel besser geworden sei, daß es dann aber damit wieder nachgelassen habe. Daran trägt aber weder der Parteivorstand noch der Verlag die Schuld, sondern bedauerlicherweise hat der betreffende Redakteur – Sie wissen ja Alle, wie weit es mit ihm gekommen ist — seine Schuldigkeit nicht gethan. Kokosky führt die Redaktion erst seit einigen Wochen und hat bis jetzt sehr pünktlich und gewissenhaft gearbeitet. Der Wunsch der Kölner wegen den Illustrationen ist sehr berechtigt, aber wir sind auf die Klichees anderer Blätter angewiesen und können nur darauf achten, Bilder zu bekommen,

Digitized by Google

die nicht allen Blättern zugänglich gemacht werden. Ein Originalbild kostet 3—400 Mk., wir brauchten sonach 15—20 000 Mk. das Jahr, während nur 3—4000 Mk. zur Verfügung stehen. Was Schmalfeld rügt, können wir nicht abstellen, es ist eben noch nicht überall das richtige Verständniß vorhanden. Schmalfeld weist auf die „Familienblätter" wie „Gartenlaube" und „Ueber Land und Meer" hin und wünscht ein Parteiblatt ähnlichen Umfanges. Ich verweise ihn darauf, daß auch die alte „Neue Welt" früher so in Heften erschien, aber stets in großer Defizitnoth war und zu Grabe getragen worden ist, weil sie so enorme Zuschüsse erforderte. Parteivorstand und Verlag werden bemüht sein, dahin zu wirken, daß die „Neue Welt" mehr den allgemeinen Wünschen entspricht, als es bisher der Fall war.

Ströbel-Kiel betont, daß die Agitation sich wesentlich auch dem Mittelstande zuzuwenden habe. Derselbe sei, soweit er noch existenzfähig geblieben, wie in Schleswig-Holstein, sehr schwer zugänglich. Es fehle aber in dieser Beziehung vollständig an geeignetem Material. Dem Mittelstande gegenüber reiche die negative Kritik nicht aus, man müsse positive Vorschläge machen. Eine Materialiensammlung für die Landagitation würde jedenfalls diese mächtig fördern. Die Möglichkeit einer Besserung der Gestaltung der „Neuen Welt" bezweifelt Redner; höchstens könnte man die lyrischen Gedichte besser auswählen. Schließlich erklärt sich Redner für das Wochenblatt und empfiehlt den Antrag, die stenographischen Berichte über die Militärdebatte im Reichstage in Broschürenform zum Selbstkostenpreise für die Agitation zu verabreichen.

Lienau-Neumünster: Eine gute Broschürenliteratur für die Landagitation kann zweckmäßig nur durch die Landeskomitees beschafft werden, deren Ausbau dringend wünschenswerth ist. Für Schleswig-Holstein hat der Parteivorstand leider in Bezug auf ein besonderes Blatt, welches wir gründeten, nicht die genügende Rücksicht bewiesen.

Dreyer-Kassel hält die für die Agitation durchgeführte Dezentralisirung für sehr zweckmäßig, sieht aber in der Empfehlung eines Zentral-Wochenblatts einen Widerspruch gegen dieses Prinzip. Eine Wochenausgabe des „Vorwärts" sei eher zu acceptiren; Flugblätter sollten von der Zentralstelle überhaupt nicht mehr für die Landagitation geschrieben werden. Mit einem Preisausschreiben könnte man es allenfalls versuchen. Mit den Zuschüssen an die Parteiblätter sollte nicht mehr so freigebig vorgegangen werden.

Liebknecht: In der Debatte laufen leider so viele wichtige Themata durcheinander, daß man schwer auch nur ein einziges genügend behandeln kann. Die Landagitation allein schon hätte einen Gegenstand für eine selbständige Debatte gebildet, und es ist bedauerlich, daß man sie mit allen möglichen anderen Dingen

Digitized by Google

zusammengeworfen hat. Betreffs der Agitation auf dem Lande ist das Ergebniß der allerdings sehr sprunghaften und wenig erschöpfenden Debatte im Ganzen recht befriedigend. Es gehen zwar einerseits die Meinungen sehr auseinander, andererseits aber zeigt sich doch auch das Erfreulichste, wie die Genossen überall gelernt haben, daß mit allgemeinen Redensarten nichts zu erreichen ist, daß das Land und die Bauern studirt werden müssen, daß die Verhältnisse überall verschieden sind und daß man mit Schabloniren nichts ausrichtet. Und man hat tüchtig gelernt und begriffen, daß nicht blos vor der Wahl, sondern fortwährend agitirt werden muß. Jahre lang vor der Wahl haben z. B. die Berliner Genossen förmlich probirt, wie sie die Landagitation am besten betreiben können, sie haben es auf die verschiedenste Weise versucht und schließlich das Richtige auch getroffen. Wir müssen eine andere Sprache lernen für das Landvolk, die städtische Sprache, unsere gewöhnliche Parteisprache, um mich so auszudrücken, wird von den Bauern gar nicht verstanden. Wir müssen ihnen die soziale Frage in ihrer Sprache, an ihrer eigenen Lage klar machen, und darum muß man diese aufs Gründlichste studiren. Der Bauer ist ein Materialist im schärfsten Sinne des Worts — er will Thatsächliches, Thatsachen und pfeift auf Redensarten.

Die Metzer Genossen wollen zweisprachige Flugblätter. Das ist ein sehr berechtigtes Verlangen; wenn wir in Lothringen mit Flugblättern wirken wollen, muß der Text auch französisch sein, denn mit Ausnahme der eingewanderten Deutschen versteht dort namentlich auf dem Lande fast Niemand Deutsch.

Daß ein Zentral-Wochenblatt von der Partei herausgegeben werde, dafür bin ich von jeher gewesen. Ich habe bei Aufhebung des Sozialistengesetzes befürwortet, der „Vorwärts“ solle das Zentral-Tageblatt, die „Volkstribüne“ das Zentral-Wochenblatt und die „Neue Welt“ das Zentral-Monatsblatt sein. Nach der Lage der Dinge hat sich das nicht durchführen lassen. Jetzt kommt man von allen Seiten darauf, ein Blatt, ähnlich wie die „Volkstribüne“ ursprünglich geplant war, zu fordern — nicht etwa eine Wochenausgabe des „Vorwärts“, das ist unmöglich. Aber fragen wir nach dem Grund, weshalb sich die „Volkstribüne“ nicht gehalten hat, — dieser Grund bestimmt mich, heute gegen das Zentral-Wochenblatt zu reden und zu stimmen. Weshalb ging die „Volkstribüne“ ein? Weil sie nach Schippel's Abgang keinen passenden Redakteur hatte. Wäre einer gefunden, das Blatt würde nicht zu Grunde gegangen sein. Wenn der geeignete Redakteur gefunden ist, dann bin ich sofort für das neue Unternehmen, aber bisher haben wir ihn trotz eifrigsten Suchens nicht gefunden. Fuchs hat uns eine ganze Leporello-Liste von Redakteuren vorgeführt; die kennen wir auch, aber die können wir an einer der-

Digitized by Google

artigen Stelle nicht verwenden. Dazu gehören nicht blos literarische Kenntnisse, nicht blos die Fähigkeit, zu schreiben, sondern der Redakteur muß auch die Parteigeschichte kennen, er muß ein Politiker sein und ein bewährter Charakter. Das alles in einer Person zu finden, ist außerordentlich schwer. (Sehr richtig!) Vollmar sagte voriges Jahr auf dem Berliner Parteitag ganz richtig, statt ein neues Blatt zu gründen, sollten wir lieber das alte Parteiorgan, den „Vorwärts“, ordentlich besetzen. Und ich sage: Haben wir einen geeigneten Redakteur, so gebe man ihn uns in den „Vorwärts“.

Ich berühre nun kurz die einzelnen Vorwürfe gegen den „Vorwärts“. Oertel bemängelt, wir hätten die bayrischen Kammerdebatten und sonstigen Vorkommnisse nicht genügend berücksichtigt. Nun wir haben alle Anträge unserer Genossen abgedruckt, meist mit den Begründungen, und alle Resultate der Kammerverhandlungen mitgetheilt. Größere Berichte zu geben sind wir aber nicht in der Lage; es fehlt an Raum. Ich habe nach München geschrieben um kurze Berichte für den „Vorwärts“ und gebeten, uns zu schreiben, was man in unserem Blatt veröffentlicht wünsche. Hintergesetzt haben wir die Bayern also nicht. Der bayrische Landtag ist gewiß nicht wichtiger als der preußische, und wir haben die Berichte über dessen Verhandlungen häufig aus dem Blatt gelassen, weil sie nicht die Bedeutung derjenigen des Reichstags haben. Man hat uns aber keine bayrischen Berichte geliefert. Auch von den Verhandlungen des sächsischen Landtages haben wir fast niemals Berichte in dem „Vorwärts“ gebracht, und dann nur bei wichtigen Gelegenheiten und meist nur wenige Zeilen mit dem Allernothwendigsten. Die Partikularlandtage haben eben nicht ein allgemeines Interesse.

Lux hält uns vor, daß wir nicht nach genügend hohen Gesichtspunkten redigiren und daß die auswärtige Berichterstattung ungenügend sei, zumal die französische. Er ist selbst Redakteur, und ich weiß nicht, inwieweit er selbst nach diesen hohen Gesichtspunkten gehandelt hat. In Bezug auf unsere französische Berichterstattung kann ich ihm nur sagen: Nennt man die besten Namen in Frankreich, so nennt man auch die Namen unserer Korrespondenten. Leo Frankl, Vaillant, Lafargue, Bonnier, eine Zeit lang Guesde, das sind unsere französischen Korrespondenten. Daß sie im Urtheil voneinander abweichen, dafür können wir nicht, wir können sie nicht von Deutschland aus dirigiren; und gerade die Verschiedenheit giebt ein vollständigeres und richtigeres Bild. Mehr als wir von England bekommen, können wir nicht liefern. Ueber den Bergarbeiterstreik haben wir im Ganzen doch wohl die besten, zusammenfassenden Berichte von allen Zeitungen gebracht aus der Feder Bernstein's. Was die brasilianische Revolution angeht, so

Digitized by Google

sind diese Katzbalgereien zwischen Kliquen der herrschenden Klasse, wie sie in den südamerikanischen Karrikatur-Republiken an der Mode sind, für mich und wohl auch für die meisten von uns weniger wichtig, als eine Gemeindewahl in irgend einem deutschen Orte. (Zustimmung.) Wenn Schoenlank die Redaktion des „Vorwärts" kritisirt, so muß er ja allerdings die Fehler kennen, denn bis vor wenig Wochen ist er selbst in der Redaktion gewesen, er kritisirt also sich selber. Ich kenne die Fehler noch viel besser als er. Wir haben eben die passenden Leute für die Redaktion noch immer nicht in genügender Zahl gefunden. Nicht um größere Gesichtspunkte handelt es sich, sondern um ein größeres Maß von Kräften. Auch nicht eine Kostenfrage ist die Besetzung der Redaktionsstellen, sondern eine Personenfrage. In dieser jungen Partei sind noch nicht in ausreichendem Maße die Kräfte herangezogen worden, welche wir da brauchen. Früher, zur Zeit des „Volksstaat", haben wir sie immer gefunden, weil jeder in der ganzen Partei, der etwas schreiben konnte, für den „Volksstaat" schrieb. Jetzt, wo die Partei größer ist, finden wir die Kräfte nicht leichter, sondern unendlich viel schwerer. Nicht daß wir weniger Kräfte hätten — das wäre traurig; aber früher hatten wir einen Brennpunkt, jetzt haben wir deren an die Hundert in Deutschland, da ist eine weit umfassendere Thätigkeit zu entfalten, eine wohl viel größere Summe von Kraft nöthig. Hier liegt die Ursache des Uebels — und hat nichts Entmuthigendes — im Gegentheil — es ist die Folge der Größe, des außerordentlichen Wachsthums der Partei. Im Augenblick, d. h. während Schmidt und ich hier sind, besteht die ganze Redaktion des „Vorwärts" aus zwei Personen! Die Stelle des Lokalredakteurs ist ebenfalls noch unbesetzt. Auch für sie kann man nicht den ersten besten nehmen, der Mann muß das ganze Berliner Leben, das soziale, das geistige, das Kunstleben kennen; wir haben ihn bis heutigen Tags nicht gefunden. Enders sitzt schon seit Monaten in Plötzensee und hat noch 9 Monate im Gefängniß zu sitzen. Da sehen Sie, was eine sozialdemokratische Redaktion ist — sie ist nicht mit einer ruhigen, durch nichts gestörten, büreaukratisch organisirten Bourgeoisredaktion zu vergleichen. Schoenlank gegenüber habe ich noch zu bemerken, daß der „Vorwärts" allerdings keine milchende Kuh für die Partei sein soll, aber auch keine Versorgungsanstalt für Leute, welche die Partei auf solchen Posten nicht brauchen kann.

In Bezug auf das, was dem „Vorwärts" frommt, hat es im Anfange wohl zwischen mir und dem Vorstand manchmal Differenzen und Reibungen gegeben, jetzt nicht mehr. Ich habe im vorigen Jahre gesagt: Von Kliquenwesen bei Besetzung der Stellen keine Spur! Aber der „Vorwärts" braucht nicht blos geistige Kraft, literarische Geschicklichkeit, sondern auch Charakter. Schoenlank

Digitized by Google

vergleicht ihn mit bürgerlichen Blättern. Da hat er Unrecht, der „Vorwärts“ hat ganz andere Aufgaben; mich über sie des Weiteren auszusprechen, fehlt die Zeit — ich höre die Präsidentenklingel schon hinter mir.

Nun noch ein paar Worte. Daß Lux dem „Vorwärts“ die Polemik vorwirft, zeigt, daß er gar nicht weiß, was das Hauptorgan einer streitenden Partei für sie in erster Linie zu thun hat. Wir sind eine Kampfpartei und der „Vorwärts“ muß ein Kampforgan sein. Daß wir die „Aktualität“ pflegen müssen, versteht sich von selbst, aber nicht im Sinne der „Kölnischen Zeitung“, oder des „Berliner Tageblatts“; daß wir ein Nachrichtenblatt sein müssen, davon kann unter keinen Umständen die Rede sein, und wäre der „Vorwärts“ dreimal so groß als er ist, so würden die Leser doch nicht andere Blätter und deren Lektüre entbehren können. Der Sozialdemokrat soll auch die gegnerischen Blätter lesen, denn man muß den Feind kennen, den man besiegen will. Ich fasse mich zusammen: nicht „höhere Gesichtspunkte“ brauchen wir, sondern mehr Kräfte! An Nachwuchs fehlts nicht; er muß herangezogen und erzogen werden, die Kräfte, die uns fehlen, reifen heran — es steht heute schon besser als voriges Jahr, und wird im nächsten Jahr besser stehen als heute. (Beifall.)

Türk-Berlin: Ebenso wie die Saalabtreiberei erschwert das willkürliche Verbot der Versammlungen unter freiem Himmel die Landagitation ganz außerordentlich. Namentlich die Rechtlosigkeit, in welche durch die letztere Maßnahme die Bevölkerung versetzt werde, müsse gebührend gekennzeichnet werden. Die Statistik der letzten Wahlen zeigt einen Rückgang der Stimmen, namentlich in den großen Handelsstädten, der geradezu auffordert, die Agitation bei den Angestellten und Gehilfen im Handelsgewerbe kräftig aufzunehmen. Der Verlust von Bremen und Lübeck ist auch auf das Konto der geringen Agitation auf diesem Gebiete zu setzen, während die Eroberung des 3. und 5. Berliner Wahlkreises wesentlich dieser Agitation zu verdanken sei. Mindestens ebenso dringlich als die Agitation auf dem Lande ist daher auch diejenige unter den Handlungsgehilfen zu betreiben.

Ein Schlußantrag Hülle wird abgelehnt.

Antrick-Berlin empfiehlt kurz den Antrag auf Beseitigung der hundertjährigen Gesindeordnung. Das Schmerzenskind der Partei, die „Neue Welt“ habe Bérard nicht sehr glücklich vertheidigt. Die Illustrationen seien zum Theil süßliches, charakterloses Zeug, unwürdig einer sozialistischen Zeitung. Der Vorschlag des Redners auf dem Berliner Parteitage, Originale zu beschaffen, sei von Bebel und Bérard wegen der Kosten bekämpft worden. Es stehe damit aber gar nicht so schlimm; aus dem Verkauf der Clichees lasse sich noch ein erheblicher Betrag herausschlagen. Aber es gebe

Digitized by Google

auch zahlreiche Clichees, welche die „Neue Welt" verwenden könnte. Gute Illustrationen seien auch für die Landagitation von der größten Bedeutung.

John-Kassel: Der „Vorwärts" kann nicht Lokalblatt und Zentralorgan zugleich sein. Deßhalb ist die Gründung eines wirklichen Zentralorgans mit Freuden zu begrüßen. Die Personalfrage scheint nicht so besonders gefährlich; man nehme die Redaktion des „Echo" nach Berlin, wenn man den „Vorwärts bessern will. (Heiterkeit.) Der „Vorwärts" muß ein Hilfsmittel für die kleine Provinzpresse sein, er muß also auch die Aktualität wahren. In der Landagitation können wir von den Antisemiten lernen. (Widerspruch, Ruf: Au!) Ja wohl, wir brauchen Bauernagitatoren, die den Bauern immerfort auf dem Halse und in den Ohren liegen, wie es die Antisemiten thun. Mit alten Nummern unserer Parteiblätter kommen wir den Bauern nicht bei.

Fülle-Würzburg verwahrt sich gegen den Vorwurf Oertel's, daß in Bayern auch einige todtgeborne Kinder unter den Zeitungsneugründungen sich befinden. Dieser Vorwurf richte sich wohl gegen die „Unterfränkische Volkstribüne" und gegen die „Bamberger Volkszeitung". Der Vorstand sei so zäh und hart gegenüber Geldbewilligungen für Parteipreßzwecke, daß die Mahnung Meister's ganz überflüssig gewesen sei. Bei kräftigerer finanzieller Unterstützung wäre der Wahlkreis Würzburg schon diesmal von der Partei erobert worden.

Suskof-Hornberg macht den Vorschlag, den Ueberschuß des „Vorwärts" auf die Verbesserung der „Neuen Welt" zu verwenden. Bei der letzten Wahl sei die Agitation im badischen Schwarzwald durch Mangel an Geldmitteln sehr gehemmt worden. Neben baarer Unterstützung sei aber auch die Veranstaltung von Agitationstouren im badischen Schwarzwald durch die obersten Führer der Partei unentbehrlich. Auch literarisch müssen die Wahlvereine durch Zuwendung von Bibliotheken u. s. w. unterstützt werden. Der den Kolporteuren zufallende Prozentsatz für Broschüren müsse bedeutend ermäßigt werden. Bei der Landagitation müsse vor allem betont werden, daß die Sozialdemokratie als eine politische und soziale Partei sich um die Religion ihrer Anhänger nicht kümmert.

Katzenstein-Gießen sagt, in der Landagitation müsse dezentralisirt und die Initiative in den einzelnen Provinzen selbst er griffen werden, die Verbreitung der Bebel'schen Rede über de Zukunftsstaat durch ganz Deutschland war, des Schlußzitate wegen: Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spatze nicht angebracht. Nein, wir überlassen den Himmel denen, di daran glauben; mancher Genosse konnte sich durch das Zitat i seinen berechtigten religiösen Empfindungen gekränkt fühlen. (Wide

Digitized by Google

spruch.) Redner wünscht im „Vorwärts“ weniger Raisonnements und mehr thatsächliches Material.

Arons-Berlin steht bezüglich des Antrags Teltow auf dem Standpunkte, daß derselbe nicht nur angenommen, sondern möglichst noch verschärft werden müsse. Auf dem vorigen Parteitage habe Fischer — Redner verliest die betreffenden Stellen aus dem vorjährigen Protokoll — sich ganz energisch für eine Reform der Redaktion des „Vorwärts“ ausgesprochen. Es scheint dem Redner, als ob die Frage von dem Parteivorstand nicht mit dem nöthigen Ernst behandelt werde. Liebknecht selbst habe nach dem „Vorwärts“-bericht auf dem Berliner Parteitag bestritten, daß die große Masse der Parteigenossen ein Interesse an dieser Ausbildung des „Vorwärts“ habe. Das sei eine ganz unrichtige Meinung. Schoenlank sei aus der Redaktion ausgeschieden, weil man seine Forderung der Anstellung eines zweiten Redakteurs abgeschlagen habe.

Ein erneuter Antrag auf Schluß wird abgelehnt.

Schmidt-Berlin hält für nothwendig, wenigstens einen Theil der Ueberschüsse des „Vorwärts“ für allgemeine Parteizwecke zu verwenden. Was die Redaktion betreffe, so sei schon der Vorgänger Schoenlank's aus demselben Grunde, wie Schoenlank, nämlich wegen Ueberarbeitung, ausgetreten. Den Antrag auf Anstellung einer Hilfskraft habe der Vorstand schon damals aus Sparsamkeitsrücksichten abgelehnt. Wenn der Parteitag den Antrag Teltow annähme, würde der Parteivorstand wohl nicht Nein sagen. Sehr wünschenswerth wäre, wenn auf irgend eine Weise Schoenlank der Redaktion wiedergewonnen werden könnte.

Beckmann-Höchst: Die Flugblattfrage kann nur so gelöst werden, daß der Parteivorstand die Flugblätter unentgeltlich liefert, die Redaktion aber den einzelnen Landeskomitees überläßt. Der Antrag, in Anbetracht der schlechten wirthschaftlichen Verhältnisse das Protokoll für 30 Pf. zu liefern, braucht wohl keine besondere Befürwortung.

Tietze-Breslau ersucht den Parteitag, den Breslauer Antrag wegen Schaffung eines Korrespondenz- und Telegraphen-Bureaus anzunehmen, denn nur auf diesem Wege könne die schlechte Berichterstattung in der Parteipresse einer besseren weichen. Außerdem empfiehlt Redner den Antrag König-Berlin, welcher die Herausgabe einer Wochenbeilage des „Vorwärts“ bezweckt.

Hierauf wird die Diskussion für heute abgebrochen.

Unter den inzwischen eingegangenen weiteren Sympathie-klärungen befindet sich auch ein Telegramm der sozialistischen rbeiterpartei Italiens.

Schluß 7 Uhr.

Digitized by Google

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 24. Oktober.

Vormittagssitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt **Singer.**

Für den zum Schriftführer gewählten Genossen Bruhns, der auf dem Parteitage nicht anwesend ist, wird **Ströbel-Kiel** gewählt.

Unter den eingegangenen Telegrammen befindet sich auch das folgende aus **London**:

Aufrichtigen Dank und herzlichsten Glückwunsch dem Parteitage!
Engels.

Es wird in der **Diskussion der Punkte 1—3 der Tagesordnung** fortgefahren.

Fischer-Berlin: Im Laufe der gestrigen Verhandlungen sind von verschiedenen Seiten gegen den „Vorwärts" allerlei Einwände erhoben worden, die es dem Parteivorstande zur Pflicht machen, auch seine Stellung dazu zu kennzeichnen. Wenn Schoenlank sagt, der Redaktionsstab müsse vergrößert werden, der „Vorwärts" entspreche weder als aktuelles Blatt noch sonst seiner Aufgabe, wenn Arons und Lux ihm hierbei sekundirt haben, so hat doch schon gestern Arons die Stellung des Parteivorstandes in meinen vorjährigen Ausführungen rekapitulirt. Nach dieser Richtung brauchen wir also materiell in die Frage nicht mehr einzutreten. Namentlich der Vorwurf, daß die Kräfte der Redaktion durch die agitatorische und parlamentarische Thätigkeit absorbirt werden, wird vom Vorstand ganz besonders unterstützt. Aber derselbe Schoenlank, der uns gestern theoretisch so schön ausführte, was in der Redaktion fehle, hat in der Praxis, als er selber in der Redaktion saß, das gerade Gegentheil davon gethan. Gerade mit ihm sind wir ja in dieser Beziehung in sehr heftige Auseinandersetzungen gekommen, indem wir glaubten, von den Redakteuren allmählich verlangen zu müssen, daß sie ihre **ganze** Kraft dem „Vorwärts" zur Verfügung stellten. Wir meinten, die Vertrauensposten beim „Vorwärts", welche eine leitende Stellung in der Partei repräsentiren, machen so große Ansprüche an die Leistungsfähigkeit des Einzelnen, daß es ihm unmöglich sei, noch andere Ehrenämter innerhalb der Partei zu bekleiden. Wir haben deßhalb schon lange die Frage ventilirt, ob man nicht im Parteiinteresse den Redakteuren am Zentralorgan die Verpflichtung auferlegen solle, kein Mandat anzunehmen, welches sie die Hälfte des Jahres von der Redaktion fern hält. Genosse Lütgenau wird bestätigen, daß wir auch mit ihm über den Eintritt in die Redaktion verhandelten und dabei die Bedingung stellten, daß damit jede Bewerbung um eine Kandidatur ausgeschlossen sei. Genau dieselbe Anforderung haben wir an Schoenlank gestellt. Wir sind darüber

Digitized by Google

in Differenzen gerathen, und schließlich trat ein, was wir besorgten: Als Schoenlank sein Mandat ausüben mußte, erklärte er, wir brauchen noch einen Redakteur, weil er sonst im Parlament seine Pflichten nicht erfüllen könne. Und weil wir nicht augenblicklich darauf eingingen, schritt er sofort zur Kündigung. Bei diesem Rücktritt hat wohl auch seine persönliche Art, seine Neigung, immer ab und zu, von heute auf morgen den Sattel zu wechseln, mitgespielt. Wenn Arons meint, die Haltung des Parteivorstandes gerade in der Frage Schoenlank lasse auf eine gewisse Rücksichtslosigkeit schließen, so spricht er da von Dingen, deren engeren Zusammenhang er doch nicht kennt. Dem Vorstande diesen Vorwurf zu machen, ist unangebracht. Ueber Schoenlank's Arbeitslust und Arbeitsfähigkeit in der Redaktion war im ganzen Vorstand keine Meinungsverschiedenheit. Aber es ist unrichtig, wenn man sagt, er habe sich dort krank und zu Tode gearbeitet und der Parteivorstand habe ihm dann aus elender Filzigkeit die verlangte Aushilfe versagt. In den 18 Monaten seiner Thätigkeit beim „Vorwärts" ist er 6 Monate physisch außer Stande gewesen, zu arbeiten. Kein Mensch hat ihm daraus einen Vorwurf gemacht, im Gegentheil wurde alles gethan, um seine Kraft nach Möglichkeit zu schonen und der Partei zu erhalten. Wenn er aber damals zusammenbrach, so war das nicht die Folge seiner Anstrengungen beim „Vorwärts", sondern die Folge früherer Ueberarbeitung, die zum Theil mit der Partei und mit eigentlicher Parteithätigkeit gar nichts zu thun hatte. (Sehr richtig!) Die Auffassung Schoenlank's, daß der Parteivorstand die Parteipresse als milchende Kuh betrachte, daß er immer von dem Gesichtspunkt ausgehe, der „Vorwärts" und die Parteipresse müßten das finanzielle Rückgrat der Partei bilden, widerspricht vollständig den Thatsachen. Ich bitte zu erwägen, daß im vorigen Jahre den 66,000 Mk. Ausgaben für die Parteipresse 36,000 Mk. Ueberschuß beim „Vorwärts" gegenüberstanden; heuer sind die entsprechenden Zahlen 55,000 und 40,000 Mk. Damit ist doch das gestellte Verlangen eigentlich erfüllt. Oder glaubt man etwa, die Sache so auffassen zu müssen, daß Alles, was der „Vorwärts" verdient, der Redaktion wieder zufließen müsse, daß am „Vorwärts" aus den Ueberschüssen ganz ausnahmsweise hoch bezahlte Stellungen für einzelne Redakteure geschaffen werden sollen? Dagegen muß der Parteivorstand Front machen. Die Parteipresse, heißt es, soll nicht dazu da sein, Ueberschüsse zu machen. Aber andererseits kommen immerfort neue Anträge an uns heran, auch jetzt wieder hier auf diesem Parteitag, Flugschriften, Broschüren, alles soll billiger oder unentgeltlich geliefert werden — wo soll denn das Geld dafür herkommen, da doch, wie die Quittungen ausweisen, nur wenige Parteiorte finanzielle Beiträge an die Hauptkasse leisten? Wie unbegründet

Digitized by Google

der Vorwurf der Filzigkeit oder Knickerigkeit gegen den Vorstand ist, lehrt übrigens schon ein Blick in das Budget des „Vorwärts". Die Abrechnung des „Vorwärts" liegt ja im Geschäftsbericht vor. Die Redaktionskosten betragen 61,000 Mark. (Hört, hört!) Für die 5 ständigen Redakteure, die immer da waren und blos in den Personen wechselten, sind 22,500 Mark angesetzt; außerdem für Mitarbeiter des politischen Theils 16,540 Mark, daneben, wieder ausschließlich für den politischen Theil, 3000 Mark für parlamentarische Berichte und Depeschen, und nebenbei noch 11,890 Mark für Berichterstatter am „Vorwärts". Gegenüber solchem Budget kann man doch wirklich auch andererseits eine gewisse Höhe der Leistungen von der Redaktion erwarten. Das „Hamburger Echo" ist gewiß eins der besten Parteiblätter, wenn auch nicht so ohne weiteres mit dem „Vorwärts" vergleichbar. In seinem Redaktionsbudget erreicht es nicht einmal die Hälfte des Postens beim „Vorwärts", daß also die journalistischen Kräfte beim „Vorwärts" ungenügend bezahlt würden, ist schon durch diesen Hinweis widerlegt. (Schoenlank: Das habe ich nicht gesagt!) Die ganze Frage des Ausbaues der Besetzung der Redaktion war und ist für den Parteivorstand nie eine finanzielle, sondern stets eine Personenfrage gewesen. Gerade Schoenlank sollte doch wissen, daß niemals eine nur irgendwie begründete Mehrforderung für Redakteure und Mitarbeiter vom Vorstand abgelehnt worden ist. Wir sind aber allerdings der Anschauung, daß der Nachwuchs an geistigen Kräften nicht gleichen Schritt mit der ganzen Entwickelung der Partei gehalten hat. Entweder war der Mann, der in der Redaktion des „Vorwärts" am Platze gewesen wäre, schon anderswo in der Parteipresse in fester Stellung engagirt, dann durften wir ihn da nicht fortnehmen, denn wir würden es geradezu als ein Unglück erachten, wenn wir alle guten Kräfte aus der Provinzpresse nach Berlin zögen und dadurch die Provinzpresse der geistigen Verwahrlosung aussetzten. Oder wir standen Bewerbern gegenüber, welche auch den einfachsten Anforderungen nicht entsprachen, die man an einen „Vorwärts"-Redakteur stellen muß. Wenn Genosse Arons uns gestern erklärte, er könne dem Parteivorstande geeignete Kräfte empfehlen, so will ich nur hoffen, daß seine künftigen Vorschläge besser sind als seine uns jüngst gemachten. Denn da handelte es sich um Kandidaten, welche noch vor einem halben Jahre in den Reihen der Gegner standen und noch kein Redaktionsbureau gesehen hatten, um Leute, die wohl für einen Professorposten, aber nimmermehr für die Redaktion des Zentralorgans gepaßt hätten. Ueberhaupt steht die Selbstschätzung so vieler Schriftsteller unserer „jungen Generation" in umgekehrtem Verhältniß zu ihrem Pflichtgefühl. Wir brauchen erprobte Charaktere, nicht aber Leute, deren Vergangenheit man gar nicht kennt, Leute, die gestern im Dienst

Digitized by Google

der Gegner standen und morgen wieder zu ihnen gehen. Diese Ueberläufer kommen nur zu uns, weil sie bei den Gegnern nicht unterkommen und bleiben bei uns nur, solange sie ihre Rechnung finden. Sie verrathen uns in der ersten Stunde der Gefahr. Wir haben ja gerade in der letzten Zeit mit dem verbummelten Studententhum, mit dem verlotterten Journalistenthum unsere üblen Erfahrungen gemacht. (Zustimmung.) (Redner muß abbrechen, da die Redezeit bereits überschritten ist.)

Bilz-Pankow führt Klage darüber, das vielfach die „Vorwärts"-Redaktion Mittheilungen aus Parteikreisen ohne Begründung oder gar mit unfreundlichen Worten abgelehnt habe. Die Landagitation sei in Niederbarnim, dicht bei Berlin, durch Saalabtreiberei und ähnliche Machinationen schwer gehemmt worden. Um dem entgegenzuwirken, hätte man Ausflüge veranstaltet, auf deren Programm auch Festreden standen. Diese Art der Agitation habe ihre Vortheile gehabt, aber auch da wären Polizeichikanen aller Art nicht ausgeblieben; ein Gesangverein, der sich an solchem Ausflug betheiligte, sei aufgelöst worden. Von den Niederbarnimer Anträgen empfiehlt Redner besonders den bezüglich der Jugendliteratur.

Stolten-Hamburg: Eine ganze Reihe wichtiger Anträge ist in der Debatte noch nicht berührt, die besprochen werden müssen, damit wir kurz gesagt bei der Abstimmung keine Dummheiten machen. Redner wendet sich gegen einen Antrag aus Altona, eine besondere Rubrik für Soldatenschindereien in der Presse einzurichten und allen arbeitslosen Abonnenten die Parteizeitungen gratis zu liefern. Beides sei unannehmbar. Ebenso der Antrag Hoffmann in Berlin, überall der Presse Ueberwachungskommissionen, bestehend aus den Vorständen der politischen Wahlvereine und der Gewerkschaften zu setzen; das sei in Preußen vereinsgesetzlich unmöglich. Ein weiterer Antrag verlange die Beseitigung der Kriminal- und Liebesromane aus dem Feuilleton der Zeitungen. Gutes Material sei theuer, da werde zu dem gegriffen, was billig sei. Lieber einen guten tendenzlosen Roman, als einen schlechten Tendenzroman. Die „Neue Welt" habe gerade daran gekrankt, daß sie namentlich im Anfang viel zu „gründeutsch" war; gerade nach dieser Richtung müsse reformirt und auf das Lesepublikum, das sich einen besonderen Geschmack nicht aufdrängen lasse, mehr Rücksicht genommen werden. Dem Zentralwochenblatt bringt Redner volle Sympathie entgegen, man müsse aber über die Konstruktion des Blattes sehr gründliche Erwägungen anstellen. Die Lobeserhebungen, die dem „Echo" zu Theil geworden sind, bittet Redner zu unterlassen. Er habe den Eindruck gewonnen, als wenn es sich dabei mehr um negative Bosheiten gegen den „Vorwärts" handelte. (Heiterkeit.) Hier haben Sie uns gelobt, in Hamburg ist man nicht so mit uns zufrieden. Wären wir Zentralorgan, ständen wir unter der Kontrolle von

Digitized by Google

ganz Deutschland, so würde es auch an Klagen über uns nicht fehlen.

Prinz-Friedberg verlangt eine rege Agitation durch ganz Deutschland. Die Redner brauchten nicht Redner erster Qualität zu sein, die Hauptsache sei Abwechselung und größeres Leben in der Agitation. Die „Frankfurter Volksstimme" sei gerade durch die Zuwendung aus der Parteikasse gehalten und gefestigt worden, der Standpunkt Meister's könne also nicht gebilligt werden. Für die Wahlagitation um Frankfurt habe der Parteivorstand zu wenig gethan.

Stubenreich-Oggersheim bringt eine Beschwerde zu Sprache, welche Erhart-Ludwigshafen gegen den Parteivorstand zu erheben habe. Letzterer habe einem Antrag, die zur Massenverbreitung bestimmten Flugblätter theilweise auch in Mannheim drucken zu lassen, um die großen Ausgaben für Porto zu sparen, nicht stattgegeben. Das Wochenblatt erklärt Redner für eine absolute Nothwendigkeit; eine übersichtliche Zusammenstellung der Parteivorgänge werde bisher in weiten Kreisen der deutschen Genossen schmerzlich vermißt. Der Antrag, die Abgeordneten zur Agitation auf das Land hinauszusenden, sei verfehlt, weil undurchführbar.

Zu dem Antrag 29 ist inzwischen ein Unterantrag Stadthagen eingegangen, die Worte: „insbesondere durch Verstärkung des Redaktionspersonals" zu streichen.

Leßner-London: Die Londoner Genossen wünschen ein wöchentliches Zentralorgan. Der „Vorwärts" sei für die ausländischen Arbeiter, die auch noch die betr. Landesblätter halten müßten, zu theuer und biete auch zuviel Lektüre für das Ausland. Das wöchentliche Zentralorgan müsse im Sinne des „Sozialdemokrat" gehalten sein. Es sei aber auch für Deutschland eine Nothwendigkeit. Die Lokalblätter würden nicht darunter leiden. Die Landagitation hätte schon viel früher energisch in die Hand genommen werden müssen. Wenn wir schon 1848 und 1850 hier von Köln aus auf die Dörfer gehen und sehr erfolgreiche Propaganda für unsere Ideen treiben konnten, so muß das heute, bei der Masse von Agitatoren, der zahlreichen Presse, den unzähligen Vereinen viel leichter sein. Auch in England hätte man jetzt damit begonnen. Vom Mai bis September schicke die „Landliga" „rothe Wagen" ins Land. Die Redner führten darin die nöthige Literatur mit, wohnten und schliefen in den Wagen. Ueberall hielten sie Meetings ab. Vielleicht ließe es sich in Deutschland ähnlich machen. (Bravo).

Frau Eichhorn-Dresden spricht für eine Wochenausgabe des „Vorwärts" unter Weglassung des lokalen Theils. Die „Neue Welt" sei allerdings mit Recht getadelt worden; man müsse das Fassungsvermögen der Frauenwelt beachten und sie nicht durch zu schwere wissenschaftliche Kost verwirren. Die Broschüren-Literatur

Digitized by Google

namentlich aus dem Verlage des „Vorwärts“ sei zu theuer. In der Frage der Landagitation theilt Rednerin den Standpunkt Auer's. Von einem Zentralpunkt aus lasse sich die Agitation nicht mehr betreiben, sie müsse jetzt den einzelnen Kreisen überlassen werden. Von der Saalabtreiberei wisse man in Sachsen auch ein Liedchen zu singen. Einzelne Wirthe gingen sogar soweit, in ihren Lokalen Plakate anzubringen: „Notorischen Sozialdemokraten ist der Zutritt nicht gestattet.“ Im weiteren empfiehlt Rednerin besonders den Antrag 43, der die Fraktion veranlassen will, regelmäßig Flugblätter herauszugeben, die die Steuerlast und ihre hauptsächlichsten Träger zum Gegenstande habe.

Zum Antrag 115 wird das Amendement Doppler gestellt, an Stelle des zweiten Satzes folgendes zu setzen:

Dieses Flugblatt muß für die französisch sprechenden Länderstriche Elsaß-Lothringens ein französisches sein.

Ferner soll dem Antrag der Zusatz gegeben werden:

Die Ausarbeitung soll dem Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens überlassen bleiben.

Harm-Elberfeld: Die gestern und heute gehörten Klagen wegen der Agitation sind alt; sie werden auch auf den nächsten Parteitagen wieder ertönen. Den Vorstand aber sollten wir für die sichtbar gewordenen Mängel nicht verantwortlich machen. Die Agitationskomitees haben sich der Sache anzunehmen und vor allem die Fehler zu vermeiden, welche in der Agitation u. a. im Punkte der Religion mehrfach begangen wurden. Daß die „Neue Welt“ besser werden soll, ist gestern versprochen worden, wir können uns aber mit solchen Versprechungen nicht abspeisen lassen. In ihrer jetzigen Gestalt fordert sie einfach den Spott der Gegner heraus. Der „Vorwärts“ enthält für die Masse der Nicht-Berliner Parteigenossen viel zu viel Ballast; schon deswegen muß ein Wochenblatt herausgegeben werden.

Lehmann-Dortmund: Ich muß, wenn auch nicht gern, den Parteivorstand in Schutz nehmen (Heiterkeit), weil er die Rüge bezüglich der Hergabe von Geld für die Presse u. s. w., nicht verdient hat. Ein „Landgraf, werde hart!“ braucht man dem Parteivorstand wahrhaftig nicht zuzurufen. Von den Anträgen ist der Antrag 31, welcher die Veröffentlichung van Quartalsberichten über den Stand, namentlich den Abonnentenstand der Parteiblätter will, schon aus parteitaktischen Rücksichten durchaus abzuweisen. Empfehlenswerth ist dagegen, ein Korrespondenz- und Telegraphenbureau von Partei wegen zu errichten. Der Antrag Köln wegen der Veröffentlichung der Listen ist gleichzeitig überflüssig und schädlich. Die Gefahr, daß solche Adressen zu Privatzwecken ausgebeutet würden, liegt gar zu nahe. Die Anträge 69 und 70, die Taktik betreffend, sollten besser für sich allein erörtert werden.

Digitized by Google

Der Parteitag einigt sich, dieser Anregung entsprechend, dahin, die Anträge 69 und 70 bei dem Punkt 9 der Tagesordnung (Wahlrecht) zu verhandeln.

Schaal=München=Gladbach: Der Antrag Köln unter 48 trifft in seiner Wirkung gerade unseren Kreis; er will uns ein Vormundschaftsgericht setzen. Ein Komitee aus 3 Personen kann nicht in die Verhältnisse eines einzelnen Kreises genügenden Einblick haben. Im Rheinland hat eine gewisse Manie Platz gegriffen, Landagitation zu treiben, obwohl in den Städten noch sehr, sehr viel zu thun ist. Haben wir die Städte, dann geht es mit dem Lande leichter. Auf dem Lande stand bei der letzten Wahl die himmlische Gensdarmerie mit Weihwasser und die irdische mit der Feuerspritze bereit, um uns schon vor dem Dorfe zu empfangen. Mit Hunden hat man uns hinausgehetzt.

Ein Schlußantrag wird wiederum abgelehnt.

Schumann=Bielefeld giebt den von den Zieglern erhobenen Klagen Ausdruck, daß sie im letzten Jahre bei der Flugblattvertheilung fast gar nicht berücksichtigt worden sind.

Heilmann=Offenbach: Meine Mandatgeber fürchten von einem Zentral=Wochenblatt die stärkste Schädigung der gesammten Lokalpresse und nehmen ganz entschieden Stellung dagegen. Die Genossen im Auslande können ganz bestimmt, wenn sie wollen, den „Vorwärts“ halten.

Frau Schneider=Köln: Die „Neue Welt“ ist nicht das für die Frauen der Arbeiterklasse geeignete Blatt. Romane, wie in „In dunklen Tiefen“, können auf unsere Frauen nicht wirken, wie es uns allen erwünscht sein muß. Die Frau aber muß für unsere Sache gewonnen werden. Die gegnerischen Parteien verstehen das viel besser. Die Illustrationen in unseren Blättern sind zum Theil gänzlich unbrauchbar und sogar verwerflich.

Schmidt=Crefeld empfiehlt die Gründung eines Wochenblatts und außerdem den Antrag Düsseldorf in Betreff der regelmäßigen Flugblätter. Wenn schon 1848 die Landagitation im Rheinland mit Erfolg geführt werden konnte, so übersieht der Genosse Leßner aus London doch, daß inzwischen der Kulturkampf geführt worden ist, der uns eine sehr scharfe Waffe für lange Zeit aus der Hand gewunden hat. Die Frage der Religion müsse allerdings mit äußerster Vorsicht behandelt werden, da sie beim katholischen Arbeiter fast durchweg sein geistiges Leben darstelle. Der Kölner Antrag bezüglich der Kopfblätter sei insoweit zu unterstützen, daß ein Provinzialparteitag die oberste Entscheidung zu treffen habe.

Eberle=Barmen beschäftigt sich ebenfalls mit dem eben erwähnten Kölner Antrag, dessen Annahme er dringend empfiehlt. Es gehe nicht an, daß der Parteivorstand Blätter, deren Gründung von allem Anfang an verfehlt war, nachher mit großen Summe

Digitized by Google

auf die Beine helfen soll; in dem vom Antrage vorgesehenen Fällen müsse vielmehr der Zuschuß verweigert werden.

Spürkel-Essen: Für die Bergleute müsse baldmöglichst ein besonderes Flugblatt erscheinen, welches ja durch den glücklich in den Reichstag gelangten Bergmann Möller verfaßt werden könnte. Mit einem Zentralorgan als Wochenblatt ist Redner einverstanden.

Kutsche-Hannover spricht gegen dasselbe. Man klage über mangelnde Mittel und wolle doch ein neues Organ gründen; der eine wolle es als Sprachrohr des Vorstandes, der andere für die Elite der Genossen, der dritte für das Bedürfniß nach aktueller Information. Wo solle da ein zweckmäßiger Beschluß herkommen?

Hofrichter-Köln: Der Schwerpunkt für die Landagitation muß hinfort hauptsächlich in die Provinzialorganisationen fallen. Die Landagitatoren können nur aus der Landbevölkerung selbst herauswachsen. Für das Bedürfniß eines Tageblattes der Partei in Köln hat am Sonntag Abend Bebel in der Eröffnungsrede die wirksamste Empfehlung ausgesprochen. Mit einem dreimal wöchentlich erscheinenden Blatte wird der Zentrumsthurm nicht zu Fall gebracht werden.

Galm-Offenbach ist erfreut über die Erklärung des Parteivorstandes, daß die Redaktionen der Parteipresse nicht den Unterschlupf für das verbummelte Studententhum abgeben sollen. Für die Landagitation könne der Vorstand höchstens durch Abfassung von Flugblättern über brennende Fragen, so über die Tabakfabrikatsteuer, etwas thun; das übrige müsse den Landeskomitees überlassen bleiben.

Es laufen zwei Schlußanträge ein. Der Schluß der Diskussion wird angenommen.

Erdbeer-Rostock bittet, im Protokoll zu vermerken, daß ihm durch den Schluß der Debatte die Möglichkeit entzogen ist, sich zu den Punkten 1—3 der Tagesordnung zu äußern.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Schoenlank: Ich habe nicht für mich, sondern für die Parteiinteressen gesprochen. Mir scheint es gleich, ob sich Jemand im Dienst eines privaten Verlegers, der ein Parteiblatt herausgiebt, oder bei einem direkt der Partei gehörenden Blatte sich überarbeitet hat.

Bebel: Da der Schluß der Debatte auch mich moralisch guillotinirt hat, so muß ich mich auf eine persönliche Bemerkung gegen Koenen beschränken. Er hat mich zu einer öffentlichen Erklärung aufgefordert darüber, ob eine Aeußerung, die ihm privatim mitgetheilt worden ist, auf Wahrheit beruht. Ich würde auf diese Frage in der Debatte nicht geantwortet haben, weil es mir nicht einfällt, eine private Aeußerung, die Koenen falsch zugetragen worden ist, die vielleicht niedrige Klatscherei ist, zum Gegenstande der öffentlichen Debatte zu machen. Ich verwahre mich über-

Digitized by Google

haupt dagegen, daß ich für brieflich oder privatim gethane Aeußerungen hier öffentlich Rede stehen soll. Auch das zum Solinger Streit hier vertheilte Flugblatt nimmt auf briefliche Aeußerungen von mir Bezug, auf die ich mich nicht besinnen kann, ich soll sie vor 9 Jahren gemacht haben. (Heiterkeit.) Ich erkenne eine solche Verpflichtung nicht an. Wer sich privatim von mir beleidigt oder verletzt fühlt, wende sich privatim an mich.

Damit ist die Diskussion beendet. Es wird beschlossen, der vorgerückten Zeit wegen die Schlußworte der Referenten erst in der Nachmittagssitzung entgegenzunehmen und zunächst den

Bericht der Mandatsprüfungskommission

zu hören.

Berichterstatter Metzner-Berlin: Es sind 180 Delegirte anwesend, welche etwa 270 Mandate vertreten. 180 Mandate sind von der Kommission für giltig, 2 für ungiltig erklärt worden und zwar je 1 für Arnswalde-Friedeberg und für München. Das Friedeberger Mandat ist auf den Genossen Paul Bogasch ausgestellt, aber nur durch direkte Unterschriften, da eine Versammlung und Delegirtenwahl in Ermangelung eines Saales nicht stattfinden konnte. Der Kommission ist aber von dem Reichstagskandidaten des Kreises mitgetheilt worden, daß dort recht wohl ein Saal oder doch eine Scheune zu haben gewesen wäre, und daß ein Theil der Unterschriften des Mandats von Genossen gegeben sei, die in dem Kreise wohnen, aber in Berlin arbeiten, oder von solchen, die früher im Kreise wohnten, jetzt aber in Berlin. Die auf diese Weise durch Landsmannschaften in Berlin zu Stande gekommenen Mandate hat schon der Berliner Parteitag für ungiltig erklärt. Das zweite Mandat ist für Babette Urban von einzelnen Frauen und Mädchen in München ausgestellt, was nach der neuen Organisation, die nur Delegirte von Wahlkreisen kennt, unzulässig ist. Die gegen die Wahlen von Berthold-Darmstadt und Fritz-Siegburg (Siegen) erhobenen Proteste sind unerheblich. Das Mandat von Antrick-Berlin wird damit angefochten, daß Antrick durch falsche Vorspiegelungen die Wahl herbeigeführt haben soll. Antrick soll, nachdem in jenem Wahlkreise beschlossen war, nur gewerkschaftlich und politisch organisirte Genossen zu delegiren, daraufhin befragt, geantwortet haben, daß er ebenfalls einer Gewerkschaft angehöre. Dies wird im Protest bestritten; andererseits liegt aber ein Brief vor, wonach der schon vor längerer Zeit erklärte Beitritt Antrick's zur Freien Vereinigung der Kaufleute durch Vergeßlichkeit des mit seiner Anmeldung Beauftragten erst später zur Kenntniß der Vereinigung gelangt sei, während von der anderen Seite dieser Brief wieder als auf Unwahrheit beruhend hingestellt wird. Maßgebend für die Kommission war, daß im Organisationsstatut

Digitized by Google

über die Nothwendigkeit der Zugehörigkeit zu Gewerkschaften nichts gesagt ist. Es lag daher für die Kommission kein Grund vor, das Mandat zu beanstanden; die näheren angeführten Umstände klar zu stellen ist nicht Sache der Kommission, sondern Angelegenheit des Kreises. Bleibt noch die Solinger Angelegenheit, die schon im vorigen Jahre und jetzt wiederum den Parteitag in Anspruch nimmt. Von Solingen liegen 6 Mandate vor, alle gültig ausgestellt. Nach der Organisation soll ein Wahlkreis nicht mehr als 3 Mandate vergeben, diese Bestimmung ist hier verletzt, und welche 3 von den 6 als die zu Recht Gewählten zu betrachten seien, entzog sich bis zu einem gewissen Grade unserm Urtheil. Außerdem ist Inhalts eines auch hier im Saale vertheilten Flugblattes im Kreise Solingen der Ausschluß von 9 Personen aus der Partei beschlossen worden, und zu diesen Ausgeschlossenen gehören auch 8 der hier erschienenen Solinger Delegirten. Dieser Ausschluß besteht noch nicht voll und ganz zu Recht, da man bis jetzt nicht weiß, ob die Ausgeschlossenen den Instanzenweg gegen den Ausschluß beschritten haben. Weil die Lage aber ganz zweifelhaft ist, blieb der Kommission nichts übrig, als dem Parteitage die Entscheidung zu überlassen; sie hat die Solinger Mandate zunächst nur beanstandet. Auch das Mandat für Wilde-Neuß haben wir beanstanden müssen, weil er zu jenen Ausgeschlossenen auch gehört.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Singer werden zunächst die für giltig zu erklärenden Mandate zur Debatte gestellt.

Stadthagen bittet, das Mandat für Dr. Heymann-Berlin IV für ungiltig zu erklären. Im Wahlkreise sei beschlossen worden nur gewerkschaftlich und politisch organisirte Genossen zu wählen. Heymann sei in der Voraussetzung gewählt worden, daß er politisch organisirt sei. Er habe sich aber erst nachträglich in den Wahlverein aufnehmen lassen. Heymann hätte in jener Versammlung nicht verschweigen dürfen, daß er noch nicht politisch organisirt sei. Es liege darin ein Mangel an Offenheit.

Heymann: Die Frage, ob ich politisch organisirt bin, ist an mich gar nicht gestellt worden. Auf die Frage, ob ich gewerkschaftlich organisirt bin, habe ich auf meine Stellung als Arzt hingewiesen.

Stadthagen: Heymann hat meine Ausführungen lediglich bestätigt. Ich beantrage, den Fall an die Kommission zu verweisen.

Bebel: Im § 1 des Organisationsstatuts ist nirgends die Zugehörigkeit zu einem Fachverein vorgeschrieben. Eine solche Vorschrift würde auch vereinsgesetzlich unzulässig sein. Sehr fraglich ist im Gegentheil, ob die Genossen ein Recht haben, solche Bedingungen zu stellen, die das Statut nicht vorsieht. Man könnte gerade dazu gelangen, alle Mandate, wo dies geschehen ist, für ungiltig zu erklären. Will man die Bedingungen ändern, dann muß man das Statut ändern.

Digitized by Google

Zubeil als Vertrauensmann von Berlin IV bittet, das Mandat sofort anzuerkennen. Es sei ja ein Fehler gemacht worden, aber nicht von Heymann. Ein Protest aus dem Wahlkreise selbst liege auch nicht vor.

Stadthagen: Was Bebel ausführt, trifft nicht zu. Es handelt sich nicht um die Frage der Parteigenossenschaft, sondern darum, ob die Wahl giltig erfolgt ist. Der Wille der Versammlung würde einen andern Ausdruck gefunden haben, wenn sie gewußt hätte, daß Heymann nicht politisch organisirt ist. Daß Heymann diese Thatsache verschwieg, darin liegt eben eine gewisse Unaufrichtigkeit. (Schlußrufe.)

Das Mandat Heymann's wird mit großer Mehrheit für giltig erklärt, desgleichen die übrigen Mandate, die die Kommission nicht beanstandet hat.

Ueber die Frage der Giltigkeit des Berliner Mandats von Antrick erhebt sich gleichfalls eine Debatte.

Silberschmidt tritt für die Giltigkeit ein und weist den Vorwurf, daß Antrick es durch Vorspiegelung falscher Thatsachen erschlichen habe, zurück. Genosse Kaatz aus Berlin II bezeuge ausdrücklich, daß er von Antrick schon im Juli beauftragt worden sei, ihn bei der Freien Vereinigung der Kaufleute anzumelden, auch den Beitrag von 3 Mk. erhalten, aber die Anmeldung vergessen habe. Er habe diese nachträglich bewirkt und für seine Vergeßlichkeit beim Vorstande um Entschuldigung gebeten.

Türk führt dagegen aus, daß zur Zeit der Wahl Antrick in den Büchern der Freien Vereinigung der Kaufleute nicht verzeichnet gewesen sei. Erst einige Tage später sei Kaatz gekommen und habe die Anmeldung unter Zahlung von 3 Mk. Beitrag für die Zeit seit Juli bewirkt.

Auch dieses Mandat erklärt der Parteitag für giltig.

Für die Giltigkeit seines Mandats für Friedeberg-Arnswalde tritt dann Bogasch persönlich ein. Die dortigen Genossen hätten vergeblich nach einem Lokal gesucht. Auch eine Volksversammlung unter freiem Himmel sei nicht genehmigt worden. Nunmehr hätten die Friedeberger Genossen, welche in großer Zahl in Berlin arbeiten, eine öffentliche Volksversammlung in Berlin einberufen. Das Mandat sei dann aber auch noch behufs Unterschriftensammlung in den Wahlkreis gesandt worden.

Die Verhandlung wird um 1 Uhr 10 Minuten vertagt.

Nachmittagssitzung.

8¼ Uhr. Vorsitzender Singer theilt mit, daß das Mandat der Genossin Urban irrthümlich für den Parteitag ausgestellt worden ist; sie sollte zu der gelegentlich des Parteitages in Köln

Digitized by Google

angesetzten Frauen-Konferenz delegirt werden. Das Mandat für den Parteitag zieht Frau Urban hiernach zurück, wird aber vom Vorsitzenden unter allseitiger Zustimmung des Parteitages gebeten, den Verhandlungen als Gast beizuwohnen.

Die Verhandlung der Anträge der Mandatsprüfungskommission wird fortgesetzt.

Fischer-Berlin tritt für die Giltigerklärung des Mandates Bogasch ein; Millarg widerspricht den Ausführungen Bogasch's. Das Mandat wird dann mit großer Mehrheit für giltig erklärt.

Zu dem Antrag der Kommission in Betreff der 6 Solinger Mandate und des Mandats von Wilde für Neuß-Grevenbroich beantragt Lehmann, eine Kommission bestehend aus 7 Delegirten und 2 Vorstandsmitgliedern niederzusetzen.

Hülle-Erfurt beantragt, sämmtliche Mandate für giltig zu erklären. Das Organisationsstatut lasse das zu, da nur in der Regel nicht mehr als 3 Vertreter eines Kreises gewählt werden sollen. Ausnahmen seien also statthaft, und hier müsse eine solche gemacht werden.

Schallbruch-Solingen ist gegen diesen Vorschlag, der den Streit im Solinger Kreise verewigen würde, während die Beilegung gleichmäßig im Interesse der Partei und der Solinger liege. In diesem Sinne erklärt sich Redner für eine Kommission.

Bebel: Hülle hat vollkommen Recht mit der Auslegung des Statuts, aber die bisherige Auffassung geht allgemein dahin, daß höchstens 3 Delegirte gewählt werden sollen, und ich meine, wir sollten auch hier keine Ausnahme machen. Ich schlage vor, die Kommission aus 6 Delegirten und 1 Vorstandsmitglied zusammenzusetzen. Im Uebrigen aber möchte ich mich hier einmal überhaupt gegen beide Parteien wenden. (Lebhafte Zustimmung) Schon im vorigen Jahre hat der Solinger Streit dem Parteitag kostbare Zeit weggenommen. Die Kommission hat damals einen Schiedsspruch vorgelegt, der Parteitag hat ihn angenommen, und was ist die Folge? Heute ist der Skandal größer als je! Ich will nicht untersuchen, wer angefangen hat; auf beiden Seiten liegt ein großer Theil der Schuld, hüben wie drüben! Ich halte für nöthig, daß die Herren jetzt vom Parteitag zur Ruhe verwiesen werden; die Kommission mag erwägen, ob nicht ein Mißbilligungsvotum für beide Theile vorgeschlagen werden soll. Was noch nie da war, haben wir in Solingen erlebt: Zwei Kandidaten der Partei zur Reichstagswahl! Das ist ein geradezu unerhörter Zustand! (Lebhafte Zustimmung.)

Lehmann-Dortmund spricht sich für den Vorschlag Bebel's aus, Gewehr-Elberfeld für den Antrag Hülle.

Katzenstein ist für eine Kommission, will aber deren Votum ohne Debatte angenommen wissen, damit der Parteitag keine Sekunde Zeit mehr mit den Solingern verliere.

Digitized by Google

Kunkel-Solingen spricht gegen Einsetzung einer Kommission, Huth dafür; die Kommission soll namentlich auch dafür eintreten, daß endlich im Kreise eine Parteiorganisation geschaffen werde.

Schumacher ist mit dem Kommissionsantrag einverstanden. Bebel will beiden Theilen gehörig die Wahrheit sagen. Das ist schon im vorigen Jahre ausgiebigst geschehen. Aber die Sache hat auch ihre sehr ernste Seite. Wenn die Behauptungen wahr sind, die diese Leute gegen mich aufstellen, so bin ich unter keinen Umständen mehr würdig, Parteigenosse zu sein. Sie bezichtigen mich des Diebstahls, sie behaupten, ich hätte von den Hamburger Rhedern bei der Abstimmung für die Dampfersubvention Geld bekommen, sie bezichtigen mich ferner, daß ich in Berlin eine zweite Frau habe. (Heiterkeit.) Sie lachen darüber, meine Frau, meine Kinder lachen nicht über solche Behauptungen. Die Dinge sind sehr persönlich, aber es waltet auch eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit ob.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen und die Beanstandung der 6 Solinger Mandate ausgesprochen. Die Betreffenden bleiben bis zur Entscheidung durch die Kommission stimmberechtigt.

Der Antrag auf Niedersetzung einer Kommission wird ebenfalls angenommen; dieselbe soll nach dem Vorschlage Bebel's aus 6 Delegirten und einem Vorstandsmitgliede bestehen.

Der Antrag Katzenstein wird vom Vorsitzenden als unzulässig bezeichnet und vom Antragsteller zurückgezogen. Der Kommission wird auch die Beschwerde aus Neisse zur Begutachtung überwiesen.

Nunmehr kehrt der Parteitag zurück zur Fortsetzung der Verhandlung über die Punkte 1—3 der Tagesordnung.

Das Schlußwort nimmt

Berichterstatter Auer: Ich will zunächst auf einzelne Beschwerden kurz die nothwendige Antwort geben. Genosse Eberle hat geklagt über die Verweigerung einer Summe von 4000 Mark für die streikenden Riemendreher. Es stimmt, wir haben das Geld nicht gegeben, das Parteigeld ist nicht zu Streikzwecken gesammelt, wir können es à conto von Streiks nicht geben, sonst würde die Parteikasse überhaupt nicht mehr in Ordnung gehalten werden können. Millarg hat hervorgehoben, daß der Einfluß der Preßkommission in Berlin ein zu eng begrenzter sei. Demgegenüber hebe ich hervor, daß in fast allen Fragen die Wünsche der Preßkommission von dem Vorstande berücksichtigt worden sind und daß die Preßkommission zu ihrem vollen Rechte gelangt ist. Ob in Berlin der Wunsch vorhanden ist, daß das Blatt aus dem Verbande mit der Parteileitung herausgelöst und wieder zum reinen Lokalblatt gemacht werden soll, weiß ich nicht. Bisher sind die gemeinsamen Sitzungen mit der Preßkommission die angenehmsten gewesen, welche ich mitgemacht habe. Genosse Huber-Ludwigshafen hat gerügt, daß man nicht in

Digitized by Google

Mannheim Flugblätter habe drucken lassen. Der betreffende Antrag ist schon an den Vorstand gelangt; ich kann Sie nur bitten, alle solche Anträge abzulehnen. Es wäre ein ganz unbilliges Vorgehen, eine oder die andere Druckerei in der Partei zu bevorzugen und anderen nichts zu geben. Wollen wir aber allen Druckaufträge geben, dann bekommen wir ein unentwirrbares Durcheinander. Vor Allem würden wir verzichten müssen auf das einheitliche Format, welches von den Parteitagen früher beschlossen worden ist. Ebenso würden wir mit der Versendung in eine große Verwirrung gerathen. Ferner handelt es sich hierbei um eine wesentlich finanzielle Frage. Selbstverständlich wird bei Massenauflagen, wie z. B. von Bebel's Rede, die in 1 700 000 Exemplaren gedruckt wurde, der Preis so billig gestellt, daß damit gar keine kleine Druckerei konkuriren kann. Dem gegenüber kommen die paar Mark Porto garnicht in Betracht. Gewehr tadelt, daß die Eintheilung der Agitationsbezirke durch den Parteivorstand zu spät erfolgt ist. Wir hatten doch aber auf den Zeitpunkt der Reichstagsauflösung keinen Einfluß; ob dieselbe überhaupt erfolge, stand bei der Zusammensetzung des Reichstags und seiner einzelnen Parteien bis zuletzt in Frage. Die Durchführung der Wahlbewegung hat bewiesen, daß die Sache ganz famos geklappt hat überall da, wo geeignete Kräfte vorhanden waren. Schmalfeld und Andere haben verlangt, daß seitens des Vorstandes die Frage der Tabakfabrikatsteuer aufgegriffen und zu großen Agitationen aufgefordert werden sollte. Demgegenüber erinnere ich daran, daß früher diese mechanische Art monirt wurde. Es mache, so hieß es damals, einen sehr schlechten Eindruck, wenn die Agitation von oben angeordnet und die Genossen wie Soldaten von oben her kommandirt werden; solche Schritte zu unternehmen müsse man dem Impulse der Genossen selbst überlassen. Diese Gründe haben damals durchgeschlagen, und wir haben jetzt die Probe auf das Exempel; die Genossen sind übrigens in der eifrigsten Arbeit auf diesem Gebiete begriffen. Meist bedauert, daß das Flugblatt gegen die Militärvorlage so spät kam. Ich wiederhole, es ist sehr leicht zu beschließen, nachher aber haperts mit der Ausführung. Wir hätten es auch gern früher gebracht, aber es ist eben nicht gegangen. Stein-Hanau will statistische Aufstellungen über Saalabtreibereien und ähnliche Polizeichikanen. Wir haben garnichts dagegen, daß jeder einzelne Fall von der Lokalpresse in die Oeffentlichkeit gebracht wird, aber viel Sinn hat es doch wohl kaum, daß wir von Partei wegen durch Aufruf diese Arbeit machen und dann gezwungen sein sollen, Mittheilungen zu veröffentlichen, deren Richtigkeit wir garnicht prüfen können. Die Frage der Saalabtreiberei wollen wir aber im Reichstage zur Sprache bringen. Sammeln Sie das Material, hüten Sie sich aber vor allem davor, etwas zu behaupten, wofür nachher der Beweis nicht erbracht werden kann. Den Ausführungen des Ge-

Digitized by Google

nossen Türk, daß der Rückgang unserer Stimmen in den Handelsstädten sehr erheblich gewesen sei, weil man dort nicht verstanden habe, die Handlungsgehilfen der Sozialdemokratie günstig zu stimmen, muß ich ebenfalls widersprechen. Seine Auffassungen waren mindestens ein bischen sehr sanguinisch. Bei aller Anerkennung für die Thätigkeit unserer Genossen im Handelsgewerbe verdanken wir doch weder den dritten und fünften Berliner Wahlkreis ausschließlich der Hülfe der Freien Vereinigung der Kaufleute, noch haben wir Bremen und Lübeck verloren, weil dort eben solche Vereine noch nicht existirten.

Von kleinen Nebensächlichkeiten abgesehen, sind wir in Bezug auf die Organisation einig. Sie ist gewiß noch kein unübertreffliches Muster, aber es kommt auch weniger auf die Form, als auf die Männer an, welche sie handhaben sollen. Weiter hole ich die Mittheiluug nach, daß das Archiv jetzt endlich einmal untergebracht und ausgepackt ist, daß im Laufe des Jahres der Katalog fertig und in der nächsten Zeit das Archiv den Parteigenossen zur Verfügung gestellt sein wird. Die Regelung dieser Angelegenheit ist verzögert worden dadurch, daß im Sekretariat der Partei schon früher ein Reichstagsabgeordneter, jetzt deren zwei vorhanden sind, welche viel Zeit brauchen, um ihrem Mandat gerecht zu werden; dann sind die Wahlen dazwischen gekommen und zuerst hat es auch an einem Raum für das Archiv gefehlt.

Bezüglich der Agitation haben wir zwar sehr vieles gehört, aber meistens wurden doch die alten Bekannten, nur theilweise mit neuem Gewand vorgestellt. (Sehr richtig!) Ich mache damit den Genossen keinen Vorwurf, auch ich wüßte nicht, was ich Neues sagen sollte. Was alles nothwendig, was alles schwierig ist, das haben wir immer wiederholen hören. Wenn nun unser alter verehrter Genosse Leßner, der das Jahr 1848 und die damalige Landagitation erwähnte, glauben sollte, daß wir uns da noch vor einem neuen Gebiete befänden, so würde er sich in großem Irrthum befinden. Wir haben in der Landagitation ganz kolossale Fortschritte gemacht. (Zustimmung.) Ich war dieses Jahr in meiner niederbayrischen Heimath, und selbst dort habe ich diese Fortschritte mit eigenen Augen sehen können. Ueberall in diesen ländlichen Kreisen wird seitens der arbeitenden Bevölkerung die Sozialdemokratie als der Retter aus der Noth betrachtet, auf den sich Aller Augen richten. Wenn es einen zurückgebliebenen Winkel giebt, dann ist es meine Heimath Niederbayern, der schwärzeste Punkt im deutschen Reiche, aber auch dort fehlt es nicht mehr an Anhängern und eifrigen Agitatoren für unsere Sache. Ein Redner aus dem Hessisch[illegible] meinte, man müsse aufs Land immer neue Redner schicken, [illegible] verlange dort immer frische Kräfte. Das kann doch nicht so [illegible] zutreffen, der Pfarrer ist ja auch immer derselbe (Große Heiterk[illegible]).

Digitized by Google

an dem müssen Sie sich ein Beispiel nehmen. In den Versammlungen ist es daneben aber doch auch interessanter als in der Kirche, wo nur Einer spricht und die Andern zuzuhören haben. —

Am meisten umstritten worden ist das Kapitel von der Presse. Da habe ich mich zunächst gegen den Sprecher der Kontrolleure zu wenden, in deren Auftrage Meister uns einen Tadel ausgesprochen hat, weil wir zu viel Geld für die Presse ausgegeben haben. Ich stelle nur richtig, daß man die im Bericht gegebenen Ziffern in ihrer Gesammtheit so schlankweg nicht auf das Konto des durch den Parteivorstand Gegebenen schreiben darf. In Wirklichkeit haben die Unterstützungen nicht 50,000 Mk. ausgemacht, sondern die in diesem Jahre seit dem vorigen Parteitage beschlossenen Unterstützungen betrugen bloß 16,154 Mk. Der „Bote von der Saar" ist mit 1900 Mk. aufgeführt; diese Unterstützung erfolgte auf Grund früherer Parteibeschlüsse. Auf die „Elsaß-Lothringische Volkszeitung" mit 3500 Mk. trifft ganz dasselbe zu; die Ausgabe für die „Gazeta Robotnicza" von 3850 Mk. ist uns entstanden in Folge des Hallenser Beschlusses, ein polnisches Blatt herauszugeben. Die Summe für die „Münchener Post" ist auch schon im vorigen Jahre ausgezahlt gewesen. Die Zahlungen für die „Volkstribüne" mußten geleistet werden, nachdem das Blatt eingegangen war, weil wir die Berliner Arbeiterbibliothek übernommen hatten, und wir sind dabei sehr gut weggekommen. Ueber die 10,000 Mk. für die „Wiener Arbeiterzeitung" brauche ich wohl nicht weiter zu sprechen, Sie haben ja den Dank des Genossen Reumann gehört und aus Ihrem Beifall zu seinen Worten habe ich schon die Decharge herauszuhören geglaubt. Wir stecken den Blättern das Geld wirklich nicht leichtherzig zu. Fragen Sie nur bei den Genossen an, die kein Geld auf ihren Antrag bekommen haben. Wenn man auch nicht von Knauserigkeit des Vorstandes sprechen kann — Genosse Schmidt-Frankfurt hat uns ja schon früher in dieser Beziehung die größten Liebenswürdigkeiten gesagt, er meinte, daß wir auf den Geldsack säßen wie alte Geizhälse (Heiterkeit) — so ist doch die Ermahnung der Kontrolleure, den Daumen auf den Beutel zu halten, auch nicht immer durchführbar.

Was nun das Wochenblatt betrifft, so kann ich der Auffassung nicht beitreten, daß dieses neue Organ für die Landagitation benutzt werden soll. Diese Absicht liegt dem Parteivorstande ganz fern. Das Blatt soll vor Allem der Erörterung von Parteifragen dienen, in der Art wie früher es der Leipziger „Volksstaat" und „Vorwärts" und der „Neue Sozialdemokrat" thaten. Heute fehlt dafür ein Organ, der „Vorwärts" kann es nicht sein. Wir haben fast gar keine Situationsberichte aus den einzelnen Bezirken, der „Vorwärts" ist in ganz hervorragendem Maße Lokalorgan geworden. Den kleinen Wochenblättern wird dadurch nicht ein Abonnent ver-

Digitized by Google

loren gehen. Geschähe das, dann würde das neue Blatt eben seinen Zweck verfehlt haben. Trotz alledem wird es mir schwer, dafür zu stimmen, und zwar wegen der Personenfrage. Beschließen Sie einen festen Termin, bis zu welchem das neue Blatt eingerichtet sein muß, so werde ich mit Nein stimmen; denn die Frage nach dem geeigneten Redakteur ist nicht beantwortet, der passende Mann ist nicht genannt worden, so lang auch die Leporelloliste des Genossen Fuchs war. Fuchs selbst hat ja erklärt, daß er mit allen von ihm Genannten Rücksprache nicht genommen, und angeboten hat sich bis jetzt noch keiner. Die Frage der Persönlichkeit bleibt, darüber täuschen Sie sich nicht, ausschlaggebend. Wir haben mit dem Moment, wo das Blatt geschaffen wird, zwei Zentralorgane, die sehr leicht zu Friktionen kommen können, wenn sich die Redaktionen nicht ganz genau unter einander verstehen. Nehmen Sie den betreffenden Antrag an, dann verstehe ich ihn als den Ausdruck des Wunsches, daß der Vorstand die Angelegenheit weiter zu führen bemüht sein soll.

Was nun endlich die Zustände beim „Vorwärts“ betrifft, so muß doch der Genosse Schmidt-Berlin sich den Parteivorstand als eine sehr knauserige Gesellschaft vorstellen, wenn er ausführt, daß schon der Vorgänger von Schoenlank, ebenso wie dieser, wegen Ueberarbeitung ausgeschieden sei, weil der Parteivorstand beiden die Anstellung einer Hilfskraft abgeschlagen habe. Wenn Schoenlank in Folge von Ueberarbeitung ausgetreten ist, so ist dieser Grund mir und auch den andern Vorstandsmitgliedern neu. Der Vorgänger Schoenlank's steht aber heute wieder an derselben Stelle im „Vorwärts“. Wenn er damals aus Ueberarbeitung ausgetreten wäre, hätte er doch sehr unvorsichtig gehandelt, sich jetzt wieder in die Tretmühle einzustellen.

Von den Genossen Schoenlank, Arons und den anderen Rednern, die mit den Genannten übereinstimmten, hätte ich wenigstens erwartet, daß sie uns im Vorstande nicht für so gar traurige Geschäftsleute gehalten hätten, die nicht wissen, daß jeder Groschen, der zur Verbesserung des Inhalts des „Vorwärts“ angewendet wird, Wucherzinsen trägt. Eine Geldfrage ist die Frage der Redaktionsbesetzung des „Vorwärts“ nie gewesen. Lediglich um eine Personenfrage handelt es sich. Geld haben wir thatsächlich, aber den rechten Mann am rechten Orte zur rechten Zeit können wir nicht einfach durch Beschlüsse und Wünsche herbeiführen. Der Nachwuchs für die in kurzer Zeit rasch angewachsene Parteipresse ist noch nicht da. Dazu kommt ein anderes. Ein von uns angestellter Genosse erhält gewissermaßen damit ein Recht auf diese Stelle. Wir können nicht wie der Bourgeois sagen: „Wir wollen es 'mal probiren! Taugt er nicht, so lasse ich ihn nach 4 Wochen wieder gehen.“ Deshalb ist die Personenfrage für uns so außer-

Digitized by Google

ordentlich schwierig, und bis jetzt ist es uns noch nicht gelungen, die Redaktion des „Vorwärts“ so zu besetzen, wie wir es wünschen. Es sind hier harte Worte der Kritik gefallen, aber im Großen und Ganzen ist uns gar nichts Neues gesagt worden. Wir empfinden diese Mängel wie Sie. So richtig wie Schoenlank's Kritik war, überraschte sie mich gerade von seiner Seite. Schoenlank war es, der wesentlich mit die Ordnung der Verhältnisse im „Vorwärts“ erschwert hat. Wir haben ihn seinerzeit ersucht, in die Redaktion einzutreten. Er gab uns damals einen Korb; er trat bei einem Unternehmen ein, welches halb kathedersozialistisch, halb parteigenössisch schreibt und jedenfalls kein parteigenössisches Organ ist und sein will, wenn auch der Redakteur Parteigenosse ist. Nach kurzer Zeit gab Schoenlank aber dies Verhältniß auf und bot sich uns an. Wir nahmen ihn sofort und waren froh in der Hoffnung, daß jetzt endlich einmal im „Vorwärts“ stabile Verhältnisse eintreten würden. Denn dem „Vorwärts“ fehlt der leitende Mann. Liebknecht ist unser bewährtester Genosse, unser erster Agitator Er soll überall sein. Kaum daß die Reichstagswahl vorbei war, mußte er nach Zürich; können Sie sich einen internationalen Kongreß denken, den Deutsche besuchen, wo Liebknecht nicht dabei ist? Von da ging er nach Sachsen zur Landtagswahl-Agitation; jetzt sitzen wir hier in Köln, und bald kommen die Reichstagsverhandlungen, die ihn dann in Anspruch nehmen. So geht es Jahr aus Jahr ein. Der Leiter des Blattes fehlt von den zwölf Monaten des Jahres mindestens fünf. Dennoch will ihn Niemand entbehren an dieser Stelle: also müssen wir ihn entlasten von einer Arbeit, die er im bisherigen Umfang einfach aus physischen Gründen nicht zu tragen im Stande ist.

Wie gesagt, wir engagirten Schoenlank und freuten uns, daß wir endlich die Hilfe, die Entlastung hatten, die wir so nothwendig brauchten. Nach erfolgter Auflösung des Reichstags erklärte nun Schoenlank, er wolle kandidiren. Wir haben alles aufgeboten, ihn davon abzubringen, ich bin sogar so weit gegangen, ihn grob anzufahren (Heiterkeit); er erklärte uns aber, er habe wie jeder Genosse das Recht, alle Würden in Anspruch zu nehmen, die man durch die Bethätigung im öffentlichen Leben erwerben könne, er wolle sich nicht in den Redaktionswinkel vergraben lassen, er wolle auch an der Stelle stehen, wo man gesehen werde. (Hört! Hört!) Das „Hamburger Echo“ wurde hier gelobt; dieses Blatt zeichnet jedenfalls der Umstand aus, daß es eine konstante Redaktion hat, wo, mit einer Ausnahme, keiner der Redakteure ein Nebenamt hat. Die Redaktion des „Vorwärts“ läßt sich auch nicht im Nebenamt wahrnehmen. Gerade Schoenlank trifft also ein erheblicher Theil der Schuld, daß noch diese Klagen gegen die Redaktion erhoben werden können. Schoenlank ist es, der uns im Stiche gelassen hat. Nun redet man von Filzigkeit; gerade Schoenlank hätte das geringste Recht, diesen Vorwurf zu

Digitized by Google

erheben. Wir zahlen am „Vorwärts“ Gehälter, welche gewiß bei der Bourgoispresse noch höher sind; der Vergleich muß aber in unsern Reihen bleiben, und da erinnere ich an das Wort des Genossen Hoffmann auf dem Berliner Parteitage: Lieber Hausknecht am „Vorwärts“ als Redakteur eines Lokalblattes in der Provinz! Als wir Firmenträger vom Hamburger Geschäft das Gehalt der leitenden Redakteure des „Echo“ auf 300 Mark pro Monat erhöhten, haben uns die Hamburger Genossen in öffentlicher Versammlung ein Mißtrauensvotum ausgestellt. Wir dürfen nicht vergessen, daß Genossen, welche als Redakteure in der Parteipresse sehr Verdienstliches leisten, noch immer mit 25 Mark pro Woche bezahlt werden. Ueber den zweiten Redakteur, welchen Schoenlank verlangte, hätte sich ja reden lassen; aber er hatte uns in seiner bekannten erregten Art sehr rasch den Stuhl vor die Thür gesetzt, und wir mußten uns auch sagen: Allzulange ist er ja noch an keiner Stelle geblieben, er möge hinziehen, unser Segen sei mit ihm! (Große Heiterkeit.) Aber er durfte sich nicht hier hinstellen, uns derart abkanzeln und uns Geizknüppel schelten. Wir sind eben bei der Anstellung der Redakteure auch an gewisse Grenzen gebunden. Liebknecht ist nicht der einzige Abgeordnete am „Vorwärts“; augenblicklich sind bis zu der Anstellung in Aussicht genommenen Wechsel des Lokalredakteurs drei und mit Schoenlank waren vier Abgeordnete beim „Vorwärts“ beschäftigt. Also die Redaktionsfrage, ich wiederhole es noch einmal, ist nicht eine Frage des Geldes. Den Tropfen jüdischen Blutes hat der Vorstand in seiner Mitte, daß er weiß, wie Geld anzulegen ist. (Stürmische Heiterkeit.) Ich bin der festen Ueberzeugung, daß die Diskussion über die „Vorwärts“-Angelegenheit hier uns nicht geschadet hat. Wir müssen Ordnung schaffen; aber ich konstatire, daß der, der hier als erster Angreifer auftritt, uns bei dem Bemühen, Ordnung zu schaffen, im Stiche gelassen hat.

Der Referent präzisirt nun gegenüber den einzelnen Anträgen kurz die Stellung des Parteivorstandes und schließt unter lebhaftem Beifall mit der Bitte, falls er die Zeit etwas lange in Anspruch genommen habe, dies damit entschuldigen zu wollen, daß er auf eine zweitägige Debatte zu antworten hatte.

Für die Kontrolleure erhält hierauf das Schlußwort

Meister: Merkwürdigerweise ist gegen meine Ausführungen nur von Genossen aus solchen Orten Stellung genommen worden, welche zu den Pensionären unserer Hauptkasse gehören. Anders steht es mit dem Vorwurf des Genossen Lux, daß die Kontolleure einen kleinlichen Gesichtspunkt in dieser Frage eingenommen hätten. Wir mußten auch dieser Frage unsere Aufmerksamkeit widmen, wenn wir unser Mandat ganz ausfüllen wollten. Irrig ist, wenn die Genossen glauben, wir Kontrolleure seien überhaupt gegen jede Unterstützung der Parteipresse. Nach dem Aufhören des Aus-

Digitized by Google

nahmegesetzes sind die Parteiblätter wie die Pilze aus der Erde gewachsen, an verschiedenen Orten wäre nach unserer Meinung ein eigenes Organ nicht nöthig gewesen. Sehr wohl wäre es möglich, daß die Genossen solcher Orte sich mit einem Blatte begnügten, welches in einem nahe gelegenen Orte erscheint, und nicht für ganz kleine Kreise Konkurrenzblätter schafften. Das bestehende ältere Organ würde dann besser fundirt sein, und zahlreiche Mißhelligkeiten würden fortfallen. Es birgt auch eine Gefahr für die Partei in sich, wenn von dem Partei-Vorstande den Ansprüchen auf diesem Gebiete zu willig entgegengekommen wird; denn was dem Einen gewährt wird, kann dem Andern nachher nicht verweigert werden. Ein unangenehmes Verhältniß der Kontrolleure zu dem Parteivorstand hat nicht im geringsten Platz gegriffen. Wir wissen, der Parteivorstand prüft sehr genau, und wenn er Geld gewährte, hat er vor einer vollendeten Thatsache gestanden, ob das Blatt Bankerott machen soll oder nicht. Legien hat den „Volkswille“ in Hannover erwähnt. Dieser aber hat deswegen keinen Zuschuß erhalten, weil er versucht hat, sich aus den zur Verfügung stehenden Mitteln einzurichten. Das ist an manchen Orten nicht geschehen. Sie werden vielleicht dem Antrage auf Gründung eines Wochenblatts ihre Zustimmung geben. Auer hält es für ganz unschädlich für die bestehende Lokalpresse; ich bin anderer Ansicht. Die verschiedensten Zweckbestimmungen werden dem Blatte untergelegt. Es würde aber, wenn es nach allen den erwähnten Richtungen ausgestaltet wird, jedem etwas bieten und dann doch wirklich die bestehende Presse gefährden. Wir halten dafür, es kommt nicht allein darauf an, mit der Zukunft zu rechnen, sondern in etwas auch mit der Gegenwart, mit der bestehenden Presse, deren Existenzfähigkeit für uns wesentlich mit in Betracht kommt. Für Hannover spreche ich nicht, denn das hannöversche Blatt wird sich ohne Zuschuß erhalten; es müssen aber alle allgemeinen Gesichtspunkte in Betracht gezogen werden, die bei solchen Neugründungen in Betracht kommen; daran haben wir uns gehalten, und deshalb richten wir an die Parteigenossen im Lande diese Mahnung. Dem Vorstande bitte ich Namens der Kontrolleure Decharge zu ertheilen.

Schoenlank bemerkt persönlich gegen Auer: Ich war bereits wochenlang bei dem Sozialpolitischen Zentralblatt engagirt, als der Vorschlag des Vorstandes an mich herankam; ich konnte ihm nicht [...]sprechen. Auch war nicht ich, sondern Liebknecht Chefredakteur. [...]ei Chefredakteure kann es ebenso wenig geben, als zwei Chefs [...]es Generalstabs.

Entsprechend dem Antrage der Kontrolleure wird dem Partei[...]rstand einstimmig Decharge ertheilt.

Es wird nun zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge [...]-68, 107—111, 113—122 und 125 geschritten.

Digitized by Google

Der Antrag 29 wird unter Ablehnung des Unterantrages Stadthagen mit starker Mehrheit angenommen.

Zum Antrag 32 (Zentral-Wochenblatt) führt Singer aus, daß nach der Ansicht des Vorstandes, ohne sich auf Einzelheiten zu verpflichten, das Blatt wöchentlich einen prinzipiellen Artikel mit Bezug auf das Programm, ferner einen politischen Artikel über eine aktuelle Frage, dann eine Chronik der Ereignisse innerhalb der Partei bringen solle, sodaß dem Blatte ein lokaler Charakter nicht anhafte. Der Vorstand sei der Meinung, daß an eine Konkurrenz mit anderen Parteiblättern kaum zu denken sein werde.

Es wird beschlossen, über den Antrag in der Fassung abzustimmen, wie sie der Antrag 110 vorschlägt.

Die Abstimmung ist eine namentliche und ergiebt die Annahme des Antrags mit 134 gegen 66 Stimmen.

Mit Ja stimmen: Adler, Auer, Albert, Antrick, Arons, Baerer, Bamberger, Bebel, Beckmann, Berthold, Bilz, Bökert, Bogasch, Deinhardt, Diehl, Doppler, Eberle, Eichhorn-Dresden, Eichhorn-Pirna, Fell, Felgentreff, Fickermann, Fischer-Berlin, Fischer-Hamburg, Fries, Fritz, Fuchs, Geck, Gerisch, Gerischer, Gerlach, Gewehr, Gockel, Grauer, Günther, Haase, Hamann, Harm, Hasebeck, Heinrich, Hesse, Heßmer, Heusgen, Heymann, Hillermann, Hofmeister, Hofrichter, Huber, Huth, Jahn, Jochem, John, Kaufmann, Keller, Kerrl, Kleemann, Klippel, Köhler, Lange, Legien, Lehmann, Lehniger, Lesche, Leßner, Leven-Gera, Leven-Solingen, Lienau, Lütgenau, Lux, Meis, Meist, Metzner, Meyer, Michaelis-Waldenburg, Michels-Köln-Land, Millarg, Molkenbuhr, Müller, Nikulski, Nitzschke, Orbig, Oertel, Offermann, Opificius, Oster, Ostwald, Prinz, Rahm, Reinhardt, Riedel, Röder, Rohrlack, Rüdt, Schaaf, Schaal, Schallbruch, Schippel, Schlieper, Schmid-München, Schmidt-Berlin, Schmidt-Burgstädt, Schmidt-Frankfurt, Schmidt-Krefeld, Schneider, Schoenlank, Schröer, Schuhmacher-Mülheim, Schultze-Königsberg, Schulz-Berlin, Schulz-Wenigenjena, Schulze-Bernburg, Schumacher-Solingen, Schumann, Schwartz, Silberschmidt, Singer, Slomke, Spörkel, Stadthagen, Stamm-Remscheid, Stirius, Stolten, Ströbel, Stubenreich, Suskof, Thiele, Tietze, Türk, Völkel, Voigt, Wengels, Wernicke, Wilde, Ziegler,

Mit Nein stimmen: Baker, Bérard, Bock, Bohne, Breil, Brey, Buder, Dahlen, Dreyer, Dubber, Erdbeer, Franke, Frohme, Fülle, Galm, Geyer, Gottschald, Händel, Heilmann, Herbert, Hofmann, Hölzke, Holzhäuser, Hug, Hülle, Jakobey, Joest, Jost, Joszt, Kaden, Katzenstein, Klees, Klingenhagen, Kobel, Koenen, Kowalewsky, Küntzel, Kunkel, Kuntze, Kutsche, Leopoldt, Leikhardt, Liebknecht, Meister, Metzger, Paul, Quandt, Raue, Reißhaus, Rosenow, Schmalfeld, Schmidt-Zwickau, Schmidt-München, Schmitt-

Digitized by Google

Pirmasens, Schrader, Stamm-Cannstadt, Stein, Stephan, Stücklen, Stüven, Wassermann, Wetzker, Wiehle, Wurm, Zetkin, Zubeil.

Die Verkündigung des Resultats wird mit Beifall aufgenommen. Die Anträge 32—37 sind damit erledigt. Antrag 107 (Wochenblatt für die ländliche Bevölkerung) wird gegen eine verschwindende Minderheit abgelehnt.

Zur Annahme gelangen ferner der Antrag 38, der Antrag 114 in der Fassung Doppler, die Anträge 47, 58, 108, 115, 66, 113 und 117.

Alle übrigen Anträge werden abgelehnt.

Damit sind die Punkte 1—3 der Tagesordnung erledigt.

Schluß $6^3/_4$ Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 25. Oktober.

Vormittagssitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Fell, welcher zunächst den Eingang einer weiteren Reihe von Zuschriften und Kundgebungen an den Parteitag verkündet.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 4.

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.
(Referent: Paul Singer.)

Gleichzeitig zur Debatte gestellt werden die Anträge 90—99, die sämmtlich genügende Unterstützung erhalten.

Berichterstatter Singer: Ich habe dem gedruckt vorliegenden Bericht wesentliches nicht hinzuzufügen. Es könnte höchstens eine Berichtigung eintreten bezüglich der Interpellation, die wir in der vorigen Session in Betreff des Polizeipräsidenten Feichter in Straßburg eingebracht haben, insofern als diese Sache inzwischen allerdings ihren Abschluß gefunden hat. Der Straßburger Polizeipräsident ist durch seine vorgesetzte Behörde von diesem Posten abberufen worden, und die Privatklagen, die sich an die Affaire geknüpft hatten, sind zurückgenommen worden. Die Herren in Straßburg haben sich friedlich die Hände gereicht, wahrscheinlich in der Meinung, daß es der Bourgeoisie nicht angenehm sei, das Auftreten Feichter's vor Gericht erörtern zu lassen. Es ist vollkommen klar, die Gesellschaft, in der sich Vorgänge à la Feichter abspielen können, trifft selbst der größte Vorwurf dafür, daß ihre Bürger Zustände dulden, in denen Polizeibeamte in Feichter'scher Manier auftreten können.

Die prinzipielle Stellung, welche die Fraktion in Uebereinstimmung, wie ich hoffe, mit der gesammten Partei und allen auf

Digitized by Google

die parlamentarische Thätigkeit bezüglichen Beschlüssen früherer Parteitage eingenommen hat, ist auch in dem Bericht zum Ausdruck gebracht, und hat die Thätigkeit der Fraktion während der beiden letzten Sessionen beherrscht. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß für die sozialdemokratische Partei der Parlamentarismus nicht Selbstzweck ist, sondern daß wir ihn als ein allerdings sehr bedeutendes, nützliches und werthvolles Mittel zur Erreichung unseres Zieles benutzen. Von dieser prinzipiellen Auffassung ist die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion getragen gewesen und es hat auch in den letzten Sessionen keine Frage gegeben, welche nicht von diesem prinzipiellen Standpunkte aus beleuchtet und behandelt worden wäre. Klar und deutlich ist dieser Standpunkt namentlich auch zum Ausdruck gebracht worden bei der Militärvorlage, welche die beiden vorigen Sessionen beherrscht hat. Alles dies ist im Bericht ausführlich dargelegt und ich behalte mir vor, eventuell im Schlußwort noch diejenigen Bemerkungen hinzuzufügen, zu denen etwa die Debatte Anlaß geben sollte. Zunächst möchte ich nun die mit zur Diskussion gestellten Anträge einer kurzen Beleuchtung unterziehen. In dieser Beziehung kann ich selbstverständlich nicht als Vertreter der Fraktion sprechen, weil ihr die Anträge nicht vorgelegen haben. Dieser Theil des Referats enthält daher nur meine persönliche Meinung.

Der Antrag 90 wird, wie ich glaube, die Billigung des Parteitages finden müssen, da ganz zweifellos eine Arbeitslosen-Statistik, wenn sie überhaupt Werth haben und sichere Grundlagen zur Beurtheilung der thatsächlichen Verhältnisse liefern soll, nur von Organen ausgeführt werden kann, denen alle Mittel zur Verfügung stehen, um eine richtige Aufnahme zu ermöglichen. Der Antrag 91 verlangt Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, Verstaatlichung der Bodenerzeugnisse und des Getreidehandels, sowie Organisirung des Arbeitsnachweises. Der Antrag behandelt so verschiedene Materien von weittragender Bedeutung, daß ich meine Verwunderung darüber nicht zurückhalten kann, daß ein Parteigenosse glaubt, daß solche Anträge so aus dem Handgelenk heraus auf dem Parteitag berathen und beschlossen werden können. Wer solche Anträge stellt, muß die Verpflichtung in sich fühlen, auch das Material zur Begründung und Beurtheilung derselben vorzulegen, wenn man nicht Beschlüsse ins Blaue hinein fassen soll. Es ist absolut unmöglich mangels jeden Materials, über diese Anträge hier auf dem Parteitag zu beschließen. Was den Antrag 92 der Hallenser wegen Beseitigung des Impfzwanges betrifft, so möchte ich davor warnen, Dinge, die ihrer Natur und ihrer Bedeutung nach mit der Partei an sich gar nichts zu thun haben, in einer Weise zu behandeln, als wenn von der Stellung des Einzelnen zu diesen Fragen die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie abhängt. Diese Frage muß nach

Digitized by Google

ganz anderen als politischen Gesichtspunkten entschieden werden. Zur Sache selbst stehe ich nicht an, zu erklären, daß ich persönlich den Impfzwang nach Lage der jetzigen Verhältnisse nicht für angemessen erachte. Referent geht unter wiederholter Zustimmung des Parteitages die Stellungnahme der Partei zu dieser Frage und geht dann über zu Antrag 93 (reichsgesetzliche Regelung des Fabrikinspektorats), der selbstverständlich der Fraktion aus dem Herzen gesprochen sei. Wir haben diese Forderung bei Berathung der Gewerbeordnungsnovelle vergeblich durchzusetzen gesucht, es ist eine Forderung, die wir auf Grund unseres Programms immer wieder stellen müssen. Aehnlich steht es mit dem Antrag 94, der den § 120d der Gewerbeordnung ändern will. Wäre die Gewerbenovelle nach unseren Wünschen ausgefallen, so stände bereits darin, was in diesem Antrag gefordert wird. Der Wunsch der Lübecker im Antrag 95, daß die Wahlprüfungskommission schneller arbeiten möchte, ist sehr berechtigt, Niemand theilt ihn lebhafter als wir. Aber auch dies ist eine Machtfrage; so lange wir im Reichstage nur in geringer Anzahl vertreten sind, werden wir nicht die Möglichkeit besitzen, auf diesem Gebiete Einrichtungen zu treffen, wie sie unseren Wünschen und dem berechtigten Verlangen der Wählerschaft entsprechen. Der Antrag 96 auf Beseitigung der bestehenden Vereins- und Versammlungsgesetze hat wiederholt unsere Parteitage beschäftigt. Wir werden in der nächsten Session Gelegenheit haben, bei Berathung des Antrags auf Beseitigung des Diktaturparagraphen in Elsaß-Lothringen diese Frage zu besprechen. Jedenfalls ist mir der Antrag in der vorliegenden Fassung viel sympathischer als der frühere, der ein einheitliches deutsches Vereins- und Versammlungsgesetz verlangte, denn im letzteren Falle können wir mit tödtlicher Sicherheit darauf rechnen, daß dasjenige, was irgendwo von Bewegungsfreiheit noch in den einzelnen Vereinsgesetzen vorhanden ist, gelegentlich einer einheitlichen deutschen Gesetzgebung beseitigt wird. Es würde also fehlerhaft sein, einen solchen Antrag zu stellen, der die etwa noch vorhandenen einigermaßen erträglichen Zustände beseitigen und Preußen oder Mecklenburg zum Muster für ganz Deutschland machen würde. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Für den Antrag 97, der die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren wünscht, läßt sich dasselbe wie für den Antrag 93 sagen; er muß im Auge behalten werden.

Anders stehe ich zu den Anträgen 98 und 99. Der Antrag Leipzig verlangt, Doppelkandidaturen sollen gänzlich vermieden werden. Ich nehme es den Leipziger Genossen, die bei der letzten Wahl in dieser Beziehung unangenehme Erfahrungen gemacht haben, durchaus nicht übel, wenn sie dies Verlangen stellen. Ich gehöre zu den unbedingtesten Gegnern von Doppelkandidaturen, soweit sie sich irgend vermeiden lassen. Aber es giebt auch Ver-

Digitized by Google

hältnisse, wo man, man mag wollen oder nicht, aus Rücksicht für das Parteiinteresse gezwungen ist, eine Ausnahme zu machen. Ich knüpfe da an den letzten Fall dieser Art an. Die Reichslande, wo jetzt ein so erfreulicher Aufschwung für unsere Partei sich vollzieht, sind in der Lage, sich erfolgreicher als früher an den Wahlen zu betheiligen. Wir haben mit der Aussicht auf Wahlerfolge in den Reichslanden zu rechnen. Es ist daher ganz natürlich, daß, wo ein neuer Boden bearbeitet werden soll, man diejenigen Ackersleute hinschickt, welche vermöge ihrer jahrzehntelangen Thätigkeit und ihrer besonderen Beziehungen zu den Reichslanden die geeignetsten sind, um dort Erfolge zu erzielen. Seit der Annexion sind fast 25 Jahre verflossen. In den Reichslanden haben die Namen Bebel und Liebknecht bei der Arbeiterklasse einen besonders guten Klang. Bebel und Liebknecht haben 1871 im Reichstage für das Selbstbestimmungsrecht und die politische Freiheit der Reichslande sich ausgesprochen, sie haben gegen die Annexion gestimmt. Daß sich an diese Namen ganz besondere Kundgebungen des Vertrauens knüpfen, ist also selbstverständlich, und es war ein Akt politischer Klugheit, wenn man dort Erfolge erringen wollte, den Wünschen der dortigen Genossen nachzugeben und ihnen diejenigen Männer als Kandidaten zur Verfügung zu stellen, welche nach Lage der Verhältnisse begründete Aussicht auf Erfolg hatten. Aehnlich lag es in Leipzig. Liegen die Dinge aber so, und solche Situationen können sich leicht wiederholen, so wäre es nicht gut, wenn der Parteitag sich durch einen Beschluß, wie ihn die Leipziger wollen, die Hände bände. Was den Antrag 99 betrifft, so bedaure ich aufs lebhafteste die Erfahrungen, welche der Genosse Eckwerth in Rostock gemacht haben muß, wenn er solchen Antrag stellt. Wenn wir soweit gekommen sind in der Sozialdemokratie, daß erst der Parteitag beschließen muß, daß die Aufstellung eines Kandidaten nur erfolgen soll, wenn derselbe auch Sozialdemokrat ist, dann können wir abdanken und einpacken, dann sind wir nicht mehr werth, Sozialdemokraten zu sein. Die Genossen der Kreise, wo man wagen würde, einen Kandidaten zu empfehlen, der nicht Sozialdemokrat ist, würden den Kandidaten mitsammt den Vorschlagenden zum Tempel hinausjagen. (Zustimmung.) Die Anträge 90—97 würde ich vorschlagen, der Fraktion zur Erwägung zu überweisen. Ich warne davor, hier auf dem Parteitage Beschlüsse zu fassen, die, wenn sie zur Ausführung kommen sollen, auf eine solche Menge technischer und anderer Schwierigkeiten stoßen, daß wir nolens volens in die Lage kommen, dem nächsten Parteitage erklären zu müssen, wir konnten diese Beschlüsse nicht ausführen. Ueberweisen Sie die Anträge aber der Fraktion zur Erwägung, dann wird die Fraktion sich der Pflicht nicht entziehen, die Anträge in Berathung zu nehmen und das Ausführbare sofort auszuführen oder die Ausführung vorzubereiten.

Digitized by Google

Damit kann ich meinen einleitenden Bericht schließen und gebe nur noch die Versicherung, daß, wie wir bisher uns einzig und allein von den Interessen der Partei, von der Durchführung unseres Programms, von unseren prinzipiellen Forderungen haben leiten lassen, dies auch fernerhin von der Fraktion geschehen wird. (Lebhafter Beifall.)

Zur Debatte gestellt wird nachträglich auch noch die Resolution 101, sowie folgende inzwischen eingegangene Resolution Oertel und Gen.:

Der Parteitag hat keine Veranlassung, gegen die verflossene Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Erinnerungen zu erheben. Der Parteitag heißt daher die Thätigkeit gut und fordert die sozialdemokratische Fraktion auf, auch ferner mit allen Kräften die Interessen des Proletariats zu vertreten, geleitet von dem Grundsatz, daß die parlamentarische Thätigkeit stets Mittel und nicht Selbstzweck sei.

Bebel beantragt mit der Motivirung, daß die gestellten Anträge die heterogensten Dinge behandeln und in einer allgemeinen Diskussion nicht zu ihrem Rechte kommen würden, eine gesonderte Besprechung der einzelnen Anträge stattfinden zu lassen mit fünf Minuten Redezeit für die einzelnen Redner.

Der Antrag wird angenommen.

In der allgemeinen Debatte spricht nur

Eichhorn-Sachsen 8, welcher an die Fraktion die Bitte richtet, sofort nach dem Zusammentritt des Reichstags die freisinnigen Anträge, welche die Geheimhaltung der Wahl und die Vornahme der Wahl an einem Sonntag empfehlen, einzubringen, damit diese Angelegenheit nicht wieder von der Tagesordnung verschwinde. Die Berichte über die Thätigkeit des Reichstages sollten ausführlicher gehalten werden und je nach Schluß einer Session herausgegeben werden.

Die Resolution Oertel und Genossen wird gegen 2 Stimmen angenommen.

Der Antrag 90 betr. Arbeitslosenstatistik wird entsprechend dem Antrage Singer ohne Debatte der Fraktion zur Erwägung überwiesen.

Zum Antrag 91 führt Heymann aus, daß der Antrag unannehmbar sei. Es widerspreche gänzlich den Prinzipien der Sozialdemokratie, die Mißstände der heutigen Gesellschaft innerhalb der heutigen Gesellschaft zu beseitigen. Die heutige Gesellschaft könne diese Uebelstände so wenig beseitigen, ohne sich selbst aufzugeben, als Münchhausen sich an seinem eigenen Zopf aus dem Sumpfe ziehen konnte. Auch die Verstaatlichung der Bodenerzeugnisse und des Handels würde doch, vom heutigen Staate Deutschland vorgenommen, eine taktische Niederlage für die Partei, den Anfang

Digitized by Google

zum Selbstmord derselben bedeuten. Ueber die Organisirung des Arbeitsnachweises ließe sich eher reden, wenn die Mitwirkung der Arbeitgeber dabei ausgeschlossen wird.

Lesche-Altona bittet, den ganzen Antrag abzulehnen. Der Antragsteller sei damit auch bei den Altonaer Genossen abgefallen.

Bebel: Der Antrag 1 bringt in anderer Form wieder einmal das berüchtigte „Recht auf Arbeit" zum Ausdruck. An dieses „Recht" haben ja auch in unseren Reihen in den 80er Jahren Manche geglaubt, wie sich ja noch vor Kurzem auch in der Schweiz 50 000 Unterschriften zu einem ähnlichen Antrage gefunden haben. Nach meiner festen Ueberzeugung ist im heutigen Staate dieses „Recht auf Arbeit" ein Unsinn. Den Antrag 2 zustimmen hieße im heutigen Staate auch nichts weiter, als den Agrariern den größten Gefallen erweisen; darauf können wir uns also nicht einlassen. Punkt 3 wird ja bei der Gewerkschaftsfrage eine Rolle spielen. Welche Ansicht die Oberhand gewinnen wird, ist mir zweifelhaft. Der Pilgergang der Gewerkschaftler nach Frankfurt a. M. zeigt, daß die Gewerkschaften nicht die Neigung haben, den Arbeitsnachweis selbst in die Hand zu nehmen. Man könnte den Punkt 3 vielleicht der Fraktion zur Erwägung dahin überweisen, ob sie nicht, etwa bei der Berathung des Entwurfs, den Herr v. Berlepsch zur Rettung des Handwerks ausgearbeitet hat, ihren alten Entwurf zur Organisation der Arbeit in Arbeitskammern und Arbeitsämtern, zeitgemäß umgearbeitet, wieder einbringen solle.

Der Antrag wird in seinen ersten beiden Theilen abgelehnt, Punkt 3 der Fraktion zur Erwägung überwiesen.

Den Antrag 92, Beseitigung des Impfzwangs, begründet

Hofmeister-Halle damit, daß dieses vom Parlament mit einer Stimme Mehrheit angenommene, schwer auf dem Volke lastende Gesetz auch nur durch das Parlament aufgehoben werden könne. Nicht der Fraktion solle man den Antrag überweisen, sondern sofort darüber Beschluß fassen, ebenso über den zweiten Theil des Halle'schen Antrags, Einführung des Achtstundentages.

Bebel ersucht um Ablehnung des ersten Antrags, sonst würden sehr bald die Gegner der Vivisektion, die Naturheilkundigen und Vegetarier auch an die Partei als solche mit ähnlichen Wünschen herantreten. Der zweite Antrag falle in eine Zeit der Krisen, die denkbar ungünstigste für seine Annahme. Man thue eventuell gut, auch diesen Punkt der Fraktion zur Erwägung zu geben.

Die Diskussion über den Theil des Antrags, den Impfzwang betreffend, wird geschlossen.

Nachdem noch Joest gegen den Antrag, Heusgen-Mülheim gegen den zweiten Theil gesprochen, wird der Antrag im ersten Theil abgelehnt, im zweiten Theil der Fraktion zur Erwägung überwiesen.

Digitized by Google

Die Anträge 93 und 97, das Fabrikinspektorat betreffend, werden gemeinsam diskutirt.

Frau Rohrlack-Berlin tritt für den Düsseldorfer Antrag ein, den der Frankfurter in kürzerer Form lediglich wiederhole. Rednerin verweist auf das Beispiel Englands. Die Anstellung von weiblichen Fabrikinspektoren sei ebenso nothwendig als die Vermehrung der Fabrikinspektoren überhaupt. Man müsse das Fabrikinspektorat einheitlich, also durch Reichsgesetz ordnen, die Beamten zu Reichsbeamten machen, die vom Reiche bezahlt und vom Volke gewählt werden. Die Befugnisse der Inspektoren müßten erweitert, ihnen auch vor allem die Exekutivgewalt übertragen werden, wodurch ihre Verantwortlichkeit vermehrt und so ihre Gewissenhaftigkeit geschärft werden würde. Die Regierungsantwort werde das werthvollste Agitationsmaterial für die Arbeiterinnen und für die ganze Partei sein. Heute fänden die Revisionen viel zu selten und viel zu oberflächlich statt. In die Räume, welche die gefährlichsten Maschinen ohne jede Schutzvorrichtung bergen, komme heute der Fabrikinspektor gar nicht. In einer Blechwaarenfabrik bei Dresden stehe eine Maschine, die bei den Arbeitern allgemein die „Daumen-Guillotine" heiße, weil zahlreiche Arbeiter durch sie den rechten Daumen eingebüßt hätten; aber noch niemals habe ein Fabrikinspektor den Raum betreten, wo diese Maschine stehe.

Frau Kaufmann-Düsseldorf, Heusgen-Mülheim und Stamm-Remscheid treten für den Antrag ein.

Beide Anträge werden der Fraktion zur Erwägung überwiesen.

Antrag 94, betr. § 120d der Gewerbeordnung, wird von Stolten-Hamburg als auf einem Mißverständniß des Wortlauts der Gewerbeordnung beruhend bezeichnet; auch habe die Partei gar keine Veranlassung, sich auf diesen Kleinkram von Polizeivorschriften einzulassen. An der Gewerbeordnung doktere man ja seit Jahren wie an einem Versuchskarnickel herum, ohne daß bei dem verfehlten System etwas Brauchbares herauskommen könne.

Schnitzler-Dresden vertheidigt dagegen den Antrag, der auch den Vorwurf entkräften solle, daß die Partei sich um die berechtigten Forderungen der Gewerkschaften nicht genügend kümmere.

Wurm-Hannover: § 120d ist ganz korrekt gefaßt. Wenn die Zustände in Werkstätten und Fabriken mangelhafte sind, so liegt es daran, daß die Fabrikinspektoren aus der Bourgeoisie entnommen werden und von den Betrieben nur sehr geringe Kenntnisse haben. Das Inspektorat muß eben den Arbeitern und Arbeiterinnen zugänglich gemacht werden. Auch kann nicht immer auf eine Aenderung der Gesetzgebung gewartet werden; besseren Erfolg verspricht die Untersuchung der Mißstände durch die Gewerkschaften, die Erörterung derselben in Gewerkschaftsversammlungen nnd die Publikation in den Zeitungen.

Digitized by Google

Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 95, die schnellere Abwickelung der Arbeiten der Wahlprüfungskommission des Reichstages betreffend, wird von Auer bekämpft. Als mehrjähriges Mitglied der Wahlprüfungskommission theile er den Wunsch durchaus, daß die Wahlprüfungen rascher vollzogen werden möchten. Diesen Wunsch theilten auch die verschiedensten anderen Parteien, der Antrag enthalte nichts spezifisch Sozialdemokratisches. Der Sitz des Uebels liege weniger in der Kommission, als in der langwierigen bureaukratischen Behandlung, welche die Beschlüsse der Kommission in Bezug auf anzustellende Erhebungen und dergleichen erfahren. Diese Beschlüsse müßten den Reichstag, den Reichskanzler, die einzelne Landesregierung bis hinunter zur untersten Behörde passiren, damit würde eine lange Zeit vertrödelt; das endlich aufgenommene Protokoll gehe dann durch den ganzen schwerfälligen Apparat zurück, so daß inzwischen vielfach die Session zu Ende sei und die Akten bis zur nächsten Session liegen bleiben. Daneben seien vielfach die Ergebnisse der Erhebungen gar nicht verwerthbar, was häufig an der mangelhaften und mangelhaft begründeten Fassung der Proteste liege. Der Antrag würde, wenn auch angenommen, nichts an dem bestehenden Zustande ändern und die Fraktion würde sich unnütz bemühen.

Baker-Hamburg ist für Ablehnung des Antrags. Die Partei habe Wichtigeres zu thun, als solche kleinlichen Dinge zu betreiben.

Singer: Auer hat zum Theil Recht, aber es handelt sich darum, zu überlegen, ob es nicht doch einen Weg der Abhilfe giebt und zwar nach der andern Seite hin, daß die Kommission selbst mit Vollmachten ausgestattet wird, die ihr ermöglichen, direkt die Erhebungen anzustellen, ihr auch eventuell das Recht der eidlichen Vernehmung vor Zeugen beizulegen, um dadurch das Erforderliche zu eruiren.

Schwartz-Lübeck hat sich in Lübeck vergeblich mit denselben Argumenten wie heute Auer gegen den Antrag gewendet; aber die Parteigenossen dort hätten eben ihren Willen haben wollen. (Heiterkeit.)

Der Antrag wird der Fraktion zur Erwägung überwiesen.

Zum Antrag 96 betr. Beseitigung der jetzt bestehenden Vereins- und Versammlungsgesetze beantragt Heymann-Berlin die Einschaltung: „durch Schaffung eines freiheitlichen Reichsgesetzes und unter dem Druck einer systematischen und im Großen betriebenen Agitation."

Dr. Lütgenau-Dortmund theilt die Ansicht des Referenten nicht, daß der bestehende Zustand noch verschlechtert werden würde. Solche weitere Beschränkungen würden bei allen Parteien dem gleichen Widerstande begegnen, wie die Schrift von Kauffmann und zahlreiche nationalliberale Zeitungsäußerungen bewiesen. Die Sozial-

Digitized by Google

demokratie dürfe nicht sagen, dies oder jenes sei aussichtslos, damit bestärke man doch die Regierung in ihrer reaktionären Haltung. Das preußische Vereinsgesetz sei voller Lücken und Widersprüche; auch herrsche über seine Auslegung vielfach Unklarheit. So herrsche vielfach der Glaube, Frauen dürften Wahlvereinen nicht angehören. Dieses Recht hätten die Frauen nach dem preußischen Vereinsgesetze doch, wenn auch in einer gewissen Einschränkung, wie sie eine Reichsgerichtsentscheidung statuirt habe.

Geck-Offenburg: Das badische Vereinsgesetz ist trotz seiner freiheitlichen Fassung für uns Sozialdemokraten besonders ausgelegt und beschnitten worden; wir können daher nur wünschen, daß die Vereinsgesetze überhaupt aufgehoben werden, nicht aber, daß dafür aus Preußen oder Deutschland zu uns importirt werde, was uns Badenser noch mehr drangsalirt.

Legien-Hamburg bittet den Antrag anzunehmen. In einer Reihe von Bundesstaaten sei die Vereinsgesetzgebung so, daß man annähernd damit zufrieden sein könnte; in den industriell am meisten entwickelten Staaten dagegen ganz außerordentlich zurückgeblieben. Namentlich die Gewerkschaften litten empfindlich unter diesem Mangel. Ob die positive Forderung eines Reichsvereinsgesetzes erhoben werden solle, werde Sache der Erwägung der Fraktion sein. Die Frage müsse aber einmal angegriffen werden, und man solle durch Annahme des Antrages die Fraktion direkt verpflichten, in dieser Beziehung vorzugehen.

Leichardt-Stuttgart spricht für Verwerfung des Antrags. In Schwaben bestehe ein fast ganz freies Vereins- und Versammlungsrecht; das möchte in einem Reichsvereinsgesetz nicht aufrecht erhalten werden.

Heymann-Berlin empfiehlt speziell seinen Unterantrag. Von einer großen Agitation in dem gedachten Sinne verspreche er sich sehr viel. Diese Agitation würde auch neues Leben in weite Kreise der Partei bringen. Die Stellungnahme der Süddeutschen gegen den Antrag könne nicht ausschlaggebend sein.

Joest-Mainz begreift nicht, daß von den Befürwortern die Macht der Polizei, in allen Bundesstaaten das Vereins- und Versammlungsrecht auf Grund der allgemeinen polizeilichen Vorschriften zu beschränken, übersehen wird. In Bezug auf die Taktik gegen uns sei die Polizei in Baden, Hessen oder Schwaben noch preußischer als in Preußen. Das Programm verlange ja ohnehin Beseitigung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung beschränken. Bei der Ueberwachung der Versammlungen bekämen auch die Polizeiproletarier manches zu hören, was ihnen zu hören gut sei. (Heiterkeit.)

Huth-Düsseldorf ist für den Vorschlag Heymann's. Die bloße Beseitigung sei bedenklich; man sehe ja, wohin der Mangel einer Gesetzgebung beim Schulwesen in Preußen führe.

Digitized by Google

Stolten-Hamburg: Der Antrag sieht zwar verlockend aus, aber das ist auch sein einziger Vorzug. In den bestehenden Vereinsgesetzen ist doch wenigstens einigermaßen das Versammlungsrecht als Grundrecht proklamirt; bei der einfachen Beseitigung könnte in Anbetracht der Auslegungskünste der Behörden leicht auch dieses Recht mit eskamotirt werden. Auf dem Wege der Reichsgesetzgebung könne man sehr leicht zu schlechteren Zuständen kommen.

Bebel: Der Antrag entspricht ganz unserm Programm und es sind nur praktische Bedenken gegen ihn erhoben worden. Wenn Joest den Antragstellern vorwirft, sie hätten sich die Sache nicht genau überlegt, so hat er diese Aeußerung wohl auch nicht genau überlegt. Sonst hätte er sich doch sagen müssen, daß die Fraktion sich nicht darauf beschränken kann, einen Antrag auf Aufhebung aller Vereinsgesetze einzubringen, sondern auch zugleich positiv aussprechen muß, daß damit auch alle das freie Versammlungsrecht hemmenden Bestimmungen aufgehoben sind. (Sehr richtig.) Damit sind auch alle Spezialbestimmungen der Polizeigesetze beseitigt und höchstens für Versammlungen unter freiem Himmel und aus Rücksichten der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, des Fuhrwerksverkehrs u. dergl. sind dann noch Beschränkungen zulässig, was durch den Wortlaut des Gesetzes zu begrenzen wäre. Die Annahme des Antrags böte uns auch die beste Gelegenheit, die Handhabung des Vereinsgesetzes in ganz Deutschland einmal einer gründlichen vernichtenden Kritik zu unterziehen, was wir zur Zeit in Preußen nicht können, weil wir nicht im Landtag sind. Besonders aber können wir auch die schmachvolle Handhabung dieser Gesetzgebung in den Reichslanden beleuchten. Geschähe aber das Aeußerste, kämen die gegnerischen Parteien mit andern Vorschlägen, und bekämen wir ein gemeinsames Gesetz, welches schlechter wäre wie das jetzige hessische oder schwäbische — nun ich habe noch immer gefunden, daß es unserer Partei nicht schadet, wenn wir in ganz Deutschland unter einer gemeinsamen Knute stehen. (Sehr richtig.) Gerade das Sozialistengesetz hat in dieser Beziehung vortrefflich gewirkt. Besser ein gemeinsames, wenn auch schlechtes Gesetz, als diese Spaltung in 10 oder 15 verschiedene Gesetze, unter denen die Einen sich wohl fühlen, die Andern sich quälen müssen. Ginge es nach meinem Willen, ich würde auch mit einem Male die Einzelstaaten aufheben und ein Reichsparlament für die gesammte Gesetzgebung einsetzen. Nehmen wir den Antrag an, wie er gestellt ist. Den Antrag Heymann können wir nicht annehmen, im ersten Theil ihn anzunehmen wäre ein Fehler und bei der Agitation muß man doch auch noch andere Ziele im Auge haben.

Stadthagen bittet, den Antrag pure anzunehmen. Vereins- und Versammlungsrecht existire in ganz Deutschland nicht. Was heute gelte, lasse sich in folgende 3 Paragraphen fassen: § 1. Da

Digitized by Google

Vereins- und Versammlungsrecht ist jedem Deutschen gewährleistet. § 2. Wer von diesem Recht Gebrauch macht, wird bestraft. (Heiterkeit.) § 3. Auf Unternehmer findet die Bestimmung des § 2 keine Anwendung. (Erneute Heiterkeit.) Unser Gesetzentwurf könnte viel kürzer lauten: Das Vereins- und Versammlungsrecht ist jedem Deutschem gewährleistet. Wer dieses Recht antastet, wird bestraft.

Günther-Braunschweig will den Antrag nur der Fraktion zur Erwägung überweisen. Preußen sei im Vergleich zu Braunschweig noch ein wahres Eldorado. (Heiterkeit.) In Braunschweig hätten auch Frauen nicht das Recht der Theilnahme an politischen Versammlungen, weshalb er auch davon absehen müsse, den Wunsch seiner Landsleute, den nächsten Parteitag nach Braunschweig einzuladen, beim Parteitag zu befürworten.

Schmidt-Zwickau erklärt sich für direkte Annahme.

Auer kann für den Antrag in der vorgelegten Fassung nicht stimmen. Bebel lege viel in den Antrag hinein, was nicht darin stehe; über Wünsche und Motive werde aber nicht abgestimmt. Die Annahme des Antrags setze an die Stelle des Gesetzes die Willkür. (Widerspruch.) Der bekannte sächsische Oberstaatsanwalt Hartmann würde den Antrag mit Kußhand annehmen. Redner schlägt vor, an Stelle des Antrags 96 folgenden Antrag anzunehmen:

> Die Fraktion wird beauftragt, durch entsprechende Anträge im Reichstage die Erfüllung des § 4 unseres Parteiprogramms anzubahnen.

Nachdem Zubeil den Antrag 96 zu Gunsten des Antrags Auer zurückgezogen, wird letzterer mit großer Mehrheit angenommen.

Für den Antrag 98 (gänzliche Vermeidung von Doppelkandidaturen) tritt Frau Röder-Leipzig mit dem Argumente ein, daß man in Leipzig unbedingt ein Recht auf den Genossen Bebel für die letzte Reichstagswahl zu haben glaubte; auch habe Bebel sich selbst als die passendste Persönlichkeit für Leipzig bezeichnet. Mit Bebel wäre Leipzig erobert worden; von seiner Absage hätten die Antisemiten den Nutzen gehabt.

Bebel: Daß der Antrag von Leipzig eine verborgene persönliche Spitze hätte, davon war ich fest überzeugt; daß die Genossin das aber so offen verrieth, hatte ich nicht erwartet. Es ist aber gut, daß es gesagt worden ist. Nie und nirgends habe ich mich übrigens für den einzig passenden Kandidaten für Leipzig erklärt, sonst hätte ich doch nicht ablehnen können. Ich habe erklärt, in Rücksicht auf frühere Beschlüsse keine Kandidatur mehr anzunehmen, wo die Gefahr vorläge, doppelt gewählt zu werden. So handelte ich, als ich für Leipzig ablehnte, und ich glaubte nicht, dagegen zu handeln, als ich dem Wunsche der Straßburger nachkam, weil ich nicht erwartete, dort gewählt zu werden. Schablonenhaft läßt sich nicht ver-

Digitized by Google

fahren. Ich bin in engerer Wahl in Straßburg gewählt. Hätte ich nicht in Straßburg kandidirt, dann war keine Aussicht, den Kreis zu erobern. Ist Jemand in diesem Saale, der dem Prinzip zu Liebe auf den Besitz von Straßburg verzichten wollte? Ich glaube nicht. Gerade durch diesen Vorgang wird bewiesen, daß wir nicht unter allen Umständen Doppelkandidaturen vermeiden können. Der Antrag ist lediglich aus persönlichen Motiven von den Leipzigern gestellt; hätte ich bei ihnen angenommen, sie wären mit dem Antrag nicht gekommen.

Joest hält es doch für nicht unbedenklich, diesen Weg zu betreten. Steht es fest, daß Bebel in Straßburg wiedergewählt werde? Schon früher habe einmal aus ähnlicher Ursache Bebel dem Reichstage fern bleiben müssen, Liebknecht sei es ebenso gegangen.

Kleemann-Leipzig glaubt, daß bei der nächsten Wahl Leipzig auch mit Pinkau erobert werden wird.

Dubber-Hamburg erklärt, daß bei der nächsten Wahl in Hamburg I Bebel von seinen bisherigen Wählern reklamirt werden würde. Das sei bereits im Wahlkreise beschlossen.

Doppler-Mülhausen: Bebel werde in Straßburg sicher wiedergewählt werden; mit noch mehr Männern vom Kaliber von Bebel und Liebknecht hätte man die halben Reichslande erobert.

Der Antrag wird abgelehnt.

Ueber den Antrag 99 geht der Parteitag zur Tagesordnung über.

Zur Resolution 101 bemerkt

Singer: Ich bitte, diese Resolution abzulehnen. Ich würde den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung stellen, wenn mir nicht daran läge, den Parteitag zu bitten, diesen Dingen ein für alle Mal ein Ende zu machen. Hören wir doch endlich einmal auf, derart mit den Unabhängigen zu liebäugeln! (Sehr richtig!) Wir sind stark genug, um auszuführen, was wir erklären, daß uns der Parlamentarismus nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck ist. Diejenigen, welche durch das Vertrauen der Wähler in den Reichstag geschickt werden, müssen dort ihre Pflicht und Schuldigkeit thun. Wenn wir dort ein Ablösesystem, womöglich nach alphabetischer Reihenfolge, einführen wollen, blamiren wir uns vor der ganzen Welt und machen uns einfach lächerlich.

Von anderer Seite wird der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gestellt. Albert-Düsseldorf ist dagegen, Frau Eichhorn dafür. Der Parteitag geht über die Resolution zur Tagesordnung über.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Der Vorsitzende macht noch eine Reihe von Mittheilungen. D[ie] Mittheilung von der Verurtheilung in dem Geheimbundproz[eß] gegen Genossen aus Berlin VI wird mit zahlreichen Rufen: Neu[er] Kurs! begleitet.

Digitized by Google

Eine Reihe weiterer Glückwunschschreiben und Telegramme ist eingetroffen, darunter eins aus Kopenhagen von der sozialdemokratischen Partei Dänemarks. (Beifall.)

Schluß der Vormittagssitzung um 3/4 1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

3 1/4 Uhr. Vorsitzender Fell.

Zur Verhandlung steht Punkt 5:

Die Maifeier 1894.

Hierzu ist von Liebknecht folgende Resolution vorgelegt worden:

> Gemäß den Beschlüssen der Internationalen Arbeiter-Kongresse von Paris (1889), Brüssel (1891) und Zürich (1893) begeht die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der internationalen Verbrüderung, dem Weltfrieden. Zur würdigen Feier des 1. Mai erstreben wir die allgemeine Arbeitsruhe. Da aber deren Durchführung bei der gegenwärtigen Wirthschaftslage in Deutschland zur Zeit nicht möglich ist, so empfiehlt der Parteitag, daß nur diejenigen Arbeiter und Arbeiter-Organisationen, die ohne Schädigung der Arbeiter-Interessen dazu im Stande sind, neben den anderen Kundgebungen den 1. Mai auch durch die Arbeitsruhe feiern.

Diese Resolution steht mit zur Debatte, desgleichen die genügend unterstützten Anträge 71—84, sowie folgende neu eingebrachte Anträge:

Antrag 126, von Schmitt-Pirmasens:

> Der Parteitag möge dahin beschließen, daß die Maifeier in Anbetracht der wirthschaftlichen Abhängigkeit der Arbeiterklassen in der Weise abgehalten wird, daß am 1. Mai überall am Abend Volksversammlungen stattfinden mit der entsprechenden Tagesordnung, die übrige Feierlichkeit den Genossen an den verschiedenen Orten selbst zu überlassen.

Antrag 127, von Thiele-Göppingen:

> Der Parteitag wolle beschließen, daß die Demonstration für den Achtstundentag nur am 1. Mai stattzufinden habe. Ausgeschlossen hiervon sind Festlichkeiten, Ausflüge 2c.

Antrag 128, von Grauer-Berlin:

> Der Parteitag spricht das Verlangen aus, daß alle und jede Demonstration resp. Feier ausschließlich auf den 1. Mai verlegt wird.

Zwei Anträge auf allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai, vom Leseklub Paris und von Barmen gestellt, erlangen nicht die erforderliche Unterstützung.

Digitized by Google

Berichterstatter **Liebknecht**: Zunächst werde ich einen kurzen Ueberblick auf das werfen müssen, was in Sachen der Maifeier bisher geschehen ist und dann ebenfalls möglichst kurz die Ihnen vorliegende Resolution begründen. Der Beschluß zur Gründung der Maifeier wurde auf dem ersten internationalen Kongreß 1889 zu Paris gefaßt. Er lautete einfach dahin, daß durch Kundgebungen für den Achtstundentag und andere Forderungen der Arbeiterklasse gleichzeitig in allen Ländern, wo organisirte Arbeiter vorhanden sind, am 1. Mai ein Fest der internationalen Solidarität gefeiert werden sollte, und zwar so, wie es den Sitten und Gewohnheiten der einzelnen Länder gemäß am besten durchzuführen sei. Von einer Aufforderung, die Arbeit ruhen zu lassen, ist keine Rede gewesen. Der Gedanke der Arbeitsruhe ist erst nachträglich hineingebracht worden! Ich habe dem Pariser Kongreß selbst vorgesessen, und wenn von Seiten der Antragsteller die Absicht einer allgemeinen Arbeitsruhe auch nur angedeutet worden wäre, so würde ich protestirt und die Masse der deutschen Arbeiter mich darin unterstützt haben, ebenso wie die Vertreter aller anderen Länder, die starke organisirte Arbeitermassen haben. Daß es in Deutschland zu Streitigkeiten über diese Frage kam, hat seinen Grund darin, daß von einem **Feiertag** und von einer **Feier** des 1. Mai gesprochen wurde, und durch ein Mißverständniß, in Folge der doppelten Bedeutung des deutschen Wortes: „Feier", „feiern" ist der Glaube entstanden, es sei in Paris nicht blos eine Feier in dem Sinne feierlichen Begehens des Tages, sondern im Sinne eines Feierns der Arbeit, d. h. der Arbeitsruhe beschlossen worden. Dieses Mißverständniß kam in Deutschland schon unmittelbar nach dem Pariser Kongreß auf, da aber der damals schon in sicherer Aussicht stehende Wahlkampf Ende 1889 und Anfang 1890 uns ganz in Anspruch nahm, wurde man — von mir selbst kann ich es mit Bestimmtheit sagen — auf dieses Mißverständniß erst aufmerksam, als an vielen Orten für die Arbeitsruhe bereits Beschlüsse gefaßt worden waren, welche die Parteigenossen banden.

Gegen das Datum des 1. Mai tauchte damals noch nirgends ein Bedenken auf. Nachdem die Wahl vorüber, war eine der ersten Handlungen der Reichstagsfraktion, die aus den Neuwahlen hervorgegangen war, daß sie von Halle aus einen Aufruf erließ, in welchem darauf hingewiesen wurde, daß die Arbeitsruhe in Paris nicht beschlossen und daß bei der ungünstigen wirthschaftlichen Lage an ein Erzwingen der Arbeitsruhe nicht zu denken sei, sondern daß ein solcher Schritt, zu einem den Gegnern günstigen Zeitpunkt allgemein unternommen, höchstens von den Gegnern benutzt werden würde, um es zu einer großen Klassenschlacht kommen zu lassen, in der unsere Niederlage absolut sicher war, sodaß unser gewaltiger Wahlsieg in einen Triumph der Bourgeoisie verwandelt worden

Digitized by Google

wäre. Wir riethen daher, ohne den Gedanken der Arbeitsruhe prinzipiell aufzugeben, in unserem Aufruf von ihr ab überall da, wo durch sie schwere Konflikte mit dem Unternehmerthum heraufbeschworen werden könnten. Der Aufruf sagt in dieser Beziehung:

„Die deutsche Sozialdemokratie hat nicht nöthig, Heerschau zu halten nach dem großen Aufmarsch und Sieg des 20. Februar. Das worauf es ankommt, und das was der Pariser Kongreß gewollt hat, ist eine allgemeine imposante Kundgebung der Arbeiter zu Gunsten des Achtstundentags und der nationalen und internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung. Die deutsche Arbeiterschaft soll möglichst in ihrer Gesammtheit den 1. Mai feiern, und dieser Zweck wird voll und ganz erreicht durch Abhaltung von Arbeiterversammlungen, Arbeiterfeste und ähnliche Kundgebungen, auf denen Massenbeschlüsse im Sinne des Pariser Kongresses gefaßt werden.

Wo immer man eine Arbeitsruhe am 1. Mai ohne Konflikte erwirken kann, da möge es geschehen.

Wir standen also damals schon auf dem Standpunkte, welcher noch heute von der Masse der Parteigenossen eingenommen wird und welcher seinen Ausdruck auf den späteren internationalen Kongressen und auch in der Ihnen vorgeschlagenen Resolution gefunden hat.

Eine weitere Frage ist dann in die Angelegenheit hineingeworfen worden, nämlich, ob durchaus am 1. Mai gefeiert werden solle oder am ersten Sonntag im Mai. In England, wo die Arbeiter eine mächtige Organisation in den Trades Unions besitzen, erkannten sie mit dem Instinkt, den der Besitz der Macht giebt, sofort, daß man die Arbeitsruhe am 1. Mai bei der augenblicklichen Geschäftslage nicht durchführen könne, und daß unter den obwaltenden Umständen zu wirklichen Massendemonstrationen nicht ein Werktag, sondern der Sonntag geeignet sei, an welchen Tag das englische Proletariat seit Menschenaltern seine imposanten Riesenmeetings von Hunderttausenden abzuhalten pflegt. Sie wählten den ersten Sonntag im Mai. Die deutsche Reichstagsfraktion beschäftigte sich mit der Frage, trat mit einer Ausnahme der englischen Auffassung bei und schlug Anfangs 1891 dem Brüsseler Kongreß vor, die Maifeier allgemein auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen. Jedenfalls müssen es sehr schwerwiegende Gründe gewesen sein, welche die Fraktion fast mit Einstimmigkeit zu diesem Beschlusse führten; ich kritisire ihn nicht, habe ihn aber zu erwähnen, weil gerade dieser Beschluß den Anlaß geboten hat, in Brüssel und auch sonst noch den Deutschen eine gewisse Lauheit in Bezug auf das internationale Maifest unterzuschieben. Ich will hier nach keiner Seite angreifen. Glücklicherweise haben die Dinge sich so gestaltet, daß der Gedanke, das Fest auf den ersten Sonntag

Digitized by Google

im Mai zu verlegen, jetzt, nach der Entscheidung von zwei internationalen Kongressen, auch in Deutschland verlassen ist. Unter den uns hier vorliegenden Vorschlägen greift nur ein einziger noch zurück auf die Feier am ersten Sonntag im Mai. Und das war der einzige Differenzpunkt, der noch zwischen die verschiedenen Nationen bestand; jetzt ist er ausgeschieden. Damals aber erhoben Franzosen, Oesterreicher, Amerikaner gegen die Deutschen die Anklage, wir hätten mit ihrem Vorschlage einem Konflikt mit dem Unternehmerthum aus dem Wege gehen wollen, wir seien politische Leisetreter, Opportunisten u. s. w. Man bedachte hierbei nicht, daß die gewerkschaftlich stärkste Nation, die englische, gleicher Anschauung war und den ersten Sonntag bereits thatsächlich feiert. Wie dem sei, der deutsche Vorschlag wurde auf dem zweiten internationalen Kongresse zu Brüssel bestätigt, und unser Berliner Parteitag im vorigen Jahre hat durch eine namentliche Abstimmung bewiesen, daß die große Majorität der deutschen Genossen für die Feier am 1. Mai ist.

Was nun die Feier des 1. Mai angeht, so ist bedauert worden, daß nicht gleich in Paris darauf aufmerksam gemacht wurde, welche Schwierigkeiten vielen Genossen aus der Wahl des 1. Mai statt des ersten Sonntag im Mai erwachsen müßten. Ich glaube, daß wir dennoch dem 1. Mai den Vorzug gegeben hätten, und zwar aus demselben Grunde für die ganze zivilisirte Welt, aus welchen er von denen vorgeschlagen wurde, die den Antrag auf dem Kongreß stellten, nämlich weil der 1. Mai nicht blos in allen germanischen, sondern auch in allen romanischen Ländern seit Tausenden von Jahren ein Feiertag gewesen ist, — das Fest des Frühlings der neugeborenen Erde. Der 1. Mai ist also die denkbar glücklichste Wahl für das Weltfest der Arbeit, durch die Tradition einer tausendjährigen Vergangenheit geheiligt. Diese Traditionen sind bei den südlichen und nördlichen Nachbarn noch heute viel lebendiger als in Nord- und Ostdeutschland. Und wir hätten keine einheitliche Feier, wenn man in England und Deutschland darauf bestanden hätte, den ersten Sonntag zu wählen. Einheitlich aber muß sie sein, wenn die Feier ihren Zweck nicht verfehlen soll. An einem Tage weiß die Gesammtheit des Proletariats sich eins in denselben Gedanken, in denselben Forderungen; darin liegt etwas Erhebendes, Kräftigendes; der Blick des Proletariats hebt sich über die Schranken der einzelnen Nation hinweg über die ganze Erde. Durch eine Zweitheilung würde dieser große Gedanke abgeschwächt, ja aufgehoben werden. Und so ist, seitdem der Brüsseler Beschluß gefaßt worden ist, deutscherseits nicht mehr versucht worden, für den ersten Sonntag einzutreten. In Zürich kam er nicht mehr in Frage. Wir stehen jetzt insgesammt auf dem Boden des Beschlusses, welcher in Brüssel angenommen und in Zürich erneuert wurde. Der Brüsseler Beschluß lautet:

Digitized by Google

Um dem 1. Mai seinen bestimmten ökonomischen Charakter: die Forderung des Achtstundentages mit der Bekundung des Klassenkampfes zu wahren, beschließt der Kongreß:

Der 1. Mai ist ein gemeinsamer Festtag der Arbeiter aller Länder, an denen die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und ihre Solidarität bekunden sollen. Dieser Festtag soll ein Ruhetag sein, so weit das durch die Zustände in den einzelnen Ländern nicht unmöglich gemacht wird.

Der Züricher Beschluß ist etwas weiter gegangen, so wie der deutsche Text lautet, hat er folgenden Zusatz erhalten:

Der Kongreß beschließt: die Sozialdemokratie eines jeden Landes hat die Pflicht, die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben und jeden Versuch zu unterstützen, der in dieser Richtung an einzelnen Orten oder von einzelnen Organisationen unternommen wird.

Wir Deutsche haben einstimmig erklärt, daß wir für den Zusatz in dieser Form nicht stimmen können, weil wir uns dadurch verpflichten würden, für jeden Versuch, der in Richtung der Arbeitsruhe gemacht wird, solidarisch mit der ganzen Macht der Partei einzutreten; jeder tollkühne Versuch irgend eines mehr enthusiastischen als klugen Genossen werde dann die Partei in einen allgemeinen Kampf verwickeln, und diese Verantwortlichkeit konnten wir nicht übernehmen. Mit einem Wort: der Beschluß war für uns unannehmbar, er hätte thatsächlich den Generalstreik für den 1. Mai proklamirt und das konnten wir mit unserem Gewissen und unserer Pflicht, angesichts der thatsächlichen Verhältnisse, nicht vereinigen. Die Frage der Arbeitsruhe haben wir ja gleich bei der ersten Maifeier zu erproben Gelegenheit gehabt. Die Hamburger hatten sich vor dem 1. Mai thatsächlich gebunden — in Folge der eben besprochenen mißverständlichen Auffassung des Wortes „Feier". Als es klar wurde, daß die Arbeitgeber sie in eine Falle locken wollten, war es den Besonnenen nicht mehr möglich, die erbitterten Massen zurückzuhalten. Die Hamburger organisirte Arbeiterschaft nahm den Streik auf, und sie ist die bestorganisirte in ganz Deutschland; die ganze übrige Partei stand hinter ihr. Haben wir siegen können? Nein! Es war bei der ökonomischen Lage eine einfache Unmöglichkeit. Wir erlagen und welche Opfer waren umsonst gebracht! Und nun denke man, wir hätten in ganz Deutschland den Kampf aufgenommen! Eine Dummheit darf man einmal machen — das kann Jedem geschehen — sie darf aber nicht wiederholt werden, das ist unverzeihlich! (Lebhafte Zustimmung.) Die Führer — um das Wort einmal zu gebrauchen — würden gewissenlos handeln, wie Generale gewissenlos handeln, die ihre Truppen in die Bajonnette der Feinde hineintreiben wollten. Die deutsche Sozialdemokratie wurde wegen ihrer besonnenen Haltung von den Gegnern ver-

Digitized by Google

spottet, verhöhnt, aber diesen Spott und Hohn können wir im Bewußtsein unsrer Stärke leicht ertragen. Bald fanden wir in Zürich, daß wir Deutschen mit unserer Auffassung nicht allein standen. Die Engländer, die zum ersten Male sich entschlossen hatten, im Interesse der internationalen Solidarität den 1. Mai als Tag der Feier anzunehmen, erklärten in der Kommission, mit dem Eintreten für jeden Versuch die Arbeitsruhe zu erzwingen, sei dem Interesse des organisirten Proletariats nicht gedient und in der englischen Fassung des Beschlusses wurde dieser Auffassung Rechnung getragen.

Es lagen thatsächlich zwei Fassungen der Resolution vor. Ich, der ich nicht in der betreffenden Kommission war, bin erst sehr spät dahinter gekommen und Keiner von uns hatte eine Ahnung — sonst wäre es verhindert worden. Beiläufig sieht man hieraus, wie groß die Schwierigkeiten der sprachlichen Verständigung auf einem internationalen Kongreß sind, wie wir sie nur durch einen genügenden Stab zuverlässiger Dolmetscher überwinden können, und wie begründet unsre dahin zielende im „Vorwärts“ gestellte Forderung war. Bei besserer sprachlicher Verständigung hätten diese Differenzen garnicht entstehen können. Die deutsche Fassung kennen Sie. Hören Sie nun die englische. Sie lautet in wörtlicher Uebersetzung:

> Es ist die Pflicht der Sozialdemokratie jedes Landes, zu streben nach (to strive for) einer Feier des 1. Mai als eines Tages der Ruhe von der Arbeit, und die lokalen Organisationen in ihren Bemühungen (endeavours) in dieser Richtung zu unterstützen.

Im deutschen Text: „Versuch“, im englischen „Bemühung“. Nun ist, was ich nicht auszuführen brauche, zwischen „Bemühung“ und „Versuch“ ein himmelweiter Unterschied. Bemühung ist keine konkrete Handlung, ist schon gleichbedeutend mit Agitation, der Versuch aber ist eine konkrete Thatsache — schon ein irgendwo gefaßter Beschluß, irgend ein Vorgehen. Kurz, die deutsche Partei wäre gezwungen, jedem Einzelnen nachzuspringen, der ins Wasser springt, und ihn herauszuholen. In der englischen Fassung waren wir bereit, die Resolution anzunehmen; das hat Singer ausdrücklich in Zürich erklärt. Da wurde uns aber bemerkt, daß der deutsche Text die wörtliche Uebersetzung des maßgebenden französischen Originaltextes sei und das ist richtig. In diesem steht tentative = Versuch; während für die Engländer, die sonst nicht zu haben waren, eine andere Lesart gewählt worden, nämlich endeavour, die die Engländer befriedigte und auch wie gesagt, uns befriedigt hätte.

Die Resolution, die wir Ihnen für den Parteitag vorschlagen, schließt sich genau dem Züricher Beschluß an. Sie läßt die Frage, ob erster Mai oder erster Sonntag im Mai, vollkommen links liegen. — Die Frage gilt für uns für abgethan, — wir erklären

Digitized by Google

nicht einmal, daß da, wo am 1. Mai die Feier sich nicht genügend bewerkstelligen läßt, sie am folgenden Sonntag nachgeholt werden kann. Eine solche Bestimmung würde eine Hinterthür offen lassen und unserer Resolution das Gepräge eines schwächlichen Kompromisses aufdrücken. Ferner — und dadurch unterscheidet sich die Resolution von unserem vorjährigen Beschluß — stützen wir uns auf die *sämmtlichen* früheren internationalen Kongresse und haben den Zweck der Feier erweitert. Wir sprechen nicht blos vom Achtstundentag und dem Arbeiterschutz, sondern im Allgemeinen von den Klassenforderungen der Arbeiter, und haben außerdem dem Gedanken der internationalen Verbrüderung und des Weltfriedens Ausdruck gegeben, gemäß dem Beschlusse des Kongresses in Zürich. Dann sagen wir nicht blos platonisch, daß wir die Arbeitsruhe prinzipiell als die würdigste Form der Feier anerkennen, wir sind weiter gegangen und haben den Beschluß ihrer Substanz nach aufgenommen. Wir *erstreben* die Arbeitsruhe und haben den Sinn der englischen Ausdrücke: endeavour und strive for unserer Resolution einverleibt.

Und nun zum Schlußsatz der vorgeschlagenen Resolution. Wir können die allgemeine Arbeitsruhe nicht empfehlen, noch weniger dazu auffordern. Wenn wir schon vor 2½ Jahren den Arbeitern von dem Versuch, die allgemeine Arbeitsruhe zu erzwingen, den Kampf mit dem Unternehmerthum aufzunehmen, wegen der schlimmen Geschäftslage, abrathen mußten, so ist das heute doppelt eine Nothwendigkeit und unsere Pflicht. Die Geschäftslage ist seitdem noch eine weit schlimmere geworden und zwar durchweg in allen Ländern. Es ist eine internationale und chronische Krise, die industrielle Reservearmee ist durch die Arbeitslosigkeit so kolossal angeschwollen, daß jede Lücke, die durch das Wegbleiben der organisirten Arbeiterschaft entstände, augenblicklich über und über ausgefüllt werden kann. Wie hoffnungslos ein Generalstreik, eine General-Kraftprobe jetzt wäre, das erhellt für jedem Denkenden aus der Thatsache, daß in den letzten zwei Jahren alle großen Streiks in Europa angestiftet und provozirt worden sind *durch die Arbeitgeber* in der Erkenntniß der Thatsache, daß *ihnen* die Umstände günstig, den Arbeitern ungünstig ist, und in der sicheren Erwartung, die Arbeiterorganisationen zu schwächen oder zu zerstören. Und in der That, in ihrem Klasseninteresse können die Unternehmer nichts Gescheiteres thun, als die Arbeiter in einem Kampf zu verleiten, r ihre Kräfte aufzehrt. Kurz, die Arbeitgeber haben zur Zeit ı Klassenkampf das Heft in den Händen, und sie beherrschen die ıge vollständig. Und sie wissen das. Sie haben den Instinkt r Macht, der dem Besitz der Macht entspringt, zwar nicht das mt, aber die Macht giebt Verstand — die Einsicht dessen, was ıtzlich ist, und diese Einsicht ist bei den herrschenden Klassen viel

Digitized by Google

schärfer entwickelt und viel allgemeiner, als bei der Arbeiterklasse, die erst emporstrebt. Wer hat in Deutschland am meisten zum Streike am 1. Mai gehetzt? Haben nicht nach dem Pariser Kongreß monatelang vor dem 1. Mai 1890 unsere Fabrikantenblätter die Arbeiter gehöhnt, sie erbärmliche Feiglinge geschimpft, die sich nicht herauswagten? Und das hat sich seitdem vor jedem 1. Mai wiederholt. Dies beweist, daß die Handlung, zu der sie uns provoziren wollten, im Interesse unserer Feinde war. — Da mag man wohl die Zähne zusammen beißen — aber freilich, wenn uns Feigheit vorgeworfen wird von der allerfeigsten Bourgeoisie der Welt, dann können wir nur lachen. (Lebhafte Zustimmung.) Junge Truppen, die so gereizt werden, kann man nicht immer abhalten, sich in die Schlacht zu stürzen und dahin zu stürmen, wohin der Gegner sie haben will; altgediente, erprobte Truppen, wie die unsrigen, gehen nicht in eine solche Falle. Wenn wir die Schlacht annehmen oder anbieten, dann geschieht es in dem Momente, wo wir zwar nicht den Sieg verbrieft in der Tasche haben, wie man höhnend sagt, aber wo wir wissen, daß die Feinde ihn nicht in der Tasche haben. Das ist der Standpunkt, auf dem wir damals standen, auf dem wir noch heute stehen.

Die Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai fällt — das sagte ich schon — unter den obwaltenden Verhältnissen mit der Frage des Generalstreiks thatsächlich zusammen. Unsere Gegner würden den Kampf, der an einem Punkte ausbräche, sofort zu einem allgemeinen machen; der Generalstreik für ein Land oder gar der Weltstreik aber ist ein Unsinn, das hat der Pariser, und das hat auch der Züricher Kongreß einstimmig ausgesprochen. Dort sagte man: wenn wir einmal die Macht haben, alle Räder stillstehen zu machen, dann haben wir auch die Macht, die heutige Gesellschaft in Scherben zu zerschlagen, oder richtiger, sie in eine sozialistische Gesellschaft umzugestalten; und können wir das, dann lassen wir die Räder nicht „stille stehen“, sondern im Gegentheil noch viel mehr arbeiten, aber nicht im Interesse einzelner Weniger, sondern im Interesse der Gesammtheit. Der Gedanke des allgemeinen Streiks muß als unsinnig verworfen werden. „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will,“ ist das Schlagwort Derer, welche die Gesammtlage nicht übersehen. Gut in Deutschland sind einige Hunderttausend Arbeiter organisirt, aber der deutschen Arbeiter sind Millionen. Wird heute der allgemeine Streik verkündet, so treiben wir gerade die Besten, die Tüchtigsten, die Organisirten in einen hoffnungslosen Kampf. Hat denn das Proletariat einen Arm? Es ha Millionen Arme, in Deutschland 10 Millionen Doppelarme. De eine Arm thuts, es thun auch Hunderttausende, aber die anderen Millionen? Sind sie etwa von einem Willen, von einer Er kenntniß geleitet? Nein! die Mehrheit steht noch außerhalb de

Digitized by Google

Organisation, die ganze klassenbewußte Arbeiterschaft würde in solch' verrücktem Kampf eine zerschmetternde Niederlage erleiden und auf Jahrzehnte zurückgeworfen werden. Sie werden dem zustimmen, und darum bitte ich Sie, unsere Resolution anzunehmen. Mit Annahme derselben haben die deutschen Arbeiter den internationalen Verpflichtungen im vollsten Maße entsprochen. Der Vorwurf, daß wir Deutsche auf internationalem Gebiete lau seien, ist uns — beiläufig — nur von solchen gemacht worden, die in Bezug auf die Erfüllung der internationalen Pflichten nicht mit solcher Befriedigung auf ihre Handlungen zurückblicken können als die deutschen Sozialisten. Wir können diesen Vorwurf ebenso lächelnd über uns ergehen lassen, als wir lächeln können über den Vorwurf der Feigheit aus dem Munde unserer feigen Bourgeoisie. Nehmen Sie die Resolution womöglich einstimmig an und sorgen Sie dafür, daß der 1. Mai allgemein würdig gefeiert wird! Mögen Diejenigen, die die Arbeitsruhe durchführen können, es thun, — für sich; aber keine Aufmunterung zu tollen Versuchen darf erfolgen, für welche die Partei, um nicht geschädigt zu werden, die Verantwortung ablehnen mußte.

Nur ein Wort noch über die meisten der aus der Mitte der Genossen gestellten Anträge. Die meisten decken sich mit unserer Resolution. Einige wollen, daß die Arbeitsruhe im Prinzip beschlossen, aber nicht unter allen Umständen durchgeführt werden soll. Das ist wesentlich, was wir vorschlagen. Volksversammlungen können nicht über die Arbeitsruhe zu entscheiden haben, wie es der Antrag von Berlin IV. will; die Partei muß Jeden aufmerksam machen, welche Verantwortlichkeit er mit derartigem Vorgehen auf sich ladet. Wir können solche Beschlüsse nicht blos platonisch fassen, um damit zu renommiren; wenn die Partei den Kampf ansagt, dann muß sie ihn auch durchführen. Ein französisches Sprichwort sagt: noblesse oblige! Adel verpflichtet! Nicht nur Adel, auch Größe und Kraft legen Verpflichtungen auf. Eine große organisirte Partei, die die Achse des politischen Lebens in Deutschland bildet, kann keine Beschlüsse fassen, die nicht ausgeführt werden. Thut sie das, so wäre sie eine Partei von Phrasenhänsen, und von der Phrase hat sich zu emanzipiren wer ernsthaftes Handeln will. Und die Aufforderung zur allgemeinen Arbeitsruhe wäre nur eine tönende Phrase.

Auf weitere Einzelheiten gehe ich nicht ein. Die Genossen sind keine Kinder, die sich von Kongressen alle Details der Ausführung müssen vorschreiben lassen. Wir bestimmen die allgemeine Haltung, das Wie der Durchführung ist von untergeordneter Bedeutung. Daß nur Jeder seine Schuldigkeit thut! (Lebhafter Beifall.)

Jost-Berlin V.: Bisher wurde in den einzelnen Orten die Maifeier nicht einheitlich begangen; man hat vielfach aus Rück-

Digitized by Google

sichten auf das Wetter und anderen Nebensachen die Feier verlegt. Das muß aufhören, alle Manifestationen müssen am 1. Mai stattfinden. (Sehr richtig!) Wo es irgend möglich ist, soll allerdings durch Arbeitsruhe gefeiert werden. Ferner muß den Arbeitern gesagt werden, wie sie den Feiertag begehen, wenn Arbeitsruhe stattfindet. Man soll schon am Morgen mit Versammlungen beginnen, man muß auch an dem Tage der Familie, namentlich der Jugend etwas bieten, also muß der Nachmittag mehr den Festlichkeiten gewidmet sein.

Zubeil-Teltow hält die Feier am 1. Mai für die Hauptsache. Mit der Arbeitsruhe müsse ein Anfang gemacht werden; die besser gestellten Arbeiter müßten den schlechter gestellten mit gutem Beispiel vorangehen. Die Genossen aus Teltow und die des fünften Berliner Kreises ziehen ihren Antrag zu Gunsten der Vorstandsresolution zurück. (Beifall.)

Millarg-Berlin VI. tritt ebenfalls für die strikte Festhaltung des 1. Mai ein; bei der Feier muß von allem „Klimbim“ mit Orden und Ehrenzeichen, sowie von jeder Absicht, aus der Feier ein Geschäft zu machen, abgesehen werden. Auch sollten die Parteigeschäfte jedenfalls mit der Arbeitsruhe vorangehen.

Von Diehl wird ein Zusatzantrag zur Resolution eingebracht, wonach jede Kundgebung an einem andern Tage als dem 1. Mai zu unterbleiben hat.

Heusgen-Mülheim: Absolute Arbeitsruhe festzulegen sei ein Ding der Unmöglichkeit. Redner bittet um einstimmige Annahme der Resolution Liebknecht.

Bogasch-Berlin: Gegenüber früher liegt unzweifelhaft in der jetzt vorgeschlagenen Resolution ein Fortschritt, weil sie zu einer einheitlichen Feier führt. Der Antrag, ein gemeinsames Demonstrationszeichen am 1. Mai zu tragen, ist durchaus unangebracht.

Wengels-Berlin IV erklärt, daß der Antrag Berlin IV zu Gunsten der Resolution zurückgezogen wird. (Beifall)

Koenen-Hamburg stimmt der Resolution zu, weist aber darauf hin, daß Liebknecht selbst zugegeben habe, daß dort, wo es am 1. Mai mit der Feier nicht gehe, diese nachgeholt werden könne. In diese Lage würden die Hamburger wahrscheinlich kommen. Die Feier dürfe aber nicht in einen Fastnachtströdel ausarten, wie es in Hamburg zu geschehen drohe.

Bilz-Pankow: Ein Theil meiner Mandatgeber ist für allgemeine Arbeitsruhe. Ich persönlich bin durch die Debatte überzeugt worden, daß ein solcher Beschluß wegen der wirthschaftlichen Lage einfach auf dem Papier stehen bleiben wird.

Joest-Mainz hätte die Resolution Liebknecht gern enger gefaßt gesehen, erklärt sich aber gegen den Zusatzantrag, daß jede spätere Demonstration verboten werden solle. Dieses Verbot sei schon nach

Digitized by Google

der Lage der Verhältnisse der Partei in den meisten, namentlich in den ländlichen Kreisen, unausführbar. Die Berliner und Hamburger betrachteten die Parteiverhältnisse Deutschlands immer nur durch die großstädtische Brille. Das Verlangen nach dem Schlusse der Parteigeschäfte sei unberechtigt; wolle man so puritanisch sein, so müsse man auch die Parteirestaurationen am 1. Mai schließen und den Kellnern Arbeitsruhe geben! Die wenigen ganz unabhängigen Genossen sollten feiern, aber ihr Beispiel allein reiche doch nicht aus, um die große Masse der übrigen in den Stand zu setzen, sich in gleicher Weise an der Feier zu betheiligen, namentlich heute, wo die wirthschaftlichen Krisen immer intensiver werden.

Opificius-Pforzheim: In seinem Wahlkreise seien 92 Orte; wo sollten da für den 1. Mai die Festredner herkommen? Man müsse hier und in allen ähnlich beschaffenen Kreisen die Möglichkeit haben, am nächsten Sonntag eine Festlichkeit abzuhalten.

Thiele-Göppingen: Die württembergische Landesversammlung hat zu dieser Frage den Beschluß gefaßt, daß die Demonstration für den Achtstundentag nur am 1. Mai stattzufinden habe, Ausflüge und Festlichkeiten aber von dieser Bestimmung ausgeschlossen sein sollen. Redner tritt außerdem für eine *würdige* Begehung der Feier ein. Zur Durchführung der Arbeitsruhe seien in erster Linie die Parteigeschäfte berufen.

Schmalfeld-Bremerhaven befürchtet, daß die gewünschte Einheitlichkeit der Feier auch durch die Resolution Liebknecht nicht erreicht werde. Das beweise schon der bisherige Gang der Debatte.

Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt.

Gewehr-Elberfeld hätte die Resolution gern etwas weiter gefaßt gesehen; die Arbeiterpartei sollte als Kampfespartei auch einmal die Offensive ergreifen. Der Passus, daß nur da, wo es ohne Schädigung der Arbeiterinteressen geschehen könne, die Arbeitsruhe eintreten solle, sollte also event. fortgelassen werden, da er auch einen Widerspruch mit dem übrigen Text der Resolution in sich berge.

Es geht ein genügend unterstützter Antrag ein, die Worte: „Da aber deren Durchführung bei der gegenwärtigen Wirthschaftslage in Deutschland zur Zeit nicht möglich ist, so" zu ersetzen durch: „Zu diesem Zwecke".

König-Witten vertritt auch diesmal die besondere Stellung [d]er Bergarbeiter zu der Frage. Für sie sei Arbeitsruhe und aus[sc]hließliche Maifeier am 1. Mai heute einfach eine Unmöglichkeit. [I]m Riesenwahlkreis Bochum sei voriges Jahr kein einziges Lokal [fü]r die Maifeier zu haben gewesen.

Hoffmeister-Halle befürwortet die unveränderte Annahme [de]r Resolution. Eine Nachfeier als Maifeier müsse unbedingt un=

Digitized by Google

statthaft sein. Abzeichen bei derartigen Gelegenheiten seien zu verwerfen.

Legien: Der 1. Mai ist ein Demonstrationstag, also muß alles auf ihn Bezügliche auch am 1. Mai stattfinden. Die Genossen von Hamburg 2 denken schon heute daran, am Sonntag nach dem 1. Mai nicht mehr zu demonstriren. (Beifall.)

Dreyer-Göttingen kann den Standpunkt Legien's nicht theilen, sieht vielmehr in der Resolution Liebknecht die beste Lösung der Frage. Redner bekämpft außerdem den Antrag von Kassel, wonach die Frage, ob Arbeitsruhe oder nicht, in Zukunft nicht mehr von der politischen Partei, sondern von den Gewerkschaften je nach der Konjunktur entschieden werden soll.

Schmitt-München: Mit dem Zusatzantrag zur Resolution schließen wir in Bayern die Frauen von der Theilnahme an der Maifeier aus. Wollen wir sie daran theilnehmen lassen, so muß uns die Möglichkeit der Veranstaltung einer Festivität am Sonntag gewahrt bleiben.

Lienau-Neumünster will im Gegensatz zum Vorredner aus der Resolution die Worte „neben den anderen Kundgebungen" streichen.

Hiernach gelangt ein erneuter Schlußantrag zur Annahme.

Im Schlußwort bemerkt

Referent Liebknecht: Ich habe mich sehr gefreut, daß fast sämmtliche Redner im Geiste und Sinne unserer Resolution gesprochen haben; die entgegenstehenden Anträge sind zum größten Theil zurückgezogen und die eingebrachten Abänderungsanträge ändern am Wesen der Resolution nichts, und bedeuten blos entweder Abschwächungen oder Verschlechterungen. Wenn wir in der Resolution sagen, wir halten die Arbeitsruhe am 1. Mai für ein erstrebenswerthes Ziel, können aber unter den jetzigen Zeitverhältnissen ihre allgemeine Durchführung nicht anrathen, wenn wir weiter erklären, daß blos diejenigen Genossen, welche es ohne Schädigung der Arbeitsinteressen können, die Arbeitsruhe durchführen sollen, so haben wir damit zugleich auch an diejenigen, welche es können, den Rath, die Mahnung gerichtet, dieses erstrebenswerthe zu thun. Daß ausdrücklich gesagt werden soll, jede Kundgebung an einem anderen Tage als am 1. Mai habe zu unterbleiben, halte ich nicht für eine Verschärfung, sondern umgekehrt für eine Abschwächung der Resolution. Wir sprechen in derselben blos vom 1. Mai; es wird in unzweideutigster Form erklärt: der 1. Mai wird gefeiert. Ich kann doch den 1. Mai nicht am ersten Sonntag im Mai feiern! Wenn ich in der Resolution hintennach noch eine solche Erklärung abgebe, so ist das eine Wortverschwendung und geht obendrein gegen alle Logik, und beweist nur, daß ich den Vordersatz nicht verstanden habe. Nachdem die Hamburger Ge-

Digitized by Google

nossen uns erklärt haben, sich dieser Resolution zu fügen, es also feststeht, daß die Stadt der großartigsten Maifeier-Demonstrationen in Deutschland die Maifeier künftighin am 1. Mai veranstalten wird, ist jede Nothwendigkeit für den Parteitag, das, was der Unterantrag will, noch besonders zu betonen, in Wegfall gekommen. Andererseits hat der westfälische Genosse, der über die Lage der Bergarbeiter sprach, uns so recht deutlich dargethan, wie nöthig es ist, auf alles, was die Arbeitsruhe am 1. Mai dem Gros der Arbeiter zur Pflicht machen würde, zu verzichten. Gerade für die Bergarbeiter wäre ein derartiger Versuch jetzt gleichbedeutend mit dem Abkehrschein. Von einem Genossen ist darauf hingewiesen worden, daß an manchen Orten eiue andere Feier als am Sonntag gar nicht möglich sei. Nun, der Parteitag kann darum die Resolution nicht ändern; wir halten fest an der Feier des 1. Mai und schwächen sie nicht ab. Ausnahmeverhältnisse für einzelne Orte mögen vorliegen oder eintreten; die Genossen solcher Orte haben dann eben für ihr Vorgehen dem nächsten Kongresse Rechenschaft abzulegen. — Auch die Fassung, welche den Passus von der augenblicklichen Undurchführbarkeit der Arbeitsruhe beseitigen und die Worte „Zu diesem Zwecke“ an seine Stelle setzen will, halte ich für eine Verschlechterung, da ja dann jede Begründung des Satzes, daß „nur diejenigen Arbeiter u. s. w.“, fehlen und der ganze Satz ohne jenen begründenden Hinweis vollständig in der Luft schweben würde. Ich bitte Sie, sämmtliche Anträge zur Resolution zu verwerfen.

Auf die Details der Feier lasse ich mich nicht ein. Da war von einem Demonstrations-Abzeichen die Rede. Es ist des Parteitages unwürdig, sich mit solchen Einzelheiten zu befassen; wir haben die Resolution durch ihren Wortlaut gerade über diese nebensächlichen Details herausgehoben. Ich übergehe auch die Frage, ob die gewerkschaftliche oder die politische Organisation über die Feier Bestimmung zu treffen habe. Wir sind doch hier nicht in China, wo alles autoritär von oben reglementirt werden muß! Durch die Annahme der Resolution ist für jeden Denkenden eine Direktive gegeben, das Fest soll würdig begangen werden — dafür hat die Partei zu sorgen! Der Vorstand kann nicht als Polizei für die Ausführung alle Anordnungen treffen, bei solchen Gelegenheiten, und gerade bei diesem Feste haben die Genossen selbst die Einzelheiten zu bestimmen. Sie haben überhaupt nicht blos das Selbstbestimmungsrecht, auch die Selbstbestimmungspflicht.

Joest hat das große Worrt gelassen ausgesprochen, dieser Pariser Beschluß sei vielleicht der unglücklichste von allen je auf einem Kongreß gefaßten Beschlüssen. Ich meine, der große Jubel, mit dem dieser Beschluß in allen Ländern der Welt aufgenommen wurde, beweist, daß er im Gegentheil vielleicht der glücklichste

Digitized by Google

Beschluß gewesen ist. Gewiß hat er uns Verlegenheiten bereitet, aber was schadet das? Das war uns nur gesund und heilsam Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes ist das sozialistische Fleisch etwas sanftlebig geworden, und es ist sehr gut, wenn dann und wann ein hübscher Konflikt kommt, durch den wir aufgerüttelt und auf den Ernst der Lage und die Schwere des Kampfes wieder aufmerksam gemacht werden, jedes Jahr ist das Maifest in Deutschland wie in den übrigen Ländern mit größerer Theilnahme, Begeisterung und Einigkeit gefeiert worden; die Arbeiter wollen dieses Fest, dessen Bedeutung sie begriffen haben und es entspricht nicht den Thatsachen, jenen Beschluß zu bedauern. Gewiß hat sich gezeigt, daß die Massen unter Umständen ein bischen Schieben müssen, die Führer sind mitunter die Geschobenen, aber das ist sehr gut. Führer soll eine Partei blos in dem Sinne haben, daß sie die Genossen besonders achtet, die im ersten Gliede vorn marschiren und im Kampf als Soldaten mit den Massen zusammenkämpfen, aber nicht sollen die Massen sich erst von ihnen nachziehen lassen, sondern die Massen sollen die Führer vorandrängen.

In dem geschichtlichen Rückblick, den ich vorhin gab, ist das, was ich *nicht* gesagt habe, vielleicht das Bedeutendste gewesen. Es hat in Sachen der Maifeier Konflikte und Reibungen mit den deutschen Genossen und mit den auswärtigen gegeben, die ich alle unerwähnt ließ. Wozu Vergangenes wieder aufrühren? Und wozu auf noch so unberechtigte Vorwürfe antworten, wenn der Grund des Streits aus dem Wege geräumt ist? Unsere Resolution wird Reibungen für die Zukunft ausschließen, und im Moment, wo wir sie anzunehmen im Begriff sind, wäre es taktlos, auf jene Differenzen, besonders mit den *Oesterreichern* und *Franzosen*, zurückzukommen. Es ist wahr und auch nicht wahr, daß die schwankende Haltung der Fraktion Wirrwarr in die Partei gebracht habe. Die Fraktion stand mitten im schwersten Wahlkampf, und der erste 1. Mai war heran, ehe wir uns über die Art der Feier klar geworden waren. Das war aber nicht *unsere* Schuld — das war der Wirrwarr, der in der Sache lag, und den die Partei mit uns theilte. Neuschöpfungen, wie ein Weltfeiertag, die gegen die Gesammtheit der herrschenden Klassen durchgeführt werden müssen, sind keine Kleinigkeit, und daß nicht sofort ein fester Plan vorlag, ist begreiflich. Während der letzten drei Jahre ist aber Klarheit geschaffen worden; der beste Beweis für die gemachten Fortschritte liegt darin, daß unsere Resolution einen wesentlichen Widerspruch nicht mehr findet. So tief hat sich jetzt schon das Fest eingewurzelt. Wenn die Einen die Resolution für einen Rückzug, die Anderen sie für zu radikal erklären, so spricht dies dafür, daß sie sich in der richtigen Mitte bewegt, d. h. nicht in der richtigen Mitte des Bürgerkönigs und der Philister, sondern auf der, nach dem Pa-

Digitized by Google

rallellogramm der Kräfte gezogenen Mittellinie. Die Resolution hat eine Fassung, daß Alle, die das Gesammtinteresse der Partei und die bestehenden Machtverhältnisse im Auge haben, damit zufrieden sein können. Im Betonen der Arbeitsruhe liegt — das muß ich noch sagen — nichts Radikales, es ist das einfach eine Phrase, und mit diesen Phrasen, so sagte ich schon in Zürich, müssen wir aufräumen. Wir sind keine politischen Kinder mehr. Manche Genossen veranstalten ein Kirchthurmwettrennen in radikalen Phrasen, weil sie an ernsten Gedanken keinen Ueberfluß haben. Die Phrase ist der Ersatz für ernstes Denken und Handeln. Wir sind hier auf der Erde, nicht in der Luft, und ein Groschen praktischen Handelns ist mehr werth als tausend Mark Phrasen, sagte ich nach einem englischen Sprichwort. — Nicht eine Sammlung von Kaffeekränzchen soll die Maifeier sein, sondern ein wirkliches Volksfest, wie es das letzte Mal in Berlin war, von Mittag an, wo es nicht früher geht, mit Frauen und Kindern, was ich für absolut nöthig halte. Die Parteigenossen stehen doch auf der Höhe der Zeit und werden selbst am besten wissen, wie sie das Fest feiern müssen würdig der Partei. Durch den Generalstreik bekämen wir die allgemeine Arbeitsruhe auch nicht; wir würden aus ihm so geschwächt hervorgehen, daß wir im nächsten und den folgenden Jahren nach der Arbeitsruhe nicht einmal piepsen könnten. Eine solche Niederlage und Blamage wollen wir vermeiden. Ich sage ja auch nur: zur Zeit wäre die allgemeine Arbeitsruhe gleichbedeutend mit dem allgemeinen Streik. Warum sollen sich die Arbeiter diesen Tag nicht ganz nehmen? Gewiß, aber sie müssen es können innerhalb der heutigen bürgerlichen Gesellschaft. Wenn die Geschäfte besser gehen, dann können wir auch sehr wohl innerhalb der heutigen Gesellschaft die Arbeitsruhe durchsetzen. Ich bitte Sie blos, der Würde der Maifeier angemessen und im Geist ihres Grundgedankens der Einigkeit und der Brüderlichkeit die Resolution so, wie wir sie Ihnen vorgelegt haben, einstimmig anzunehmen. Damit ist die Kluft, oder sagen wir: der Graben, der uns bisher von den Genossen in andern Ländern etwas getrennt hat, überbrückt, zugefüllt — das deutsche Proletariat steht völlig in Reih und Glied mit den Arbeitern aller Länder, der einzige Streitpunkt hat aufgehört, zu sein, und so wird die Annahme dieser Resolution selbst zu einer Feier des Weltfesttages der Arbeit dadurch, daß wir dem internationalen Gedanken zu Liebe diese Resolution ohne Widerspruch annehmen, und so den Genossen aller andern Länder bekunden, daß wir einig und eins mit ihnen sind in jeder Beziehung! (Lebhafter Beifall.)

Slomke-Bielefeld zieht den Antrag 76 zu Gunsten der Resolution zurück. Der Antrag habe nur verhindern wollen, daß auch noch im Juni Nachfeiern stattfinden.

Digitized by Google

Die zur Resolution eingebrachten Amendements werden sämmtlich abgelehnt. Ueber die Resolution selbst findet namentliche Abstimmung statt. An derselben sind Bebel und Hülle, die sich nach Duisburg resp. Barmen begeben haben, um dort in Volksversammlungen zu sprechen, theilzunehmen verhindert; sie lassen erklären, daß sie für die Resolution gestimmt haben würden.

Die Resolution wird, wie unter lautem Beifall der Vorsitzende verkündet, mit 192 gegen 3 Stimmen angenommen.

Mit Ja stimmen: Adler, Albert, Antrick, Arons, Auer, Bärer, Bamberger, Beckmann, Bérard, Berthold, Bilz, Bock, Bökert, Bogasch, Bohne, Breil, Brey, Buder, Dahlen, Deinhardt, Diehl, Doppler, Dreyer, Dubber, Eberle, Eichhorn-Dresden, Eichhorn-Pirna, Erdbeer, Fell, Fellgentreff, Fickermann, Fischer-Hamburg, Fischer-Berlin, Franke, Fries, Fritz, Frohme, Fuchs, Fülle, Galm, Geck, Gerisch, Gerischer, Gerlach, Gewehr, Geyer, Gockel, Gottschald, Grauer, Günther, Haase, Hamann, Händel, Harm, Haschek, Heilmann, Heinrich, Herbert, Hesse, Heßmer, Heusgen, Heymann, Hillermann, Hofmann, Hofmeister, Hofrichter, Holzhäuser, Hölzke, Huber, Huth, Jacobey, Jahn, Jochem, Joest, John, Jost, Joszt, Kaden, Katzenstein, Kaufmann, Keller, Kerrl, Keßler, Kleemann, Klees, Klingenhagen, Klippel, Kobel, Koenen, Köhler, König, Kowalewsky, Künzel, Kuntze, Kutsche, Lange, Legien, Lehmann, Lehninger, Leickhardt, Leopoldt, Lesche, Leßner, Leven-Solingen, Liebknecht, Lienau, Lütgenau, Lux, Meist, Meister, Meiß, Metzger, Metzner, Meyer, Michaelis-Waldenburg, Michels-Köln-Land, Millarg, Molkenbuhr, Müller, Nikulski, Nitzschke, Oertel, Offermann, Opificius, Orbig, Oster, Paul, Prinz, Quandt, Rahm, Raue, Reinhardt, Reißhaus, Riedel, Röder, Rohrlack, Rosenow, Rüdt, Schaaf, Schaal, Schallbruch, Schippel, Schmidt-Burgstädt, Schmid-München, Schmidt-Zwickau, Schmidt-Berlin, Schmidt-Frankfurt, Schmitt-München, Schmitt-Pirmasens, Schmitt-Crefeld, Schneider, Schoenlank, Schrader, Schröer, Schultze-Königsberg, Schulz-Berlin, Schulz-Wilhelmsburg, Schulz-Wenigenjena, Schulze-Bernburg, Schumacher-Mülheim, Schumacher-Solingen, Schwartz, Silberschmidt, Singer, Slomke, Spörkel, Stadthagen, Stamm-Cannstadt, Stamm-Remscheid, Stein, Stephan, Stirius, Stolten, Ströbel, Stubenreich, Stücklen, Stüven, Suskof, Thiele, Tietze, Türk, Voigt, Völkel, Wassermann, Wengels, Wernicke, Wetzker, Wiehle, Wurm, Zetkin, Ziegeler, Zubeil.

Mit Nein stimmen: Baker, Hug, Schmalfeld.

Durch diese Abstimmung sind die Anträge 71—75, 77, 80 und 126—128 erledigt. Ueber den Antrag 81 wird zur Tagesordnung übergegangen; die Anträge 82 und 83 werden abgelehnt. Antrag 84, „die Maifestzeitung in besserer Ausstattung als bisher erscheinen zu lassen," wird angenommen.

Digitized by Google

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Es tritt um $^1/_2$7 Uhr eine kurze Pause ein, während deren die Mandatprüfungskommission die Ermittelung der Wahl zur Siebener-Kommission beendet, damit das Resultat noch heute zur Verkündung gelangen kann.

Um 7 Uhr wird die Sitzung vom Vorsitzenden Fell wieder eröffnet und das Wahlresultat bekannt gegeben. Es sind 193 Zettel abgegeben, davon 26 ungültig, weil je mehr als 7 Namen enthaltend. Stimmen haben erhalten: Gerisch 135, Stolten 79, Geck 66, Stadthagen 47, Lehmann 46, Klees 45, Gewehr und Metzner je 44. Von den letzteren beiden wird Gewehr als im Alphabet voranstehend für gewählt erklärt.

Schumacher lehnt Gewehr-Elberfeld als Mitglied der Siebener-Kommission ab; an seine Stelle tritt Metzner und nach dessen Ablehnung Meist.

Mit Rücksicht darauf, daß die Kölner Genossen für Donnerstag Abend in dem Kongreßlokal einen Kommers veranstalten, wird beschlossen, am Donnerstag die Nachmittagssitzung ausfallen zu lassen, dafür aber die Vormittagssitzung von 9 bis 3 Uhr auszudehnen.

Schluß 7 Uhr 20 Minuten.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 26. Oktober.

9$^1/_4$ Uhr. Vorsitzender Singer eröffnet die Sitzung mit einem Glückwunsche an den Genossen Bärer-Harburg zu seiner auf den heutigen Tag fallenden silbernen Hochzeitsfeier. Seit 1864 steht Genosse Bärer in der Bewegung, alle Phasen des Ausnahmegesetzes, Ausweisung und Verfolgung hat er mit durchgemacht, und auch heute stellt er sein Pflichtgefühl derart in den Vordergrund, daß er, statt an solchem Tage im Kreise seiner Familie zu weilen, an den Arbeiten des Parteitages für das Wohl der Partei sich betheiligt. Hierfür gebührt ihm unsere Anerkennung. (Allseitiger Beifall.)

Wieder sind Glückwünsche und Sympathiebezeugungen an den Parteitag eingegangen, darunter ein Telegramm von den organisirten Genossen in Brünn.

Da Meist nicht im Stande ist, den Sitzungen der Siebener-Kommission beizuwohnen, soll derjenige Delegirte, der nächst ihm bei der Wahl die höchste Stimmenzahl erhalten hat, zu der Kommission einberufen werden.

Digitized by Google

Auf der Tagesordnung steht Punkt 6:

Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Unterstützung durch die Parteigenossen.

(Referent: Legien, Korreferent Auer.)

Gleichzeitig werden zur Verhandlung gestellt die bereits in der gedruckten Vorlage enthaltenen Anträge 85—89, sowie die verspätet eingegangene Resolution von Ferd. Schlumberger:

In Erwägung, daß das Fortbestehen der Gewerkschaftsbewegung ebenso nothwendig ist, als die Fortentwicklung der politischen Parteibewegung;

in fernerer Erwägung, daß die Hauptaufgabe der Gewerkschaftsbewegung die Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen auf wirthschaftlichem Gebiete, sowie die Ausbreitung sozialistischer Ideen unter ihren Mitgliedern zu fördern, empfiehlt der Parteitag allen Genossen für die Fortentwicklung der Gewerkschaftsbewegung nach besten Kräften Sorge tragen zu wollen.

Jedoch lehnt der Parteitag es entschieden ab, durch etwaigen Beschluß seinen Parteiangehörigen die Verpflichtung aufzuerlegen, Mitglieder ihrer Berufsorganisation zu werden; da ein derartiger Beschluß eher Schaden als Vortheil in sich birgt.

Ferner ist von Auer, Bebel, Fischer, Gerisch, Liebknecht, Singer, Schippel, Reißhaus, Bock, Lütgenau, Ad. Geck, Kaden, Stolten, Frohme, Schoenlank und Oertel folgende Resolution zu diesem Gegenstand vorgelegt worden:

In Erwägung, daß der Parteitag in Halle sowohl in der Resolution Kloß-Grillenberger wie in der Resolution Glocke und Genossen die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zur Führung der wirthschaftlichen Kämpfe ausgesprochen und die kräftigste Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung durch Anschluß an die bestehenden Organisationen oder Neugründung an Orten, wo solche nicht bestehen, den Parteigenossen empfohlen hat;

in weiterer Erwägung, daß seit jener Zeit kein Ereigniß eingetreten ist, das eine Aenderung der Stellung der Partei zur Gewerkschaftsbewegung, sei es in prinzipieller oder taktischer Richtung, nothwendig erscheinen läßt;

in fernerer Erwägung, daß die Partei kein Mittel besitzt, auf die Genossen anders als durch die moralische Verpflichtung einzuwirken, diese aber in jenen Beschlüssen rückhaltlos ausgesprochen ist,

wiederholt der Parteitag den Ausdruck der Sympathie mit der Gewerkschaftsbewegung und legt den Parteigenossen von Neuem die Pflicht auf, unermüd-

Digitized by Google

lich für die Erkenntniß der Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen zu wirken und mit aller Kraft für deren Stärkung einzutreten.

Endlich liegt eine Resolution von Dr. Leo Arons vor, folgenden Wortlauts:

Wenngleich sich auf dem Parteitag kein einziger Genosse befindet, welcher nicht von der hohen Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation für die Arbeitersache durchdrungen ist, so weisen doch Beobachtungen zahlreicher Delegirter darauf hin, daß selbst in Kreisen vorgeschrittener Parteigenossen die Antheilnahme an der Gewerkschaftsbewegung nicht genügend rege ist.

Veranlassung zu dieser Lässigkeit sind einmal die vielfach ungünstigen Erfahrungen der letzten Jahre in den Kämpfen um die Arbeitsbedingungen, andererseits die noch in manchen Köpfen herrschende irrige Meinung, daß das mächtige Anwachsen der politischen Partei die Thätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen überflüssig mache.

Der Parteitag spricht deshalb seine Anschauungen ausdrücklich folgendermaßen aus:

Die Gewerkschaften haben die doppelte Aufgabe:

1. Die geschlossenen Reihen zu bilden, welche sich der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen nach Kräften entgegenstemmen und um welche sich zu Zeiten des Nachlassens der Krisen die Massen schaaren behufs Erringung besserer Arbeitsbedingungen. Jeder Erfolg hierbei bedeutet aber einen Fortschritt der sozialdemokratischen Bewegung, indem sie den Arbeitern Mittel und Zeit zur Beschäftigung mit den sozialdemokratischen Lehren schafft.

2. Die indifferenten Arbeitermassen heranzuziehen, das Solidaritätsgefühl zu wecken und Aufklärung über die allgemeine wirthschaftliche Lage im Anschluß an die im engsten Kreise fühlbare Lage zu verbreiten. Damit hierbei nicht die von vielen Seiten befürchtete Verflachung der Bewegung eintritt, ist es nöthig, daß gerade die vorgeschrittensten Parteigenossen allerorts sich an der Arbeit betheiligen.

Der Parteitag erklärt deshalb:

Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, wenn nicht zwingende Gründe ihn hindern, einer der in seinem Gewerbe bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen anzugehören.

Referent Legien: Die Frage der gewerkschaftlichen Organisation beschäftigt den deutschen Parteitag heute bereits zum dritten Male. In Halle wurde die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation nachgewiesen und der Parteitag beschloß demgemäß. In Berlin wurde die Frage des Boykotts in Betracht gezogen und

Digitized by Google

dabei die Gewerkschaftsfrage erörtert. Ich halte diese Beschäftigung durchaus nicht für einen Nachtheil, sondern würde es für vortheilhaft halten, wenn jeder Parteitag neben dem Bericht über die politische Bewegung einen Bericht über den Stand der gewerkschaftlichen Bewegung erhalten würde, weil beide nach meiner Ansicht fast gleich wichtig sind. Der diesmalige Bericht des Parteivorstandes beschäftigt sich ja auch sehr ausführlich mit der Frage, nur muß ich einige darin enthaltene Irrthümer berichtigen. Die Bemerkungen über die Ausführungen des „Korrespondenzblattes" entsprechen nicht vollständig den thatsächlichen Vorgängen. Es wird dort eine Form der Kritik und der Polemik geübt, welche zur Beseitigung der etwa bestehenden Differenzen nicht dienen kann. Es heißt dort: „In diesen Artikeln (des „Korrespondenzblattes") ist von prinzipiellen Gegnern die Rede und wird zum Beweise dafür, daß es solche selbst unter den bekannteren und einflußreicheren Parteigenossen giebt, auf eine Aeußerung eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten hingewiesen, die derselbe auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongreß gethan haben soll, indem er von „der verderblichen Tendenz der hohen „Beiträge" in den Gewerkschaften gesprochen hat" u. s. w. Redner verliest darauf die betreffende Stelle aus dem „Korrespondenzblatt" und führt dann aus, daß in dem „Korrespondenzblatt" der gegen die Mitglieder der Fraktion gerichtete Vorwurf zurückgewiesen sei, während der Geschäftsbericht die Sache umdrehe. Man hätte also im Bericht des Parteivorstandes entweder wörtlich oder gar nicht zitiren sollen.

Unsere Stellungnahme ist offenbar in der letzten Zeit innerhalb der Parteipresse auf sehr fruchtbarem Boden gefallen; es wurden sehr gute Artikel über die Gewerkschaftsbewegung gebracht und wir könnten damit sehr zufrieden sein. Aber andererseits genügt dies nicht. Die etwa noch bestehenden Differenzen müssen ausgeglichen werden, und dazu ist der Parteitag die geeignete Stelle. Die Behauptung, daß die Parteigenossen die Gewerkschaftsbewegung nicht genügend unterstützen oder nicht sympathisch gegenüberstehen, ist durchaus nicht neu. Bebel äußerte sich auf dem internationalen Kongresse in Paris dahin, daß man sich in der Partei dem ökonomischen Kampfe der Arbeiterklasse mehr zugewendet habe, nachdem man eingesehen habe, daß der Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft noch recht fern sei und dieselbe doch, wie der letzte Wahlkampf bewiesen, noch recht feststehe. Diese Aeußerung hat mich von Bebel, der, wie mir Mitte der achtziger Jahre verschiedene Hamburger Genossen versicherten, früher ein entschiedener Gegner der Gewerkschaftsbewegung gewesen sein soll, außerordentlich gefreut. Es ist also nicht von untergeordneter Bedeutung für die Gewerkschaften, wenn hervorragende Parteiführer ihnen gleichgiltig gegenüberstehen. Ich führe hier noch ergänzend die Bemerkungen von

Digitized by Google

Cloß auf dem Hallenser Parteitage an, der zugab, daß durch das Ignoriren der Gewerkschaftsbewegung das Wachsthum der Partei sehr aufgehalten worden sei, und die Aeußerung von Bock, der in des Diskussion die Hoffnung aussprach, daß das Referat von Cloß denjenigen Theil der Genossen, welcher eine gleichgiltige Haltung der Bewegung gegenüber bewahrte, vielleicht umstimmen würde. Dieser Meinung ist auch in Halle von keinem der nachfolgenden Redner widersprochen worden. Wir haben also mit unsere Ausführungen im „Korrespondenzblatt" vollkommen Recht gehabt und behalten.

Die Veranlassung zu der neuerlichen Diskussion über die gewerkschaftliche Organisation wurde durch Ausführungen im „Korrespondenzblatt" über den Züricher Kongreß herbeigeführt.

Es ist nun nicht meine Aufgabe, Ihnen hier einen gewerkschaftlichen Vortrag zu halten über Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation. Ich will nicht darauf eingehen, inwieweit diese Organisation, indem sie die Arbeiterkreise materiell besser zu stellen sucht, diese gleichzeitig für die politische Bewegung stärkt, denn darüber sind wir uns einig, daß derjenige Kreis der Parteigenossen als der bessere gilt, der ein besseres Einkommen und bessere Lebenshaltung hat, und wenn es der Bewegung gelingt, auch nur Einiges auf diesem Gebiete zu erreichen, so ist das schon ein Vortheil, der die Partei veranlassen muß, sie zu unterstützen. Die gewerkschaftliche Organisation ist die Vorschule für die politische Bewegung. Wenn wir an Arbeiterkreise, die absolut dem wirthschaftlichen und politischen Kampfe bisher fern gestanden haben, herantreten wollen, so dürfen wir ihnen zuerst nicht mit weittragenden politischen Ideen kommen; die Gewerkschaftsorganisation zieht den Arbeiter dadurch heran, daß sie ihm materielle Vortheile in Aussicht stellt, ihm den Mangel an Harmonie zwischen Arbeit und Kapital klarlegt und so auch die indifferentesten Arbeiterschichten in die Bewegung hineinzieht. So ist sie das beste Agitationsmittel für die politische Bewegung. Aber weiter ist auch diese Organisation eine viel bessere Schule als die politische Organisation, viel besser geeignet, den Arbeiter zu einem festen Charakter, zu einem opferfreudigen Genossen zu machen. Die politische Organisation stellt an ihre Zugehörigen nicht die Anforderungen wie die gewerkschaftliche. Die erstere findet ihren Hauptausdruck in der Betheiligung an den Wahlen. Es ist ja für den Arbeiter nicht so schwierig, alle 5 Jahre einmal einen Wahlzettel abzugeben; einem Wahlverein beizutreten, alle 4 Wochen einmal eine Versammlung zu besuchen und die geringen Beiträge zu zahlen, welche die politische Organisation fordert. Im Gegensatz dazu verlangt die gewerkschaftliche Organisation stets und steigend materielle Opfer von ihren Mitgliedern, sie fordert, daß er beim Lohnkampf mit

Digitized by Google

seiner ganzen Existenz, mit seiner ganzen Person für die Gesammtheit eintritt. Die Forderung stellt die Partei niemals an ihre Angehörigen. (Widerspruch.) Diese Thatsache läßt sich nicht leugnen, Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Verhält es sich aber so, so werden wir gerade in der gewerkschaftlichen Organisation die beste Erziehungsanstalt für unsere Genossen zu erblicken haben. Die gegenwärtigen Kämpfe auf beiden Gebieten sind ja überaus schwer, aber die zukünftigen werden noch bedeutend schwieriger sein, und in diesen bevorstehenden Kämpfen und eventuell im letzten Entscheidungskampf brauchen wir Leute, welche ihre ganze Person und Existenz für die Gesammtheit einsetzen; die müssen wir uns also erziehen, und dabei leistet die gewerkschaftliche Organisation außerordentliche Hilfe. Wenn nun die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter immerfort darauf hinweisen, daß die Partei und die Parteipresse diese Bewegung nach jeder Richtung hin unterstützen soll, so kann man uns daraus doch keinen Vorwurf machen. Niemals ist von den Führern der gewerkschaftlichen Bewegung behauptet worden, daß die gewerkschaftliche Organisation etwas anderes als ein Palliativmittel sei innerhalb der heutigen bürgerlichen Gesellschaft; es liegen Anhaltspunkte dafür nirgends vor, daß zu Gunsten der Partei seitens der gewerkschaftlichen Bewegung irgend etwas vernachlässigt worden sei. Wir überschätzen die Bedeutung der Bewegung nicht, wollen diese Bewegung aber gefördert sehen.

Ist nun durch die Parteipresse alles geschehen, was hatte geschehen können, um ihr Vorschub zu leisten? Ich habe in manchen Blättern der Partei in den letzten Jahren Aeußerungen gefunden, welche zweifellos nicht dafür sprechen. Der „Vorwärts“ brachte nach dem Halberstädter Kongreß einen Bericht über die Kongreßverhandlungen, welcher Sympathie für die Bewegung nicht athmete. Wenn man von diesen Verhandlungen als von einem „Froschmäusekrieg“ spricht, so liegt doch nahe, daß diese Beurtheilung dahin wirken wird, daß die weniger mit der Sache vertrauten Genossen sich der gewerkschaftlichen Organisation nicht anschließen werden. Ferner ließ sich ein Artikel des „Chemnitzer Beobachters“ (Nr. 80 vom Jahre 1892) gelegentlich einer Statistik über die Stärke und Leistungsfähigkeit der Bewegung dahin aus, daß man zwar der Bewegung nicht feindlich gegenüberstehe; in der Einleitung aber wurde der deutsche Buchdruckerstreik dahin beleuchtet, daß es mit dem wirthschaftlichen Kampfe nicht gethan sei, daß mit dem Scheitern des Streikes der Beweis erbracht sei, daß der wirthschaftliche Kampf nichts nütze, bevor die Arbeiter sich politische Rechte errungen hätten. Das heißt doch nichts andres als: Wir brauchen den wirthschaftlichen Kampf überhaupt nicht zu führen, bevor wir nicht die bürgerliche Gesellschaft anders gestaltet haben. (Lebhafter

Digitized by Google

Widerspruch.) Der Artikel leidet überhaupt an großer Oberflächlichkeit, indem er die Statistik mit dem Scheitern des Streiks in Verbindung brachte, der beim Abschluß der Statistik noch vollständig im Gange war. Ferner erwähne ich einen Ausspruch des „Vorwärts", der mißverständlich aufgefaßt werden konnte, wo von dem Referenten einer Versammlung gesagt war, er wäre schließlich „auf den weichen Kehrichthaufen der Gewerkschaftsduselei" zu liegen gekommen. Wenn solcher Ausdruck von der Bewegung gebraucht wird, werden sich doch die Parteigenossen nicht bewogen fühlen, auch auf diesem weichen Kehrichthaufen zu liegen zu kommen. Ferner hat das „Volksblatt für Teltow-Beeskow", ein Blatt, das in der Druckerei des „Vorwärts" gedruckt wird, zum Theil als Kopfblatt desselben, also doch mit der Redaktion des „Vorwärts" und so auch mit der Parteileitung Fühlung hat, anläßlich der Besprechung von Streikbewegungen in Australien bemerkt, daß der wirthschaftliche Kampf doch sehr wenig Aussichten biete, weil die Stellung der Kapitalisten eine zu starke ist, der Kampf für die politische Macht würde stets der wichtigere bleiben, der ökonomische Kampf finde die Arbeiter stets tief gespalten, und je trauriger die Lage, desto schärfer und schädlicher die Spaltung. Der kleine Krieg habe zwar auch seine Vorzüge, sei aber für die Endziele der Partei von untergeordneter Bedeutung. Sind diese Ausführungen eines Parteiorgans geeignet, dazu beizutragen, die indifferenten Arbeiter in der Bewegung hineinzuziehen? Ich bezweifle es sehr! (Widerspruch). Wenn Sie anderer Meinung sind, ist mir das ziemlich gleichgiltig; ich habe versucht, die Sache so darzustellen, daß Sie sich selbst ein Urtheil darüber bilden können. Gegen derartige Ausführungen unsererseits zu polemisiren, ist nicht blos ein Recht, sondern auch eine Pflicht. Die gewerkschaftlichen Organisationen haben sich in der Generalkommission eine Gesammtvertretung geschaffen, in ihr soll sich das gewerkschaftliche Leben konzentriren; sie ist verpflichtet, alles was in der Parteibewegung vorgeht und der gewerkschaftlichen nachtheilig sein könnte, zurückzuweisen und dagegen zu polemisiren.

Meine persönlichen Erfahrungen müssen an dieser Stelle auch noch erwähnt werden. Ich habe mit Auer eine Korrespondenz geführt, welche ja an und für sich einen persönlichen Charakter trägt, weil Parteivorstand und Generalkommission nicht mit einander in …bindung treten können. Wenn aber auch diese Korrespondenz …sönlich ist, so weiß man doch, daß Auer im Parteivorstande …issermaßen die Spitze bildet, der Punkt, um den sich alles andere …ht (große Heiterkeit), während ich andererseits die Meinung der …neralkommission vertrete. Ich wende mich also an den Genossen …er, wenn ich erfahren will, wie in den leitenden Parteikreisen … die Gewerkschaftsbewegung gedacht wird. 1891 schrieb mir

Digitized by Google

Auer persönlich, daß nach seiner Ansicht die Generalkommission neben dem Parteivorstand auf die Dauer nicht würde bestehen bleiben können, schon aus finanziellen Gründen, weil sie sich gegenseitig die Kräfte entziehen. In einer Fraktionssitzung sagte Auer gelegentlich der Besprechung der Maifeier, man müsse auf die Gewerkschaftsbewegung sehr Acht haben, sie sei jetzt das Flämmchen, das unter der Asche glimme. Die hier befürchtete Gefahr, daß die Gewerkschaftsbewegung über die politische die Oberhand gewinnen werde, liegt aber doch gewiß nicht vor. In einem weiteren Briefe schreibt mir Auer als Antwort auf den Artikel in Nr. 19 des „Korrespondenzblattes“:

„Während früher die Gewerkschaften als ein zwar selbständiger Theil, aber immer nur als ein Theil der organisirten, klassenbewußten Arbeiterbewegung betrachtet sein wollten und auch betrachtet wurden — etwa wie die Artillerie eine Spezialwaffe in der Armee, aber doch nicht diese selbst, sondern nur ein Theil derselben ist — macht sich seit der Gründung der Generalkommission das Bestreben bemerklich, die Gewerkschaften von der politischen Partei zu trennen und beide Organisationen als rivalisirende Mächte zu behandeln. Ich halte diese Bestrebungen, welche speziell in der Generalkommission ihren Ausgangs- und Stützpunkt haben, für sehr verkehrt und wenn sie größeren Anklang fänden, geradezu für verhängnißvoll für die ganze deutsche Arbeiterbewegung. Ich fürchte nun zwar nicht, und die Erfahrungen seit Halberstadt bestätigen das, daß Ihre und Ihrer Freunde Separationsbestrebungen irgend welchen Erfolg haben werden. Die Zahl der alten Genossen, welche die Partei und Gewerkschaften unter den schwierigsten Verhältnissen in treuer Waffenbrüderschaft Schulter an Schulter haben kämpfen sehen und selbst mitkämpften, ist eben doch zu groß, als daß Ihre aus den Nägeln gesogenen Behauptungen über die angebliche Vernachlässigung der Gewerkschaften irgendwie ernst genommen zu werden brauchten. Es mag ja für die Väter der Generalkommission sehr ärgerlich sein, daß der Einfluß dieser Körperschaft ein so bescheidener geblieben ist und die hochfliegenden Pläne sich so gar nicht verwirklichen wollen. Aber die deutsche Arbeiterbewegung ist nun einmal kein Feld, auf dem der Weizen der Gompers und Konsorten blüht .... Euch am „Korrespondenzblatt“ scheint das Fell arg zu jucken, und wenn es denn sein muß, dann wird es auch gelegentlich gestrichen werden (große Heiterkeit des Parteitages), hoffentlich seht Ihr aber noch zur rechten Zeit ein, daß es Besseres zu thun giebt, als sich gegenseitig zu reiben.“

Auer hat hier wieder einen Beweis seiner Leistungsfähigkeit erbracht, aber die Sache hat eine weitere Bedeutung. Es liegt kein Anlaß vor, einen solchen Vorwurf zu erheben, als ob die Mit

Digitized by Google

glieder der Generalkommission danach strebten, dieselbe Stellung wie Gompers und Genossen einzunehmen. Diesen schweren Vorwurf müssen wir zurückweisen, wir bethätigen uns nach beiden Gebieten hin gleich eifrig; die hier uns gesagten Liebenswürdigkeiten habe ich dahin beantwortet:

„Leider bin ich nicht in der Lage, auf Ihre Auseinandersetzung Ihnen antworten zu können, weil ich gewohnt bin, mit meinen Parteigenossen so höflich zu verkehren, als der geringe Bildungsgrad, den ich mir als Arbeiter anzueignen vermochte, es mit gestattet. (Unruhe). Sie scheinen jede Meinungsäußerung, die nicht mit Ihrer Meinung übereinstimmt, für ein Vergehen zu halten. Hoffentlich werden Sie es aber nicht für ein Vergehen halten, daß ich mich der stillen Hoffnung hingebe, daß eine Zeit kommen wird, wo nicht nur die auserlesenen Führer der Partei, sondern auch die weniger qualifizirten Genossen ihre Meinung äußern dürfen."

das habe ich ihm recht höflich (Heiterkeit) gesagt und damit ist für mich die Sache erledigt. Sie ersehen, daß jedenfalls der Genosse Auer der Bewegung nicht so ganz sympathisch gegenübersteht.

Nun läßt sich nicht leugnen, die gewerkschaftlichen Organisationen in Deutschland sind ja überaus schwach; günstigenfalls hätten wir 5% der sämmtlichen Arbeiter organisirt; einzelne standen ja sehr günstig, wie die Handschuhmacher 76%, aber andere hatten nur bis herunter zu $^2/_{10}$% vereinigt. Nachdem aber einmal durch die Partei die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation anerkannt worden ist, muß man alles daran wenden, sie von dieser Schwäche zu befreien. Nach dieser Richtung wünschen wir einmal, daß die hervorragenden Genossen sich dieser Organisation ebenso zuwenden, wie der politischen. Sie sollen dort nicht die praktischen Arbeiten verrichten, aber es giebt noch heute Genossen, welche einfach sagen: „Was wollt ihr denn mit euren Organisationen? die leitenden Kreise gehören ihnen doch nicht an, und was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig." Neben diesem Wunsche, den wir im Namen der organisirten Arbeiterschaft aussprechen, haben wir noch den andern, daß die Frage der gewerkschaftlichen Organisation von der Parteipresse etwas mehr kultivirt würde. In den Redaktionen der Arbeiterzeitungen sind Leute genug vorhanden, welche mit der Sache genau vertraut sind und selbständig darüber zu schreiben vermögen; die gewerkschaftliche Leitung hat also garnicht nöthig, das Material zu liefern. Die Fachpresse, selbst der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker" arbeitet ja auch ununterbrochen für die politische Bewegung; also ist es wohl nicht unberechtigt, zu wünschen, daß auch die politische Presse für die gewerkschaftliche Bewegung eintritt. Ein leuchtendes Beispiel bietet in dieser Hinsicht die österreichische Arbeiterpresse.

Digitized by Google

Am besten entspricht unseren Wünschen die Resolution Arons, welche ich Sie anzunehmen bitte; gerade durch ihre Annahme werden alle Meinungsverschiedenheiten und Differenzpunkte beglichen, wird am besten beiden Theilen geholfen. Glauben Sie nicht daran, daß durch die weitere Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation irgend ein Schade der Partei zugefügt werden könnte. Daß die Gewerkschaften jemals einen Gegensatz zu der politischen Organisation bilden könnten, daran ist garnicht zu denken; die Leitung liegt ja in den Händen von Personen, die auch auf dem politischen Gebiete fortwährend thätig sind. Die Leitung der deutschen Arbeiterbewegung ist von Anfang an eine politische gewesen, die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Bewegung wurde erst später erkannt. Wenn man den Gang der Dinge in England mit den Trades Unions betrachtet, so kann man doch in Deutschland nicht dahin kommen, von wo die Engländer jetzt abzugehen im Begriff sind; das wäre ein Rückschritt, und Rückschritte kann es für uns nicht geben. Ich bitte Sie, die Resolution Arons zum Nutzen der Partei und zum Nutzen der Gewerkschaftsbewegung annehmen zu wollen.

John zieht den Antrag 87, Bilz den Antrag 85 zu Gunsten der Resolution Arons zurück. Zur Debatte gestellt wird noch der Antrag 105 von Parteigenossen des Kreises Niederbarnim.

Korreferent Auer: Wenn die Generalkommission nicht die Bedeutung erlangt hat, die die Gründer gewünscht haben und die vielleicht auch im Interesse der Gewerkschaftsbewegung gelegen hätte, so ist Genosse Legien der sprechende Beweis dafür, warum das hochgesteckte Ziel nicht erreicht werden konnte. Legien hat sich als das geistige Haupt der Generalkommission hingestellt, und ich bin der letzte, der diese seine Angabe bezweifeln möchte. Wenn er in der That der spiritus rector dieser Organisation ist, sich in seinen Handlungen aber von so kleinen Gesichtspunkten leiten läßt, wie er uns soeben gezeigt hat, kann es nicht Wunder nehmen, daß keine Erfolge erzielt wurden. Die Klagen über die angebliche Vernachlässigung der gewerkschaftlichen Bewegung durch die Parteiführer, mit was hat Legien sie begründet? Er will vom „Hörensagen“ wissen, das Bebel keine besonderen Sympathien für die Gewerkschaften hat, und von mir zitirt er zwei Privatbriefe, von denen der eine vor drei Jahren bereits geschrieben, eine offene und ehrliche Antwort auf eine vertrauliche Anfrage über meine Stellung zur Generalkommission war, der andere aber — jüngsten Datums — geschrieben ist auf eine brüske Anremplun[g] im „Korrespondenzblatt“, das Legien redigirt.

Wie können solche Briefe, deren Inhalt ich übrigens in jede[r] Zeile aufrecht halte, als Beweise für meine Abneigung gegen d[ie] Gewerkschaften angeführt werden? Aus meinen Bedenken geg[en] die Nützlichkeit der in der Generalkommission neugeschaffen[en]

Digitized by Google

Institution folgert Legien, daß ich keine Sympathien für die Gewerkschaftsbewegung habe. Sind denn Generalkommission und Gewerkschaften identisch? Ja Genosse Legien, sind Sie denn die Gewerkschaftsbewegung? Krystallisirt dieselbe sich in dem Mittelpunkt der Generalkommission, als der Sie sich uns vorgestellt haben? Legien spricht auch die wunderbare Meinung aus, daß um den Auer als Mittelpunkt des Parteivorstandes die Singer, die Bebel u. s. w. sich herumdrehen. (Heiterkeit.) Das wäre sehr schmeichelhaft, wenn ich mit der Einbildung behaftet wäre, die Zentralsonne der sozialdemokratischen Welt zu sein. Das will und kann ich nicht sein, und es stände schlimm um die Bewegung, wenn es so wäre. Schon aus dieser einen Thatsache ergiebt sich für jeden, der urtheilen kann, daß es nur rein die persönliche Seite ist, daß es nur Personalien sind, die zu diesen, an sich so unbedeutenden, wie unliebsamen Differenzen führten. Sowie wir diese persönlichen Momente beseitigen, ist die alte Ruhe, der alte Friede wieder hergestellt. Worin liegt z. B. die Ursache, daß die Angehörigen derselben Branche in verschiedenen Städten sich immer noch nicht vereinigen können, sich immer noch zanken? Ich brauche Niemand zu nennen, und doch ist es uns allen bekannt, daß nur persönliche Reibereien, Zänkereien, Stänkereien die Ursachen der beklagenswerthen Spaltungen sind. Denken sie nur an die diversen Organisationsformen, um welche gestritten wird, an Zentralverband, lokale Organisation, lokale Organisation mit loser Zentralisation, Vertrauensmännersystem, Lokalisation, Dezentralisation, ein Wirrwarr, aus dem Niemand mehr klug werden kann, und die Veranstalter dieses Wirrwarrs stellen sich dann hier hin als die gekränkten Leberwürste (Stürmische Heiterkeit) und beklagen sich, daß die sozialdemokratische Partei sie nicht genügend unterstützt! Wo sind die Beweise für diese Behauptungen? Es giebt keine. Es hat einmal eine scharfe Gegenströmung gegen die Gewerkschaftsbewegung in der Sozialdemokratie gegeben. Das war die Zeit, als die Lassalle'sche Richtung in Blüthe stand. Auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins 1872 wurde beschlossen, den Wunsch auszusprechen, daß sobald wie möglich alle bestehenden gewerkschaftlichen Verbindungen aufgelöst und die Mitglieder dem politischen Verband zugeführt werden sollten. Dieser Beschluß wurde 1873 auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins zu Frankfurt a. M. wiederholt und 1874 der Generalversammlung in Hannover in nachstehender Form noch einmal unterbreitet:

Die Generalversammlung wolle beschließen: „Auf Grund der Erfahrungen, welche die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins in Betreff der gewerkschaftlichen Bewegung besonders in Deutschland gemacht haben, erklärt die Generalversammlung Folgendes:

Digitized by Google

Die Bestrebungen aller Korporativvereine Deutschlands, welche angeblich den Schutz der Arbeiter gegen die maßlose Bedrückung derselben durch die Kapitalmacht bezwecken, sind durchaus nicht geeignet, diesen Zweck zu erreichen. Die Generalversammlung spricht vielmehr die Ueberzeugung aus, daß der durch die Korporativvereine gegen die Kapitalmacht geführte ungleiche Kampf, der lediglich die unmögliche „Selbsthilfe" der Arbeiter zur Basis hat, nicht nur die Wiederstandskraft der Arbeiter, sondern auch die radikalen sozialpolitischen Bestrebungen des Allg. deutsch. Arb.-Vereins im höchsten Grade gefährdet.

Die Generalversammlung erklärt deshalb ferner, daß alle Diejenigen Verräther der Arbeiterklasse sind, welche — meist aus eigennützigen Absichten — fortfahren, die Gewerkschaftsbewegung, entgegen den Beschlüssen der Generalversammlung des Allg. deutsch. Arb.-Vereins zu Berlin im Jahre 1872 und zu Frankfurt a. M. 1873, in den Vordergrund der Arbeiterbewegung zu drängen und dadurch die Agitation des Allg. deutsch. Arb.-Vereins in unverantwortlicher Weise zu schädigen.

Die Generalversammlung beschließt daher weiter, daß in Gemäßheit des Beschlusses der Berliner Generalversammlung im Jahre 1872, welcher lautet:

„Die Generalversammlung spricht den Wunsch aus, daß sobald wie möglich alle innerhalb unserer Partei bestehenden gewerkschaftlichen Verbindungen aufgelöst und die Mitglieder dem Allg. deutschen Arb.-Verein zugeführt werden. Pflicht der Mitglieder des Allg. deutschen Arb.-Vereins ist es, in diesem Sinne zu wirken. Eine weitere Ausdehnung der Streikkassen ist als eine Störung der Zentralisation der Arbeiter nicht praktisch" nunmehr binnen Jahresfrist alle Korporativvereine, deren Mitglieder angeblich der Lehre Lassalle's huldigen, aufzulösen und die Mitglieder derselben, soweit wie möglich, dem Allg. deutschen Arb.-Vereine zuzuführen sind.

Mitglieder, Beamte und Vorsteher von Korporativvereinen, welche zugleich Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Vereins sind und diesem Beschlusse keine Folge leisten, sollen nach Ablauf eines Jahres ohne weiteres als aus dem Allg. deutsch. Arb.-Vereine ausgeschieden betrachtet werden. Ihre Wiederaufnahme kann nur mit Genehmigung des Vorstandes erfolgen."

Hier haben sie eine zielbewußte Gegnerschaft gegen die gewerkschaftliche Bewegung. Die Pflicht, die nach dem Antrage Arons jetzt ausgesprochen werden soll, daß jeder Parteigenosse sich der Gewerkschaftsorganisation in seinem Berufe anzuschließen habe, finden Sie auch schon hier ausgesprochen, allerdings im umgekehrten Sinne. Ungeachtet dieser Beschlüsse aber und trotz der starren Organisationsform des „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins"

Digitized by Google

war das Bedürfniß nach gewerkschaftlichen Organisationen in der Arbeiterschaft so groß, daß diese Vereinigungen blieben, wuchsen und größer wurden. 1874 waren aber auch schon Gegenströmungen da, es gab bereits eine andere Richtung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, die eine durchaus andere Auffassung von der Rolle hatte, welche die gewerkschaftliche Organisation zu spielen berufen sei. Schon 1873 finden wir in dem Protokoll des Kongresses der Holzarbeiter in Nürnberg folgende Stelle, welche geradezu als grundlegend für unsere heutige Stellungnahme erklärt werden muß. Dort sagte Zirfas-Mainz in einem Vortrage über Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsbewegung Folgendes:

„Es ist naiv, alles Heil der Arbeiter allein von den Erfolgen, die durch die Gewerkschaften und Gewerkvereine errungen werden können, zu erwarten, wie es umgekehrt thöricht wäre, deshalb, weil die Gewerkvereine zur Verbesserung der Lage der Arbeiter nur theilweise und bedingungsweise beitragen können, diese Organisationen als zweck- und nutzlos zu verwerfen. Beide Organisationen haben sich gegenseitig zu ergänzen. Der politische Kampf ist in den gewerkschaftlichen Vereinigungen gesetzlich unstatthaft, er muß in der politischen Organisation der sozialdemokratischen Partei geführt werden. Und das, was die politische Partei-Organisation ihren Mitgliedern nicht gewähren kann, nämlich aus dem Kampfe schon jetzt materiellen Nutzen zu ziehen, dazu sind die Gewerkschaften da. Beide Organisationen ergänzen sich, und so geht es vereint vorwärts."

So haben wir 1873 gedacht, so haben wir seitdem gehandelt. Wenn deshalb Legien diese Richtung uns gewissermaßen als etwas Neues empfiehlt, so trägt daran nur der Umstand die Schuld, daß Legien zu den Nachgeborenen gehört, daß er zu spät auf die Welt gekommen ist. (Große Heiterkeit.) Legien beschwert sich darüber, daß unser Vorstandsbericht nicht korrekt zitirt. Ich bemerke dem gegenüber, daß durchaus korrekt zitirt worden ist; den ganzen Artikel konnten wir allerdings nicht bringen. Der Artikel im „Correspondenzblatt" wünscht, daß der Anfang von Differenzen im Keime erstickt werde. Mit diesem Wunsche sind wir Alle einverstanden, er ist auch in dem Augenblick erfüllt, wo Legien mit persönlichen Rempeleien aufhören wird. In diesem Punkt hat er nicht Alles vorgelesen, er hat jene für einen Mann und Kollegen ganz ungemein gehässige und beleidigende Bemerkung gegen Fischer [n]icht vorgelesen, wo diesem der besoldete Parteigenosse vor[g]ehalten wird. Legien ist auch besoldet. Wird man dadurch ein [P]arteigenosse zweiter Klasse, wenn man für seine Thätigkeit für [d]ie Partei bezahlt wird. Wenn ihm aber die Gehälter zu hoch [si]nd, welche wir im Sekretariat beziehen, dann möge er einen ent[sp]rechenden Antrag stellen; ich bin allerdings der gegentheiligen [M]einung und halte die Gehälter für zu niedrig. (Heiterkeit.) Auge

Digitized by Google

im Auge sich auszusprechen, das ist Mannesart, aber einem so, ich hätte beinahe gesagt, heimtückisch in den Rücken zu fallen, das ist nicht hübsch, und wie sehr Legien selbst sich bewußt ist, daß ihm da die Feder ausgeglitten ist, beweist der Umstand, daß ihm dieser Satz beim Vorlesen zwischen den Zähnen stecken blieb.

Nun kann ich ja die gereizte Stimmung des Mittelpunkts der Generalkommission begreifen. Die Kommission hat nämlich einen sehr unglücklichen Geburtstag; sie ist entstanden in einer Zeit, wo, auch wenn ihre Führung mustergiltig gewesen wäre, sie in Folge der Uebermacht der gegenüberstehenden Kräfte nicht vorwärts konnte. Sie hat unglücklich debutirt in Folge des wirthschaftlichen Rückgangs, nicht aus eigener Schuld. In Folge der wirthschaftlichen Konjunktur konnte das Unternehmerthum jeden Streik zu Boden schlagen; die Zigarrenarbeiter, die Buchdrucker, die Bergarbeiter haben schwere Niederlagen erlitten; nachdem die Schlachten verloren waren, da hat die Generalkommission den Rückzug decken müssen. Der Feldherr zeigt sich erst in seiner ganzen Meisterschaft beim Rückzug, und daß die Generalkommission in ihrem Führer einen Feldherrn von voller Meisterschaft besitze, mag glauben, wer will, ich nicht. Jedenfalls hat die Rede Legien's die Erwartung, daß die Verhandlung über die Gewerkschaftsfrage den Höhepunkt des Parteitages bilden würde, nicht gerechtfertigt. Wenn Legien behauptet, die politischen Führer haben keine Sympathie für die Gewerkschaftsbewegung und dann anführt, Auer ist von der Generalkommission nicht entzückt, Metzger zahlt nicht gern hohe Beiträge, selbst von Bebel sei ihm mitgetheilt worden, daß er kein Freund der Bewegung sei, was soll man zu solcher Beweisführung sagen? Warum verläßt sich Legien auf Hörensagen und frug er nicht bei Bebel direkt an? Bebel hätte ihm gewiß Antwort und Belehrung gegeben, die ihm sehr dienlich gewesen wäre, weil er sich dann mit seiner Aeußerung hier nicht blamirt hätte.

Dann hat Legien den Schluß gezogen, der politisch organisirte Arbeiter habe nichts weiter zu thun, als alle 5 Jahre einen Stimmzettel in die Urne zu werfen, der gewerkschaftlich organisirte Genosse dagegen müsse fortgesetzt seine ganze Existenz einsetzen. Bisher habe ich geglaubt, daß die gewerkschaftliche Organisation den Zweck habe, die Arbeiterschaft in Bezug auf ihre Existenz zu heben, letztere zu bessern, zu sichern. Wenn es aber eine nothwendige Folge der gewerkschaftlichen Organisation sein soll, die Exist zusetzen zu müssen, dann brauchten wir uns nicht zu wunde wenn die Bewegung nicht vorwärts kommt. Wenn Legien sa der Eintritt in die Gewerkschaftsbewegung sei gleichbedeutend r der Gefährdung der Existenz, so konnte nicht leicht etwas schreckenderes gesagt werden. Wie kann man denn eine solche hauptung wagen, daß die Antheilnahme an der Gewerkscha

Digitized by Google

bewegung gleichbedeutend sei mit dem Aufsspielsetzen der ganzen Existenz? Legien hat jedenfalls garnicht an diese Konsequenzen gedacht und wird sehr verwundert sein, dies jetzt von mir zu hören; aber daß er seine Gedanken nicht zu Ende denkt, dafür können wir nicht. Gerade Legien fehlt es an dem genügenden Takt und Chic, auch wo er die beste Absicht hat. Ich muß das aussprechen; denn er war auch uns gegenüber mit seinem Urtheil ziemlich hart. Seine Ansicht über die Tragweite der politischen Bewegung ist entnommen aus dem Organ der Unabhängigen, der Werner & Co. Wenn diese Behauptung aber noch so oft aufgestellt wird und selbst Anhänger und Gläubige in unsern Reihen findet — wenn auch nicht der leiseste Verdacht ausgesprochen werden soll, daß Legien mit den Unabhängigen sympathisirt —, so ist sie doch deshalb noch nicht wahr. Sehen Sie die Straflisten an, die wir führen, diese Hunderte von Jahren Gefängniß, die unsere Parteigenossen zu verbüßen haben; ist da keine ruinirte Existenz darunter? (Sehr richtig!) Sind nicht in der Zeit des Sozialistengesetzes Hunderte und Hunderte von Existenzen vernichtet worden? Jene armen Familienväter, die aus ihrem Heim gerissen, ins Exil gejagt, von Ort zu Ort gehetzt, auf Schritt und Tritt von der Polizei verfolgt wurden, sodaß einzelne sogar in der Verzweiflung zum Selbstmord griffen — haben die für ihre Ueberzeugung nicht die Existenz aufs Spiel gesetzt? Und diese Opfer sind für die politische Bewegung gebracht worden! (Lebhafter Beifall.) Es beweist die absolute Urtheilsunfähigkeit des Genossen Legien, solchen Satz auszusprechen, wie er ihn ausgesprochen hat! (Sehr wahr!) Legien verlangt, daß die Parteipresse sich der gewerkschaftlichen Bewegung mehr annehmen und die führenden Genossen Mitglieder der Gewerkschaften werden sollen. Allerdings, der Eine und Andere von uns gehört einer gewerkschaftlichen Organisation nicht an, ich gehöre zur Zeit keiner an, ob Bebel, weiß ich nicht, ob Liebknecht dem Verein Berliner Journalisten angehört, weiß ich auch nicht. Singer soll ja in neuester Zeit ein menschliches Rühren empfunden haben und Mitglied der „Freien Vereinigung junger Kaufleute“ geworden sein. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn man übrigens in so beredten Worten uns zu Gemüth führt, daß es Pflicht eines jeden Parteigenossen sei, seiner Gewerkschaft anzugehören, wie steht es denn mit Ihnen, Herr Arons? (Arons: Meine besteht noch nicht!) Ja sehen Sie, Sie geben gute Rathschläge, aber weiter nichts. Lesen denn Legien und Arons die Parteipresse nicht, die Versammlungsberichte, die Versammlungsannoncen nicht? Ist ihnen nicht bekannt, daß die Zahl der politischen Versammlungen in gar keinem Verhältniß steht zu der der Gewerkschaftsversammlungen, wo ebenfalls die sogenannten Parteiführer sprechen? Angenehm ist das freilich nicht immer, weil nur

Digitized by Google

zu häufig der erste Diskussionsredner bereits die Frage aufwirft, welche Form der Organisation die beste sei; dann geht der alte Radau los, und da kann man mit Engelszungen reden, es hilft nichts, und das Finale ist gewöhnlich, daß 2 Dutzend Menschen sich gegenüberstehen und sich beinahe in die Haare fahren, wenn nicht die Polizei da wäre. (Große Heiterkeit.) Dieser skandalöse Zustand muß endlich aufhören! Das habe ich schon voriges Jahr in Berlin auf dem Parteitag gefordert. Legien aber denkt in dieser Beziehung ganz anders; er giebt mir in dem „Correspondenzblatt" zu verstehen, daß er meinen Worten keinen Glauben schenkt. Was in dem Blatt gesagt ist, das heißt doch nur: Du kannst reden, was Du willst, Dir glaubt doch keiner, Du bist der Bewegung nicht sonderlich gewogen. Ich habe in Berlin gesagt, was ich hier sage. Daß die Gewerkschaftsbewegung so schlecht bestellt ist, hat ein Theil der Führer selbst verschuldet durch ihre persönlichen Zänkereien.

Es wurde mir gestern von einem guten Freunde gesagt, die Führer der Generalkommission seien deshalb auf mich so schlecht zu sprechen, weil unter meiner Protektion der Mann stehe, welchen die Anhänger der Zentralverbände absolut nicht leiden können: der Genosse Keßler wurde als mein Schützling dargestellt. Ich wollte das hier nicht vorbringen, aber man sagt mir, ich müsse diese Partie erörtern, sie sei eigentlich der treibende Punkt in der ganzen Frage. Ich erkläre nun, es ist alles freie Erfindung, was in dieser Beziehung mir nachgesagt wird. Ich habe das Bestreben, die Gegensätze innerhalb der Partei auszugleichen, und ich habe auch Keßler gesagt, lassen Sie den Streit, seien Sie vernünftig und friedlich. (Heiterkeit.) So nahe stehe ich Keßler garnicht, aber indirekt habe ich ihm zu verstehen gegeben, daß es nicht nöthig wäre, immer so saugrob zu sein. (Große Heiterkeit.) Wenn aber auf der andern Seite diese Fehler auch gemacht werden, soll denn da der Parteivorstand auch noch Partei ergreifen? Dann hätten wir ja zwei Lager in der Partei. Wir haben in Halle das zentralistische System empfohlen. Wenn nun gewisse Leute das nicht befolgen, weil sie es nicht können oder nicht wollen, was sollen wir dann thun? Ich hätte wohl ein Mittel, auch um den Solinger Streit zu Ende zu bringen, eine Dunkelkammer, in welche ich die streitenden Parteien so lange einsperren würde, bis sie flehentlich bitten würden: Laßt uns raus, wir wollen uns vertragen! (Große Heiterkeit.) Was kann der Parteivorstand dafür, daß irgen[d] ein Artikel im „Teltower Volksblatt" der Generalkommission nich[t] gefällt? Etwas anderes wäre es, wenn derselbe im „Vorwärts" gestanden hätte. Das „Volksblatt für Teltow-Beeskow" wird fertig, ohne daß wir von seinem Inhalt Kenntniß haben. Nun heißt e[s] aber, das Blatt wird hergestellt in der Druckerei des „Vorwärts" und es ist Kopfblatt des „Vorwärts", ergo ist der Vorstand fü[r]

Digitized by Google

den Artikel verantwortlich, ergo ist Auer ein Freund Keßler's. Gegen solche Art der Beweisführung kann man nicht ankämpfen. Den Artikel des „Chemnitzer Beobachter" habe ich nicht gelesen, er ist uns doch auch nicht zur Zensur vorgelegt worden. Wir haben 75 politische Blätter, wer kann dafür stehen, daß nicht hier und da im Laufe des Jahres einmal eine Aeußerung unterläuft, die als im Widerspruch mit unseren Tendenzen stehend erklärt werden kann? Was den „Froschmäusekrieg" betrifft, von dem der „Vorwärts" geschrieben hat, so ist der Ausdruck nicht hübsch, wer aber das Protokoll von Halberstadt liest, wird ihn verstehen. Ich habe den Artikel nicht geschrieben; die ganze Haltung des „Vorwärts" zeugt aber doch dafür, daß stets der Gewerkschaftsbewegung volle Sympathie gezollt wurde. Dann wurde auch der „weiche Kehrichthaufen der Gewerkschaftsduselei" ins Feld geführt. Es heißt doch geradezu die Gründe an den Haaren herbeiziehen, wenn man auch diesen Ausdruck gegen uns verwerthen will. Der Artikel wendet sich ausschließlich gegen die Unabhängigen, welche plötzlich die Entdeckung gemacht hatten, daß der politische Kampf für die Arbeiter gar keine, der gewerkschaftliche Kampf aber die höchste Bedeutung habe. Gegen diese Verkennung der Aufgaben der Arbeiterbewegung polemisirt der Artikel und es wird darin zum Schlusse gespottet über jene unabhängigen Himmelsstürmer, welche sich von uns trennten, weil die Partei angeblich den „revolutionären proletarischen" Charakter abgestreift habe und die jetzt auf den „weichen Kehrichthaufen der Gewerkschaftsduselei" angekommen seien.

Wer nicht böswillig unterlegen will, kann unmöglich aus der Notiz einen Angriff auf die Gewerkschaftsbewegung herauslesen. Ein weiterer Vorwurf, der immer wiederkehrt, ist, daß die Presse die Bewegung nicht genügend unterstützt. Wer diesen Vorwurf erhebt, der muß vor Allem von sich selber sagen können, er habe sein Möglichstes gethan, um diese Forderung zu erfüllen. Hat denn die Generalkommission dafür genügend gewirkt, das Verständniß für die Gewerkschaftsbewegung in die Partei hineinzutragen? Auf diese Frage bitte ich mir eine klare Antwort aus. Aus den Reihen der Nur-Gewerkschafter ist mit verschwindenden Ausnahmen rein garnichts gethan worden, um in diesem Sinne zu wirken. Legien kann schreiben, aber er schreibt nicht für Parteiblätter, sondern für das „Sozialpolitische Zentralblatt", welches in Parteikreisen nur vereinzelt gelesen wird. Warum hat er seine Artikel nicht an den „Vorwärts", an das „Echo" geschickt? Wenn in Bezug auf schriftliche Agitation Jemand seine Aufgabe nicht erfüllt hat, so ist es die Generalkommission, an ihrer Spitze Legien. Aber es giebt Leute, welche sich besonders wohl fühlen in der Gesellschaft von hochgestellten Herren, Professoren und Doktoren. Des-

Digitized by Google

halb auch der Pilgergang nach Frankfurt. (Sehr richtig!) Gewiß sind uns auch Doktoren als Genossen willkommen, aber sie bilden nicht das Rückgrat der Partei und der Gewerkschaften, dies können nur die Proletarier sein. (Zustimmung.) Das „Zentralblatt" mag noch so gut sein, ein Parteiblatt ist es nicht. Es ist himmelschreiend, daß einer, der so im Glashause sitzt, es wagt, auf unsere Presse derartig mit Steinen zu werfen!

Ich bin am Ende; ich empfehle Ihnen unsere Resolution im Gegensatz zu der von Arons. Die Unterschriften zeigen Ihnen, daß von Gegnerschaft, Feindschaft gegen die Gewerkschaften nicht die Rede sein kann. Mehr können wir nicht thun, wir haben alles gegeben und erwarten, daß auch diejenigen, welche noch störrisch bei Seite stehen, anerkennen, daß es nicht blos Worte sind, sondern daß es unsere innerste Empfindung ist, was diese Resolution zum Ausdruck bringt! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Jacobey beantragt zur Resolution Auer-Bebel folgenden Zusatz:

und ermahnt die Parteigenossen in den einzelnen Berufsorganisationen, von der leider befolgten Taktik, die auf den Gewerkschaftskongressen gefaßten Beschlüsse einfach zu ignoriren, Abstand zu nehmen. Gerade dieser Umstand ist geeignet, die Gewerkschaftsbewegung eminent zu schädigen, das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu lockern und ein gemeinsames Vorgehen illusorisch zu machen.

Zur Resolution Arons wird von Gerlach und Schulze beantragt, die Worte „wenn nicht zwingende Gründe ihn hindern" zu streichen.

Metzger-Hamburg III: Legien beschwert sich über die Berichterstattung im Vorstandsbericht, hat aber selbst eine höchst eigenthümliche Berichterstattung im „Korrespondenzblatt". Die von mir zitirte Aeußerung betreffs der hohen Beiträge hat schon auf dem Halberstädter Kongreß Schwartz-Lübeck als eine solche dargestellt, die nicht dem Standpunkt der Fraktion entsprach, und nicht erst später der „Vorwärts". Ich stand schon von jeher auf dem Auer'schen Standpunkt; ich war schon 1869 Mitglied eines Fachvereins der Metallarbeiter, ich bin seit 25 Jahren der Meinung, daß beide Bewegungen wie Mann und Frau zusammengehören. Die Partei kann sich nicht zum Gensdarmen, zum Treiber für die Gewerkschaften machen, deshalb ist die Resolution Arons durchaus unannehmbar.

Reißhaus: Von einer Seite der Genossen wurde für den Rückgang der Gewerkschaftsbewegung die Partei verantwortlich gemacht, aber mit Unrecht. Der Grund liege in den wirthschaftlichen Verhältnissen. Der Vorschlag Arons schieße über das Ziel hinaus; den Genossen namentlich in den kleineren Städten könne

Digitized by Google

man den Beitritt zu den Gewerkschaften nicht zur Pflicht machen; ihnen sei es unmöglich, alle die Opfer an Geld und namentlich an Zeit zu bringen, welche ihnen diese Mitgliedschaft auch noch auferlegen würde.

Liebknecht: Ich ergreife das Wort nur, weil ich persönlich engagirt bin. Wenn je ein kreißender Berg ein lächerliches Mäuschen gebar, so ist das hier der Fall. Ich hatte geglaubt, Legien würde Thatsachen vorbringen, aber er hat gegen Windmühlen gekämpft: er konnte keine Thatsachen vorbringen, und aus Mangel an Gründen und Gedanken ist er auf das Gebiet des Klatsches, des Persönlichen gekommen. Er hat förmliche Ketzerriecherei getrieben; überall hat er geschnüffelt, alles hat er zusammengesucht, was ihm als von unserer Seite gegen die Gewerkschaftsbewegung gerichtet erschien, und bei der Auswahl seiner Beweisstücke hat er eine sehr unglückliche Hand gehabt. Was ihm als Haß und Abneigung erscheint, ist nur die Ausgeburt seines eigenen Vorurtheils. Auer hat Legien's Auffassung von der „Vorwärts"-Notiz, betr. die „Gewerkschaftsduselei" schon berichtigt. Belehrendes über die Gewerkschaftsbewegung hat uns Legien nicht gesagt. Wir haben keinen Vortrag über Gewerkschaften, deren Ziele und Geschichte, zu hören bekommen — nur Angriffe, haltlose Angriffe, denn die Angegriffenen haben ihr Möglichstes gethan, um die Gewerkschaftsbewegung zu fördern. Der „Vorwärts" hat sehr viele Artikel für dieselbe gebracht, ich selbst bin wiederholt aufs wärmste für sie eingetreten, — auch in zahlreichen Vorträgen — und ich nehme für mich in Anspruch, daß ich in Deutschland wohl der erste war, der im modernen Sinne für die Gewerkschaften gewirkt hat. Dreizehn Jahre lang habe ich in England die Trades Unions studirt und meine ersten Vorträge in Berlin, Anfangs der 60er Jahre, waren bestimmt, für diese Bewegung und für die Organisation von Gewerkschaften ähnlich, aber mit höheren politischen Zielen, als die englischen, Propaganda zu machen. Was erleben wir aber jetzt in England? Daß gegenüber den alten, organisch aus den Zünften des Mittelalters hervorgegangenen und verzopft gewordenen Trades Unions, gegenüber dem „Nichts-als-Trades Unionismus" ein neuer Trades Unionismus sich herausgebildet hat, der die Unfruchtbarkeit der einseitigen Gewerkschaftsbewegung begriffen hat, die Nothwendigkeit der politischen Bewegung anerkennt und für sie wirkt! Und wir haben das großartige Schauspiel erlebt, daß in Zürich die Führer der englischen Gewerkschaften sich auf den Boden des internationalen Sozialismus gestellt und daß auf dem letzten englischen Gewerkschafts-Kongreß zu Belfast die Massen der englischen Arbeiter sich von dem, was ich den „Kehrichthaufen" nannte, erhoben haben und in diejenige Gewerkschaftsbewegung hinaufgestiegen sind, zu welcher wir von Anfang an das deutsche Proletariat zu erheben

Digitized by Google

versucht haben! Warum hat Legien kein Wort davon gesprochen, daß und warum die deutsche Bewegung im Vergleich mit der englischen so klein ist? Ich hätte ihm gern das Material geliefert. In Deutschland ist die gewerkschaftliche Organisation mit Ausnahme der Buchdrucker und zweier oder dreier älterer Gewerkschaften, welche aber nicht Massen umfassen, ganz neu, und auch diese Ausnahmen datiren erst seit wenigen Jahrzehnten. In Hamburg, wo wir die beste Gewerkschaftsorganisation haben, war vor 1848 nichts vorhanden; bei den Tabakarbeitern und anderen wurde die Bewegung nach 1848 wieder erstickt, tauchte aber später wieder auf und ist jetzt dort so stark geworden, wie nirgends sonst in Deutschland. In England dagegen ist die Bewegung Jahrhunderte alt; im großen Stile des Klassenkampfes nahm sie im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts ihren Anfang, als der Großkapitalismus sich mit den Maschinen die Weltherrschaft eroberte. Da mußten die Arbeiter, denen man ihr Koalitionsrecht nahm, ihre Trades Unions geheim organisiren, und der Klassenkampf wurde von den Arbeitern so energisch geführt, daß ihnen die Freiheit der Bewegung gewährt werden mußte. Die deutsche Bewegung hat für ihre Jugend schon bedeutende Erfolge aufzuweisen und begeben Sie sich nicht auf Irrwege, so wird sie werden, was sie sein soll. Wir alle sind für die Gewerkschaften, aber dagegen, daß man in ihnen das Hauptziel erblickt, daß man glaubt, durch sie allein könne die Macht des Kapitals gebrochen werden. Das Kapital kann nicht auf seinem eigenen Boden vernichtet werden. Man muß ihm den Boden unter den Füßen wegziehen, und ihm die politische Macht aus den Händen reißen. Und das ist nur möglich durch politischen Kampf. Nehmen Sie die Resolution Auer an!

Völkel=Berlin VI bedauert, daß die Referate allzusehr mit persönlichen Ausführungen ausgestattet waren. Ueber den Werth der Organisation brauche man sich auf dem Parteitage nicht mehr zu unterhalten. Die Meinung der Berliner Gewerkschaftler, daß man an den leitenden Stellen eine nicht allzu wohlwollende Haltung der Gewerkschaftsidee gegenüber einnehme, sei doch immerhin bis zu einem gewissen Grade berechtigt, wie er, mitten im gewerkschaftlichen Leben Berlins stehend, aus eigener Erfahrung wahrgenommen habe. Er mache aber für Einzelne nicht die gesammte Parteileitung oder die Fraktion verantwortlich. Gleichgiltig könne man aber über die Thatsache nicht hinweggehen, daß einzelne der Führer s[…] direkt unsympathisch über die Bewegung äußern. Es sei k[…] unberechtigte Forderung, daß gerade die fortgeschrittenen Geno[…] der Gewerkschaftsbewegung sich anschließen sollen im Sinne […] Resolution Arons. Eine absolut bindende Verpflichtung lege a[…] diese Resolution nicht auf; der Satz: „wenn nicht zwinge[…] Gründe ihn hindern“, lasse den nöthigen Spielraum.

Digitized by Google

Fell beantragt in der Resolution Auer die Worte „wiederholt der Parteitag den Ausdruck seiner Sympathie mit der Gewerkschafts-bewegung und“ zu streichen, dagegen am Schlusse hinzuzufügen:

„und empfiehlt jedem Genossen, soweit als möglich sich der seiner Beschäftigung am nächsten stehenden Gewerkschaftsorganisation anzuschließen.“

Schoenlank-Berlin hätte Referate erwartet, die von großen Gesichtspunkten ausgingen. Die Resolution Arons verlange Unmögliches; sämmtliche Landarbeiter seien ja gar nicht in der Lage, sich dergestalt zu organisiren, weil ihnen das Koalitionsrecht fehle; Millionen der ärmsten hausindustriellen Bevölkerung seien ebenso wenig dazu in der Lage. Die Zahl der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter werde stets nur ein kleiner Theil der Arbeiterklasse bleiben. Wie wolle man denn die kleingewerblichen Arbeiter oder gar die Unter- und Subalternbeamten in dieser Weise organisiren? Die Sozialdemokratie sei eine proletarische Bewegung, nicht eine Bewegung gewerkschaftlich organisirter Arbeiter. Man dürfe nicht Genossen erster und zweiter Klasse zu unterscheiden beginnen. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die Bourgeoisie noch da sei und vorläufig noch ihre Geschäfte gegen uns führe. Der neue Entwurf der Fachgenossenschaften, den Herr von Berlepsch vorlege, biete, so jämmerlich er sei, eine Möglichkeit für die noch nicht organisirten Arbeiter, dort einzudringen und diese Fachgenossenschaften der Geltendmachung der proletarischen Forderungen dienstbar zu machen. Die Wahlresultate zeigten übrigens, daß in Rheinland und Westfalen mit ihrer hochentwickelten Organisation die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen nicht in dem Maße eingetreten sei als z. B. in Sachsen mit seiner ausgedehnten Hausindustrie. Die Partei müsse die Gewerkschaften, wo sie einen günstigen Boden fänden, unterstützen, sich ihr mit gebundenen Händen ausliefern könne sie nicht. Die Forderung der Resolution Arons müsse und werde scheitern an dem granitnen Widerstande der ökonomischen Verhältnisse.

Stubenreich-Oggersheim betont als Süddeutscher, daß über die Nothwendigkeit der Förderung der Gewerkschaftsbewegung keine Differenz sei, daß man sich aber entschieden gegen die Tendenz wenden müsse, welche einen unbedingten Zwang der Zugehörigkeit einführen wolle. Zahlreiche Genossen hätten bekanntlich ihren Beruf mehrmals gewechselt, welcher Organisation sollten sie sich denn anschließen? Die Verpflichtung in der Resolution Arons gehe geradezu gegen die Parteiorganisation.

Bebel: Nachdem Legien in einer so hochwichtigen Frage große Gesichtspunkte vorzubringen versäumt, dagegen meist persönliche Angriffe gemacht hat, wird natürlich der ganzen Debatte ein persönlicher Charakter aufgedrückt. Ich selbst kann auch nicht umhin,

Digitized by Google

mich mit ihm persönlich auseinanderzusetzen. Legien hat in den 80er Jahren in Hamburg gehört, ich sei ein Gegner der Gewerkschaftsbewegung und erst durch eine meiner Aeußerungen auf dem Pariser Kongreß ist er eines Besseren belehrt worden. Aber auch diese Aeußerung hat er falsch verstanden; ich habe damals nicht von Gewerkschaften, sondern von praktischen Arbeiten gesprochen, denen wir uns mehr zuwenden müßten. Von einem Mann, der an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung steht, konnte man doch erwarten, daß er über die Geschichte derselben orientirt ist; aber er befindet sich offenbar in voller Unkenntniß darüber. Es konnte ihm doch nicht entgangen sein, daß ich schon 1868 als Vorsitzender des Verbandes der deutschen Arbeitervereine einen Aufruf zur Bildung von Gewerkschaften erlassen und ein Normalstatut für solche ausgearbeitet hatte. Ich veranlaßte, daß Kongresse zur Gründung von Gewerkschaften einberufen wurden, welche auch ins Leben traten und später gerade daraufhin, daß die Bewegung von sozialdemokratischen Führern ausgegangen sei, von der sächsischen Regierung und anderen Regierungen drangsalirt und abgemurkst wurden. Genau in dem Sinne, wie Legien ausführte, daß die Gewerkschaften in Wahrheit eine Vorbereitungsschule für die Sozialdemokratie seien, habe ich mit meinem Freunde Auer und anderer in den 70er Jahren agitirt, und als das Sozialistengesetz kam, hat man gerade mit Rücksicht auf diese unsere Haltung in der Gewerkschaftsbewegung diese Unternehmungen für sozialdemokratische erklärt und sie ebenfalls vernichtet. (Sehr richtig.) Daß die Gewerkschaftsführer alle diese Thatsachen bei Seite setzen, daß sie ferner so thun, als ob kein Vereinsgesetz bestände, und die Partei mit aller Gewalt zur Agitationsschule für die Gewerkschaften betrachtet wissen wollen, verstehe ich in der That nicht. Auch in den 80er Jahren habe ich für die Gewerkschaften gearbeitet; eine meiner besten Festreden wurde 1887 vor einer Gewerkschaft in Dresden gehalten. Die Hälfte meiner Thätigkeit in Versammlungen in Berlin entfällt auf die Fachvereine — und da tritt Legien hier hin und sagt, er sei bis 1889 über meine Stellung unklar gewesen! Wenn vom ersten Manne in der deutschen Gewerkschaftsbewegung mit solcher Unkenntniß vorgegangen wird, dann weiß ich nicht mehr, was ich sagen soll. Wir sollen nun persönlich einer Gewerkschaft angehören; es genügt also nicht, daß ich Vorträge halte, ich muß Mitglied werden. Es würde uns eine hohe Ehre sein, sagte man mir in Berlin. Man bekämpft doch allerwärts den Personenkultus, und hier will man ihn treiben? (Sehr richtig.) Was kann denn ein Liebknecht, Bebel, Auer bei einer Gewerkschaft thun? Ich habe solche Anträge immer abgelehnt, weil man nicht dabei stehen bleiben, sondern sagen würde: Ihr müßt auch mit ganzer Kraft für die Bewegung eintreten, Vorträge halten, Artikel liefern,

Digitized by Google

Vorstand werden u. s. w. Das können wir bei all der Arbeit, die wir schon haben, nicht auch noch übernehmen. — Man klagt, die Presse habe die Bewegung nicht genügend unterstützt. Die Parteipresse hat hundertmal mehr die gewerkschaftliche Bewegung gefördert, als diese die politische. (Sehr richtig.) Die Gewerkschaftspresse muß sich mit den kleinen Fragen beschäftigen und darin liegt die große Gefahr, daß sie das große Ziel aus den Augen verliert und so der allgemeinen Verwässerung Vorschub leistet. Der Vorstandsbericht hat unwiderleglich nachgewiesen, warum die Bewegung in Deutschland nicht so groß werden kann. Ferner hat Schoenlank Vieles mir vorweg genommen. Die Bergarbeiter z. B. haben Zehntausende von Stimmen für uns abgegeben, aber lassen sie sich denn organisiren, nachdem sie im Streik unterlegen und gesprengt sind? Es wird das Verlangen gestellt, wo die Möglichkeit bestehe, müsse jeder einer Gewerkschaft angehören, aber über diese „Möglichkeit“ würde künftig in allen Versammlungen der Streit entbrennen und dann haben wir den permanten Krieg in der Partei! (Lebhafte Zustimmung.) In Deutschland ist durch die sozialpolitische, zumal die Versicherungsgesetzgebung, dieser Zweig der gewerschaftlichen Thätigkeit entzogen und ihr damit ein Lebensnerv durchschnitten worden, der gerade in England und bei den deutschen Buchdruckern zur Blüthe beigetragen hat. Weitere wichtige Gebiete, deren Bearbeitung mit zu den Hauptaufgaben der Gewerkschaften gehörten, sind ihnen durch die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Gewerbeordnung entzogen worden, und das wird noch in größerem Umfange eintreten, wenn der Berlepsch'sche Entwurf oder auch unser eigener Arbeiterschutz-Gesetzentwurf Gesetz werden sollte. Von diesem Gesichtspunkte aus beleuchte man einmal die Frage! Mit jeder Erweiterung der staatlichen Befugnisse wird das Feld der gewerkschaftlichen Bethätigung noch mehr eingeengt. Legien hat nicht einmal auf die Züricher Resolution aufmerksam gemacht, und er war doch dabei; da steht doch ausdrücklich drin mit Hinweis auf Amerika und Australien die gewerkschaftliche Organisation allein sei ohnmächtig geworden gegenüber der konzentrirten Macht des Kapitalismus, folglich müsse jetzt der politische Kampf in den Vordergrund treten. Wir mögen gewerkschaftlich organisirt sein, wie wir wollen, wenn das Kapital einmal allgemein eine solche Macht erobert hat, wie bei Krupp und Stumm, in der Dortmunder Union, in den Kohlen- und Eisenindustriebezirken [R]heinlands und Westfalens, dann ist es mit der gewerkschaftlichen [B]ewegung aus, dann hilft nur noch der politische Kampf. Aus [ga]nz natürlichen und selbstverständlichen Ursachen wird den Gewerk[sch]aften ein Lebensfaden nach dem andern abgeschnitten. Wir [kö]nnen also über das, was unsere Resolution bietet, nicht hinaus[ge]hen. Legien hat uns dargelegt, wie man gute Sozialdemokraten

Digitized by Google

heranziehen könne. Ich bestreite aber seine Behauptung, daß die Fachpresse das auch gethan habe. Der Canossagang eines Theils der Gewerkschaftsführer nach Frankfurt muß im Gegentheil nothwendig dazu beitragen, auch noch die politische Bewegung zu Grunde zu richten. Wenn man es für ein Bedürfniß hält, mit Herren aus den Reihen unserer wüthendsten politischen Gegner sich dort ein paar Tage lang in voller Freundschaft über gleichgiltige Dinge zu unterhalten, so ist das sozialdemokratische Wadelstrümpfelei. (Zustimmung.) Mögen die Herren doch unter sich die Besprechung über die Organisation des Arbeitsnachweises führen, aber wenn sozialdemokratische Volksvertreter und Gewerkschaftsführer einen solchen Kongreß besuchen, wo doch immer geklagt wird, daß kein Geld für Kongresse vorhanden ist, das muß direkt zur Versumpfung führen. Leider hat nicht ein einziges Parteiblatt sich dagegen aufgelehnt, das muß für uns ein Wink sein, von jetzt an genau aufzupassen, was die Führer treiben. Nach Aeußerungen, wie sie in Frankfurt fielen, werden wir ungefähr ums Jahr 2500 dabei sein, den ersten Punkt unseres Programms durchzuführen. Was soll man dazu sagen, wenn unsere Genossen dort Ausführungen machen wie: Alle Menschenfreunde müssen dafür stimmen, oder wenn man dort mit Möller-Brackwede, einem der schlimmsten Vertreter des Kapitalismus, in freundschaftliche Unterhaltung tritt! Was wir Denen zu sagen haben, sagen wir ihnen im Reichstage! Gegen dieses Vorgehen mich mit aller Entschiedenheit aufzulehnen, habe ich für nöthig gehalten. Ich schließe mit dem alten römischen Mahnruf: Haben die Konsuln Acht, daß dem Gemeinwesen kein Schaden geschieht! Und wenn die Konsuln nicht fähig sind, das zu verhüten, dann mögen die Parteigenossen Gericht über sie halten. (Lebhafter Beifall.)

Reinhardt-Niederbarnim wird für die Resolution Arons stimmen. Die gewerkschaftliche Bewegung stähle doch zweifellos den Charakter der Einzelnen. Die unerquicklichen Streitigkeiten über die Form der Organisation müßten aber endlich aufhören.

Es tritt hiernach eine Pause von einer Viertelstunde ein. Um 1 Uhr 10 Minuten werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Bebel berichtigt, daß es sich auf dem Hochstiftskongreß in Frankfurt nicht um den Reichstagsabgeordneten Möller, sondern um dessen Bruder handle, der aber gleichfalls Industrieller sei und wie sein Bruder in Brackwede seinen Wohnsitz habe.

Suskof-Hornberg ist der Ansicht, daß Legien einen Sieg [illegible]t erfochten habe, daß im Gegentheil die Gewerkschaften sich viell[illegible]t bald nach einem Führer umsehen könnten, der weniger an [illegible]n Parteivorstand herumnörgelt. Wer die größeren Opfer fordere [illegible]d bringe, das könne außer für Legien und seine engeren Anhä[illegible]r für Niemand zweifelhaft sein. Die Resolution Arons beacht[illegible]e

Digitized by Google

thatsächlichen Verhältnisse nicht, sie fordere Leistungen, die für den größten Theil der Proletarier, für die weitaus überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Partei zu erfüllen unmöglich sei. Auch in der Gewerkschaftsbewegung ständen Elemente, die mehr des materiellen Vortheils wegen als aus prinzipieller Ueberzeugung der Bewegung anhängen.

Zubeil-Teltow: Unglücklicher für die Gewerkschaftsbewegung als Legien konnte wohl Keiner sprechen. Was auf diesem Gebiete und auf dem der Organisation überhaupt noch zu thun ist, zeigt das Beispiel Berlins, wo 151 000 Stimmen für uns abgegeben, aber nur 6000 Genossen politisch organisirt sind. In der Gewerkschaftsbewegung zerfleischen sich die Genossen um die Organisationsfrage gegenseitig, und für die Bewegung geschieht nichts. Selbst die Frauen der Parteigenossen sollen jetzt in die Organisationen hinein, und es regnet Vorwürfe auf die an der Spitze Stehenden, wenn dieser Forderung nicht entsprochen wird, mögen die persönlichen Verhältnisse, die Rücksicht auf die Familie noch so sehr entgegenstehen. Jeder müsse nach beiden Seiten seine Schuldigkeit thun. Die 28 000 organisirten Gewerkschaftler Berlins sollten zunächst in die Wahlvereine eintreten, dann wird die Macht beider verstärkt werden.

Paul-Hannover: Die Tribüne dieses Saales ist nach dem bisherigen Gange der Debatte zur Guillotine der Gewerkschaftsbewegung geworden. (Widerspruch.) Ja, so ist es, und die bösen Folgen davon werden sich draußen bald zeigen. Die Agitation in den Kleinstädten und auf dem Lande, die gerade die Gewerkschaftler betreiben, ist schwer und mühsam, viel schwerer, als von einer großen Stadt zur andern zu fahren, vor zehntausend Menschen zu sprechen, sich nach der Rede beglückwünschen zu lassen und dann wieder abzufahren. (Heiterkeit.) Zahlreiche Führer und rednerische Kräfte der Partei sind thatsächlich der Gewerkschaftsbewegung abgeneigt und ihre Haltung beeinflußt natürlich auch das Gedeihen der Bewegung höchst ungünstig. Wie sollen wir vorwärts kommen, wenn auch an kleinen Orten der Führer der Partei es ablehnt, sich mit dem „Gewerkschaftsquatsch“ zu befassen, und uns erklärt, er halte blos politische Reden, natürlich hochpolitische Reden? (Heiterkeit.) Freilich ist der Hauptübelstand der ewige Zank um die Organisationsform. Aber die Zeit der Gewerkschaften ist noch nicht erfüllt; ihre Bedeutung ist nicht herabgemindert, sie sind nothwendiger als je. In den gegnerischen Parteien widmet man ihnen heute erhöhte Aufmerksamkeit, man gründet überall katholische oder evangelische Vereine, um die Arbeiter von den Gewerkschaften abzuziehen oder abzuhalten. Nehmen wir immerhin die Resolution Auer an; vielleicht nützt sie, vielleicht bleibt sie blos ein frommer Wunsch.

Digitized by Google

Fischer-Berlin: Legien's Rede und die bisherige Debatte sind allerdings nicht geeignet, die Gewerkschaftsbestrebungen sonderlich zu fördern. Sind aber wir daran schuld oder nicht vielmehr diejenigen, die diesen Zankapfel in die Partei hineingeworfen haben? Nun beklagt man sich über die niederen Gesichtspunkte dieser Debatte! Aber dem ganzen Streite liegen eben keine großen Differenzen zu Grunde. Ständen unsere Genossen nicht theilweise noch allzusehr unter dem Banne der Phrase, dann hätten wir diesen Gewerkschaftsstreit überhaupt nicht am Parteitage, aber dieser Streit ist in den letzten Wochen Mode geworden. Vor einigen Jahren war der Austritt aus der Landeskirche das Stichwort; wer diesen Augenblicks-Mumpitz nicht sofort mitmachen wollte, war ein Verräther an der Partei. Vor zwei Jahren lautete die Phrase: das Recht der freien Meinungsäußerung sei in der Partei gefährdet; natürlich fielen auch darauf Viele hinein. Heute ist es die Klage, daß die Parteiführer Gegner der Gewerkschaften seien. Und sehen wir uns die Rufer in diesem Streite etwas näher an, so finden wir z. B. in Berlin darunter Leute, die s. Zt. unter dem Sozialistengesetz in der ersten Stunde der Gefahr die Partei verrathen, sich mit Händen und Füßen für das Einschwenken in den „königlich preußischen Gewerkverein" ereifert und seit Jahr und Tag sich um die Partei nicht mehr gekümmert haben. Da kann man doch wohl an den uneigennützigen Motiven dieses Streites zweifeln. Wie steht es denn aber nun wirklich? Bei den Tabak-, Metall-, Holzarbeitern, bei den Schneidern, Schuhmachern und Malern, lauter starken Zentralisationen, da giebt es keinen Streit zwischen Partei und Gewerkschaften, auch in den Blättern dieser großen Gewerkschaften begegnen wir keinem Ausbruch des Schmerzes über einen Gegensatz zwischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung. Aber bei den Genossen, für welche die Generalkommission das non plus ultra darstellt, ist der Schmerz dahin zum Ausdruck gekommen, daß es deshalb nicht vorwärts gehen wolle, weil die Partei nicht Sympathie genug habe. Wie ist der Streit eigentlich entstanden? Als 1890 nach dem Fall des Gesetzes Deutschland mitten in einer geschäftlichen Krisis stand, als überall Streiks ausbrachen und verloren gingen, traten in Berlin die Vertreter der deutschen Gewerkschaften zu einer Konferenz zusammen und ernannten die General-Kommission als eine Art General-Streikkommission, mit der Aufgabe, Streiks, deren Mißerfolg vorauszusehen war, zu verhüten und eine Verzettelung der Unterstützungsgelder zu verhindern. Da hat sich denn bald gezeigt, daß die General-Kommission diese Aufgabe nicht erfüllen konnte; im Gegentheil, überall da, wo keine oder nur schwache Organisationen vorhanden waren, wirkte die bloße Existenz dieser Zentral-Streikkommission mit der eingebildeten großen Kasse als aufreizendes Moment zur Inscenirung von Streiks. Die Fabrikanten

Digitized by Google

waren sich klar über die wirthschaftliche Lage und ließen sich durch die Kommission nicht hindern, sie in ihrem Interesse auszunützen. Die General-Streikkommission aber hatte nie und nimmer einen Groschen Geld und mußte bei Gott und aller Welt herumpumpen. Dann kam der Halberstädter Kongreß, man schränkte die Funktionen der Generalkommission ein; und was ist das Ergebniß ihrer Thätigkeit seitdem? Zwei Statistiken! Ob diese der aufgewendeten Mühe und des Streites werth waren, mögen Sie selber entscheiden. Die Generalkommission stand vor einer unmöglichen Aufgabe, sie konnte sie nicht erfüllen und statt das einzusehen, suchte sie die Ursache hiervon in einem Gegensatze der Partei zur Gewerkschaftsbewegung. Man wollte eben eine Art parlamentarisches Komitee der Gewerkschaften bilden, welches mit der Parteileitung wie von Macht zu Macht verhandelte. Weil dieser Größenwahnsinn Schiffbruch litt, entstand der Streit. Nun macht man uns und der Parteipresse den Vorwurf, wir thäten zu wenig. Wenn wir entgegneten: Warum schreibt ihr keine Gewerkschaftsartikel? hieß es: dazu seid ihr, Parteileitung und Redakteure, doch da! Wir schreiben sie auch und schreiben sie auch in der Gewerkschaftspresse, während Legien seine Würmer im „Sozialpolitischen Zentralblatt" abgeladen und dafür auch die Gunst hoher Gönner, Professoren und Doktoren, erlangt hat.

Bock-Gotha: Die Grundursache des Rückgangs der Gewerkschaften liegt in dem Zwiespalt zwischen Zentral- und Lokalorganisation; diese Frage kann aber nicht von einem Parteikongreß, sondern muß von einem Gewerkschaftskongreß entschieden werden. Die Auffassung Bebel's, daß die Zeit der Gewerkschaftsbewegung ungefähr vorüber sei, theile ich durchaus nicht; wir haben noch nicht in jeder Provinz Deutschlands eine Dortmunder Union und einen Krupp. Die Frage der Organisation wird auf dem nächstjährigen Gewerkschaftskongreß entschieden werden. Uebrigens hat der Parteitag schon vor 3 Jahren die Zentralisation als die geeignetste Form erklärt. Daß uns Gesetze entgegenstehen, wie Schoenlank anführt, daran haben wir uns so wenig zu kehren, wie sich seiner Zeit die englischen Arbeiter daran gekehrt haben.

Fischer-Hamburg: In Hamburg sind 13 000 Genossen in der politischen Organisation, 19 000 in den Fachvereinen; hier zeigt sich, daß die Gewerkschaften noch recht viel Mitglieder an die politische Organisation abgeben können. Das Umgekehrte ist danach doch wirklich ein Ding der Unmöglichkeit. Daß die Parteipresse an Empfehlungen der Gewerkschaften das Mögliche leisten, kann Niemand leugnen, der auch nur den „Vorwärts" aufmerksam liest. Die ganze Streitfrage wäre besser vom Parteitage überhaupt ferngehalten worden. Die Resolution Auer drückt alles aus, was von Parteiwegen überhaupt zugestanden werden kann.

Digitized by Google

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Silberschmidt-Berlin II macht für die Stellungnahme der Berliner Genossen geltend, daß das Ideelle in der Gewerkschaftsbewegung zu sehr zurücktrete, daß sie einfach zu einer Streitbewegung herabsinke. Die Zustände auf dem Parteitage zu erörtern hielten die Genossen in Berlin für nothwendig. Der Ausspruch Schippel's in Chemnitz, daß die fünfjährige Ruhezeit zum Ausbau der Gewerkschaften benutzt werden müßte, sei gerade mit ein Grund gewesen, den Antrag zu stellen und Schippel zum Referenten zu bestellen.

Molkenbuhr bekennt sich dazu, für die Verschmelzung der Gewerkschaften mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gestimmt zu haben, weil auch er der Zersplitterung der Kräfte ein Ende machen wollte. Der neueste Entwicklungsgang der ökonomischen Verhältnisse habe ihn aber von seiner damaligen Gegnerschaft zurückgebracht. Rein politische Gewerkschaften seien heute eigentlich nicht einmal wünschenswerth. Die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft sei um so mehr nothwendiger geworden, je mehr die Macht des Kapitals anwachse, um den Einzelnen vor völliger Isolirung und Bedeutungslosigkeit zu schützen. Es werde sogar dahin kommen, alle Arbeiter einer Branche, einerlei, welcher politischen oder religiösen Ansicht sie huldigen, in einer Gewerkschaft gegen den ihnen gegenüberstehenden Kapitalismus zusammenzubringen. In Gewerkschaftsduselei dürfe aber der Arbeiter nicht verfallen; wenn Bebel meine, daß sie gegen die zusammengefaßte Macht des Kapitals ohnmächtig seien, so gelte das doch nur für die Periode des Niederganges. In den Zeiten des Aufschwunges würde auch der größte Kapitalist sich hüten, den Arbeitern den Kampf anzusagen.

Schippel: Ich soll in einer Chemnitzer Versammlung gesagt haben, daß die fünfjährige Ruhezeit nach der Reichstagswahl zum Ausbau der Gewerkschaften benutzt werden müsse, und daraufhin sollen die Berliner zu mir ein kolossales Vertrauen gefaßt und mir quasi die Macht zugetraut haben, den deutschen Gewerkschaften auf die Beine zu helfen. Das sind Hoffnungen und Aussprüche, für welche ich jede Verantwortung ablehnen muß, wie ich auch das von der Berliner Gewerkschaftskommission gewünschte Referat schließlich abgelehnt habe, da ich nicht auf einem solchen verkehrten Standpunkte stehe, wie er von Mitgliedern der Gewerkschaftskommission z. B. im II. Berliner Wahlkreise, geltend gemacht worden ist. Ich schiebe Niemanden, lasse mich aber auch nicht schieben. Der Gewerkschaftsbewegung stehe ich zudem seit Jahren nicht mehr nahe genug. Auch ich habe den Eindruck gehabt, daß Legien's Vorgehen keinen vortheilhaften Eindruck gemacht hat, aber auch Auer war nicht in allen Punkten gerecht. Ich mache damit Auer keine

Digitized by Google

Vorwurf; daß er mitunter etwas rauh erwidert, liegt daran, daß er ein ganzer Mann ist: Hieb und Gegenhieb! Objektiv kann man aber doch auch zugestehen, daß die beklagte Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung viel weniger an den Personen liegt, als an den unglückseligen Verhältnissen, wie sie nach dem Ausnahmegesetz und durch dasselbe gekommen sind. Daß die Gewerkschaften nicht schon lange zentralisirt sind, kommt wesentlich daher, daß wir noch die Folgen jener infamen Zeit zu tragen hatten. Unter dem Gesetz haben wir die Organisationen nicht rein gewerkschaftlich ausbauen können, sondern mußten sie zu politischen Zwecken benutzen. Bock hat schon auf den Gegensatz von vor 1878 und jetzt hingewiesen. Früher hat aber eben die Frage, ob die Gewerkschaften politisch sein sollten, nicht die Rolle gespielt. Unter dem Ausnahmegesetz aber, gerade in Berlin, wo ja die Lokalorganisationen noch heute ihre Hauptvertreter haben, mußten wir, da wir keine politischen Versammlungen haben konnten, die Gewerkschaften mit zur Erreichung politischer Zwecke benutzen; das hängt uns, nachdem wir uns politisch wieder organisiren können, Alles noch an. Dann kam die Krise, als die Gewerkschaften endlich sich selber zurückgegeben waren und man eine freiere Haltung sich versprechen konnte. Unter solchen Umständen konnten die Gewerkschaften nichts leisten. Und gerade, wenn man schwach ist, entstehen die Zänkereien und hören nicht auf, weil man nichts Besseres zu thun hat. Wäre damals eine wirthschaftliche Hochfluth gekommen, dann wäre dieser ganze Schutt mit hinweggeschwemmt worden. Nicht die Männer an der Spitze sind für den Wirrwarr verantwortlich zu machen. Ständen die tüchtigsten Männer an der Spitze, der Kampf würde vielleicht nicht so persönlich sein wie heute, aber die Sache würde genau so traurig liegen. Schon bei den Eisenachern spielte die Form der Organisation eine große Rolle. Bebel ruft die Konsuln an, damit nicht zu weit nach rechts gedrängt werde; die Annahme der Einladung zum freien Hochstift in Frankfurt scheint ihm mehr wie bedenklich. Solche Dinge geschehen überall. Wir haben in der Fraktion auch beschlossen, den Kathedersozialisten-Kongreß zu beschicken. Solche Dinge kommen also bei den Zielbewußten und bei den weniger Zielbewußten vor; wer im Glashause sitzt, soll auch hier nicht mit Steinen werfen; wir haben alle ein großes Sündenregister. (Heiterkeit.) Was Bebel zum Schlusse sagte von der Gesetzgebung und der fortschreitenden Kapitalskonzentration, die den Gewerkschaften den Boden abgraben sollen, drückt eine weit verbreitete Anschauung aus, die eins der wesentlichsten Hindernisse des Fortschreitens der Gewerkschaften ist. Ist das richtig, so klären wir doch besser die Gewerkschaften über ihre Nutzlosigkeit auf, wie es Keßler macht. Es ist das aber meiner Meinung nach eine grundfalsche Anschauung in unserer Partei, und zwar nach

Digitized by Google

beiden Richtungen. Vielfach liegt es umgekehrt. Wenn wir Arbeiterschutzgesetze erreichen, werden uns die besten Gewerkschaften bahnbrechend vorausgegangen sein. Für den 10-, den 9-Stundentag sind die Gewerkschaften die Vorfechter gewesen. Wo steht der Achtstundentag näher? Bei uns, die wir 14, 16, 18 Stunden Arbeitszeit, aber eine starke politische Partei haben, oder in England, wo keine politische Partei existirt, wo die Arbeiter noch vielfach gegen ein Achtstundengesetz stimmen, wo aber z. B. die Bergleute den Achtstundentag gewerkschaftlich errungen haben? Mit der Schablone läßt sich da nichts machen. (Bebel: Aber die politische Macht der englischen Arbeiter!) Man soll also die Wirkung der Gewerkschaftsbewegung nicht unterschätzen, man soll nicht meinen, die Entwicklung dränge dahin, daß ihr der Boden unter den Füßen fortgezogen wird. Wenn das Kapital wächst, organisiren sich auch die Arbeiter, die Dinge sind gar nicht zu trennen, und man soll darum energisch für beides, gewerkschaftliche und politische Organisation, eintreten.

Albert-Düsseldorf empfiehlt kurz die Resolution Auer.

Clara Zetkin: Darüber darf man sich nicht täuschen, daß der Wirkungskreis der Gewerkschaften immer und immer verkleinert wird. Der Grund liegt nicht in der Jugend dieser Bewegung, sondern in der Kraft der politischen Bewegung. In der gewerkschaftlichen Bewegung kann es nur unmittelbare Erfolge geben, und diese auf die Dauer festzuhalten, sind ihre Organisationen häufig nicht im Stande. Die Erfolge der politischen Bewegung bestehen aber nicht in augenblicklichen Zugeständnissen, sondern in Gesetzen, die die Errungenschaften der Arbeiterklasse dauernd festlegen. Die Gewerkschaftsbewegung sollte mit größerer Energie sich der Frauen annehmen.

Hiernach wird die Diskussion für heute abgebrochen und weitere telegraphische und briefliche Zuschriften an den Parteitag verlesen.

Schluß 3 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 27. Oktober.

Vormittagssitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Singer führt den Vorsitz.

Es wird in der Diskussion über Punkt 6 fortgefahren.

Arons beantragt, den letzten Satz seiner Resolution wie folgt zu fassen:

> „Es ist Pflicht aller Parteigenossen, in deren Beruf gewerkschaftliche Organisationen bestehen, einer derselben anzugehören, wenn es nicht zwingende Gründe verhindern.“

Digitized by Google

Günther=Braunschweig Der Vorwurf, daß die Parteipresse der Gewerkschaftsbewegung nicht genügend Unterstützung gewährt habe, sei ungerechtfertigt. Die Vorgänge auf dem Kongreß in Halberstadt hätten theilweise einen geradezu unerquicklichen Eindruck machen müssen. Die Annahme des Antrags Arons würde aber den Streit unter den Genossen nur noch heller entfachen. Bei der Frankfurter Konferenz sei allerdings nicht viel herausgesprungen, immerhin hätte er doch die Gegner veranlaßt, sich persönlich mit den Sozialdemokraten auseinanderzusetzen. Braunschweig habe das Schauspiel gegeben, daß auf Kosten der Stadt ein Sozialdemokrat zu diesem Kongreß entsendet worden sei.

Ströbel=Kiel bedauert den gestern in den Reden der beiden Referenten angeschlagenen persönlichen Ton und hält die Abschlachtung, welche von Auer und Anderen an Legien vollzogen worden sei, für nicht ganz gerechtfertigt; Legien habe sehr viel Berechtigtes vorgebracht. Es könne garnicht bestritten werden, daß die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft stärkere Ansprüche an die Opferwilligkeit stelle und die Existenz des Einzelnen viel mehr zu gefährden geeignet sei, als die Mitgliedschaft in einem Wahlverein. Klarheit sei durch die gestrige Debatte nicht geschaffen worden; Bebel und Molkenbuhr hätten ganz entgegengesetzte Auffassungen vertreten. Die Diskussion werde sich alsa in der Presse und in Versammlungen noch fortzusetzen und gründlich zu vertiefen haben.

Millarg=Berlin II wendet sich gegen die Ausführungen Fischer's, die auf die Lage der Berliner Gewerkschaftsbewegung nicht zutreffen. Was im „Bauhandwerker“ über die Gewerkschaftsorganisation gesagt worden sei, verleugne geradezu das sozialdemokratische Prinzip. Es gäbe trotz den Ausführungen Schoenlank's noch weite Kreise von Arbeitern, die einer Organisation zugeführt werden könnten; im Ganzen sei trotz aller Sympathieaussprüche doch unverkennbar, daß diese Sympathie nur in mäßigem Umfange vorhanden sei, das ergebe schon der äußerliche Umstand, daß man für diesen Punkt der Tagesordnung auch einen Korreferenten ernannt.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Hofmeister=Halle führt die Schwächung der Gewerkschaftsbewegung auf die Halberstädter Beschlüsse wegen der zentralistischen Organisation zurück. Der hierdurch angefachte Streit um die Form der Organisation habe dahin geführt, daß die Gewerkschaften sich zerfleischen und langsam zu Grunde richten.

Bekmann=Höchst: Mit der gewerkschaftlichen Bewegung gehe es nothwendig zurück in dem Maße, wie die Uebermacht des Kapitalismus wachse. Resolutionen zu fassen sei gar nicht nöthig, nur die Frage sei zu erörtern, ob eine weitere Ausgestaltung der Gewerkschaften überhaupt möglich sei.

Digitized by Google

Holzhäuser-Flensburg: Neuerdings zeige sich eine wachsende Abneigung der politisch organisirten Genossen, den Gewerkschaften ferner fördernd zur Seite zu stehen. Wenn aber die politische Partei die Unterstützung der Gewerkschaften verlange, so sei es wohl berechtigt, den Parteigenossen die Verpflichtung aufzuerlegen, wie sie der Antrag Arons formulire.

Antrick-Berlin II: Was die Führer der Gewerkschaftsbewegung eigentlich wollen, ist aus der Debatte nicht hervorgegangen, nur das Eine ist sicher, daß sie die Gewerkschaftsbewegung über die politische stellen wollen. (Widerspruch.) Was Bebel über die Entwicklung der Frage in der Zukunft, und was Schippel über die Stellung der Partei einerseits und die der Gewerkschaften andererseits gesagt, unterschreibe er völlig. Aber trotzdem seien die Gewerkschaften keineswegs überflüssig geworden, sie werden vielmehr in der Defensive stets sehr nothwendig bleiben.

Keßler-Berlin: Als ich 1884 in die Gewerkschaftsbewegung eintrat, war ich in den sozialdemokratischen Fragen noch nicht fest und überzeugt. Aber schon bald nach Uebernahme der Redaktion des „Bauhandwerker", als ich den Dingen näher getreten war, stand ich fest in meiner politischen Auffassung. Entsprechend der damaligen Blüthe der Gewerkschaftsbewegung hatte auch der „Bauhandwerker" Erfolg. Da machte man mir von Hamburg aus den Vorschlag, dorthin überzusiedeln und an der Organisirung der Gewerkschaftsbewegung als an dem Schmieden eines Hammers mitzuwirken, der in einer Hand läge und mit dem die kapitalistische Organisation zerschlagen werden könne. Der Gedanke hatte für mich etwas Bestechendes, aber ich konnte nicht nach Hamburg gehen. Daß die Männer der Gewerkschaftsbewegung die Leute nicht seien, die diesen Hammer schwingen konnten, wurde mir bald klar. In Berlin überzeugte ich mich auch bald, daß dieser Gedanke nur zu einer Spaltung der Arbeiterbewegung führen könnte, und trat von da ab gegen die zentralistische Bewegung auf. In der „Volkstribüne" kam ich zum Wort. Dann wurde es mir plötzlich abgeschnitten; der Streit war aber entfacht und nahm bald auf beiden Seiten einen höchst persönlichen, gereizten Charakter an. Ich nehme meinen Theil der Schuld daran völlig auf mich. Der Streit ist noch heute trotz aller Schiedsgerichte und trotz des Halberstädter Kongresses nicht beigelegt. Ich stehe noch heute auf dem Standpunkt, daß jeder Gewerkschaft überlassen bleiben muß, die ihr zusagende Form der Organisation zu adoptiren. Ich habe zu Auer keinerlei besondere persönliche Beziehungen, bin auch zu stachlig, um unter die Achselhöhle genommen zu werden, freue mich aber sehr, daß auch Andere mit mir die Gefahr erkannt haben, die in dem Schmieden eines zweiten Hammers, nämlich der Gewerkschaftskommission, liegt, die mit mir erkannt haben, daß aus den Kräften der Partei zwei solche Hämmer eben nicht geschmiedet werden können.

Digitized by Google

Raue-Iserlohn: Die Hauptsache ist nicht wie, sondern daß die Arbeiter sich organisiren. Es muß vollste Freiheit der Organisation gegeben sein, damit die Indifferenten in möglist großer Zahl herangezogen werden können. Die Resolution Arons ist unnanehmbar.

Ein Schlußantrag wird jetzt angenommen. Ein Antrag Lux, den Antragsteller Arons neben den Referenten noch zum Wort zu verstatten, wird abgelehnt.

Persönlich bemerkt Schoenlank, daß er nichts gegen die Organisirung der Staatsarbeiter habe, aber einen Zwang für unangebracht halte.

Rosenow: Der erwähnte Artikel im „Chemnitzer Beobachter" ist der erste in einer Reihe von Artikeln, die für die Gewerkschaftsbewegung eintreten.

Bebel: Es sei ein schweres Mißverständniß, wenn seine Ausführungen als gegen die Gewerkschaftsbewegung gerichtet aufgefaßt würden. Schon seine Unterschrift unter der Resolution Auer bezeuge das Gegentheil. Er habe nichts weiter thun wollen und gethan, als darthun, welche ungeheuren Schwierigkeiten sich der Gewerkschaftsbildung in zahlreichen Kreisen entgegenstellen, und vor Ueberschätzung gewarnt.

Das Schlußwort nimmt hierauf der

Referent Legien: Es ist mir in der gestrigen Debatte nahezu von allen Rednern vorgeworfen worden, daß ich nicht das Erwartete in meiner Rede gebracht habe. Die Ursache, daß dieser Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wurde, war aber nicht ich, sondern lag darin, daß die gegenseitigen Anzapfungen in der Presse hier ihre Erledigung finden sollten. Bedauerlicherweise hat auch Schippel diesen Vorwurf erhoben, er, der mir noch vor wenigen Tagen erklärte, er werde das Referat halten und im letzten Augenblicke, ich weiß nicht aus welchen Gründen, zurücktrat. Hätte er das Referat gehalten, so wäre die Gewerkschaftsbewegung wahrscheinlich von den erwarteten höheren Gesichtspunkten beleuchtet worden. Ich hatte ihm schon in Berlin erklärt, daß, wenn ich das Referat hielte, die Sache mehr einen persönlichen Charakter annehmen würde. War nun aber, was ich vorbrachte, wirklich derart, daß Genosse Auer zu seiner Erwiderung berechtigt war? Ich habe ja hauptsächlich Zitate vorgetragen, dann Stellen aus Privatbriefen, nicht um gegen Auer persönlich vorzugehen, sondern um zu zeigen, in welcher Weise man Meinungen, die von anderer Seite geäußert werden, niederzuschlagen beliebt. Daß ich zu den Nachgeborenen gehöre, ist mir doch nicht zum Vorwurf zu machen. Wir hörten erst gestern, allerdings blos in einer Festrede Frohme's, unsere Hauptaufgabe sei, die jungen Kräfte heranzuziehen und zu bilden. Wenn man diese jungen Kräfte aber so behandelt, wie Auer es gestern

Digitized by Google

mit mir gemacht hat, dann möchte ich wissen, wie wir sie bilden und erziehen sollen (sehr richtig!), dann wird absolut jede Meinungsäußerung verwehrt. Mich trifft das persönlich nicht so schwer, ich habe gestern Abend eine ganze Reihe von Sympathieerklärungen erhalten, ich pfeife darauf und habe den Herren gesagt: Wenn Euch dieser Ton nicht gefällt, so verlangt doch in der Debatte einen andern! (Ruf: Ist geschehen!) Das ist mit der einen Ausnahme Ströbel nicht geschehen. Wenn man sich auf dem Lande wochenlang mit den Gegnern herumschlagen muß, wird man dergleichen Angriffe gewöhnt: von einem Genossen sind sie weniger angenehm; aber für die Partei ist es nicht ganz gleichgiltig, daß Auer die Frage hier so behandelte. Auer erklärt mich für völlig urtheilsunfähig; das ist gleichzeitig eine Verurtheilung aller Hamburger Genossen, welche mir voriges Jahr und jetzt ihre Stimme gegeben haben, um mich als Delegirten hierher zu schicken. Meine Bemerkung, weshalb die Korrespondenz zwischen Auer und mir einen persönlichen Charakter trage, gestaltete Auer dahin, daß ich als eine Art Zentralsonne der Zentralkommission gelte; dazu trat dann die geschmackvolle Redensart von der „gekränkten Leberwurst“. Alle solche Worte gehören nicht auf einen Parteitag. (Sehr richtig!) Gerade bei diesen Worten aber zeigte der Parteitag seine Zustimmung durch Bravorufe oder Gelächter, und das war mir schmerzlicher als diese Aeußerungen Auer's selbst. Unter Umständen kann mich Niemand beleidigen, ich lasse mich auch von Auer nicht beleidigen. Bedauerlicherweise unterschrieb auch Herr Bebel die Behauptung Auer's von meiner Urtheilsunfähigkeit; ich sollte seinen Pariser Ausspruch falsch ausgelegt haben. Sein Vorwurf, daß ich nicht genügend unterrichtet sei, trifft mich nicht. Was er vor Jahren für die Bewegung gethan hat, habe ich wohl gewußt; aber von anderer Seite wurde behauptet, daß er seine Stellung geändert habe, und da habe ich selbst seinen Pariser Ausspruch herangezogen, um den gegen ihn erhobenen Vorwurf zu entkräften. Er hat meine Ausführungen nur mißverständlich aufgefaßt. Ich weiß jetzt, was ich von dem Genossen Auer zu halten habe. Ich bin überzeugt, Auer kann höflich sein, wenn er will; in seinem Schlußwort in Berlin war er so höflich gegen mich, wie ich nur wünschen konnte. Kann man das, dann hat man auch die Verpflichtung es zu thun. In dieser Richtung halte ich eine andere Art der Diskussion in der Partei für dringend nothwendig, dann werden wir weiter kommen.

Um nun zur Sache zu kommen, so habe ich eine Rede über die Gewerkschaftsfrage garnicht halten wollen, weil ich nicht wußte, daß das irgend vorausgesetzt werden würde. Ich habe mich an zwei praktische Punkte gehalten. Auer machte mir gegenüber die Verfolgung durch das Sozialistengesetz geltend. Hier handelt es

Digitized by Google

sich aber doch immer nur um einzelne Personen, um diejenigen, die direkt als Agitatoren auftraten, während bei den Gewerkschaften jedem einzelnen Mitglied die Verpflichtung auferlegt wird, im Lohnkampf mit seiner ganzen Existenz für die Interessen der Gesammtheit unausgesetzt einzutreten. Auer kehrte also meine Ausführung um, trotzdem knüpfte er aber gerade an diesen Punkt die Bemerkung, daß mir die Urtheilsfähigkeit abginge. Ueber die Generalkommission sind vielfach unrichtige Ausführungen gemacht worden. Es trifft zu, wäre sie in einer Zeit wirthschaftlichen Aufschwungs eingesetzt worden, dann hätte sie ihre Aufgabe erfüllen können. Daß sie zu der Zeit des wirthschaftlichen Niedergangs sehr schwer zu arbeiten hatte, ist demnach selbstverständlich, aber die Mitglieder der Generalkommission haben auch keineswegs geglaubt, daß sie so besonders Großartiges würde leisten können. Demnach darf man nicht sagen, sie hätte nicht geleistet, was sie versprochen; sie steht mit den Gewerkschaften in ständiger Verbindung, namentlich mit Gewerkschaften an kleinen Orten, die Anleitungen und Anregungen, Unterstützung in Prozeßsachen u. s. w. von der Kommission empfangen. Diese Arbeiten fallen der Kommission zu, werden aber nicht an die große Glocke gehängt. Ferner sind von ihr Broschüren über die Organisationsfrage bearbeitet und herausgegeben, Anleitungen für das Verhalten der Gewerkschaften den Behörden und Gerichten gegenüber, Flugblätter, die in deutscher und polnischer Sprache zu Hunderttausenden, namentlich in den Ostprovinzen, verbreitet worden sind. Was von der Kommission geleistet werden konnte, ist geleistet worden. Ob dazu ein besonders befähigter Feldherr gehört, wollen wir dahin gestellt sein lassen. Daß ich nicht für die Parteipresse geschrieben habe, wird mir ebenfalls vorgeworfen. Das „Sozialpolitische Zentralblatt“ habe ich bisher für ein solches Blatt gehalten, welches von der Partei protegirt werden muß; der „Vorwärts“ hat es ausnehmend gelobt und den Parteigenossen zur lebhaften Beachtung empfohlen. Man kann mir also nicht sagen, daß es ein Fehler war, wenn man für das Blatt schreibt. (Auer: Das ist nicht gesagt worden.) Auer hat doch ausdrücklich hinzugesetzt, gewisse Leute fühlen sich in der Gesellschaft von Doktoren wohler. Ich kann darin nur einen Vorwurf sehen. Ich habe allerdings auf Anregung des Dr. Braun diesen Artikel geschrieben. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß wir den gebildeten Kreisen, die nicht mit uns sympathiesiren, aber die Frage studiren wollen, auch auf diesem Wege Gelegenheit geben sollen, sich zu informiren. Das „Correspondenzblatt“ ist gerade für die Redaktionen der Parteipresse bestimmt. Dieses Blättchen geht regelmäßig alle 8 oder 14 Tage an die Parteipresse ab. Für die einzelnen Blätter zu schreiben, das kann doch von mir nicht verlangt werden; ich schreibe für die gesammte Parteipresse. Nicht ängstlich gesucht haben wir nach miß-

Digitized by Google

günstigen Aeußerungen in der Parteipresse über die Gewerkschaftsbewegung, sondern diese Aeußerungen, und das gilt auch vom „Chemnitzer Beobachter“, sind uns aus den Kreisen der Gewerkschaften mit der Aufforderung, dagegen zu reagiren, zugeschickt worden. Bloße Sympathieerklärungen und energische Propaganda für eine Sache sind eben auch zwei verschiedene Dinge. Die Befürchtung, daß die Gewerkschaftsbewegung versumpfen wird, soll auch in dem Pilgergang nach Frankfurt eine Bestätigung finden. Will man aber den Gewerkschaften die Möglichkeit lassen, auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung für die Besserstellung der Arbeiter zu wirken, so müssen sie auch berechtigt sein, da zu wirken, wo sie wirken können. In der Parteipresse ist doch der Arbeitsnachweis stets als eine Sache von hoher Bedeutung hingestellt worden. Das „Echo“ hat seinerzeit die kommunale Einrichtung des Arbeitsnachweises empfohlen. Wenn nun diese Frage irgendwo öffentlich diskutirt werden sollte, so waren wir doch als Gewerkschafter einfach verpflichtet, uns an der Erörterung zu betheiligen. Wir haben dabei uns in keine freundlichen Beziehungen mit den Fabrikanten und Magistraten eingelassen, sondern ihnen gründlich unsre Meinung gesagt. Diese Pilgerfahrt wird also schwerlich die Versumpfung der Bewegung herbeiführen. Die Betheiligung an dem Kongreß der Sozialpolitiker ist vielleicht weniger empfehlenswerth gewesen, als unsere Betheiligung an dem Frankfurter Kongreß.

Man ist dann auf den Organisationsstreit zu sprechen gekommen und scheint diesem eine viel zu weit gehende Bedeutung beizulegen. Der eigentliche Streit liegt lediglich in der Organisation der Maurer; bei 48 von 52 zentral organisirten Gewerkschaften giebt es keinen Streit; der Streit beschränkt sich zudem auf einzelne Orte, zumal Berlin. Die zentral organisirten Gewerkschaften haben in Halberstadt beschlossen, gemeinsame Verbindung zu halten und diese auszudrücken in der Generalkommission. Wer sich daran nicht betheiligen will, der bleibt eben fern. Die Sache ist im Wesentlichen damit erledigt. Keßler hat nun den Streit nicht auf den Maurerverband beschränkt, sondern ist gegen alle die alten Zentralverbände aufgetreten und das ist ihm zum Vorwurf zu machen. Er hat es uns heute endlich selbst gesagt, daß er die Ursache des Streites war. Ob man der Bewegung nun dient, wenn man Jemand, der einen solchen Streit in die Gewerkschaft hineingeworfen hat, in die Redaktion eines Parteiorgans setzt — und Keßler ist Redakteur des „Volksblatt für Teltow-Beeskow“ — muß ich dahin gestellt sein lassen.

Fischer hat hier erklärt, was in dem „Volksblatt“ gestanden habe, sei der Meinungsausdruck der Partei; auch Bebel hat sich nicht günstig über die Sache ausgesprochen. Auf dem Parteitage haben aber die Delegirten fast durchweg die beiden Bewegungen als gleichberechtigte anerkannt, die nebeneinander hergehen müßten;

Digitized by Google

was in dem „Volksblatt“ stand, kann danach also nicht Ausdruck der Auffassung der Partei sein. Die Darlegung Bebel's über die wachsende Bedeutungslosigkeit der Gewerkschaften angesichts der wachsenden Konzentration des Kapitals und der Ausdehnung der sozialen Reichsgesetzgebung, von einem so bedeutendem Parteiführer gemacht, kann auch nicht dazu dienen, neue Proselyten für die Gewerkschaften zu werben. Ich kann diese Anschauung nicht theilen. Die Arbeiterschutzgesetzgebung des Reichs ist ganz minimal; wie sie heute besteht, nimmt sie den Gewerkschaften nichts von dem Raume weg, den sie zur Entwicklung haben; ihre Bedeutung gewinnt vielmehr gerade durch diese Gesetzgebung, immer meine Urtheilsunfähigkeit voraussetzend! (Heiterkeit.) Ohne die Kontrolle durch die Gewerkschaften würde diese Arbeiterschutzgesetzgebung wenig zu bedeuten haben. Der Boden ist ihr auch durch die Versicherungsgesetze durchaus nicht entzogen. Die gewerkschaftliche Organisation wird in ihrer heutigen Form so lange dauern, als die kapitalistische Produktionsweise bestehen bleibt. Ihr Bestehen wird so lange eine Nothwendigkeit sein, als es einen Streit um den Antheil am Produkt zwischen Arbeitern und Unternehmern giebt. Das Streben, seine Lage zu verbessern, wohnt in der Brust eines jeden Arbeiters. Es wurde zugegeben, daß die Gewerkschaften die Aufgabe haben, die indifferenten Massen heranzuziehen, aber nicht die, sie in eine Organisation hineinzuzwingen. Aber mit dem Heranziehen ist es doch nicht gethan, man muß auch Kräfte haben, um die Herangezogenen bilden zu können und das kann nur in den gewerkschaftlichen Organisationen geschehen. In Deutschland ist es absolut unmöglich, die gewerkschaftliche Organisation zu solcher Bedeutung zu bringen, daß sie die politische zu überflügeln vermöchte, die ganze Bewegung geht ja von rein politischen Gesichtspunkten aus.

Die Resolution Auer besagt, richtig verstanden, nahezu dasselbe, was die Resolution Arons ausspricht, von dem Schlußsatz abgesehen. Nach meiner Meinung sollte man aber jenen Kreisen Rechnung tragen, welche einer präziseren Fassung den Vorzug geben. Die vorhandenen Streitigkeiten werden jedenfalls durch Annahme dieser letzteren nicht größer werden als sie schon heute sind. Ich bin im Gegentheil überzeugt, durch Annahme dieser Resolution wird der Streit mehr und mehr beigelegt werden. Die bloße Sympathie-Erklärung wird nirgends befriedigen. Fast jeder Redner hat ausgesprochen, daß es Pflicht der Genossen sei, den Gewerkschaften anzugehören; warum soll denn das nicht auch in der Resolution ausgesprochen werden? Schoenlank hat darauf hingewiesen, daß die landwirthschaftlichen Arbeiter das Koalitionsrecht nicht hätten, daß die Beamten, die Arbeiter in den Staatsbetrieben sich nicht organisiren dürften; er wollte damit gegen die Resolution Arons plädiren. Für diese Kategorien wird aber auch die Re-

Digitized by Google

solution nicht gegeben, sondern für die Industriezentren, wo Meinungsverschiedenheiten bestehen. Nach Beschluß des Parteitages soll unter die ländliche Bevölkerung ein Flugblatt geworfen werden. Gerade diese Resolution wird dazu beitragen, dem Eindruck jenes Flugblattes vorzuarbeiten. Die Resolution Auer haben Leute unterzeichnet, die wir als die besten Kräfte der Partei bezeichnen müssen, aber diejenige Fühlung mit den gewerkschaftlich organisirten Arbeitern haben sie nicht, wie die direkt daran betheiligten Kreise. Zum Schluß richte ich an alle Parteigenossen nochmals die Bitte, alle bestehenden Meinungsverschiedenheiten in anständiger Weise zu begleichen. Ich bin stets dafür eingetreten, daß unsere Partei, eine Kampfpartei, eine straffe Unterordnung unter dem Willen der leitenden Personen braucht; aber deßhalb hat man noch lange keine Ursache, jede andere Meinung einfach abzuschlachten und zu unterdrücken. Wir brauchen Leute, die selbständig zu denken und zu handeln vermögen, und dazu muß man die Leute erziehen. Das geschieht aber nicht durch eine Debatte, wie sie gestern hier beliebt worden ist.

Bebel bemerkt persönlich: Ich habe die Urtheilsfähigkeit Legien's nicht im geringsten bezweifelt, sondern nur ausgeführt, daß er als Leiter der Gewerkschaftsbewegung größere historische Kenntnisse besitzen müsse. Hätte er schon gestern erklärt, was er heute sagte, so hätte ich auch diese Bemerkung garnicht gemacht. Wenn meine Ausführungen so ausgelegt werden, als ob sie von der Gewerkschaftsbewegung abschrecken könnten, so kann ich das nicht hindern, kann aber erwarten, daß man nichts in meine Worte hineinlegt, was nicht darin liegt, sondern sich an meine Worte und meine Unterschrift unter der Resolution Auer hält.

Korreferent Auer: Wenn jemand froh gewesen wäre, hier über den Gegenstand nicht sprechen zu müssen, wäre ich es gewesen. Ich wußte von vornherein, daß bei der ganzen Auseinandersetzung nicht allzu viel Sachliches herauskommen würde. Ueber den Werth und die Bedeutung der Bewegung ist unter uns allen zusammen, von Legien bis zu mir keine wesentliche Meinungsverschiedenheit. Alle die Dinge, welche zu den unangenehmen Erörterungen geführt haben, stützen sich, das wußte ich, auf Voraussetzungen, die in Wirklichkeit nicht vorhanden sind, aber als vorhanden eingebildet werden Das „Korrespondenzblatt“ sagt ja selbst, es sei „Gefühlssache“. Genosse Paul hat gemeint, mit dieser Debatte würde der Gewerkschaftsbewegung das Grab gegraben. So schlimm steht es nun nicht. Bebel hat nicht ein Wort gegen die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation gesagt, sondern nur ausgeführt, daß wir nichts beschließen dürfen, was geeignet ist, unsere Genossen in einen Gewissenskonflikt zu versetzen. Es wäre doch ein elendes Heuchelspiel, wenn wir, nachdem wir Jahrzehnte lang den Ar-

Digitized by Google

beitern die gewerkschaftliche Organisation zur Erringung besserer Arbeitsbedingungen dringend empfohlen haben, nicht selbst überzeugt wären, daß diese Organisationen diese Aufgabe zu erfüllen vermögen. Legien meint, eine bloße Sympathie-Erklärung genüge nicht, man müsse auch positiv thätig sein. Hat denn Legien keinen Ueberblick über das, was in der Partei, in der Arbeiterorganisation geschieht? Liest er denn die Parteizeitungen und ihren Annoncentheil nicht? Ist nicht eine Unzahl von Gewerkschaftsversammlungen abgehalten worden, in denen die Parteiführer sprachen? Erinnert sich Legien nicht an die Arbeit Bebel's über die Verhältnisse im Bäckergewerbe? Ist das blos eine kühle Sympathie-Erklärung oder eine positive Thätigkeit, die sich sehr wohl mit den Leistungen der Generalkommission messen kann? Wenn in der Fraktion Antipathie gegen Legien's Bestrebungen vorhanden wären, so hätte sich das doch gelegentlich seiner Kandidatur für den Reichstag zeigen müssen. Nun ist aber Bebel zur Stichwahl nach Kiel gereist, um dort für Legien's Wahl zu sprechen. Sitzen nicht neben Legien, Bock, Meister, Reißhaus, Metzger, alles Führer in der Gewerkschaftsbewegung, im Reichstage? Aber alles das genügt nicht, Legien hat einmal das Gefühl, daß die gewerkschaftliche Bewegung vernachlässigt worden und davon ist er nicht abzubringen. Frohme, Schippel, Fischer und ich, wir beide letzteren bei Legien als die allerschlimmsten angeschrieben, wir haben Jahre lang positiv für die gewerkschaftliche Bewegung gearbeitet, und zwar mehr als von Legien bisher bekannt geworden ist, trotzdem behandelt er uns als Gegner der Gewerkschaften. Das war es, was mich gestern erregt machte. Ich habe es seiner Zeit im Parteivorstand mit Freuden begrüßt, daß wir Legien in die Fraktion hineinbekommen, damit er sich persönlich überzeugen kann, daß alle seine Voraussetzungen unbegründet sind. Der Streit in den Gewerkschaften ist dem Vorstand so unangenehm als möglich. Derselbe ist bisher neutral geblieben und muß auch in Zukunft neutral bleiben, sonst würde der Streit in die Partei getragen, und das muß vermieden werden. Keßler hat sich ganz energisch dagegen verwahrt, daß er von mir protegirt wird. Wie wenig ich von Hause aus seine Richtung begünstigte, wird doch am besten dadurch bewiesen, daß ich es seiner Zeit war, der, als Keßler seine Thesen über die Gewerkschaftsbewegung in der „Volkstribüne“ veröffentlichte, sofort in einem Gewerkschaftsblatt Stellung dagegen nahm. Ich halte die Stellung Keßler's gegenüber den Zentralverbänden für absolut falsch. Auch die Art, wie es ihm beliebte, von den Zentralverbänden zu schreiben, habe ich stets getadelt. Aber umgekehrt ist es doch auch nicht hübsch, wenn von der andern Seite immer wieder angebohrt wird und zum Beispiel neuerdings wieder aufgewärmt wird, daß Keßler einmal freisinniger Vertrauensmann gewesen ist. Es ist eben auf beiden Seiten gefehlt worden, nur

Digitized by Google

brauchten die Waffen doch nicht gar so scharf gewählt zu werden; man soll nicht erst unhöflich sein und dann Vorlesungen über Höflichkeit halten. (Große Heiterkeit. Ruf: Selbsterkenntniß!) Wenn die Freunde Legien's den stillen Wunsch haben, in den Vorstand theilweise andre Leute hineinzubekommen, so halte ich diesen Wunsch nicht für ein Verbrechen; aber mag in der Zentralleitung sitzen, wer will: wenn sie nicht so viel Takt besitzt, zwischen derartigen Reibereien und Streitereien hindurch zu laviren, dann wird es bald heißen: die Periode Auer-Fischer-Gerisch-Bebel-Singer ist doch nicht so schlimm gewesen; es ist nichts Besseres nachgekommen.

Legien hat erklärt, er will mit mir überhaupt nichts mehr zu thun haben; ich wünschte nur, er wäre schon früher zu diesem Entschlusse gekommen. Wenn er mich vor 3 Jahren nicht gefragt hätte, hätte er den Brief von mir, den er erwähnt, aber nicht verlesen hat, nicht erhalten. Wenn ich ihm aber damals meine ehrliche Ueberzeugung schrieb, dann hatte er doch keinen Anlaß, mit solchem von mir längst vergessenen Brief hausiren zu gehen und allerlei herauszuspintisiren, was nicht drin steht. Legien hat heute den Versuch gemacht, das Lamm zu spielen, welches dem Wolf das Wasser getrübt haben soll. Ich verdenke ihm diesen taktischen Schachzug nicht; an die Sentimentalität des deutschen Arbeiters appellirt man ja nie vergebens. Ich habe aber nicht die Empfindung, in der Rolle des Wolfes mich zu befinden, sondern in der Rolle des Angegriffenen, gegen den der Angriff von langer Hand her vorbereitet war, und in dieser Situation habe ich allerdings meinen Mann gestellt und werde ihn immer stellen, so lange ich lebe und mich wehren kann. Eine nebensächliche Bemerkung von mir, wie die über den Nachgeborenen, greift Legien auf, als hätte ich ihm einen Vorwurf aus seiner Jugend gemacht. Wenn Legien sich noch immer in der Rolle des Lernenden, Strebenden, unsicher Umhertastenden zu befinden glaubt, dann durfte er die Minen nicht legen, die hier schließlich gesprungen sind. Ich breche deswegen, weil ich mich mit einem Genossen auseinandergesetzt habe, mit Niemandem die Beziehungen ab. Geschieht es aber von der andern Seite, das Unglück werde ich noch ertragen. Man kann in unserer Stellung nicht durchkommen, ohne daß man hin und wieder Einem oder dem Andern auf die Hühneraugen tritt. Ich wünschte, ich wäre 20 Jahre jünger, als ich jetzt bin, da sollten Sie mal einen Kerl kennen lernen! (Stürmische Heiterkeit.) Wir sind in langen Kampfesjahren wetterhart geworden, haben in Sturm und Gefahr treu zusammen gehalten und haben dafür gesorgt, daß das Parteiwohl stets gewahr blieb; wir können verlangen, daß die, die jetzt kommen und Vorwürfe erheben, die Vorgänge studiren, bei denen sie selbst nicht dabei sein konnten. Wir haben eine Parteiliteratur, reich genug um auch den jüngsten Genossen darüber zu unterrichten, was vo

Digitized by Google

Jahrzehnten vorgekommen ist, und was wir älteren Genossen mit durchgekämpft und durchgefochten haben. Dieses Verlangen kann kein Vorwurf sein. Der gekränkte, unschuldig angegriffene Legien, so unschuldig, wie er sich stellt, ist er eben nicht. Legien glaubt, hört, vermuthet, kundschaftet; und wenn er das gethan hat, bereitet er in aller Stille seine Angriffe vor. Er frägt mich vor Jahren, was ich über die Generalkommission denke. Daraus, daß ich über die Kommission eine andre Meinung habe wie er, deduzirt er, daß ich keine Sympathie für die Gewerkschaftsbewegung habe. Im vorigen Jahre sprach er auf dem Parteitag in Berlin davon, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht vorwärts komme, weil in die Partei zu viel kleinbürgerliche Elemente eingedrungen seien, die Unternehmer-Interessen haben und über ein höheres Maß von Intelligenz als die Fabrikarbeiter geböten. Dagegen erklärte ich:

„Wir im Parteivorstande können den Anspruch erheben, daß wir vermöge unserer Stellung von einer gewissen höheren Warte aus die ganze Sache beurtheilen, die gegeben ist nicht durch unsere Fähigkeiten, sondern durch das uns übertragene Amt, und ich kann erklären, daß die weitverbreitete Annahme, daß in der Partei selbst an einflußreicher Stelle und außerhalb in weiten Kreisen eine ganz entschiedene Abneigung gegen die Gewerkschaftsbewegung vorherrsche, *absolut falsch* ist."

Kann man sich rückhaltloser und bestimmter aussprechen, als es hier von mir geschehen ist? Was aber thut Legien? Er unterstellt mir einfach, daß ich diese Erklärung gegen meine wirkliche Ueberzeugung abgegeben, daß ich also vor dem Parteitag geheuchelt habe. Er schreibt in der Nr. 19 des „Correspondenzblatt":

„Gefühlssache ist das Ganze. Man kann in langen Reden, wie auf dem letzten Parteitage, leicht den Beweis führen, daß seitens der Partei keine Aeußerung gegen die Gewerkschaften vorliegt, und doch *persönlich diesen nicht sonderlich gewogen sein.*"

In derselben Rede habe ich auch unsre Stellung in Bezug auf die traurigen Streitigkeiten innerhalb der Gewerkschaftskreise gekennzeichnet und gesagt:

„Wer die Artikel gelesen hat, die zwischen gewissen Genossen hier und in Hamburg gewechselt worden sind, kann es weiten Kreisen nicht mehr verdenken, wenn sie sagen: wenn unsere eigenen Führer in dieser Weise sich gegenüberstehen, beschimpfen, herunterreißen um Lappalien willen . . . ., so können wir uns einer solchen Bewegung nicht anschließen. Ich möchte den Genossen Legien und auch den andern Theil, Keßler und Genossen, recht sehr bitten — ich glaube hier auch aus dem Herzen aller anwesenden Delegirten zu sprechen — daß beide Theile endlich einmal die Streitaxt begraben."

Digitized by Google

Nach allen diesen Erklärungen, nachdem er selbst konstatirt, daß ich ihm mit ausgesuchter Höflichkeit in Berlin gegenübergetreten bin, tritt er nach Jahresfrist mit solchen Anschuldigungen in seinem Blatte auf! Legien spielt die Rolle des Marc Anton an der Leiche Cäsar's; wie Marc Anton greift er fortwährend an, schließt aber jeden Satz mit den Worten: „Doch Brutus (die Parteileitung) ist ein ehrenwerther Mann." Legien will in Zukunft anders behandelt werden, ich verspreche es ihm auf Manneswort, aber daheim, in Hamburg, mag er auch in sein Kämmerlein gehen und sich das Pharisäersprüchlein abgewöhnen: Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie dieser Parteivorstand.

In der Debatte sind eine Reihe recht hübscher Anregungen gegeben worden. Genosse Paul kann ganz ruhig sein. Wenn es gilt, die gewerkschaftliche Bewegung zu fördern, ihr zu helfen, wird die Partei da sein, wie sie zu allen Zeiten dagewesen ist. Paul ist so alt wie ich in der Bewegung. Ich mußte seinerzeit mit ihm zusammen in Berlin das Bündel schnüren, als der kleine Belagerungszustand erklärt wurde. Er muß doch in dieser langen Zeit auch die Erfahrung gemacht haben, daß es über gewisse Dinge früher schon verschiedene Meinungen gegeben hat und auch in Zukunft geben wird. Absprechende Aeußerungen über den Werth der gewerkschaftlichen Bewegung mögen von einzelnen Genossen gethan worden sein; aber von keinem bekannteren Genossen in unserer Bewegung wird dergleichen gebilligt werden. Vereinzelte Erscheinungen darf man aber nicht als allgemein giltig hinstellen und als Beweismittel verwerthen. Hat die Partei es denn an Unterstützung fehlen lassen, als die Gewerkschaften in ärgster Bedrängniß waren, nach den Maikämpfen von 1890 und nach den großen Streiks? Sind die über 100 000 Mark, welche direkt aus der Parteikasse gegeben wurden, um die Wunden zu heilen, welche verunglückte Streiks geschlagen, etwa ein Beweis mangelnder Sympathie? Wann und wo hat das Solidaritätsgefühl auf Seiten der Partei versagt? Nichts kann dafür angeführt werden, außer vielleicht, daß die Partei aus ihrer Zentralkasse bei Gelegenheit des Zigarrenarbeiter- und des Buchdruckerstreiks nicht den letzten Groschen gegeben hat; das konnten und durften wir aber nicht. Was wir glaubten, unseren Genossen gegenüber verantworten zu können, das haben wir gethan. Wer anders behauptet, kennt die Vorgänge nicht, oder er spricht wider besseres Wissen die Unwahrheit aus. Die Parteikasse wäre schon beim Zigarrenarbeiterstreik pleite gegangen das Geld wäre bis zum letzten Knopf aufgebraucht worden, wir hätten aber den Zigarrenarbeiterstreik trotzdem nicht retten können (Sehr richtig!) Wir können Irrthümer begehen, das ist Menschenschwäche, aber bewiesen müßte erst werden, daß wir gegen besseres Wissen und unter Hintansetzung der Arbeitersache gehandelt haben

Digitized by Google

Nach dem Zigarrenarbeiterstreik kam der Buchdruckerstreik. $2^1/_2$ Millionen waren bereits daran gesetzt; was hätten da unsere „lumpigen“ paar Hunderttausende geholfen? Geholfen haben wir an vielen Stellen; daß es nicht ausreichte, liegt am Umfang des Parteisäckels. Stellen Sie uns mehr Geld zur Verfügung, dann wird mehr geholfen werden können!

Was ausgesprochen werden kann, finden Sie in unserer Resolution, nämlich, daß wir den Parteigenossen von Neuem die Pflicht auferlegen, unermüdlich für die Erkenntniß der Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation zu wirken und mit aller Kraft für deren Stärkung einzutreten. Aber eine Einschränkung muß gemacht werden, es muß ausgesprochen werden, daß diese Pflicht nur eine moralische Bedeutung haben kann, daß wir kein Mittel des physischen Zwanges haben, und in diesem Punkt drückt sich die Resolution Arons in viel zu verschwommener, unklarer Weise aus. Schoenlank hat die Gründe, warum die Resolution Arons nicht angenommen werden kann, gestern in treffender Weise dargelegt. Der Ausdruck „zwingende Gründe“ ist der verschiedensten Deutung fähig und legt neue Keime zum Streit. Schoenlank sagt, die Staatsarbeiter dürfen sich nicht organisiren, Genosse Millarg weist dem gegenüber darauf hin, daß man in Berlin auch solche in den Organisationen habe. Da liegt der Anfang zum Streit bereits vor. Einen neuen Zankapfel wollen wir doch in die Bewegung nicht hineinwerfen. Warum sollen wir uns streiten, wenn selbst Legien zugiebt, im Prinzip verlange die Resolution Auer dasselbe, was Arons verlangt? Sind wir darin einig, so müssen wir doch diejenige Form für den Ausdruck wählen, die den Vorzug der vollen Klarheit für sich hat. Sprechen wir die moralische Verpflichtung aus, und dann mögen die Zwischenfälle, die hier gespielt haben, vergessen sein! Gehen wir als entschlossene Männer hinaus in den Kampf zum Wohle der Partei und der Gewerkschaften! (Beifall.)

Ich erkläre noch, daß das „Teltow-Beeskower Volksblatt“ Eigenthum der Genossen der Kreise ist; diese haben Keßler als Redakteur gewählt, wir hätten das gar nicht hintertreiben können. Warum soll Keßler kein Parteiblatt redigiren? Ist er denn nicht mehr Parteigenosse? Ohne unser Zuthun ist er von den Genossen gewählt worden und hat nur ihnen gegenüber sich zu verantworten.

In den Vorabstimmungen werden sämmtliche zu den beiden Resolutionen gestellten Abänderungsanträge abgelehnt.

Ueber die Resolution Arons wird darauf namentlich abgestimmt. Das Resultat ist die Ablehnung mit 169 gegen 9 Stimmen.

Mit Ja stimmen: Arons, Bekmann, Bilz, Bökert, Fuchs, Gerlach, Grauer, Holzhäuser, John Jost, Joszt, Katzenstein, Kunkel,

Digitized by Google

Legien, Lienau, Lux, Millarg, Reinhardt, Rohrlack, Schaaf, Schmidt-Berlin, Schmidt-Frankfurt, Schmitt-München, Slomke, Ströbel, Türk, Völkel, Wernicke, Wiehle.

Mit Nein stimmen: Adler, Albert, Antrick, Auer, Bärer, Baker, Bamberger, Bebel, Bérard, Berthold, Bock, Bogasch, Bohne, Breil, Brey, Buder, Dahlen, Deinhardt, Diehl, Dietz, Doppler, Dreyer, Dubber, Eberle, Eichhorn-Dresden, Eichhorn-Pirna, Erdbeer, Fell, Fellgentreff, Fickermann, Fischer-Berlin, Fischer-Hamburg, Franke, Fritz, Frohme, Fülle, Galm, Geck, Gerisch, Gerischer, Gewehr, Geyer, Gockel, Gottschald, Günther, Haase, Hamann, Händel, Harm, Hascheck, Heilmann, Heinrich, Herbert, Hesse, Heßmer, Heusgen, Heymann, Hillermann, Hofmann, Hofmeister, Hofrichter, Hölzke, Huber, Hülle, Hug, Huth, Jacobey, Jahn, Jochem, Joest, Kaden, Kaufmann, Keller, Kerrl, Keßler, Kleemann, Klees, Klingenhagen, Klippel, Kobel, Koenen, Köhler, König, Kowalewsky, Künzel, Kuntze, Kutsche, Lange, Leickhardt, Lehmann, Lehninger, Leopold, Lesche, Leßner, Leven-Solingen, Leven-Reuß, Liebknecht, Lütgenau, Meist, Meister, Meiß, Metzger, Metzner, Meyer, Michaelis-Waldenburg, Michels-Köln-Land, Molkenbuhr, Müller, Nikulski, Nitzschke, Oertel, Offermann, Opificius, Oster, Ostwald, Paul, Prinz, Quandt, Raue, Reißhaus, Riedel, Röder, Rosenow, Rüdt, Schaal, Schallbruch, Schippel, Schlieper, Schmalfeld, Schmid-München, Schmidt-Burgstädt, Schmidt-Zwickau, Schmitt-Pirmasens, Schmitt-Crefeld, Schneider, Schoenlank, Schrader, Schröer, Schulz-Berlin, Schulz-Reiherstieg, Schulz-Wenigenjena, Schultze, Schumacher-Mülheim, Schumacher-Solingen, Schumann, Silberschmidt, Singer, Spörkel, Stadthagen, Stamm-Cannstadt, Stamm-Remscheid, Stein, Stephan, Stirius, Stolten, Stubenreich, Stüven, Suskof, Thiele, Tietze, Ulrich, Voigt, Wassermann, Wengels, Wetzker, Wurm, Zetkin, Ziegeler, Zubeil.

Der abwesende Delegirte Orbig läßt erklären, daß er, falls er anwesend gewesen wäre, gegen die Resolution Arons gestimmt haben würde.

Die Resolution Auer wird darauf einstimmig unter lautem Beifall angenommen.

Damit sind die Anträge 85, 86, 88, 105 und die Resolution Schlumberger erledigt. Der Antrag 89 wird abgelehnt.

Der sozialistische Verein „Vorwärts" in Heidelberg hat die Entscheidung über den Ausschluß eines Mitgliedes dem Parteitag in Köln anheimgestellt, da die mit der Sache befaßte Kommission sich für inkompetent erklärt habe. Es wird über die Eingabe zur Tagesordnung übergegangen, da der Parteitag sich erst im Wege der Berufung mit der Angelegenheit befassen kann.

Ueber eine fernere Mittheilung, welche die Beschäftigungsdauer von bei Konsumvereinen in Sachsen angestellten Genossen betrifft,

Digitized by Google

wird „in Erwägung, daß den Genossen es überlassen bleibt, an die sächsische Landesversammlung mit der Beschwerde heranzutreten", ebenfalls zur Tagesordnung übergegangen.

Eine Depesche aus Lörrach, wonach der Genosse Stegmüller mit 34 gegen 14 Stimmen zum badischen Landtagsabgeordneten gewählt worden ist, wird mit großem Beifall aufgenommen.

Schluß nach 1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

$3^{1}/_{4}$ Uhr. Fell eröffnet die Sitzung mit der Mittheilung, daß bei der Landtagswahl in Mannheim Genosse Geck 196, der Nationalliberale Ladenburg 198 Stimmen erhalten hat, weil mehrere Wahlmannswahlen kassirt worden seien. Die Wahl werde angefochten werden.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 7:

Antisemitismus und Sozialdemokratie.

Hierzu schlägt der Referent Bebel folgende Resolution vor:

„Der Antisemitismus entspringt der Mißstimmung gewisser bürgerlicher Schichten, die sich durch die kapitalistische Entwicklung bedrückt finden und zum Theil durch diese Entwicklung dem wirthschaftlichen Untergang geweiht sind, aber in Verkennung der eigentlichen Ursache ihrer Lage den Kampf nicht gegen das kapitalistische Wirthschaftssystem, sondern gegen eine in demselben hervortretende Erscheinung richten, die ihnen im Konkurrenzkampfe unbequem wird: gegen das jüdische Ausbeuterthum.

Dieser sein Ursprung zwingt den Antisemitismus zu Forderungen, die ebenso mit den wirthschaftlichen wie politischen Entwicklungsgesetzen der bürgerlichen Gesellschaft in Widerspruch stehen, also fortschrittsfeindlich sind. Daher auch die Unterstützung, die der Antisemitismus vorzugsweise bei Junkern und Pfaffen findet.

Der einseitige Kampf des Antisemitismus gegen das jüdische Ausbeuterthum muß nothwendig erfolglos sein, weil die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen keine speziell jüdische, sondern eine der bürgerlichen Gesellschaft eigenthümliche Erwerbsform ist, die erst mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft endigt.

Da nun die Sozialdemokratie der entschiedenste Feind des Kapitalismus ist, einerlei ob Juden oder Christen seine Träger sind, und da sie das Ziel hat, die bürgerliche Gesellschaft zu beseitigen, indem sie deren Umwandlung in die sozialistische Gesellschaft herbeiführt, wodurch aller Herrschaft des Menschen über den Menschen, wie aller Ausbeutung des Menschen

Digitized by Google

durch den Menschen ein Ende bereitet wird, lehnt es die Sozialdemokratie ab, ihre Kräfte im Kampfe gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung durch falsche und darum wirkungslos werdende Kämpfe gegen eine Erscheinung zu zersplittern, die mit der bürgerlichen Gesellschaft steht und fällt.

Die Sozialdemokratie bekämpft den Antisemitismus als eine gegen die natürliche Entwicklung der Gesellschaft gerichtete Bewegung, die jedoch trotz ihres reaktionären Charakters und wider ihren Willen schließlich revolutionär wirkt, weil die von dem Antisemitismus gegen die jüdischen Kapitalisten aufgehetzten kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten zu der Erkenntniß kommen müssen, daß nicht blos der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist und daß nur die Verwirklichung des Sozialismus sie aus ihrem Elende befreien kann.

Referent Bebel: Als der Parteivorstand voriges Jahr den Punkt „Antisemitismus und Sozialdemokratie" auf die Tagesordnung des Berliner Parteitages setzte, nahm besonders die antisemitische Presse mit Genugthuung Akt davon; sie wies darauf hin, daß die offizielle Behandlung dieser Frage auf unserem Parteitage beweise, welche Bedeutung der Antisemitismus in Deutschland erlangt habe. Gewiß hat die antisemitische Bewegung in Deutschland eine gewisse Bedeutung erlangen müssen, bevor wir uns entschließen konnten, dazu Stellung zu nehmen; aber daß dies geschieht, weil wir den Herren eine besonders große Bedeutung beilegen, darin dürften sie sich, und die heutige Verhandlung wird es hoffentlich zeigen, sehr geirrt haben. Wir haben dieser Frage gegenüber nur gethan, was wir allen neu auftretenden und eine gewisse Bedeutung erlangenden Erscheinungen auf sozialpolitischem und ökonomischem Gebiet gegenüber als Partei thun müssen. Gerade unsere Partei hat weniger als irgend eine versucht, vor solchen Erscheinungen die Augen zu schließen, sondern sie hat es sich angelegen sein lassen, sie genau auf ihren Werth und ihre Bedeutung hin zu prüfen.

Spricht man uns vom Antisemitismus als einer neuen Erscheinung, so ist das richtig und nicht richtig. Versteht man unter Antisemitismus die Feindschaft gegen die Juden mit dem Ziel ihrer Vernichtung oder wenigstens ihrer Vertreibung, dann ist der Antisemitismus mehr als anderthalbtausend Jahre alt. Was wir aber heute unter Antisemitismus und antisemitischer Partei verstehen, ist eine neue Erscheinung insofern, als sich die gegen das Judenthum gerichteten feindseligen Bestrebungen in einer politischen Partei zusammenfassen, welche am öffentlichen Leben sich betheiligt. Dazu kommt, daß über die Bedeutung dieser Bewegung in unseren eigenen Kreisen eine gewisse Unklarheit herrscht. Wenige Tage vor dem Parteitage hatte ich in Berlin im VI. Wahlkreise das Referat

Digitized by Google

über den jetzt stattfindenden Parteitag und berührte kurz auch diesen Punkt. Da meinte ein Genosse, man lege der Sache eine viel zu große Bedeutung bei, der Antisemitismus sei nur ein Produkt von Schlagworten, und der Beifall, der diesem Ausspruch seitens eines Theiles der sehr stark besuchten Versammlung folgte, bewies mir, daß ein nicht unbeachtenswerther Theil der Genossen in dieser Frage noch nicht klar sieht. Wäre der Antisemitismus nur ein Produkt von Schlagworten, so hätten wir uns mit ihm gar nicht zu beschäftigen. (Zustimmung.) Wenn man den Antisemitismus derart abfertigt, dann steht diese Behandlung auf derselben Stufe, von der uns die Gegner lange Zeit abzufertigen versucht haben. (Sehr richtig!) Auch da hieß es, die Sozialdemokratie ist blos ein Produkt der Agitation gewisser Leute, mit deren Verschwinden oder Mundtodtmachung auch die Sozialdemokratie von der Bildfläche verschwinden wird. Daß diese Auffassung total irrig ist, haben die erbittertsten Gegner an dem gewaltigen Wachsthum unserer Bewegung und durch sonstige Erfahrungen durchweg erkannt. Ueber Erscheinungen, die Widerhall in den Massen finden, über die kann man nicht hinweggehen, man muß sie auf ihre Ursachen hin prüfen und wenn die Ursachen der Erscheinungen erkannt wurden, muß man nach den Mitteln suchen, durch welche die Uebel, die jene Erscheinung erzeugten, beseitigt werden können. In letzterem Punkte stehen wir der antisemitischen Bewegung anders gegenüber als anderen Erscheinungen. Wir können erklären, daß die Uebel, die den Antisemitismus erzeugten, verschwinden werden, aber nicht dadurch, daß der Antisemitismus siegt, sondern dadurch, daß die Uebel und mit den Uebeln der Antisemitismus selbst hinfällig wird und b e i d e verschwinden. (Sehr richtig.)

Der Antisemitismus, im Sinne des Judenhasses aufgefaßt, ist eine sehr alte Erscheinung. Von dem Augenblicke an, wo das alte jüdische Reich vernichtet, Jerusalem zerstört und die jüdische Bevölkerung auseinandergesprengt wurde und sich über alle Länder der damaligen Kulturwelt verbreitete, hat eine gewisse antisemitische Strömung Platz gegriffen. Schon Tacitus spricht sich in seinen „Annalen“ in der feindseligsten Weise gegen die Juden aus. Die Juden waren in ihrem Heimathlande bis zu ihrer Vertreibung ein wesentlich ackerbau- und daneben gewerbetreibendes Volk; als handeltreibendes Volk von größerer Bedeutung sind die Juden im Gegensatz zu ihren Stammesverwandten, den Phöniziern, Tyrern und Karthagern, in der alten Kulturwelt nicht aufgetreten, hauptsächlich wohl weil ihr Land nicht am Meere lag. Charakteristisch ist aber, daß sie sofort nach ihrer Zerstreuung und Verbreitung über die alte Kulturwelt sich größtentheils dem Handel zuwandten. Sie konnten allerdings auch in eine auf der Sklavenarbeit beruhenden Gesellschaftsordnung, wie sie die alte Kulturwelt besaß, und da

Digitized by Google

sie außerhalb dieser Gesellschaft standen, als Arbeiter nicht eindringen. Der Handel war so die einzig mögliche Beschäftigung, für den überdies die semitische Rasse unzweifelhaft stets eine große natürliche Anlage besessen hat. So treiben ja die Juden überwiegend überall Handel bis auf den heutigen Tag dort, wo sie als kleine Minorität wohnen; aber dort, wo sie massenhaft nebeneinander leben, wie in Ungarn, Polen, Galizien, Theilen von Rußland, haben sie sich auch in der Mehrzahl dem Gewerbebetrieb und selbst dem Landbau zugewandt und zwar weil sie mußten, denn alle können nicht handeln, und so liegt dort nur ein kleiner Theil von ihnen dem Handel ob. Dort wird die Masse der arbeitenden Juden von jüdischen Kapitalisten und Unternehmern ganz ebenso schamlos ausgebeutet, wie die christlichen Arbeiter im christlichen Europa von christlichen und jüdischen Ausbeutern ausgebeutet werden. Nur wo die Juden mehr in der Vereinzelung leben, wie in Deutschland, wo auf 50 Millionen Einwohner etwa 500 000 Juden kommen, ist ihre Hauptbeschäftigung der Handel. Diese Entwicklung ist nun durch die Umstände, im Laufe von fast 2000 Jahren, im höchsten Maße begünstigt worden. Mit Ausnahme der Glanzperiode im muhamedanisch-arabischen Reich wurden die Juden bis in die neueste Zeit durch die Gesetzgebung geflissentlich von jeder anderen Beschäftigung ausgeschlossen. Judäa war bekanntlich die Wiege des Christenthums; sehr bald aber trat das Christenthum in Feindschaft zum Judenthum. Andrerseits waren die Juden von tiefem Haß gegen die Christen erfüllt, weil ein Theil der ersten Christen Juden waren und die Juden jene als räudige Schafe, als Abtrünnige von ihrem Glauben betrachteten und sie verfolgten. Nimmt man hierzu die Darstellung der christlichen Kirche von den Verfolgungen und dem Kreuzestode Christi, den die Juden veranlaßten, so ist es klar, daß dieses die Massen vom Mittelalter bis heute beherrschende religiöse Moment nothwendig den Judenhaß, wenn nicht hervorgerufen hat, so doch bedeutend verschärfen mußte. Dazu kommt die Abneigung, die zwischen Menschen verschiedener Rasse, namentlich bei Menschen auf niedriger Kulturstufe, allgemein vorhanden ist. Und eine Verschiedenheit der Rasse besteht zwischen den Juden und der übrigen Bevölkerung. Wir sehen ja, wie noch heute der Nationalhaß, der milder als der Rassenhaß ist, von der Bourgeoisie geschürt, tief eingewurzelt ist, da begreift sich um so leichter das Vorhandensein des Rassenhasses. Es handelt sich eben um zwei in ihrem Charakter und ihrem ganzen Wesen grundverschiedene Rassen, deren Grundverschiedenheit durch 2000 Jahre hindurch bis heute aufrecht erhalten worden ist. Hat dann gar der unter einem anderen Volke lebende Jude das Malheur, durch sein Aeußeres aufzufallen, so daß man ihm gewissermaßen schon an der Nase ansieht, daß er ein Jude ist (Heiterkeit), also im

Digitized by Google

bösen Sinne des Wortes als ein Gekennzeichneter angesehen wird, so begünstigt dies noch die Rassenfeindseligkeit.

Scheinbar mit Recht werfen die Antisemiten den Juden vor, daß sie eine den Germanen besonders feindselige Rasse seien, mit besonders unangenehmen Rasseneigenthümlichkeiten, weil sie sonst ihre Absonderung unter der christlich-germanischen Gesellschaft doch nicht fast zweitausend Jahre hätten aufrecht halten können. Hierbei aber wird vergessen, daß die Juden bis in die neueste Zeit gezwungen wurden, von der übrigen Bevölkerung getrennt zu leben, es sei denn sie gaben ihren Glauben auf. Durch das ganze Mittelalter bestand eine in ihren Einzelheiten wechselnde, aber im Ganzen dauernd feindselige Gesetzgebung gegen die Juden, die sie völlig unterdrückte und zur Vereinsamung geradezu zwang. Und dieser tausendjährige Druck hat außerordentlich den engen Zusammenschluß unter ihnen gefördert. Also die Gesetzgebung des Mittelalters hat von vornherein gegen die Juden schwer gesündigt und damit wider den Willen der Gesetzgeber die Erscheinungen begünstigt, die nach meiner Auffassung heute an den Juden, objektiv betrachtet, oft mit Unrecht getadelt werden. Außerdem haben häufig die heftigsten und gewaltthätigsten Judenverfolgungen stattgefunden, so in der Zeit von 1198 bis 1381 nicht weniger als 52 größter Art. An diesen Verfolgungen haben sich alle bedeutenden Städte Deutschlands jener Zeit ohne Ausnahme betheiligt, so Köln, Mainz, Nürnberg, Augsburg, Frankfurt am Main u. s. w. u. s. w. Und es waren nicht Verfolgungen, wie wir sie z. B. unter dem Ausnahmegesetz gegen uns kennen gelernt haben. Die Juden wurden wegen ihres Glaubens, wegen ihrer Rasse und namentlich wegen ihres Vermögens von Haus und Hof vertrieben, beraubt, ausgeplündert, grausam mißhandelt und sehr oft ermordet. In manchen dieser Judenverfolgungen betrug die Zahl der Opfer bis zu zehntausend. Ich gestehe, ich kann eine gewisse Bewunderung nicht unterdrücken für eine Rasse, die trotz all dieser furchtbaren Verfolgungen sich dennoch in ihrer Art weiter entwickelt und selbständig aufrecht erhalten hat; eine Erscheinung, die außer bei den Juden nur noch bei einem Volke in der Geschichte, den Zigeunern, sich zeigte. (Heiterkeit.)

Gingen diese Hetzen und Gewaltthaten oft unter Billigung und Unterstützung der geistlichen und weltlichen Obrigkeit vor sich, so war andererseits die weltliche Obrigkeit geneigt, den Juden gewisse Begünstigungen einzuräumen. Die Juden waren, weil keinem deutschen Stamme angehörig, der kaiserlichen Schutzherrschaft unterstellt, sie galten als „des heiligen römischen Reichs Kammerknechte“ und waren als solche zur Zahlung eines bestimmten jährlichen Schutzgeldes, des sogenannten Judenschutzgeldes, verpflichtet. Verschiedene Kaiser gestatteten den Juden, um das Schutzgeld erhöhen zu können,

Digitized by Google

von dem von ihnen verliehenen Gelde doppelt so hohen Zins zu nehmen, als dies sonst nach den bestehenden Verordnungen über die Zinsbeschränkungen zulässig war. Wucher, d. h. Zinsennehmen war ursprünglich überhaupt von der katholischen Kirche verpönt und galt als unchristlich. Das Verbot des Zinsnehmens war aber, sobald Kapital sich zu bilden begann, undurchführbar. Und als die Kirche selbst in den Besitz von Kapital und liegenden Gründen kam, die letzteren sie zu verpachten anfing, d. h. als sie begann, selbst Wucher zu treiben, da war ihr eigenes Interesse gegen das Verbot des Zinsnehmens gerichtet. Jetzt wurden Maximalsätze für die Zinsnahme eingeführt, also Zinsbeschränkungen, wie sie bis in die neueste Zeit bestanden haben, und wie sie die Antisemiten jetzt wieder einführen möchten. Mit dem erhöhten Zins, den die Juden nehmen durften, erhöhte sich aber auch das Schutzgeld, welches die Kaiser erhielten. Diese begünstigten also den Wucher der Juden, des eigenen Vortheils wegen. Durch das ganze Mittelalter hindurch galten für die Stellung der Juden in Deutschland folgende Hauptbeschränkungen: Sie durften keinen Grundbesitz erwerben oder besitzen; sie durften kein Handwerk betreiben; sie waren unfähig erklärt zur Ausübung politischer Rechte; sie waren belastet mit besonderen Abgaben; sie wurden gezwungen, in bestimmten Stadttheilen oder besonderen Dörfern zu wohnen — das bekannte Ghetto, wie es noch bis vor wenigen Jahrzehnten in Rom bestand —; sie mußten äußere Kennzeichen tragen, die charakteristische Nase als Kennzeichen genügte nicht (Heiterkeit); sie durften Christen nicht ehelichen, sie wurden also, wenigstens zur legitimen Fortpflanzung, innerhalb ihrer eigenen Rasse gezwungen; Christen durften bei Strafe keinen jüdischen Arzt nehmen; christliche Hebammen durften jüdischen Wöchnerinnen keinen Beistand leisten. So war den Juden also von Staats wegen von allen Seiten das Stigma als Verhetzte und Geächtete aufgedrückt. Diese Beschränkungen bestanden z. B. in Preußen im Wesentlichen bis 1812. Da erging, unter der Nachwirkung der Niederlagen von 1806 und der diesen folgenden neuen Aera, eine Verordnung, durch welche die Juden zur Ausübung bürgerlicher Gewerbe, zum höheren Lehramt, zum Kriegsdienst mit dem Anspruch auf Beförderung, zum Landbau und zum Grunderwerb zugelassen werden sollten. Aber obgleich diese Verordnung Gesetzeskraft hatte, blieb in den nächsten Jahrzehnten der thatsächliche Zustand für die Juden der alte. Noch 1833 stimmten die Landstände der acht alten preußischen Provinzen, in den von ihnen über die Wirkung des Edikts von 1812 eingeforderten Gutachten, sämmtlich darin überein, daß eine wesentliche Aenderung in dem Verhältniß der Juden zur übrigen Bevölkerung nicht eingetreten sei, und sie sprachen sich gleichzeitig für Aufhebung dieser neuen Freiheiten und für Einführung alter Beschränkungen aus, insbesondere für das Verbot, Hausir-

Digitized by Google

handel zu treiben, christliche Dienstboten zu halten, Grundbesitz zu erwerben und Ehrenämter zu bekleiden. Auch das Apotheker-gewerbe sollten sie nicht betreiben dürfen und das Gast- und Schankgewerbe nur für ihre eigenen Glaubensgenossen. In der Hauptstadt Berlin war von 1812 bis 1833 kein Jude in der Stadt-vertretung oder im Stadtrath, ein Zustand, den die Antisemiten von heute bekanntlich als ihr Ideal ansehen. Erst das Jahr 1848 hatte für die Juden große Verbesserungen in sozialer und politischer Beziehung im Gefolge. Wenn die Juden sich an allen neuen Reformbestrebungen, wie an der Revolution hervorragend be-theiligten, so erklärt sich dies vollkommen aus ihrer Stellung als geknechtete, unterdrückte Rasse in Staat und Gesellschaft. Als die Reaktion gesiegt hatte, ging man alsbald, und zwar 1851 im preußischen Herrenhause, wieder gegen die Juden vor. Man be-antragte den Artikel 12 der Verfassung, Gewährleistung der Freiheit des religiösen Bekenntnisses und des Genusses der staatsbürger-lichen Rechte, für die Juden und alle Nichtchristen zu beseitigen. Sie sollten nicht Mitglieder des Landtags werden können und von richterlichen und allen mit exekutiver Gewalt bekleideten Aemtern ausgeschlossen sein. Diese sollten ausschließlich den Angehörigen der anerkannten christlichen Kirchen vorbehalten bleiben. Dieser Antrag wurde gestellt und verhandelt zu einer Zeit, wo der an-erkannte Führer des Herrenhauses, Stahl, selbst ein ehemaliger Jude war; er hatte sich taufen lassen! (Heiterkeit.) Der Antrag fiel jedoch, und durch die neuere Gesetzgebung nach Begründung des Nord-deutschen Bundes, beziehentlich des Deutschen Reichs, sind auch die letzten staatsbürgerlichen Beschränkungen für die Juden aufgehoben worden. Hat nun die tausendjährige Gesetzgebung gegen die Juden und ihre beständige Maßregelung nicht erreicht, was sie erreichen sollte, so mußte dies für die Judenfeinde ein Beweis sein, daß ihre Bestrebungen nicht durchführbar sind, selbst wenn sie einmal zur Macht gelangen sollten, woran gar nicht zu denken ist.

In den ersten Jahren des Deutschen Reichs war charakteristischer Weise von einer antisemitischen Strömung in größerem Umfange nirgends etwas bemerkbar. Erst 1877 trat diese Bewegung als politische Erscheinung öffentlich auf, als in Berlin Stöcker sich zu ihrem Wortführer aufwarf und sie zuerst organisirte, worauf er noch heute besonders stolz ist. Diese Erscheinung aber war die natürliche Wirkung und Folge der ökonomischen Zustände, in welche Deutschland durch den großen Krach von 1873 gelangt war. (Sehr richtig!) Dieser hatte eine allgemeine Depression herbeigeführt. Die ins Leben gerufenen industriellen Riesenunternehmungen machten durch ihre Produktion auch dem Handwerker furchtbare Konkurrenz; jetzt zum ersten Male fing innerhalb des kleinen und mittleren Gewerbestandes allgemein das Gefühl sich zu regen an, daß es mit

Digitized by Google

ihm abwärts gehe. Die große Prosperitätsepoche der ersten siebziger Jahre, die größte, die wir jemals gehabt haben, wird nie wiederkommen, weil alle Vorbedingungen dazu für immer vorüber sind. Als die Mittelschichten nun in diese bedenkliche ökonomische Lage gekommen und sich ihrer bewußt geworden waren, fingen sie natürlich auch an, nach dem Warum zu forschen. Nun ist ja ganz unbestreitbar, daß die Juden — ich spreche hier immer nur von der großen Majorität derselben — nach Erlangung der vollen Gleichberechtigung und in Folge der neuen wirthschaftlichen und sozialen Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs, die der kapitalistischen Entwicklung ungeahnte neue Bahnen eröffnete, als handeltreibende und kapitalkräftige Leute bei dieser Entwicklung im Vordergrunde standen. Dazu kam, daß der Jude in der Art, wie er zu handeln versteht, dem Christen meistens überlegen ist. Unzweifelhaft zeichnet das, was man Schacher nennt, einen Theil der Juden besonders aus. Der Jude versteht zu rechnen, er begnügt sich auch, wenn es sein muß, mit dem kleinsten Gewinn, er handelt ferner mit einer Unzahl von Dingen, die andern werthlos oder unscheinbar, vielleicht gar verächtlich erscheinen. Viele jüdische Kapitalmagnaten haben entweder persönlich oder durch ihre letzten Vorfahren durch diese Art Schacher die Grundlage für ihre heutige Stellung geschaffen. Alle diese Umstände in Verbindung mit den erwähnten Stammeseigenthümlichkeiten der Juden bewirkten, daß der Antisemitismus zuerst in den handeltreibenden Kreisen Boden fand; der Haß richtete sich gegen den Juden als Konkurrenten.

Thatsächlich ist das Judenthum in einer großen Anzahl von Handelszweigen der entscheidende Faktor geworden. Es ist maßgebend für den Handel mit Manufakturwaaren im weitesten Sinne, es beherrscht vollkommen in weiten Gegenden Deutschlands den Handel mit Agrarprodukten aller Art, so in Hessen-Nassau, Baden, Württemberg, Nordbayern, Elsaß-Lothringen, Thüringen u. s. w. Im „Vorwärts“ bemerkte jüngst ein Genosse ganz richtig in einem Artikel über die Ursachen des Antisemitismus, für den Bauern seien Kapitalist und Jude identische Begriffe. Da nun die ganze ökonomische Entwicklung den Bauernstand immer mehr zurück und zu der Einsicht gebracht hat, daß trotz aller schönen Versprechungen, welche ihm die politischen Parteien Jahrzehnte lang gemacht haben, seine materielle Lage immer schlechter wird, daß er unrettbar verloren ist, wenn ihm nicht bald Hilfe gebracht wird, so hat er si[ch] bereitwilligst denen in die Arme geworfen, die ihm zurufen: Schaff[t] den Juden aus der Welt, dann wird für Euch die Periode de[s] Wohlseins wieder anbrechen! Mit diesem einfachen Rezept arbeite[n] die antisemitischen Demagogen. Natürlich hat der Kleinbauer, d[er] Kleingewerbe- und Handeltreibende nicht Lust in diesem Kamp[f]

Digitized by Google

unterzugehen, er sieht in dem seinen Retter, der ihm in seiner Noth einen Strohhalm hinhält. Was uns in diesen Kreisen die Agitation so erschwert, ist, daß wir als ehrliche Leute ihnen sagen müssen: Wir haben keine Heilmittel innerhalb der heutigen Gesellschaft, Euch auf die Dauer zu retten. (Sehr richtig!) So wird denn unser Anhang in diesen Schichten zunächst ein schwacher sein, wenn auch Genosse Katzenstein mit seiner Behauptung Unrecht hat, daß wir keinen einzigen wirklichen Bauern in der Partei haben. Aber wir können sie nicht mit Versprechungen locken, von denen wir wissen, daß sie unausführbar sind. Dies thun aber die Antisemiten. Wir würden, folgten wir ihnen, zu Demagogen gemeinster Art herabsinken. Das sind Hauptgründe, die dem Antisemitismus beim Bauernstande Boden verschafft haben.

Die Wahl Fusangel's in einem rein bäuerlichen westfälischen Kreise, die Bestrebungen der Bauernbündler, das alles sind Wirkungen der Erkenntniß, daß nach Meinung dieser Abtrünnigen das Zentrum für sie auf ökonomischem Gebiete seine Schuldigkeit nicht gethan hat. Das ist zugleich ein Beweis auch dafür, daß auch diese scheinbar religiöse Partei einen ökonomischen, einen materialistischen Untergrund hat.

Wenn heute der Bauer seine Produkte verkauft, Kartoffeln, Getreide, Hopfen, Tabak, Wein, wer sind die Käufer? Juden. Wer leiht ihm die Kapitalien, wer kauft und verkauft sein Vieh? Juden. Da müssen denn antisemitische Erscheinungen zu Tage treten. Wie der Bauer, so leidet der Kleingewerbestand unter der großartigen kapitalistischen Entwicklung, die in Deutschland seit 1871, höchstens vergleichbar mit der nordamerikanischen Entwicklung, Platz gegriffen hat. Diese Entwicklung ist ja längst soweit gediehen, daß das Kapital in Konkurrenz mit sich selbst tritt, daß der große Kapitalist den mittleren und kleinen totschlägt und auffrißt. Der Schutzzoll, der gerade zur Rettung von Handwerk und Bauernstand bestimmt sein sollte, hat in den letzten 15 Jahren die Entwicklung der Großindustrie außerordentlich begünstigt. Unsere Kapitalistenklasse, aus wenigen zehntausenden von Köpfen bestehend, behält jährlich sicher gegen 2000 Millionen Mark übrig, die in neuen Unternehmungen angelegt werden. Und nun tritt auch auf dem Gebiete der Industrie der Jude in Konkurrenz. Die fabrikmäßige Schuhmacherei, die Schneiderei, der Handel mit Kleidern, neuen und alten, die Tuchfabriken &c. liegen mehr oder weniger in den Händen von Juden. Der Jude, der als Großhandeltreibender eine Menge kleiner Handwerker beschäftigt, der als Kapitalist en gros, als Ausbeuter auch auf diesem Gebiete auftritt, muß natürlich auch unter seinen Konkurrenten den Antisemitismus hervorrufen. Und kommt nun ein antisemitischer Agitator in die Handwerker-, in die Bauernkreise und ruft: Schafft den Juden weg, dann wird Eure

Digitized by Google

Lage eine andere sein! so glaubt man ihm. Unsere Kleingewerbetreibenden, unsere Landleute, deren Ideale in den Zuständen der Vergangenheit liegen, fallen auf solche Versprechungen hinein. Sie folgen in ihrem Drange, um jeden Preis gerettet zu werden, blindlings der Aufforderung der Antisemiten, die ihnen sagen: Tretet nur für uns ein, wählt uns, dann wird Euch sicher geholfen werden. In der That, wenn irgend wer mit Unverschämtheit und Unverfrorenheit sondergleichen den Wählern Versprechungen macht, so sind es die antisemitischen Agitatoren. Ein Sozialdemokrat dürfte dergleichen nicht wagen; er würde von seinen eigenen Parteigenossen mit dem Besen aus der Versammlung gefegt. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sehen weiter, daß Staat und Kommunen große Lieferungen von Arbeiten aller Art vergeben. Wer kann allein billig, rasch und massenhaft liefern, wer vermag das Rohmaterial billig einzukaufen, weil er das Kapital in Masse zur Verfügung hat? Es sind oft genug nur Juden! Sie bekommen natürlich die Lieferungen übertragen. Drücken sie nun, wie auch natürlich ist, die Handwerker, so wird bei diesen das Gefühl des Hasses und der Feindschaft nicht gegen den Kapitalisten, sondern gegen den Juden auf den Höhepunkt getrieben.

Wesentlich aus demselben Grunde, wie bei den Bauern und Kleingewerbetreibenden hat der Antisemitismus in den Kreisen des Handelsstandes Anhang gewonnen. Aber der Antisemitismus reicht noch viel weiter. Große Kreise unserer Beamtenwelt sind Antisemiten. Ein erheblicher Theil ist in Folge schlechter Bezahlung und in Folge der Ansprüche, die an sogenanntes standesgemäßes Auftreten gestellt werden, gezwungen, Schulden zu machen, und diese muß er beim Wucherer, beim Halsabschneider machen; er kann sichere Garantien nicht gewähren, weil er in der Regel keinen Besitz hat. Nach dem wirthschaftlichen Grundsatz, daß einem größeren Risiko auch ein größerer Gewinn gegenüberstehen muß, eine Theorie, die nicht ein Jude, sondern die bürgerlichen Oekonomen, und in Deutschland mit großem Nachdruck Schulze-Delitzsch gelehrt haben, sind die Zinsen hohe; es sind Wucherzinsen. Die Wucherer sind aber wieder zum großen Theile Juden. Mit Unrecht sagt man den Juden nach, sie seien feig. Kein Mensch riskirt mehr als der Jude; in der Hoffnung auf höheren Gewinn betreibt er mit Vorliebe diese Geschäfte. Wir sehen gerade jetzt wieder an den Spielerprozeß in Hannover ein ähnliches Schauspiel; es sind Juden, allerdings Individuen der verkommensten Art, die die Hauptrolle unter den Angeklagten spielen. In einer verschuldeten Beamtenschaft faßt begreiflicherweise auch der Antisemitismus Wurzel. Auch läßt sich unter der Fahne des Antisemitismus seitens der Beamten unter Umständen Opposition treiben. (Sehr richtig!) Es ist die staatlich erlaubte Opposition, die sonst den Beamten unmöglich ist. Er darf

Digitized by Google

höchstens in konservativen oder antisemitischen Versammlungen auftreten, sonst nirgends. Und da es in ersteren in der Regel entsetzlich langweilig zugeht, bei den Antisemiten aber es Radau und Aufregung giebt, so zieht er die letzteren vor; es wird dort auch seiner Loyalität und Königstreue, die er zur Schau tragen muß, kein Zwang auferlegt. (Heiterkeit.) Aus ganz ähnlichen Ursachen ist der Antisemitismus in den Offizierskreisen und im Feudaladel vertreten. Unser Junkerthum ist theilweise durch Verschwendungssucht, theilweise auch durch seine gesellschaftliche Stellung, die es zu Ausgaben über seine Mittel nöthigt, gezwungen, dem Wucherer in die Hände zu fallen. Erst borgt der Jude, dann tritt er als Käufer der Rittergüter auf, oft wird er selbst Besitzer und vermehrt so die Gründe, daß der Feudaladel sich im antisemitischen Lager befindet. Das verhindert freilich nicht, daß der hochedelgeborene Adlige oft nach einem jüdischen Goldfisch angelt, um durch die Heirath mit ihm seine brüchige Existenz zu retten und das alte Adelswappen frisch zu vergolden. (Heiterkeit.) Wer die Memoiren von Moritz Busch gelesen hat, wird sich eines drastischen Wortes von Bismarck entsinnen, das ich aus Anstandsrücksichten hier nicht wiederhole. (Heiterkeit und Sehr gut!) Noch ein Element ist antisemitisch und sogar in der Bewegung einflußreich, das sind die Studenten. Diese sind heute zum größten Theil Antisemiten. Auch sie sind es aus materiellen Ursachen, obgleich das auf den ersten Anblick unwahrscheinlich erscheint. Sie sind sogar auf die Juden am meisten erbost. Der Konkurrenzkampf spielt heute auch innerhalb der Gelehrtenkreise, der Kreise mit höherer Bildung, eine einflußreiche Rolle. Schon in der ersten Auflage meines Buches „Die Frau" habe ich darauf hingewiesen, daß wir, wie an einer Ueberproduktion an Waaren, so auch an einer solchen an Intelligenzen leiden. Unsere kleineren Gewerbetreibenden, unsere mittleren Bauern fällt es sehr häufig nicht mehr ein, ihre Söhne Handwerker oder Bauern werden zu lassen. Sie wissen, daß dabei nichts mehr herauskommt, sie fühlen, daß sie Mühe haben, ihre eigene Existenz noch aufrecht zu erhalten. Mit dem Aufwand ihrer letzten Kräfte lassen sie ihre Söhne studiren, damit diese nachher in die staatliche, in die Beamtenkarriere gelangen oder als Aerzte oder Juristen ihre Existenz haben, oder als Architekten, Chemiker, Ingenieure 2c. bei öffentlichen oder industriellen Unternehmungen eine Lebensstellung finden. Aber auf allen diesen Gebieten ist in Folge des großen Zuflusses ein Ueberangebot von Kräften vorhanden, das mit der Nachfrage im schreiendsten Mißverhältniß steht. Charakteristisch dafür ist, daß, während in der Kulturkampfszeit in Folge der Abneigung der Söhne der Bourgeoisie, Geistliche zu werden, ein fühlbarer Pfarrermangel vorhanden war, man sich jetzt wieder „der Noth gehorchend, nicht

Digitized by Google

dem eigenen Triebe", weil alle übrigen Fächer überfüllt sind, dem Studium der Theologie zugewandt hat, sodaß heute alle Pfarrstellen wieder besetzt sind. Bei der Wohlhabenheit und dem Reichthum der Juden, bei ihrem unleugbar vorhandenen geistigen Streben nach höherer Bildung schicken sie ihre Söhne auch zahlreich auf die Universitäten, und sie studiren Jura, Medizin 2c. Darin erblicken unsere „germanischen" Studenten eine sehr unliebsame, unangenehme Konkurrenz. Die allgemein bekannte Thatsache, daß die Juden sich durch ungemeine Ausdauer, Zähigkeit und oft durch Nüchternheit auszeichnen (Schoenlank: Oho!), ja, Genosse Schoenlank (Heiterkeit), macht sie ihren Gegnern noch verhaßter. Auch der christliche Kleinhandwerker und Kleinhändler glaubt in der Regel den Tag nicht ordentlich verlebt zu haben, an dem er nicht einen Frühschoppen von ein paar Stunden machte. Das fällt dem Juden nicht ein. Der Jude bleibt zu Hause im Geschäft. Bezüglich des Alkoholgenusses kann er durchschnittlich sogar als Ideal unserer Antialkoholisten gelten. Der jüdische Student studirt meist fleißig den größten Theil der Zeit, die er auf der Universität ist, der „germanische" Student schlägt sich in den Kneipen, auf dem Fechtboden oder an anderen Orten, die ich nicht nennen will, umher. (Große Heiterkeit.) Graf Mirbach hat vor einigen Jahren in einem öffentlichen Blatte eine Warnung erlassen müssen, daß der große Luxus der Corps, namentlich der Verbindung „Borussia" in Bonn, aufhören möge, weil viele Väter mehr als 15 000 Mark pro Jahr für den Sohn nicht leisten könnten. (Hört!) Die Juden sind fleißig, lernen und schlagen dann im Examen sehr oft ihre germanischen Kommilitonen. Würden diese ebenso arbeiten und studiren wie durchschnittlich die Juden, der jetzige preußische Kultusminister Bosse hätte keine Veranlassung gehabt, seinen Vortrag über das juristische Studium und das Nichtwissen eines großen Theils der jungen Juristen zu halten, worin er ziemlich deutlich aussprach, daß die jungen Juristen vielfach Streber seien, die durch kriechende Gesinnung zu ersetzen suchen, was ihnen an Wissen und Charakter abgeht.

Damit habe ich in möglichster Kürze die Erscheinungen skizzirt, die nach meiner Auffassung dazu beigetragen haben, den Antisemitismus zu dem zu machen, als was er sich jetzt darstellt. Es ist aufgefallen, wie der Antisemitismus gerade in Sachsen, wo verhältnißmäßig wenig Juden leben, einen solchen Aufschwung hat nehmen können. Nun, es kommt nicht darauf an, ob der Jude am Orte ist, sondern ob er sich als unangenehmer Konkurrent bemerkbar macht. Das ist aber in Sachsen so gut der Fall wie anderswo. Weiter kommt hinzu, daß die meisten sächsischen Konservativen sich durch ein besonderes Maß von Charakterlosigkeit und Kriecherei nach Oben auszeichnen und durch ihre Haltung die Un=

Digitized by Google

zufriedenheit ihrer Wähler in dem Maße erregten, daß diese sich den Antisemiten, die sich als Helfer und Großsprecher aufspielten, in die Arme warfen. Auch kommen sie mit scheinbar radikalen Forderungen, die bei dem im Innern demokratisch gesinnten Kleinbürger Beifall finden müssen. Warum ist z. B. in Deutschland eine eigentliche demokratische Partei nicht mehr möglich? Weil der Handwerker- und Bauernstand, der die Hauptgrundlage für eine solche bildete, immer mehr an Macht verliert. An ihre Stelle trat der Liberalismus, der Repräsentant der Bourgeoisie, die einen größeren Theil der erwähnten Schichten in ihren Bann zwingt. Je schwieriger im Laufe der nächsten Jahre der Existenzkampf für die Mittelschichten unserer Gesellschaft sich gestaltet, je rapider sie sich dem Untergange entgegentreiben sehen, und das wird geschehen, desto mehr werden sie sich, darüber täuschen wir uns nicht, der antisemitischen Bewegung noch zuwenden. Wir kommen bei diesen Schichten erst an die Reihe, wenn der Antisemitismus sich bei ihnen abgewirthschaftet hat, wenn sie durch die Erfahrung, durch das Verhalten ihrer antisemitischen Vertreter im Reichstage und anderwärts erkennen, daß sie getäuscht wurden. Dann kommt die Stunde unsrer Ernte, früher nicht. (Sehr richtig.) In seinem Kampfe um die Herrschaft wird der Antisemitismus genöthigt werden, wider Willen über sein eigenes Ziel hinauszuschießen, wie es sich schon jetzt bei Herrn Ahlwardt bewiesen hat, der erst Arm in Arm mit dem Junkerthum in den Kampf trat und allmählig durch die Stimmung seiner Wähler genöthigt wurde, die Parole auszugeben: Wider Juden und Junker! Auch für die hessische Bewegung ist es nicht mehr ausreichend, gegen die Juden allein loszugehen, sie muß sich bereits gegen das Kapital überhaupt wenden; ist erst dieser Moment da, dann kommt auch der Zeitpunkt, wo unsere Anschauungen auf fruchtbaren Boden fallen und wo wir den Anhang gewinnen werden, den wir augenblicklich noch vergebens erstreben.

Die widerspruchsvolle Natur des Antisemitismus kommt in den widerspruchsvollen, theils ultrareaktionären und konservativen, theils demokratischen und manchen mit unserem Programm übereinstimmenden Forderungen ihres Programms zum Ausdruck.

Sie verlangen z. B. Zusammensetzung der Volksvertretung aus Berufsständen, eine ganz reaktionäre, ins Mittelalter zurückgreifende Forderung; solange das aber nicht erreicht ist, sind sie mit dem allgemeinen Stimmrecht einverstanden und sie wünschen natürlich auch Diäten. Einen Antrag auf Aufhebung des allgemeinen Stimmrechts würden sie also zur Zeit aufs entschiedenste mit uns gemeinsam bekämpfen, weil dieses ihnen allein die Existenz im Reichstage möglich macht. Sie wünschen ferner Beschneidung der unsittlichen Auswüchse in Presse, Literatur und Kunst, womit der

Digitized by Google

schlimmsten Reaktion Thür und Thor geöffnet wird, wie die lex Heinze bewiesen hat; Wahrung des christlichen, nationalen Charakters der Schule, also eine durchaus konservative Forderung. Daneben aber verlangen sie wieder Ausbildung unbemittelter, hervorragend befähigter Schüler auf Staatskosten, was auch wir ähnlich im Programm haben. Eine starke Heeresmacht zur Erhaltung des Friedens nach außen und nach innen. Gegen wen diese nach innen nöthig sein soll, brauche ich Ihnen wohl nicht erst zu sagen. (Heiterkeit.) Sie verlangen ferner durchaus demokratisch eine progressive Einkommen- und Erbschaftssteuer, daneben aber eine Wehrsteuer und die Beibehaltung der Getreidezölle, womit die Bauern gefangen werden sollen. Des weiteren wird gefordert soziale Neuordnung der Berufs- und Erwerbsstände — also wieder eine rein mittelalterliche Forderung! Beschränkung der Gewerbefreiheit, Handwerkerkammern mit ehrengerichtlichen Befugnissen; Verstaatlichung der Grundschulden.

Diese letztere Forderung wird auch im Kommunistischen Manifest erhoben und sie ist ähnlich in einer deutschen Kammer gegenwärtig von unsern Genossen gefordert worden. Wunderbar, daß Antisemiten, Bauernbündler und wir scheinbar dieselbe Forderung aufstellen! Aber diese Forderungen haben im Grunde mit einander gar nichts gemein. Das Kommunistische Manifest fordert die Verstaatlichung der Hypotheken unter der Voraussetzung, daß eine sozialistische Staatsleitung bereits vorhanden ist. Wir fordern bekanntlich Verstaatlichung des gesammten Grund- und Bodeneigenthums und nur als Uebergangsstadium fordert das Kommunistische Manifest Verstaatlichung der Hypotheken. Das heißt also, können wir nicht ohne Weiteres die Kapitalistenklasse expropriiren, so sind wir bereit, dem Hund den Schwanz stückweise abzuschneiden (Heiterkeit), indem wir das Kapital durch Reduzirung des Zinsfußes allmählich zu Grunde richten. Die Männer, die das Kommunistische Manifest verfaßten, wußten sehr gut, daß diese Forderung im Grunde wenig Bedeutung habe, aber vielen Anklang finde und in der Uebergangszeit vielleicht nöthig sei. Wenn aber heute gegenüber einer bürgerlichen Regierung, gegenüber einem mächtigen Großgrundbesitz und Agrarierthum diese Verstaatlichung des Hypothekenwesens angeregt wird, damit die Herren Agrarier niedrigere Zinsen bezahlen, so ist das eine durchaus konservative Maßregel, auch wenn Sozialdemokraten sie fordern; sie bedeutet die Bevorzugung einer Klasse auf Kosten der Gesammtheit, auf Kosten der Arbeiterklasse. (Sehr richtig.) Beschafft der Staat die Verzinsung der Grundschuld billiger, dann haben nicht blos die Kleinbauern, sondern auch der Großgrundbesitz einen Vortheil davon. Würde die Verzinsung durch den Staat z. B. gar mit 3 pCt. bewirkt, während der Staat, um Geld aufzunehmen, $3\frac{1}{2}$ pCt. zahlen muß, so müßte das $\frac{1}{2}$ pCt. Zins für Milliarden Hypothekenschulden

Digitized by Google

aus Steuerquellen aufgebracht werden; nicht die Kapitalisten, sondern die große Masse müßte diese Belastung auf sich nehmen. Es ist also bedenklich, aus Eifer für praktische Thätigkeit ein so verkehrtes Mittel vorzuschlagen. Ich kann diejenigen Genossen, die in die Landtage kommen, nur davor warnen, in ihrem Eifer, in Kreisen propagandistisch zu wirken, die vorläufig doch nicht und theilweise garnicht zu gewinnen sind, an der künstlichen Aufrechterhaltung von Gesellschaftszuständen mitzuarbeiten, an deren Aufrechterhaltung wir am allerwenigsten mitarbeiten dürfen. Das Wort der Unabhängigen von der Versumpfung unserer Partei halte ich nicht für berechtigt, aber wir müssen ein wachsames Auge haben.

Die weiteren Forderungen des antisemitischen Programms: Beschränkung des Hausirhandels, Verbot der Bazare, der Geschäftsreklame u. s. w. sind nur ein interessanter Beweis für die Demagogie der Antisemiten. Da donnert z. B. einer der ihrigen bei den Landtagswahlen in Sachsen gegen die jüdischen Ausbeuter, kein Christ dürfe bei einem Juden kaufen; als er aber in der Versammlung seinen Ueberzieher auszieht, entdeckt einer unserer Genossen an demselben eine jüdische Firma! (Große Heiterkeit.) Mir wurde gesagt, der Betreffende sei so verschuldet, daß keiner seiner christlichen Mitbürger ihm noch etwas borge. (Heiterkeit.) Weiter wird im Programm die Beschränkung der Konsumvereine, die Errichtung überseeischer Strafkolonieen, Beförderung der inneren Kolonisation gefordert. Wer am ersten zur Verschickung in die Strafkolonieen verwendet werden soll, brauche ich wohl auch nicht auszuführen. (Heiterkeit.) Endlich wird gefordert Aufhebung der Judenemanzipation und Stellung der Juden unter ein Fremdenrecht. Damit wird man nach den im Mittelalter gemachten Erfahrungen nicht weit kommen; denn in dem Punkte der Mahnung: Seid fruchtbar und mehret Euch wie Sand am Meer! haben die Juden das Gebot ihrer Väter streng befolgt und befolgen es noch. (Heiterkeit.)

Kurz, dieses mixtum compositum von einem Programm entspricht ganz der widerspruchsvollen Natur des Antisemitismus. Was ich Ihnen über die Wahrscheinlichkeit seiner weitern Ausbreitung, ja über die Nothwendigkeit derselben gesagt habe, führt dazu, daß er schließlich wider Willen revolutionär werden muß, hier haben alsdann wir, die Sozialdemokratie, einzusetzen. Dieser Gedankengang ist in der Resolution, wie ich glaube, genügend zum Ausdruck gekommen. Ich kann nur bitten, daß Sie möglichst einstimmig derselben ihre Zustimmung geben. (Andauernder lebhafter Beifall.)

Von **Bock**, **Hülle** und **Geyer** ist folgender Antrag eingelaufen:

„Nach Anhörung des trefflichen Referats beantragen die Unterzeichneten, von einer Diskussion Abstand zu nehmen.“

Digitized by Google

Bebel erklärt sich gegen den Antrag. Es freue ihn, wenn die Versammlung mit dem Referate zufrieden sei, er sei aber schon aus allgemeinen Gründen dagegen, daß ihm eine Extrawurst gebraten werde. Eine allgemeine Debatte, in welcher die Genossen aus ihrer Erfahrung Momente anführten, die in der Agitation gegen den Antisemitismus verwendet werden könnten, würde sehr nützlich und aufklärend wirken.

Bock bittet mit Rücksicht auf die noch umfangreiche Tagesordnung seinen Antrag anzunehmen.

Der Antrag Bock wird mit großer Mehrheit angenommen.

Bebel (persönlich): Es wird mir gesagt, daß meine Ausführungen über den in der bayrischen Kammer gestellten Antrag auf Verstaatlichung des Hypothekenwesens nicht ganz den Thatsachen entsprechen. Liegt ein Irrthum meinerseits vor, so werde ich keinen Anstand nehmen, ihn selbst richtig zu stellen im Protokoll. Ich wiederhole aber, ein Antrag auf Verstaatlichung des Hypothekenwesens zur vermeintlichen Rettung des Bauernstandes kann und darf von unserm Standpunkt aus nicht gestellt werden.*)

Die von Bebel vorgelegte Resolution wird darauf einstimmig angenommen.

Der Antrag 57 II der Parteigenossen in Altona, „Die Rede Bebel's über den Antisemitismus als Broschüre erscheinen zu lassen", wird darauf zur Debatte gestellt und von Heinrich-Altona zur Annahme empfohlen.

Joest-Mainz ist gegen die Drucklegung. Bebel seien große Unrichtigkeiten unterlaufen. So wie die Rede gehalten sei, könne sie nicht gedruckt werden. Als Leitfaden für die Genossen möge man sie herausgeben, aber ohne die historischen Ausführungen, die gar keinen Werth für die Agitation hätten. (Oho!) Für die Agitation sehr wichtige Momente seien mit keinem Jota erwähnt worden. Wer Liebknecht's Grund- und Bodenfrage, wer die Jahrgänge der „Neuen Zeit" aufmerksam gelesen habe, für den habe Bebel nichts

---

*) Ich habe dem oben abgegebenen Versprechen gemäß mich mit dem Antrag unserer Genossen und der Motivirung desselben durch den Genossen von Vollmar in der Sitzung des bayerischen Landtages vom 26. Oktober 1893 bekannt gemacht. Da es nun nicht angeht, daß ich hier Auseinandersetzungen mache, und es auch nicht meine Absicht ist, jetzt eine Polemik hervorzurufen, so begnüge ich mich zu erklären, daß soweit meine Ausführungen in der obigen Rede dahin gehen, daß die Absicht des obigen Antrages sei: Der Staat solle eventuell zu billigerem Zins, als er selbst für das geliehene Geld zu zahlen habe, Hypotheken gewähren, unbegründet sind und ich sie deshalb als irrthümlich zurückziehe. Meine übrigen Ausführungen halte ich aufrecht.

Berlin, den 2. Dezember 1893. August Bebel.

Digitized by Google

Neues gesagt. In der Agitation aber trete täglich Neues auf; um eine wirksame Broschüre zu erhalten, müsse man gründlich die Fachzeitschriften studiren und namentlich das Material, das der Bund der Landwirthe den Bauern auftischt, kritisch bearbeiten. Die heute die Debatte so abgeschlachtet hätten, seien noch nicht so mit dem Antisemitismus im Kampf gewesen, wie die hessischen Genossen. Ganz besonders falsch seien die Ausführungen Bebel's über den Hypothekenantrag gewesen.

Ein wiederholt gestellter Antrag, die Debatte wieder zu eröffnen, wird wiederholt abgelehnt.

Millarg ist für die Drucklegung, bittet aber außerdem, daß zur leichteren Verbreitung auf dem Lande eine leicht faßliche, kurze Schrift über den Antisemitismus herausgegeben werde. In dieser Schrift müsse namentlich auch auf die Zerrissenheit der Antisemiten unter sich hingewiesen werden.

Bebel: Wenn der Vortrag gedruckt wird, würde er natürlich noch eine ganze Reihe von Ergänzungen erfahren. Andererseits muß ich Joest nach seinen gehässig klingenden Anschuldigungen doch auffordern, mir im Einzelnen nachzuweisen, wo die Irrthümer liegen. Ich höre jetzt blos von ihm, daß er mich in Bezug auf den bayrischen Antrag mißverstanden hat. Uebrigens bedaure ich selbst am meisten, daß die Debatte geschlossen ist; ich habe gegen den Schluß gestimmt, weil ich genau weiß, daß gerade die Hessen auf diesem Gebiete viele Erfahrungen gemacht haben. Zweifellos wäre die Verhandlung sehr instruktiv gewesen. Gegen den Vorwurf Joest's und gegen seinen Ton verwahre ich mich nochmals.

Stein-Hanau hält gerade die Veröffentlichung des historischen Theils für ein Bedürfniß.

Heusgen billigt die Drucklegung für die Genossen, unter denen über die antisemitische Frage noch viel Konfusion herrsche. Diejenigen, welche wir vom Antisemitendusel kuriren wollen, würden den historischen Theil garnicht verdauen.

Katzenstein will die Rede blos ins Protokoll, aber nicht separat veröffentlicht haben, sonst bekomme sie einen partei-offiziellen Charakter und das dürfe nicht geschehen. (Große Heiterkeit.) Im historischen Theil seien thatsächlich einige Fehler und der moderne Theil sei nicht erschöpft. Bebel habe ferner einen schweren Vorwurf gegen die Landtagsabgeordneten geschleudert; solche Dinge könnten aber nur nach gründlichster Erwägung durch einen Parteitag, nicht durch das Urtheil eines Einzelnen entschieden werden. Die Partei dürfe sich im Interesse der Agitation und der Parteientwicklung nicht auf den Standpunkt stellen, daß den Kleinbauern nicht entgegengekommen werden dürfe.

Auer spricht sich für die Drucklegung aus. Bei derselben möge auch die von Bebel am Schlusse erörterte Angelegenheit berück-

Digitized by Google

sichtigt werden. Die Anträge der bayrischen Abgeordneten hätten durch Bebel heute eine Beurtheilung erfahren, die in der Broschüre nicht so hart ausfallen dürfte, wenn er das Material genügend geprüft habe, wozu ihm bei seiner ungeheuren Ueberlastung mit Arbeiten nicht die genügende Zeit geblieben sei. Vollmar habe, wie Redner durch Verlesung des betreffenden Passus darthut, gerade den Standpunkt vertreten, daß eine Bevorzugung einer einzelnen Klasse nicht stattfinden dürfe, und man könne ihm den Vorwurf, er habe nicht prinzipiell, programmgemäß gehandelt, nicht machen.

Oertel bittet diese Richtigstellung bei der Drucklegung zu berücksichtigen. Der erhobene Vorwurf sei so schwer, daß er nicht noch durch die Broschüre weiter verbreitet werden könne. Der Schluß der Debatte sei aus diesem Grunde doppelt bedauerlich.

Darauf wird der Antrag 57 II. angenommen. Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt, und der Parteitag wendet sich zu Punkt 8:

Anträge zu Programm und Organisation.

Zum Programm liegen in der gedruckten Vorlage die Anträge 5—10 vor.

Nur die Anträge 6, 7, 10 erlangen die erforderliche Unterstützung und gelangen zur Verhandlung.

Oertel-Nürnberg bittet die Anträge abzulehnen. Es läge zur Zeit ein Bedürfniß für eine Aenderung nicht vor, sonst würde er eventuell für Streichung jedes auf Religion bezüglichen Passus sein. In der Landagitation die Religion möglichst aus dem Spiele zu lassen, wie man empfohlen habe, verrathe eine naive Furcht; je weniger wir darüber reden, desto mehr werden unsere ärgsten Gegner, die Theologen, das gegen uns ausbeuten. Es bleibe dabei, Religion ist Privatsache, aber der Sozialismus steht auf dem Boden der exakten Forschung. In den Reihen der Sozialdemokratie ständen Viele, die ihrer wirthschaftlichen Stellung nach recht gut in der Lage wären, der Landeskirche den Rücken zu kehren; daß sie es nicht thäten, sei umsomehr eine Inkonsequenz, als Kirchensteuern eine materielle Unterstützung der Kirche bedeuten. Zu dieser Frage müßte einmal der Parteitag Stellung nehmen.

Leopold-Zeitz verweist auf den Fall Wächter und bittet um Annahme des Antrages 6. Die Parteiliteratur besage an den zahlreichsten Stellen, die Sozialdemokratie sei eine antireligiöse Partei.

Auf Antrag Heusgen wird über die Anträge 6, 7, 10 zur Tagesordnung übergegangen. Auch ein Antrag Schulze-Bernburg, den Punkt V 6 des Programms auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen, wird abgelehnt, nachdem Joest betont hat, daß man mit der bisherigen Fassung 20 Jahre lang

Digitized by Google

gut ausgekommen sei und schon die heutige Debatte, namentlich Oertel's Ausführungen, den Gegnern recht sehr gelegen kommen werde.

Zur Organisation liegen gedruckt vor die auf den Parteitag bezüglichen Anträge 11—19 und der während der Verhandlungen eingebrachte Antrag 130. Von diesen Anträgen scheiden mangels erforderlicher Unterstützung aus die Anträge 12, 13, 15, 16 und 18; ebenso eine Reihe aus der Mitte des Parteitages gestellten Anträge.

Auer beantragt, daß Anträge von einzelnen Genossen an den Parteitag in Zukunft nur dann auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn sie neben der Unterschrift des Antragstellers auch noch eine Beglaubigung des Vertrauensmannes über dessen Parteizugehörigkeit enthalten.

Auer: Es ist Ihnen mitgetheilt worden, daß wir der Schaffung einer neuen Parteiorganisation im Laufe dieses Jahres werden näher treten müssen. Deshalb sollten wir an den bisherigen Bestimmungen keine Aenderung vornehmen, die nicht unbedingt nöthig ist, da sonst die vorhandenen Druckexemplare Makulatur werden. Ich beantrage daher auch keine Aenderung des Statuts, sondern bitte Sie vielmehr, den eben mitgetheilten Antrag zum Beschluß zu erheben. Jeder Genosse hat das Recht, Anträge zu stellen, aber nicht Jeder kann dem Parteivorstand persönlich bekannt sein, wir haben nicht die geringste Möglichkeit der Kontrolle. Es liegt auch ein praktischer Anlaß zu diesem Antrag vor; bei der jetzigen Zusammenstellung der Vorlage lag uns ein Unglaubliches enthaltender Antrag vor; auf Erkundigung erfuhren wir dann, daß der Antragsteller gar kein Parteigenosse, sondern ein halb Verrückter sei. (Heiterkeit.) Ich bitte namens des Parteivorstandes recht dringend um Annahme des Antrages.

Zur Debatte gestellt wird Antrag 11: (Abhaltung des Parteitages zwischen Weihnachten und Neujahr).

Zubeil-Berlin: Ein großer Theil sehr tüchtiger Genossen sei bei der jetzigen Einrichtung vom Besuch der Parteitage ihrer wirthschaftlichen Lage wegen ausgeschlossen und man bekomme meistens auf den Parteitagen dieselben Personen zu Gesicht. In der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr ständen aber die meisten Fabriken still.

Schoenlank versteht zwar die Beweggründe der Berliner, hält ihren Vorschlag aber für falsch und empfiehlt die Pfingstwoche zu wählen. Die proletarischen Schichten müßten, schon um gewisse Vorwürfe nicht immer wiederkehren zu lassen, am stärksten vertreten sein. In katholischen Ländern seien außerdem an den zwei Feiertagen Versammlungen nicht gestattet. Früher habe man alle Kongresse um die Pfingstzeit abgehalten, um diese Zeit könnten die Proletarier am leichtesten reisen.

Digitized by Google

Bekmann-Höchst tritt für den Antrag ein, während Hülle jede Aenderung schon mit Rücksicht auf die vielfach zu Pfingsten stattfindenden wichtigen Landeskonferenzen ablehnen will.

Dreyer äußert Bedenken gegen den Antrag Auer. Wenn man mit dem Vertrauensmann auf gespanntem Fuße stehe, könnte es doch leicht vorkommen, daß er die Beglaubigung verweigerte unter dem Vorgeben, der Antragsteller sei gar kein Sozialdemokrat. (Lebhafter Widerspruch.)

Bebel: Lassen Sie es wegen des Termins für den Parteitag, wie es ist. Die jetzige Periode ist für uns die denkbar günstigste. Weihnachten ist mir persönlich schon deswegen nicht recht, weil man doch auch die Parlamentarier und ihre Familien ein Bischen berücksichtigen muß. Gegen Pfingsten spricht gerade, daß dann alles reist, darum sollen wir zu Hause bleiben. Bis jetzt haben sich stets noch Leute gefunden, die das Delegirtenmandat ausüben konnten.

Der Antrag Schoenlank und der Antrag 11 werden abgelehnt, Antrag Auer angenommen.

Antrag 14, von Elberfeld gestellt, wird auch von den Stuttgarter Genossen unterstützt.

Gewehr-Elberfeld: In Zukunft genüge zweijährige Berufung des Parteitages. Die prinzipiellen Fragen seien wohl erledigt. Die Kongresse trügen nunmehr einen vorwiegend geschäftlichen Charakter. Man könnte sich also mit der alljährlichen Berichterstattung des Parteivorstandes begnügen. Sparsamkeitsrücksichten kämen hier gleichfalls in Betracht. Die Rücksicht auf die ländlichen Genossen mache ferner eine frühere Ausschreibung des Kongresses, sechs Wochen vor seinem Zusammentritt, unbedingt erforderlich.

Fülle-Würzburg ist für Ablehnung des Antrages. Die Kreise hätten es ja in der Hand, die Kosten durch Entsendung nur eines Delegirten zu reduziren. Jeder Parteitag beweise in seinem Verlaufe, wie richtig der Ausspruch Bebel's von dem Sicherheitsventil sei. Auch diesmal werde kaum die ganze Tagesordnung erledigt werden, die Nothwendigkeit jährlicher Parteitage liege also klar vor Augen.

Bebel: Schon in Berlin habe ich mich auf das Entschiedenste für die alljährlichen Parteitage ausgesprochen, und ich begreife nicht, wie der Antrag nach den Verhandlungen von 1892 immer wieder gestellt werden kann. Hätten wir dieses Jahr keinen Parteitag gehabt, so wäre, die Verhandlungen beweisen es, ein außerordentlicher nothwendig geworden. Ein solcher aber muß nach Außen nothwendig den Eindruck erwecken, als ob Differenzen in der Partei beständen. Die Genossen sollen sich nicht das Recht nehmen lassen, wenigstens einmal im Jahre die Verwaltung zur Verantwortung zu ziehen, für diese aber ist es ebenso nöthig, aus den Verhandlungen zu erkennen, wie si[illegible] ihre künftige Thätigkeit

Digitized by Google

einzurichten hat. Es sind auch diesmal eine ganze Reihe fruchtbringendster Anregungen gegeben worden. Die Aenderung würde nur dem Parteivorstande, vom despotischen Gesichtspunkte aus betrachtet, zugute kommen. Auch die Rücksicht auf die internationalen Kongresse fällt diesmal weg, da der nächste erst 1896 stattfindet.

Der Antrag auf zweijährige Berufung des Parteitages wird gegen eine ganz geringe Minderheit **abgelehnt**, der Antrag auf Einberufung desselben 6 Wochen vor dem Zusammentritt nach Probe und Gegenprobe **angenommen**.

Als Orte für den nächsten Parteitag sind vorgeschlagen: **Bochum**, **Frankfurt a. M.**, **Wiesbaden**, **Breslau**, **Leipzig**, **Nürnberg**, **Halberstadt**, **Stuttgart** und **München**.

Bei der Abstimmung wird **Nürnberg** gewählt, wofür Oertel-Nürnberg den Dank ausspricht.

Der Antrag 130 von Schoenlank und Genossen, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen:

„**Die Landarbeiter, die Kleinbauern und die Sozialdemokratie**",

wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Hierauf wird die weitere Berathung vertagt.

Die Wahl des Genossen **Orbig** in den hessischen Landtag wird verkündet und mit Beifall aufgenommen.

Joest erklärt persönlich gegen Bebel, daß ihm nichts ferner gelegen habe, als gegen Bebel gehässige oder auch nur gehässig klingende Bemerkungen zu machen.

Schluß 7 Uhr 20 Minuten.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 28. Oktober.

Die Sitzung wird um 9 Uhr 20 Minuten durch den Vorsitzenden **Singer** eröffnet.

Die Diskussion der

Anträge zu Programm und Organisation

wird fortgesetzt.

Zur Debatte steht zunächst der Antrag 20 von **Ostrowo**.

Schulze-Bernburg ist ersucht worden, die Gründe der Antragsteller darzulegen. Der Antrag gehe davon aus, daß es undemokratisch sein würde, wenn die Aemter immer in denselben Händen blieben, es könnte sich die Gefahr des Parteibureaukratismus daraus entwickeln; andererseits wollen die Antragsteller der Möglichkeit vorbeugen, daß im Falle gewaltsamer Behinderung der jetzigen

Digitized by Google

Vorstandsmitglieder Niemand in der Partei da sei, der den Verwaltungsmechanismus kennt.

Reinhardt sieht keine Veranlassung, den Antrag anzunehmen. Man habe die Sicherheit, daß die Verwaltungsbeamten bisher voll und ganz ihre Schuldigkeit gethan haben, und anderseits liege die Wahl der Personen ja völlig in der Hand der Delegirten.

Keßler: Wir brauchen uns darüber nicht den Kopf zu zerbrechen, was vielleicht geschähe, wenn der heutige Parteivorstand irgendwie vernichtet würden. Man wird, was man in der Volksbewegung ist, nicht durch Ernennung oder durch Wahl, sondern durch die geistige Kapazität, durch den Zusammenhang mit der Bewegung. Die Vorstandsmitglieder sind durch ihre langjährige Thätigkeit für die Partei in diese Stellungen gekommen. Zu den Imponderabilien gehört auch die Autorität, welche die Personen besitzen müssen, die an der Spitze der Bewegung stehen. Eine gewisse Richtung verwechselt demokratisch mit unpraktisch. (Sehr richtig!) Durch ein Scherbengericht über diejenigen, die durch ihre Kenntnisse und ihren Einfluß persönlich ein Gewicht auf die Gesammtheit ausüben, würden wir nur die Partei schädigen. Vor gewissen Autoritäten beugen wir uns und müssen wir uns beugen. Setzen Sie Andere in den Parteivorstand; die Bebel, Singer, Auer, Liebknecht werden doch die Leitung der Bewegung haben. (Beifall.)

Schoenlank: Der Antrag ist unausführbar, sein Grundgedanke aber, daß die größte Tugend der Demokratie das Mißtrauen ist, sehr gesund. Ueber diesen Grundgedanken sollten wir uns unterhalten, oder eine Kommission niedersetzen, die dem nächsten Parteitag Vorschläge zu machen hätte. Wir müssen an Nachwuchs denken zur Führung der Parteigeschäfte in der Zukunft.

Opificius bekämpft den Antrag, weil er die Vorstandsmitglieder, wenn sie nach zwei Jahren wieder heraus müßten, einer ganz ungewissen Existenz überliefere.

Singer: Ich möchte doch der Auffassung entgegentreten, als ob dieser Antrag als ein Mißtrauen gegen den bisherigen Vorstand aufgefaßt werden kann. Ich glaube das nicht, kann auch namens des bisherigen Vorstandes versichern, daß wir ein solches durchaus nicht darin sehen. Die Frage muß prinzipiell, ohne Rücksicht auf die Personen der jetzigen Parteileitung, behandelt werden.

Liebknecht: Ich finde auch kein Mißtrauensvotum in dem Antrage. Vom Standpunkt des demokratischen Prinzips wäre ein regelmäßiger Wechsel ganz vorzüglich. In der Fraktion sind wir aber mit der gleichen Einrichtung absolut nicht vorwärts gekommen und haben schließlich immer denjenigen gewählt, der die Leitung am besten versteht. Der Vorstand soll tüchtig sein, darüber hat die souveräne Vertretung der Partei durch die Wahl zu entscheiden. Reißt bureaukratische Routine ein, so werden die Ge-

Digitized by Google

nossen die Schuldigen bei der nächsten Wahl entfernen. In Bezug auf den Nachwuchs ist in der Partei nichts versäumt worden. Gute Dienste für die Partei geleistet zu haben soll nicht der Grund für einen Personenkultus sein, kann aber auch wahrhaftig nicht ein Grund sein, die Personen, welche dieses Verdienst haben, zurückzuweisen.

Slomke ist gleichfalls gegen den Antrag. Es würde doch komisch erscheinen, wollte man die besten Feldmarschälle absetzen, wo sich der Kampf täglich schärfer zuspitze. Bei der Wahl der Kontrolleure sei Gelegenheit, jüngeren Kräften die Möglichkeit zu verschaffen, die Technik der Verwaltung kennen zu lernen.

Auf Vorschlag von Leickhardt wird über den Antrag Ostrowo zur Tagesordnung übergegangen.

Die Anträge 21 und 23 erhalten nicht genügende Unterstützung.

Antrag 22 wird von Suskof empfohlen. Den Genossen am Orte fiele das Abonnement des „Vorwärts“ vielfach zu schwer.

Fell: Es sei doch selbstverständlich, daß die Kosten von den Genossen getragen werden. Der Vertrauensmann habe einfach den „Vorwärts“ zu bestellen und in Anrechnung zu bringen.

Auer erklärt, die Kostenfrage komme weit weniger in Betracht als der fortwährende Wechsel der Vertrauensmänner, der die Zustellung ungemein erschweren würde. In einzelnen begründeten Fällen sei schon in der bisherigen Praxis die Gratiszustellung verfügt worden.

Der Parteitag geht über den Antrag zur Tagesordnung über.

Unter der Rubrik „Allgemeines“ werden sämmtliche noch vorliegenden Anträge, mit Ausnahme der auf die Taktik bezüglichen, zur Verhandlung gestellt. Aus der Verhandlung scheiden mangels genügender Unterstützung die Anträge 24, 26 und 27 aus.

Der Antrag 25 wird von Tietze-Breslau zur Annahme empfohlen. Er solle das für die Landagitation bisher fehlende, aber unentbehrliche Material liefern. Ueber die Zweckmäßigkeit des Antrages könne kein Zweifel sein, und der Kostenpunkt werde wohl auch keine großen Schwierigkeiten machen. Wenn Breslau zu den Städten gehöre, die keine Postanweisung nach Berlin geschickt haben, so rühre das daher, daß Breslau die Kosten für die schlesische Agitation auf eigene Hand betreibe.

Gerlach-Halberstadt befürwortet die Annahme mit Rücksicht [au]f die Sachsengänger, bei denen in Sachsen eine agitatorische Ein[w]irkung in Folge der Maßnahmen der Arbeitgeber unmöglich sei.

Schoenlank hält die Idee des Antrages für fruchtbringend, [se]ine Ausführung aber namentlich wegen des Mangels an be[fä]higten Personen in den östlichen Bezirken für sehr schwierig. [M]an solle den Parteigenossen dort empfehlen, in der vorgeschlagenen [We]ise vorzugehen, aber keinen Zwang aussprechen. Auch fehle

Digitized by Google

der Partei das arbeitsstatistische Bureau zur Bearbeitung des Materials.

Bebel ist derselben Ansicht. Der gute Kern sei aber anzuerkennen und der Antrag daher dem Vorstande zur Erwägung zu überweisen. Der Letztere habe sich übrigens auch bisher keineswegs geweigert, für die Sammlung solchen Materials die Mittel herzugeben; es sei aber brauchbares Material bisher auf diese Weise nicht erlangt worden. Auch seien befremdlicher Weise solche Anträge nur selten beim Vorstand angebracht worden.

Katzenstein: In der Enquete des Vereins für Sozialpolitik über die Lage des Kleinbauernstandes, so einseitig sie sei, stecke schon viel brauchbares Material der gedachten Art. Der evangelisch-soziale Kongreß veranstaltete zur Zeit eine ähnliche Enquete, bei der die Geistlichen angewiesen sind, sich möglichst an die Arbeiter selbst zu wenden. Material sei also vorhanden, es brauche nur durchgearbeitet zu werden. Redner empfiehlt, Nr. 1 des Antrages anzunehmen, 2 und 3 abzulehnen.

Der Antrag wird dem Vorstande zur Erwägung überwiesen.

Zu Antrag 28 liegt ein Antrag Heymann vor, die Agitationsberichte sollen statt ans Bureau des Parteitages an die Redaktion des wöchentlichen Zentralorgans gesandt werden.

Antragsteller Diehl empfiehlt im Interesse der Wichtigkeit des historischen Moments den Antrag. Die jährliche Nachweisung der gemachten Fortschritte im Protokoll würde auch den Ehrgeiz der Genossen anspornen. Da es sich aber frage, ob der Vorstand für die Bearbeitung des großen Materials genügende Zeit und genügende Kräfte habe, so sei der Antrag event. zur Erwägung zu überweisen.

Der Antrag wird mit dem Amendement dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Es folgt die Berathung der noch nicht erledigten allgemeinen Resolutionen.

Ueber die Resolution 100 von Brüssel geht der Parteitag zur Tagesordnung über. Mangels genügender Unterstützung scheiden aus der Verhandlung aus die Resolutionen 102, 103, 104 und 106.

Der Antrag 123 I von Katzenstein, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, zur Reichsverfassung und zum Gerichtsverfassungsgesetz die entsprechenden Anträge zu stellen, um den freien Gebrauch der Muttersprache zu garantiren, ist von den Delegirten Nikulski, Vertreter der polnischen Sozialdemokraten, und Doppler-Mülhausen im Elsaß auf ihren Namen übernommen worden.

Nikulski: Als Vertreter der polnischen Sozialisten überbringe ich die herzlichsten Grüße der Bruderpartei und den wärmsten Dank für die Unterstützung der polnischen Agitation. Die Gründung der besonderen polnischen Partei erfolgte aus politischen und taktischen Gründen. Nirgends ist die Knechtung der Arbeiter so groß, als in

Digitized by Google

den polnischen Landestheilen. Die Behandlung durch den polnischen Adel spottet jeder Beschreibung und die Hungerlöhne sind so niedrig, daß der ländliche Arbeiter, ohne zu stehlen, gar nicht leben kann. Die Agitation, die langsam aber ständig vor sich geht, wird dadurch besonders erschwert, daß jeder energische Agitator sofort brotlos gemacht wird und das Vorurtheil allgemein ist, Sozialdemokratie bedeute, den Leuten Religion und Nationalität nehmen. Um ein kleines Agitationsmittel zu gewinnen, empfehlen wir die Annahme des Antrages Katzenstein.

Es wird beantragt, in dem Antrag 123 statt „die Reichstagsfraktion wird beauftragt" zu setzen „die Reichstagsfraktion wolle erwägen".

Bebel: Gegen den Inhalt des Antrages ist gar nichts zu sagen; die Begründung, daß er nur gestellt sei, um agitatorisch zu wirken, halte ich aber nicht für glücklich. Wir sind mit der Forderung prinzipiell einverstanden, aber ebenso die bürgerlichen Parteien, die seit zwanzig Jahren gleiche Anträge stellen. Direkte Anträge beim Reichstag zu stellen, dazu können wir die Fraktion nicht so ohne Weiteres beauftragen. Daß aber die Fraktion eine dahin zielende Agitation entfalten soll, ist ganz unannehmbar, denn französisch sprechen in der Faktion nur Liebknecht und Bueb, polnisch gar keiner. Man kann den Antrag höchstens der Fraktion zur Erwägung überweisen.

Katzenstein: Der Antrag soll nicht blos eine agitatorische Bedeutung haben, sondern geht auch von praktischen Gesichtspunkten aus. Die deutsche Sozialdemokratie hat die Gleichberechtigung der Nationalitäten anerkannt und muß das endlich zum Ausdruck bringen. Nur um das Programm nicht zu sehr zu belasten, begnügen wir uns mit der Form der Resolution. Es ist eine Brutalität sondergleichen, den Polen die deutsche Sprache aufzuzwingen, und die erschreckende Zahl der Analphabeten in Posen ist eine Folge dieser Vergewaltigung.

Der Antrag wird der Fraktion zur Erwägung überwiesen.

Antrag 123 II von Katzenstein:

„Der Parteivorstand wird aufgefordert, die Frage einer die Erwerbslosigkeit jeder Art betreffenden Reichsversicherung zu prüfen und dem nächsten Parteitage darüber zu berichten und Vorschläge zu machen",

wird vom Antragsteller mit der dringenden Nothwendigkeit begründet die verschiedenartige Organisation der Versicherung einheitlich zu gestalten. Diese Gesammtversicherung wäre nach Art der Krankenkassen unter maßgebender Mitwirkung der Arbeiter in der Verwaltung, zu organisiren. Die Frage der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist nicht so unerhört schwierig zu lösen, wie die des „Rechts auf Arbeit". Das Armenwesen in seiner jetzigen Gestalt

Digitized by Google

ist eine erbärmliche Lösung; das Armenwesen muß von Reichswegen geregelt werden, und dabei müssen die Arbeiter mitzusprechen haben. Bebel hat ja neulich von dem Kanossagang nach Frankfurt gesprochen. In Uebereinstimmung mit Schmidt-Frankfurt weise ich diesen Ausdruck auf das schärfste zurück. Wenn man von „sozialdemokratischer Wadelstrümpfelei" spricht, wirft man uns indirekt Verrath vor. Wir haben dort praktisch mitarbeiten wollen, und das können und das müssen wir. Im Arbeiterschutzgesetzentwurf stehen ja auch die Arbeitsämter; ihnen nahe kommen die gewerblichen Schiedsgerichte. Legien hat in Frankfurt ausdrücklich erklärt, daß die Gewerkschaften nicht auf den Arbeitsnachweis verzichten können, es würde also nach dem Stuttgarter Muster weiter vorzugehen sein. Daß eine wirkliche Lösung nur durch Umgestaltung der heutigen Gesellschaft möglich sei, hat Legien in Frankfurt ebenfalls gesagt. (Unterbrechungen und Schlußrufe.) Es liegt doch hier die prinzipielle Frage vor, ob wir, wenn von anderer Seite etwas Brauchbares gefordert wird, berechtigt sind, das anzunehmen. Ich meine, wir sind dazu verpflichtet.

Bebel: Ich werde mich aus prinzipiellen wie praktischen Gründen nicht für den Antrag erklären, habe aber nichts gegen die Ueberweisung. Im ersten Theil seiner Ausführungen hat Katzenstein ausgezeichnet gegen seinen Antrag gesprochen. Von der „Wadelstrümpfelei" nehme ich nichts zurück. Ich habe Namen nicht genannt, habe Legien für sein Auftreten keinen Vorwurf gemacht. Wenn aber Kloß in einer Rede an die allgemeine Menschenfreundlichkeit appellirt, so steht das in direktem Gegensatz zu unserer ganzen Auffassung vom Klassenkampfe! (Allgemeine Zustimmung.) Wenn Katzenstein länger in der Partei wäre, würde er wissen, daß die übergroße Mehrheit der Partei nimmer zugeben wird, daß wir uns in fortgesetzte Verhandlungen mit den Feinden einlassen, weil vielleicht dabei ein kleiner Vortheil herausspringen könnte. Wenn das geschieht, können wir unsere ganze prinzipielle Thätigkeit bei Seite stellen. (Sehr richtig!) Sollte die Rüge, die auf dem Parteitag ausgesprochen ist, großen Beifall hier gefunden hat und noch größeren im Lande finden wird, nicht genügen, die Genossen von solchen Canossagängen fern zu halten, dann wird der nächste Parteitag dazu bestimmte Stellung zu nehmen haben. (Beifall.)

Türk: Die Gewerkschaften haben viel von ihrer Anziehungskraft eingebüßt; sie würden sie durch die Begründung einer solchen Versicherung wieder gewinnen, bis dann der Staat die Versicherung obligatorisch machen müßte. Auch die Krankenkassen wären nicht obligatorisch geworden, wenn nicht vorher die freien Hilfskassen gewesen wärrn.

Ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird gestellt und angenommen.

Digitized by Google

Ein Antrag Kerrl, Schmalfeld und Genossen wünscht, daß die Tabaksteuerfrage auf die Tagesordnung der nächsten Versammlungen gesetzt werde.

Der Parteitag hat dagegen nichts zu erinnern.

Schoenlank beantragt, die Korrekturabzüge des Protokolls den einzelnen Rednern zur Korrektur zuzusenden, wogegen Stolten sich ausspricht, während Auer den Vermittelungsvorschlag macht, denjenigen Rednern die Korrekturabzüge zuzustellen, welche sich dieserhalb an den Parteivorstand wenden. Der Antrag, mit dem Schoenlank sich einverstanden erklärt, wird aber abgelehnt.

Damit sind sämmtliche Anträge mit Ausnahme der Anträge 69 und 70 erledigt.

Hierauf wird der

Bericht der Siebener-Kommission

erstattet.

Berichterstatter Gerisch: In der Solinger Angelegenheit habe ich Ihnen namens der Siebener-Kommission folgenden Antrag zu unterbreiten:

> Der Parteitag wolle beschließen: „Die Mandate der Delegirten Kunkel, Schaaf, Leven, Heßmer, Schallbruch und Meis für ungiltig zu erklären. Die am 1. Oktober in einer Versammlung in Weeze erfolgte Ausschließung der Genossen Leven, Korbmacher, Kunkel, Herder, Laisiepen, Strunk, Schaaf, Heimann und Wilde ist aufzuheben. Die Streitigkeiten im Solinger Kreise, wie sie nach dem Berliner Parteitag neuerdings stattgefunden und bei der Reichstagswahl schließlich zur Aufstellung von zwei sozialdemokratischen Kandidaten geführt haben, sind als der Partei unwürdig auf das allerentschiedenste zu verurtheilen. Soweit diese Vorgänge durch den Mangel einer geeigneten Organisation gezeitigt wurden, werden die Genossen des Solinger Kreises aufgefordert, den Rathschlägen der Kommission gemäß mit der Schaffung einer solchen zu beginnen."

Folgende Gründe haben die Kommission geleitet. Auf dem Berliner Parteitage, wo wir uns auch überaus gründlich mit den Solinger Streitigkeiten beschäftigt haben, sind den beiden streitenden Parteien goldene Brücken gebaut worden und es hätte nur geringen guten Willens bedurft, um zur Einigkeit zu gelangen. Aber selbst dieses geringe Maß war auf keiner Seite vorhanden, und es war daher der Kommission auch nicht möglich, herauszufinden, wer zuerst angefangen hat. Beide Theile sind ganz gleichmäßig schuldig, und wenn wir hier nicht ein Exempel statuiren, so kann es passiren, daß bei der nächsten Reichstagswahl in Solingen 4 sozialdemokratische Kandidaten und auf dem nächsten Parteitage 12 Delegirte auftreten.

Die Außerkraftsetzung des Beschlusses auf Ausschließung muß die Kommission schon aus rein formellen Gründen beantragen; die

Digitized by Google

Ausschließung war garnicht auf die Tagesordnung gesetzt, die betreffenden Genossen garnicht anwesend und nicht in der Lage, sich zu vertheidigen. Wir sind daher in die materielle Prüfung garnicht eingetreten. Ganz nebenher hat sich ergeben, daß der Streit in der allergehässigsten Weise zwischen beiden Lagern geführt worden ist; man hat die allerelementarsten Anstandspflichten außer Acht gelassen und die Parteipflichten verletzt und vernachlässigt. In einem von der Gruppe Schaaf herausgegebenen Flugblatte wird Schumacher der Vorwurf der Käuflichkeit gemacht; in einem Artikel der „Bergischen Arbeiterstimme“ wurde Schumacher der Unterschlagung bezichtigt. Beide Vorwürfe sind durchaus unbegründet. Eine Hauptfrage, welche uns beschäftigte, war die: Was soll weiterhin mit dem Kreise Solingen geschehen? Wir können einen unserer ältesten Sitze nicht einfach seinem Schicksal überlassen; und gerade der Umstand, daß es trotz der skandalösen Streitigkeiten dennoch möglich war, den Kreis zu behaupten, liefert den Beweis, daß dort ein Stamm von tüchtigen Genossen und ein guter Geist vorhanden ist. Es fehlt aber an einer einheitlichen, über den ganzen Kreis sich erstreckenden Organisation. Seit Jahren ist in dieser Beziehung gesündigt worden und auch Genosse Schumacher hat an diesen Zuständen ein voll gerüttelt Theil Schuld auf seinem Kerbholz. (Sehr wahr!) So standen die Genossen dort stets auf dem Kriegsfuß mit einander. Wer zuerst auf dem Plane war und den Gegner übertrumpfte, war als Sieger brutal; wer zu spät kam, war versöhnlich und machte Konzessionen. Wir haben nun den Solinger Genossen entsprechende Vorschläge gemacht, wie diesen Dingen in Zukunft abgeholfen werden soll. Es soll ein Kreis-Vertrauensmann eingesetzt werden, der alle den ganzen Kreis betreffende Angelegenheiten zu regeln hat. Zur Wahl eines solchen Vertrauensmannes soll eine Kreis-Konferenz einberufen werden, und um zu verhindern, daß bei dieser Formalität schon wieder der Hader entbrennt, hat die Kommission alle Einzelheiten, wie den Wahlmodus, die Tagesordnung u. s. w. festgesetzt. Aus sich heraus sind die dortigen Genossen nicht mehr im Stande, das auszuführen. Den Vorsitz in der Kreis-Konferenz soll, wenn irgend möglich, ein Mitglied des Parteivorstandes führen. Weiterhin hat die Kommission den Genossen deutlich zu verstehen gegeben, daß, wenn auch dieser letzte Versuch, eine Einigung herbeizuführen, fehlschlägt, und der Streit von Neuem beginnt, sich die Partei würde entschließen müssen, die Ruhestörer aus ihren Reihen zu entfernen. Denn schließlich können wir uns nicht auf allen Parteitagen mit diesem Streit befassen und der Welt einiger Personen willen immer wieder dasselbe skandalöse Schauspiel geben. Wir empfehlen dem Parteitage, sich dem Vorschlage der Kommission anzuschließen. (Bravo!)

Digitized by Google

Stolten ergänzt als Kommissionsmitglied den Bericht des Referenten dahin, daß die Mandate nicht blos, um ein Exempel zu statuiren, sondern auch, weil beide Delegirtenwahlen inkorrekt vollzogen sind, für ungiltig erklärt werden sollen.

Heusgen beantragt, ohne Diskussion über den Kommissionsantrag zur Abstimmung zu schreiten. Der Antrag wird gegen wenige Stimmen angenommen.

Der Kommissionsantrag gelangt darauf in allen Theilen mit großer Mehrheit zur Annahme.

Vorsitzender Singer knüpft an dieses Ergebniß den dringenden Wunsch, daß damit die Angelegenheit endlich erledigt sein möge und der Solinger Wahlkreis in Zukunft ordnungsmäßig durch seine in Einigkeit gewählten Delegirten vertreten sein möge.

Das beanstandete Mandat von Wilde-Neuß wird nach der Aufhebung des Ausschließungsbeschlusses für giltig erklärt.

Geck berichtet über die Beschwerde von Wilhelm Kade in Neisse. Die Kommission hat beschlossen zu erklären, daß sowohl der Parteivorstand als die Beschwerde-Kommission zu Recht gehandelt haben und daß die Beschwerde Kade's formell abzuweisen ist. Kade hatte zwei Gewerkschaftsversammlungen ausgeschrieben und als Einberufer figurirt. Die erste Versammlung wurde verhindert, weil kein Lokal zu bekommen war. Kade war seit 14 Jahren als Arbeiter in einer Staatswerkstätte in Neisse thätig; ihm wurde angekündigt, daß es nicht angehe, daß er öffentlich als Sozialdemokrat thätig sei. Von der Parteileitung in Berlin ist ihm nun brieflich ans Herz gelegt worden, er möchte für die zweite Versammlung sich nicht mehr als Einberufer und Leiter hergeben, weil er dann voraussichtlich gemaßregelt werden würde; er solle suchen, einen ledigen, unabhängigen Genossen dafür zu gewinnen. Er that es dennoch und nach 14 Tagen erfolgte die Maßregelung. Vater von 5 lebenden Kindern wandte er sich um Unterstützung an den Parteivorstand, weil er auf Grund der Maßregelung Unterstützung erhalten zu müssen glaubte. Der Vorstand hat prinzipiell entschieden, daß das in diesem Falle nicht anginge; Kade verlangte einerseits eine ganz bestimmte Summe, und wollte andererseits eine ganz bestimmte Arbeitsthätigkeit angewiesen erhalten, zu der er nicht qualifizirt war. Kade wandte sich nun nach einer langen Reihe von Briefen an die Beschwerde-Kommission, die ihn ebenfalls abschlägig beschied und an die letzte Instanz, den Parteitag, wies. Unsere Kommission hat in demselben Sinne entschieden und empfiehlt Ihnen, dem beizutreten. Durch diesen Beschluß soll die Sache absolut nicht abgethan sein. Der Gerichtshof des heutigen Parteitages glaubt es dem Parteivorstand anheimstellen zu sollen, daß, wenn thatsächlich eine Unterstützung absolut nöthig wird, der Vorstand sein Herz nicht verstocken, sondern ihm in seiner

Digitized by Google

üblen Lage Unterstützung angedeihen lassen soll. Kade hat auch thatsächlich schon Unterstützung bekommen, man hat ihn nicht mittellos gelassen.

Auer giebt für den Vorstand die Erklärung ab, daß der letzte Wunsch der Kommission thatsächlich schon bisher in allen derartigen Fällen im Vorstand eine Stätte gefunden hat. Der Vorstand hat sich stets von gutem, nicht von verstocktem Herzen leiten lassen. Auch Kade hat vom Parteivorstand eine Unterstützung erhalten, als er in seiner Nothlage sich an uns wandte. Aber gewisse Grenzen müssen innegehalten werden. Wenn Fälle vorliegen, wo nach der Ueberzeugung des Vorstandes die Betreffenden es förmlich darauf abgesehen haben, gegen unsern Rath, gegen unsere Vorschläge sich zu Märtyrern machen zu lassen, um damit Anspruch an die Unterstützungskasse zu gewinnen, dann dürfe das gute Herz nicht mehr entscheiden. Kade sei immer und immer wieder ermahnt worden, sich zurückzuhalten, sich nicht ins Unglück zu stürzen, die Partei könne ihm die Existenz nicht garantiren, wenn er sich unvorsichtig selbst ruinire. Ueber alle Warnungen habe sich Kade hinweggesetzt und sich mit voller Absicht selbst in seine gegenwärtige Situation gebracht. Solches Treiben dürfe nicht unterstützt werden.

Der Vorschlag der Kommission, die Beschwerde als ungerechtfertigt zurückzuweisen, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden tritt eine halbstündige Pause ein.

Um 12½ Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Die Vorschlagsliste zur Wahl der Parteileitung gelangt zur Vertheilung. Vor Eintritt in die Wahl wird zunächst nach § 10 der Organisation darüber entschieden, an welchem Orte die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat. Ohne Widerspruch wird Berlin gewählt.

Es geht ein genügend unterstützter Antrag ein, das Gehalt der Schriftführer auf 300 Mark pro Monat festzusetzen.

Molkenbuhr: Berlin ist zumal bei den hohen Miethspreisen einer der theuersten Orte in Deutschland. Wir müssen aber unsere beiden vollauf beschäftigten Parteisekretäre so besolden, daß sie nicht darauf angewiesen sind, sich noch durch Nebenbeschäftigungen, durch Schreiben für die Parteipresse etwas hinzuzuverdienen, zumal seit Halle die Arbeit auf dem Parteisekretariat sehr erheblich zugenommen hat. 250 Mark genügen nicht mehr. Nehmen Sie unseren Antrag an!

Nach wiederholter Abstimmung bleibt das Resultat unentschieden. Unter diesen Umständen zieht Molkenbuhr den Antrag zurück.

Der Parteitag wendet sich nunmehr zu Punkt 9:

Digitized by Google

Das allgemeine Wahlrecht und die Wahlrechte zu den Landtagen.

Hierzu stehen zur Berathung die Anträge 69 und 70. Ferner legt der Berichterstatter Bebel dem Parteitage folgende beiden Resolutionen vor:

1.

In Erwägung, daß das Dreiklassenwahlsystem in Preußen, das nach dem eigenen Ausdruck Bismarck's das elendste aller Wahlsysteme ist, der Sozialdemokratie es unmöglich macht, sich mit Aussicht auf Erfolg an den Wahlen zum preußischen Landtag selbständig zu betheiligen;

in fernerer Erwägung, daß es den bisher beobachteten Grundsätzen der Partei bei Wahlen widerspricht, sich in Kompromisse mit feindlichen Parteien einzulassen, weil diese nothwendigerweise zur Demoralisation und zu Streit und Zwietracht in den eigenen Reihen führen müssen,

erklärt der Parteitag:

es ist Pflicht der Parteigenossen in Preußen, sich jeder Betheiligung an den Landtagswahlen unter dem jetzt bestehenden Wahlsystem zu enthalten.

Der Parteitag beschließt ferner:

in Erwägung, daß die Wahlsysteme in den Einzelstaaten eine wahre Musterkarte reaktionärer Wahlgesetze bilden, daß insbesondere der plutokratische Charakter des Dreiklassenwahlsystems in Preußen es der Arbeiterklasse unmöglich macht, eigene Vertreter in den Landtag zu senden,

fordert der Parteitag die Parteigenossen auf, in allen Einzelstaaten eine umfassende und energische Agitation für die Einführung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die Landtage im Sinne unserer Programmforderung in Angriff zu nehmen.

2.

Der Parteitag spricht den Parteigenossen in Belgien und Oesterreich seine vollste Anerkennung aus für die Tapferkeit, Opferwilligkeit und Ausdauer, mit der sie unter den schwierigsten Verhältnissen, wie diese insbesondere die Genossen Oesterreichs zu überwinden hatten, den Kampf für das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aufgenommen haben, und beglückwünscht sie zu den großartigen Erfolgen, die sie gegenüber den gemeinsamen Gegnern der Arbeiterklasse errungen haben.

Referent Bebel: Die vorliegende Frage ist seit einiger Zeit Gegenstand der Erörterung in der Parteipresse gewesen. Dabei ist auch die Frage aufgetaucht, ob die Genossen überhaupt bei einer Landtagswahl sich betheiligen sollen. Ich bin über die Stellung dieser letzten Frage einigermaßen überrascht gewesen. Die Frage

Digitized by Google

ist seit 15 Jahren keine Frage mehr, nachdem die Genossen seit dieser Zeit sich an den Landtagswahlen in den einzelnen Bundesstaaten betheiligen. Und wenn man die wichtigen Materien überblickt deren Regelung trotz der Reichsgesetzgebung dem preußischen Landtage wie den Landtagen überhaupt noch immer obliegt, so kann auch im Prinzip über die Nothwendigkeit der Betheiligung kein Zweifel sein. Eine Reihe der wichtigsten Gesetzgebungsmaterien, wie Schulwesen, Kirchenwesen, die ganze Staatsverwaltung, Polizei, Gerichtswesen, untersteht der Kontrolle und Gesetzgebung des Landtages. Wie oft haben wir es nicht bitter empfunden, daß die Klassenjustiz, wie sie in gewissen richterlichen Urtheilen zum Ausdruck kam, nicht im Reichstage besprochen werden konnte; ebensowenig konnte die Polizeiwillkür, namentlich auf dem Gebiete der Handhabung und Auslegung der Vereinsgesetze, dort öffentlich zur Sprache kommen, weil beides vor die Landtage gehört! Ferner ist dem Landtag unterstellt das ausgedehnte Gebiet des Eisenbahnwesens mit den Hunderttausenden dabei beschäftigten Beamten und Arbeitern. Die öffentliche Besprechung der neuesten Vorgänge in der preußischen Eisenbahnverwaltung, das gar nicht scharf genug zu verurtheilende Sparsystem des Eisenbahnministers Thielen ist von einer großen Zahl von Unterbeamten und Arbeitern mündlich und schriftlich bei mir und anderen von uns zu erörtern angeregt worden. Wir mußten diese Anregungen ablehnen, weil diese Dinge eben im Reichstage nicht erörtert werden können, sondern nur im preußischen Landtage. Es gehören hierher ferner die Domänen- und Forstverwaltung, das Bergwesen, die äußerst wichtige Gesetzgebung über die Gemeinde- und Provinzialverwaltung, die eigentliche Agrargesetzgebung, das Gebiet der direkten Steuern, das Gefängnißwesen u. s. w. Alle diese Gebiete sind noch heute der Einzelstaatsgesetzgebung unterworfen; wenn aber irgend eine Landtagstribüne noch eine Resonanz im Volke findet, so ist es sicher die preußische. (Sehr richtig!) Die Frage ist also nicht, ob wir uns an den Landtagswahlen betheiligen sollen, sondern ob wir uns an denselben betheiligen *können*. (Sehr richtig!) Haben wir uns bisher in Preußen an ihnen nicht betheiligt, so geschah es *nur* deshalb, weil wir uns bewußt waren, daß wir aus eigenen Kräften in den Landtag keine Abgeordnete senden können. Würde bei der Landtagswahl wie bei den Gemeindewahlen jede Wählerklasse ihre besonderen Vertreter wählen, dann würden wir zweifellos mit dem größten Erfolge uns auch an den preußischen Landtagswahlen betheiligt haben. Wir hätten *dann* sicher einige Dutzend Vertreter in den Landtag bekommen, genau so wie wir in die Berliner Gemeindeverwaltung Vertreter bekommen haben. Für die Landtagswahlen besteht aber diese Einrichtung nicht. Die 3 Klassen wählen zwar gesondert ihre Wahlmänner, aber die Wahlmänner wählen gemeinsam die Abgeordneten. Die dritte Wählerklasse, wenn

Digitized by Google

auch an Zahl den anderen beiden Klassen weit überlegen, kann der geschlossenen Phalanx der ersten und zweiten Klasse gegenüber, welche der Bourgeoisie angehören, nichts ausrichten, auch wenn sie einmüthig diesen gegenübertritt.

Nun ist im Verlauf der Erörterung in der Parteipresse die Frage angeregt worden, ob nicht trotzdem es angezeigt wäre, sich an den Wahlen zu betheiligen. Diejenigen, die die Frage anregten, waren zwar auch der Meinung, daß es aus eigener Kraft uns nicht gelingen werde, ein Resultat zu erzielen, aber man müsse die Zersplitterung der Gegner benutzen und die uns am nächsten stehende Partei, die Freisinnigen, auf dem Wege des Kompromisses zwingen, der Arbeiterklasse eine Anzahl Mandate abzutreten, wofür die Freisinnigen unsere Stimmen erhalten sollten. Ich gehe auf diese Vorschläge nicht näher ein; sie stellen ein außerordentlich gewagtes Experiment dar, das in den weitesten Kreisen der Genossen sehr wenig Anklang gefunden hat. (Lebhafte Zustimmung.) Und das mit Recht! Die Wahl, d. h. die Stimmabgabe, ist eine öffentliche. Der Wähler muß aber nicht nur öffentlich an der Wahlurne erklären, wem er seine Stimme giebt, sondern er muß auch zur bestimmten Stunde im Wahllokal erscheinen und vom Beginn bis zum Ende der Wahlhandlung persönlich anwesend sein. Dadurch geht für den Arbeiter unter Umständen ein ganzer Tag verloren. Die öffentliche Stimmabgabe setzt außerdem unzweifelhaft die Arbeiter in Menge der Maßregelung aus, wenn sie z. B. einem sozialdemokratischen Kandidaten öffentlich ihre Stimme geben. Die Rachsucht der Gegner würde hier ihre Orgien feiern. (Sehr richtig!) So lange wir uns nicht betheiligten, trat bei den Landtagswahlen eine ungemeine Lauheit der Wähler hervor; nur ein unbedeutender Bruchtheil derselben betheiligte sich bisher an diesen Wahlen. In den heftigsten Konfliktszeiten, zu Anfang der sechsziger Jahre, waren es nicht mehr als 30—33 pCt., und zwar weil auch damals schon namentlich die Arbeiter sich von der Wahl fernhielten. Treten nun die Arbeiter als geschlossene Partei in den Wahlkampf ein, dann erst giebt es einen Wahlkampf, aber dann suchen auch die Gegner mit ihren Machtmitteln die Arbeiter niederzuschlagen, und die Folge ist ihre Maßregelung im Großen. (Sehr richtig!) Es haben sich nun Stimmen erhoben, die auf die Unterstützung der freisinnigen und sonstigen fortschrittlichen Parteien hinwiesen, die für die Sozialdemokratie nicht ausbleiben werde. Wer nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen noch glaubt, daß freisinnige Wähler sogar öffentlich ihre Stimme für einen Sozialdemokraten abgeben, der verkennt ganz und gar die Natur unseres liberalen Bürgerthums. (Sehr wahr!) Forderte das z. B. Eugen Richter von seinen Anhängern, sie würden ihn in hellen Haufen verlassen! (Lebhafte Zustimmung.) Ein großer Theil selbst derjenigen

Digitized by Google

Liberalen, die so klug und einsichtig wären, sich zu sagen, es schadet uns nichts, wenn ein paar Sozialdemokraten in den Landtag kommen, wenn wir Freisinnige dadurch gewinnen, könnten öffentlich ihre Stimme uns nicht geben, weil die gesellschaftliche Maßregelung auch ihnen auf dem Fuße folgte. Nur die Sozialdemokratie bringt für solche Zwecke Opfer, aber keine der gegnerischen Parteien Keine unternimmt es, für ihre Feinde, aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen, einzutreten, auf die Gefahr hin, geschäftlich oder gesellschaftlich geschädigt zu werden. Wenn z. B. freisinnige Wahlmänner durch Kompromiß mit uns sich verpflichtet hätten, für einen Sozialdemokraten zu stimmen, wie viele würden wohl wagen, das öffentlich zu thun? Gesetzt aber den Fall, die Führer der Parteien verständigten sich über ein solches Kompromiß, wenn aber dann die Anhänger unserer Gegner im Widerspruch zu ihren Führern, wie vorauszusehen, Verrath an uns übten, welcher Zank und Streit, welche gegenseitigen Anklagen würden in unseren eigenen Reihen ausbrechen. (Sehr wahr!) Wir würden Spaltung und Zerwürfnisse in die Partei tragen, wie sie ähnlich aus anderen Gründen kaum denkbar sind. Ferner sprechen gegen die Betheiligung an der Wahl die verschiedenen anderen Gründe, die in der Presse verlautbarten und darthun, warum wir uns in Kompromisse nicht einlassen können noch wollen. Bei einer Stichwahl zum Reichstage wählen wir bei geheimer Wahl aus Noth, nicht gehorchend dem eigenen Triebe, das kleinere Uebel; hier aber wird uns ein Kompromiß im schlimmsten Sinne des Wortes zugemuthet.

Ist nun das Dreiklassenwahlsystem in der That so beschaffen, daß kein Erfolg in Aussicht steht? Die Presse machte in der letzteren Zeit Mittheilungen über die Zusammensetzung der einzelnen Wähler-Klassen. Es stellte sich dabei heraus, daß, nachdem in Preußen das neue Einkommensteuer-Gesetz mit dem Deklarationszwang eingeführt ist, eine große Verschiebung der Einkommen eingetreten ist. Das wirkte mächtig auf die Verschiebung der Wählerklassen. So finden wir, daß fast überall von 1888 bis 1893 in der ersten und zweiten Wählerklasse die Wählerzahl bedeutend abgenommen hat; das Kapital stellt sich weit stärker und konzentrirter heraus als erwartet wurde, dagegen ist die Zahl der Wähler der dritten Klasse natürlich um so mehr gestiegen. Doch ich will dieses Wahlsystem an einem Beispiel klar machen. Werden z. B. in einem bestimmten Landtagswahlkreis rund 1 000 000 Mark direkter Staatssteuern erhoben, so fallen auf jede Klasse 333 333 1/3 Mark. In der ersten Klasse wählen diejenigen, welche bis zu dieser Summe von 333 333 1/3 Mark steuern, das sind also die allerreichsten und nach Umständen bestehen die Wähler der ersten Klasse nur aus einer sehr geringen Anzahl Personen. In die zweite Klasse

Digitized by Google

fallen die nächst Wohlhabenden, die ebenfalls 333333⅓ Mk. steuern, und alle übrigen Wähler, der große Haufe kommt in die unterste, die dritte Klasse. Wie riesig sich der Reichthum im 1. Berliner Wahlkreis gehäuft hat, beweist die Thatsache, daß selbst alle wohlhabenden Leute in die dritte Wählerklasse gekommen sind. Die Gebildeten, die Schriftsteller, die Gelehrten, die Professoren, die höheren Beamten, die Künstler 2c., von denen gerade die Gegner des allgemeinen Stimmrechts mit Hinweis auf sie sagen, daß es Unrecht sei, sie mit dem „gemeinen" Mann, dem „gewöhnlichen" Arbeiter auf dieselbe Stufe zu stellen, sie wählen fast ausnahmslos in der dritten Klasse. Dagegen setzen sich die beiden anderen Klassen aus den Bourgeois ersten Ranges zusammen. Im 1. Berliner Wahlkreis waren 1888 2150, aber 1893 nur noch 1453 Wähler in der ersten Klasse. Das Einkommen ist also derart gestiegen, daß heute 1453 Wähler bereits ein Drittel des Steuersatzes bezahlen, wozu 1888 noch 2150 gehörten, und in Folge davon sanken 697 Wähler erster Klasse von damals in die zweite Klasse von heute. Aber auch in der zweiten Klasse war die Einkommensteigerung eine sehr bedeutende. In dieser Klasse waren im 1. Berliner Wahlkreis 1888 6756, jetzt 4972 Wähler, es sind also weniger 1784, dagegen stieg in der dritten Klasse die Zahl der Wähler von 55172 im Jahre 1888 auf 61647 im Jahre 1893, also um 6473. Dieselbe Erscheinung findet sich in fast allen Wahlkreisen. Entweder hat die Zahl der Wähler in der ersten und zweiten Klasse abgenommen oder sie ist nur sehr wenig gestiegen, während die dritte Wählerklasse, selbst im Vergleich zur Zunahme der Bevölkerung sich unverhältnißmäßig vermehrt hat. Unter solchen Verhältnissen kann in vielen Wahlkreisen nicht einmal daran gedacht werden, daß wir selbst in der dritten Klasse eine Majorität der Wahlmänner bekommen. Andere Einrichtungen, die man bei der vorjährigen „Wahlreform" getroffen hat, haben eine noch gründlichere und widersinnigere Verschiebung der Wählerklassen herbeigeführt, wodurch der plutokratische Charakter des Wahlsystems in noch krasserer Weise zum Ausdruck kommt, sodaß sogar die eifrigsten Vertheidiger des jetzigen Systems einen gewissen Schrecken bekommen haben.

In der letzten Landtagssession ist der neu geordneten Einkommensteuer eine Vermögenssteuer hinzugefügt worden. Die Gewerbesteuer war reformirt worden. Aber auf diese letztere wie auf die Grund- und Gebäudesteuer und die Bergwerksabgaben, in Summa ca. 100 Millionen, verzichtete der Staat, beziehentlich sie wurden, wie die Bergwerksabgaben, außer Hebung gesetzt. Mit anderen Worten, der preußische Staat verzichtete auf diese Steuereinnahmen wegen der Mehreinnahmen aus der Einkommen- und Vermögenssteuer. Die Einkommensteuer, die unter dem alten System nur einige zwanzig Millionen ergab, war nach dem neuen Gesetz auf

Digitized by Google

80 Millionen berechnet; sie ergab wirklich ca. 124 Millionen. Dabei ist meiner Ueberzeugung nach lange nicht das ganze Einkommen getroffen, denn die reichen Leute können ohne Gefahr der Entdeckung noch große Einkommen den Augen der Steuerbehörden entziehen. Das wäre weniger möglich gewesen, wenn Herrn Miquel's Plan, auch eine Erbschaftssteuer, gewissermaßen um eine Kontrolle zu haben, durchgegangen wäre. Man beschloß weiter, daß, obgleich der Staat die Gewerbe-, Grund- und Gebäudesteuern den Gemeinden überwies und die Bergwerksabgabe außer Hebung setzte, diese Steuern nach wie vor für die Vertheilung des Wahlrechts zum Landtage in Anrechnung kommen, also als Maßstab für die Vertheilung der politischen Rechte benutzt werden sollten! (Hört! Hört!) Das ist eine so maßlose Ungerechtigkeit, daß nur ein Klassenparlament wie das heutige preußische es ist, sie gutheißen konnte. Man muß ferner beachten, daß es z. B. den Inhabern der eximirten Gutsbezirke — und es giebt deren in den preußischen Provinzen östlich der Elbe allein über 16 000 — garnicht einfällt, die ihnen erlassene Grund- und Gebäudesteuer etwa für Schul- und ähnliche Zwecke zu verwenden. Der Erlaß dieser Steuern bedeutet hier in der Hauptsache ein baares Geschenk.

Der an Wahnsinn grenzende Charakter dieses Wahlsystems, dessen Grundlage der Besitz ist, kommt ferner in einer, auch dem fanatischsten Anhänger abstoßenden Weise zum Ausdruck, in dem auf Antrag Huene gefaßten Beschluß, daß künftighin die Dreitheilung in die drei Wählerklassen nach der Steuer sich nicht mehr über den ganzen Wahlkreis erstrecken, sondern daß diese Eintheilung innerhalb jedes kleinen Urwahlbezirks, in die der Wahlkreis eingetheilt ist, stattfinden soll. Dadurch sind nun ganz ungeheuerliche Zustände zum Vorschein gekommen. So wählt z. B. in ein und demselben Wahlkreis der Eine in einem Bezirk in der dritten Klasse, wohingegen der Nachbar mit demselben Steuersatze im Nachbarbezirk in der ersten Klasse wählt. (Hört!) Einige Beispiele mögen die Unvernunft dieses Wahlsystems erläutern. Im ersten Berliner Wahlkreise schließt die erste Wählerklasse im 59. Urwahlbezirk mit einem Steuersatz von 73 150 Mark ab, im 57. Urwahlbezirk mit 47 900 Mark, im 58. mit 83 580 Mark, im 216. Urwahlbezirk genügen dagegen schon 159 Mark, um Wähler erster Klasse zu sein. (Hört! Hört!) Und im 212. Urwahlbezirk kommt man schon mit 118 Mark, im 156. Urwahlbezirk bereits mit 116 Mark in die erste Wählerklasse. (Hört! Hört!) In die zweite Wählerabtheilung gehört man im 7. Berliner Wahlkreis im 58. Urwahlbezirk von 10 560 Mark Steuer aufwärts an, im 98. mit 7400 Mk., im 42. mit 8704 Mk. dagegen genügen im 218. Urwahlbezirk schon 26 und im 214. gar schon 9 Mark, um Wähler der zweiten Klasse zu sein! (Heiterkeit.) Im dritten Berliner Wahlkreise schließt die erste Wählerklasse a

Digitized by Google

in einem Bezirk mit 31 900, in einem andern mit 26 907, in einem dritten mit 20 500 Mark. Dagegen reichen in andern Urwahlbezirken desselben Wahlkreises schon 26 und 12 Mark Steuer für die erste Wählerklasse aus. (Hört! Hört!) Die Steuergrenzen in der zweiten Wähler-Abtheilung schwanken in diesem Wahlkreise in den einzelnen Wahlbezirken zwischen 3256 und 6 Mark Steuer. (Heiterkeit.) Bei einem solchen Wahlsystem erklärt es sich dann, daß z. B. zwei der Minister in der ersten, dagegen Herr Miquel, der vielfache Millionär, nebst seinem Ministergehalt von 36 000 Mark, in der zweiten, der Reichskanzler Graf Caprivi dagegen neben seinem Portier und Hausdiener in der dritten Klasse wählt. (Heiterkeit.) In anderen Städten ergeben sich ähnliche Resultate. Von Köln, Düsseldorf, Elberfeld, Bochum, Dortmund u. s. w. gilt dasselbe wie von Berlin; überall ist eine bedeutende Abnahme der Wähler der ersten und zweiten Klasse vorhanden und eine sehr erhebliche Zunahme der Wähler dritter Klasse. In Köln ist z. B. die Zahl der Wähler der ersten Klasse in dem oben erwähnten Zeitraum von 636 auf 370, in Düsseldorf von 386 auf 149, in Bonn von 190 auf 85 heruntergegangen. In Bochum sind gegenwärtig 5 Personen Wähler der ersten Klasse, die für sich allein $1/3$ der Wahlmänner stellen. Die Baare und Genossen kommen hier als die entscheidenden Männer in Betracht. In Essen ist Herr Krupp alleiniger Wähler der ersten Klasse. (Hört! Hört!) Durch solche unglaubliche Erscheinungen wird auch für die herrschenden Klassen der Beweis geliefert, daß das jetzige Wahlsystem unhaltbar ist.

Aber es erscheint mir wichtig, darauf hinzuweisen, daß diese neueste Verschlechterung eines an und für sich schon erbärmlichen Wahlgesetzes gerade unter dem Einfluß eines als liberal geltenden Ministers stattgefunden hat, nämlich des Herrn Miquel. Im Jahre 1867, unter dem Eindruck der eben stattgehabten Wahlen zum Norddeutschen Reichstag, erließ die Leitung der national-liberalen Partei einen Wahlaufruf für die preußischen Landtagswahlen, in dem es mit dürren Worten hieß: „Preußens Geschicke sind enger als jemals mit den Lebensbedingungen des deutschen Volksgeistes verknüpft; sie werden sich um so schleuniger und glorreicher erfüllen, je weiter und breiter die Betheiligung aller Klassen herangezogen wird, das beschränkte Dreiklassenwahlsystem hat sich überlebt und der nächste Landtag wird zu prüfen haben, in welcher Weise und unter was für Voraussetzungen der Uebergang zum allgemeinen Stimmrecht zu bereiten ist.“ Unter diesem Aufruf stehen v. Bennigsen und Miquel. (Hört! hört! Heiterkeit.)

Das hat damals derselbe Mann geschrieben, der heute mit die Hauptschuld trägt an der Aufrechterhaltung dieses elendesten aller Wahlsysteme, wie es schon 1867 Bismarck nannte. Herr

Digitized by Google

Miquel hat auch die erwähnte Grundsteuerreform, die den Agrariern so vortrefflich zu Gute kommt, eingeleitet und durchgeführt. Das sind seltsame Wandlungen eines „liberalen" Ministers. Freilich Herr Miquel hat schon ganz andere Wandlungen durchgemacht, als die erwähnten. Er war, wie vielfach schon bekannt ist, vor einigen Jahrzehnten sogar Mitglied des Kommunistenbundes. (Heiterkeit.) Damals hat er in einer für die damaligen Verhältnisse überraschend klaren Weise sich über das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft geäußert. Ich habe hier die Abschrift von 4 Briefen an Karl Marx in meinen Händen, und zwar aus den Jahren 1850 und 1851, ich will aber nur einen aus dem Sommer 1850 und auch den nicht vollständig vortragen, weil er am besten zeigt, welche außerordentliche Entwicklungsfähigkeit bei manchen Individien möglich ist, nämlich — nach rechts! (Stürmische Heiterkeit.) Und wunderbar, bereits vorahnend scheint er gewußt zu haben, wie entwicklungsfähig er sei; denn er weist selbst ausdrücklich darauf hin; — damals glaubte er allerdings nach links. (Erneute Heiterkeit.) Der Brief beginnt damit, daß Herr Miquel ausspricht: er empfinde das lebhafte Bedürfniß mit Karl Marx in nähere Beziehungen zu treten, der ihm bisher fremd war, und lautet dann wörtlich:

„Es wäre nun freilich eine Dummheit, wollte ich verlangen, daß Sie mir gleich alles Vertrauen schenken. Damit Sie aber doch etwas von meiner Vergangenheit wissen, bemerke ich, daß ich mit Blind in H. (soll heißen Heidelberg) studirte, dort vor der Revolution zu der „radikalen Partei" gehörte, als solcher in der Revolution, wie alle anderen „Ideen" verfocht, nach Hannover geschickt wurde, um **Bauern-Aufstände** zu organisiren, von da an in Göttingen anfangs in kleinbürgerlichem Sinne die gelehrte, bureaukratische und Philisterpartei aus dem Felde schlagen half und endlich eine Arbeiterpartei zu organisiren suchte. (Stürmische Heiterkeit.) Gerade war ich damit beschäftigt, als P. (Bebel: ich nenne den Namen des Mannes nicht, der noch in Deutschland lebt) nach England ging. Ich gab ihm einen Brief an Blind mit, um durch diesen bei Ihnen zu sondiren, und so bin ich da. Spät zwar komme ich, aber ich komme doch. Sie sehen, meine Vergangenheit bietet wenig Garantieen. (Stürmische Heiterkeit.) Es ist wahr, ich für mein Theil kann nichts weiter thun, als Sie versichern, daß Ihre Zwecke die meinigen sind (Hört, hört!) **Kommunist — und — Atheist, — will ich, wie Sie, die Diktatur der Arbeiterklasse!** (Hört, hört! Bewegung.) Meine Mittel wähle ich einzig und allein nach der Zweckmäßigkeit. (Erneute Bewegung.) Dadurch aber trenne ich mich von Ihnen, daß ich fest überzeugt bin: die nächste Revolution bringt das Kleinbürgerthum ans Ruder, die Arbeiterpartei wird den Sieg erfechten der hohen Bourgeoisie und den feudalen Resten gegenüber, dann aber von den Demokraten beiseite geschoben werden. Wir können

Digitized by Google

die Revolution auf einige Zeit vielleicht in eine antibürgerliche Richtung bringen, wir können vielleicht schon Grundbedingungen der bürgerlichen Produktion vernichten (Hört! hört! Bewegung), das Kleinbürgerthum niedertreten ist unmöglich. So viel als möglich erringen, das ist mein Wahlspruch, und dadurch bin ich auf immer der Ihrige. (Stürmische Heiterkeit.) Wir müssen eine Organisation der Kleinbürger so lange als möglich nach dem ersten Sieg verhindern, namentlich mit geschlossener Phalanx gegen jede konstituirende Versammlung opponiren. Der partikulare Terrorismus, die lokale Anarchie (Hört! hört!) müssen uns ersetzen, was uns im Großen abgeht. Klassenbewußtsein fehlt den meisten deutschen Arbeitern gänzlich, wir müssen den individuellen Haß, die Rachlust des Bauern gegen den Wucherer, die Erbitterung des Tagelöhners gegen den „Herrn" ausbeuten. (Hört! hört! Sehr gut!) Wir müssen an allen einzelnen Stationen so rasch und eindringlich terrorisiren (hört!), daß wir den demokratischen Ausbeutern bei der Vollendung ihrer Organisation als vollkommen siegreiche Macht entgegentreten können, und diese Organisation muß so lange als möglich hinausgeschoben werden, damit in der Revolution sich das Klassenbewußtsein erst bilden kann. Wir dürfen die Kleinbürger nicht zu Athem kommen lassen, wir müssen durch der Kleinbürger eigene Mittel die revolutionäre Wuth auf die Spitze treiben, dann gelingt es uns vielleicht, für kurze Zeit die Diktatur unserer Partei durchzusetzen. (Hört! hört!) Aber wie das machen ohne gemeinsamen Plan, ohne oberste Leitung, ohne einen gemeinsamen Willen der Führer. Das sagte ich mir schon seit einem Jahre. Vergebens suchte ich wie mit einer Blendlaterne, ich fand von dem so abgelegenen Göttingen aus, von wo ich nicht fort konnte, nichts. Schon sah ich mich auf ewig auf mich allein angewiesen und begann mit meinen nächsten Freunden einen Bund zu gründen, dessen letzter Zweck der Kommunismus, dessen erster Grundsatz: Der Zweck heiligt die Mittel (Hört! hört! und Bewegung) und dessen erstes Gesetz unbedingter Gehorsam war, zu stiften, als ich von London aus (Sie werden meine Ausdrucksweise unter den jetzigen Umständen verstehen) die ersten Genossen fand. Ich bitte Sie jetzt, mir durch P. Statuten und Gesetze resp. Befehle zu schicken, er kennt die richtige Adresse. Die Polizei hat in diesem Augenblick ein sehr wachsames Auge auf mich (Stürmische Heiterkeit), ich nehme jedoch die Charge als Vorstand nur an, wenn ich wieder nach G . . . zurückkehren kann. Sollte das mir nicht möglich sein (was sehr unwahrscheinlich ist), so werde ich für meine Person natürlich derselbe bleiben, und über die Beauftragung eines anderen an Sie berichten. Wenn Sie vielleicht nicht glauben, mich tiefer in die Lage der Sache einweihen zu können, so stellen Sie mich ganz abgesondert unter Ihre Leitung ohne Zusammenhang mit dem Ganzen. Ueber den Plan, welchen ich entworfen für meine Thätigkeit in G. als (Bebel: Hier steht

Digitized by Google

ein Geheimzeichen im Briefe, das soviel als Bevollmächtigter bedeutet, Heiterkeit), dann erst, wenn ich von London aus genauere Befehle und Aufträge bekommen werde."

Soweit der Brief. Es folgt noch eine mehr persönliche Schilderung P.'s, dem die zähe, cholerische Energie fehle, deren ein heutiger Revolutionär so sehr bedürfe, eine Schilderung, die ich übergehe. Der Brief schließt: „Gruß und Handschlag Ihr Miquel." (Erneute Heiterkeit.)

Ich habe hier zwar auch die anderen drei Briefe, will sie aber nicht vorlesen. (Rufe: Verlesen! Verlesen!) Parteigenossen! Es giebt andere Zeiten und Gelegenheiten, wo sie veröffentlicht werden können. (Zustimmung.)

Was ich vorgetragen habe, genügt auch, weil es beweist, wie einstmals diese Männer dachten und wie sie heute denken und handeln. Gerade mit Rücksicht auf diesen Typus der Umwandlungsfähigkeit und in Anbetracht des großen Einflusses in hoher Stellung, den Herr Miquel heute besitzt und zum Schaden derselben Klasse anwendet, für die er einstmals Alles daran setzen wollte, habe ich mich für verpflichtet gehalten, seinen Brief vorzutragen. Auch viel später noch dachte Herr Miquel anders als heute. Als 1862—66 der Liberalismus im schwersten Kampfe mit Bismarck lag; zu jener Zeit, in der die Aufregung so groß war, daß es hochgestellte Leute gab, die des Glaubens waren, bei dem Denkmal Friedrichs des Großen werde eine Guillotine errichtet; in jener Zeit, in der selbst Bismarck, seinem eigenen Geständniß zufolge fürchtete, es käme zur Revolution und er werde das Schicksal Strafford's theilen — der bekanntlich als volksfeindlicher Minister Karls I. von England 1641 hingerichtet wurde —, da wurden mehr als einmal aus dem Munde der Herren der Opposition Aeußerungen laut, die zu rechtfertigen schienen, was die Andern fürchteten. So wurde 1863 auf der Generalversammlung des Nationalvereins, an der Herr Miquel theilnahm, ein Wort von ihm kolportirt, das dahin lautete: Die Herren in Berlin mögen sich in Acht nehmen und den Bogen nicht zu straff spannen, sonst schicken wir ihnen eines Tages die Arbeiter auf den Hals und dann könnten sie leicht das Schicksal der Bourbonen theilen! (Hört! hört! Bewegung.) So sprach man damals.

Charakteristisch und zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts ist dagegen eine Aeußerung, die anläßlich der großartigen Wahlrechtsagitation und der damit verbundenen Demonstrationen unserer belgischen Genossen der General Brialmont gegenüber einem Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung" in einem Interview machte. General Brialmont ist bekanntlich eine große Autorität auf dem Gebiete der Befestigungskunst. Befragt um seine Ansicht über das allgemeine Stimmrecht sagte er, er stehe auf dem Boden desselben,

Digitized by Google

— ein preußischer General würde schwerlich ähnliches sagen. (Sehr wahr!) — Er habe die Meinung, daß, wenn Belgien vertheidigungsfähig sein soll in einem europäischen Krieg, dies nur möglich sei, wenn die allgemeine Wehrpflicht bestände, und wenn alle Belgier Gut und Blut für ihr Land opfern sollten, so sei es auch nicht mehr wie recht und billig, sie an allen staatsbürgerlichen Rechten theilnehmen zu lassen. (Hört!) General Brialmont sprach sich also für unsere Forderung aus: Daß vom 20. Jahre ab das Wahlrecht an alle Männer gewährt werde. Wir verlangen es auch für die Frauen, die, wenn sie auch nicht selbst Soldaten werden können, es sind, die künftige Soldaten zu gebären und zu erziehen haben, also für die Vertheidigung des Landes mindestens dasselbe leisten, wie die Männer. (Sehr wahr!) Dieser unser Standpunkt muß streng festgehalten werden, namentlich heute, wo fortgesetzt das stehende Heer vergrößert wird und die Wehrpflicht fast allgemein geworden ist. In Preußen besteht seit mehr als 80 Jahren die allgemeine Wehrpflicht gesetzlich. Das Vorgehen Preußens und später Deutschlands wurde das nachahmenswerthe Beispiel für fast ganz Europa. Wir haben also jetzt erst recht die Pflicht, zu verlangen, daß jedem Proletarier das allgemeine Stimmrecht zu den Landtagen wie in den Gemeinden zu Theil werde. Interessant ist auch, was General Brialmont in Bezug auf die belgische Bourgeoisie sagt: „Der Bourgeois will bei uns nicht einsehen, daß dem Arbeiter das allgemeine Stimmrecht gebührt" — Sie wissen, bei uns will er es auch nicht einsehen — „er hat Angst, durch das allgemeine Stimmrecht seine Macht zu verlieren." Ganz wie bei uns.

Mir scheint, daß nach dem Angeführten gegenwärtig der geeignetste Moment eingetreten ist, in dem durch eine allgemeine und energische Agitation eine Umwandlung des bestehenden Wahlrechts zu Gunsten der rechtlosen Massen herbeigeführt werden kann. Innerhalb der besitzenden Klassen ist freilich sehr wenig Sympathie dafür vorhanden. Allerdings haben die Freisinnigen im letzten Landtag einen solchen Antrag eingebracht, aber man weiß ja, warum. Es geschah nur widerwillig, und dann sind die Herren jetzt eine so kleine Minorität, daß es ihnen nicht schaden kann, das zu beantragen. Früher haben sie gegen das allgemeine Stimmrecht geeifert, später haben sie es nur lahm vertheidigt. Das Zentrum hat nicht einmal einen solchen Antrag im letzten Landtag gestellt. Die Frage bietet überhaupt ausgezeichnetes Agitationsmaterial gegen das Zentrum. Im bayerischen Landtag, in dem das Zentrum die Majorität besitzt, hat es mit allen gegen 3 Stimmen aus seiner Mitte einen Antrag unserer Freunde auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts abgelehnt und damit bewiesen, wie es sein Programm „Gerechtigkeit für Alle" auffaßt. In Baden ist es

Digitized by Google

ähnlich hergegangen. Liberale wie Zentrumsleute sehnen sich auch in Preußen nicht nach dem „allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht". Eine Abänderung hat freilich das Zentrum voriges Jahr im preußischen Landtage vorgeschlagen, nämlich es solle eine Grenze für die anzurechnenden Steuerbeträge bei 2000 Mark Steuer gezogen werden, um dadurch das Wahlrecht der reichsten Leute zu beschneiden. Diesen Reichsten wollte das Zentrum eine Grenze für ihr Wahlrecht ziehen, weil diese reichen Leuten in der Regel nationalliberal oder freikonservativ sind. Durch eine solche Grenze hätte sich das Zentrum in einer Reihe Gemeinden in den westlichen Provinzen die Herrschaft gesichert. Das war sein Zweck. Eine ernsthafte Reform wollte also das Zentrum nicht. Es hat zwar, wenn ich nicht irre, 1877 in der Kulturkampfszeit einen Antrag zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts gestellt, aber seitdem nicht wieder. Und in Bayern, wo es mit unsern Abgeordneten zusammen dafür eine Majorität hätte schaffen können, hat es dagegen gestimmt. Das sagt genug.

Andererseits sind im Laufe dieses Jahres zwei Ereignisse eingetreten, die in hohem Grade dazu beitragen müssen, unsere Stellung zu verbessern. Für mich ist zweifellos, daß das Zugeständniß, das im Frühjahr unsere belgischen Genossen durch eine außerordentlich energische Agitation, unterstützt durch entsprechende Demonstrationen, einem durch und durch ultramontanen Ministerium abgetrotzt haben, auch auf Deutschlands innere politische Situation einwirken muß. Haben doch unsere belgischen Genossen durchgesetzt, daß die Forderung des allgemeinen Stimmrechts bei ihnen nahezu ganz erfüllt wurde. Unmöglich kann die preußische Bourgeoisie und die preußische Regierung sich der Einsicht verschließen, daß es auch in Preußen nicht länger so bleiben kann wie bisher. Und nun das zweite große Ereigniß in Oesterreich! Unsere österreichischen Genossen haben in festgeschlossener, zielbewußter, rücksichtsloser Agitation, die sie erst seit 4 Monaten unter den allerschwierigsten Verhältnissen in Scene setzten, ein überraschendes Resultat erreicht. Unter dem Drucke ihrer unermüdlichen Agitation war das Ministerium Taaffe genöthigt, eine Wahlreformvorlage an den Reichsrath zu bringen, die in wesentlichen Theilen den Wünschen und dem Streben der Arbeiter entsprach. Eine solche unausgesetzte, fortdauernde, immer in derselben Richtung bohrende Agitation ist, abgesehen von den Wahlagitationen, selbst bei uns bis heute noch nicht in Scene gesetzt worden, selbst da nicht, wo wir, wie gegen die Getreidezölle, en masse demonstrirt haben. Unsere österreichischen Genossen haben unausgesetzt Tag für Tag mit Versammlungen agitirt. Man hat in Oesterreich auch nicht verlangt, daß gerade Reichsrathsabgeordnete dabei reden sollten; sie haben vielleicht zum Glück auch noch keine; aber es ging auch so. (Heiterkeit.) Mit diesem Verlangen in unserer Partei,

Digitized by Google

daß der Redner ein Reichstagsabgeordneter sein soll, möchte ich mich noch kurz beschäftigen. Vorher, so scheint es, ist ein Parteigenosse, und sei er noch so vortrefflich, nichts werth; macht aber der Zufall einen zum Abgeordneten, und sei er auch weniger werth als ein anderer, dann ist er plötzlich ein anderer Mensch geworden, er ist jetzt mit einem Heiligenschein versehen, der eine größere Anziehungskraft übt, als alle sonstigen Eigenschaften. (Heiterkeit.) Dieser Unfug muß aufhören. Die Abgeordneten sollen ihre volle Schuldigkeit thun, aber man beachte doch auch, daß sie Stellungen haben und meist für ihre Existenz kämpfen müssen, und daß andere es genau so gut machen können. Setzen wir nun eine allgemeine Agitation zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts in Preußen und in ganz Deutschland in Scene, dann wird gewissen Wünschen in der angedeuteten Richtung ein Zügel angelegt werden, denn die Abgeordneten können nicht überall sein. Hier kann nun unsere Presse ungemein viel thun, nicht allein durch aufklärende Leitartikel und Lieferung des Materials zur Agitation, sondern auch dadurch, daß sie es sich zur Aufgabe macht, sobald die Agitation begonnen hat, fortgesetzt Tag für Tag über alle Erscheinungen in der Agitation zu berichten und das Feuer zu schüren, das entzündet worden ist. Setzen wir eine solche Agitation in Scene, bei der wir selbstverständlich voll und ganz für unsere Programmforderungen eintreten, dann ist damit auch den Frauen Gelegenheit gegeben, sich an dieser Agitation zu betheiligen. Wer die Berichte von den österreichischen Versammlungen gelesen hat, wird wissen, daß dort Genossinnen Reden gehalten haben, wie sie besser von keinem Manne gehalten worden sind. (Zuruf einer Delegirtin: Sehr richtig!) Parteigenossen! Ich schlage Ihnen deshalb nicht nur eine Resolution für das Wahlrecht vor, sondern noch eine zweite, in der wir unseren belgischen und österreichischen Genossen unseren vollen Dank und unsere Anerkennung für die mustergiltige Agitation aussprechen, welche sie durchgeführt haben. Treten Sie einmüthig den beiden Resolutionen bei! (Lebhafter Beifall.)

Jacobey beantragt, in Resolution 1 die Worte „nach dem eigenen Ausdruck Bismarck's" zu streichen. Franke-Dessau will in Resolution 1 am Schluß hinter „Landtage" einschalten: „und Gemeindevertretungen". Liebknecht beantragt die Streichung der Worte „wie diese insbesondere die Genossen Oesterreichs zu überwinden hätten" in Resolution 2.

Stolten bringt einen Antrag ein, die Fraktion zu beauftragen, die Agitation für das allgemeine Wahlrecht durch Einbringung eines entsprechenden Antrages zu unterstützen, daß von Reichswegen den Einzelstaaten die Verpflichtung zur Einführung des genannten Wahlrechts auferlegt werde.

Bilz-Pankow vertritt den Antrag von Nieder-Barnim.

Digitized by Google

Geck erklärt die Anträge 69 und 70 in der vorliegenden Fassung für nicht annehmbar. Man solle sich damit begnügen, mit gegnerischen Parteien bei Wahlen keine Kompromisse abzuschließen.

Liebknecht: Die Belgier sind nicht in einer günstigeren Lage bei ihrer Agitation gewesen, sie haben unter Willkür und Gewaltthätigkeit der Behörden, unter der Knebelung des Vereins- und Versammlungsrechts schwer zu leiden gehabt. In Oesterreich ist das Wahlrecht auch nicht durch die Volksversammlungen erreicht worden, die Regierung mußte das Wahlrecht aus demselben Grunde geben, wie Bismarck es seinerzeit gab: weil sie mit der Bourgeoisie nicht fertig werden kann. Lassalle hat nicht, wie die Legende es erzählt, Bismarck gezwungen, das allgemeine Wahlrecht einzuführen. Auch in Oesterreich ist es ein kleiner Staatsstreich; das ändert aber nichts an der Thatsache, daß die österreichischen Genossen tapfer ihre Schuldigkeit gethan und sich um die Partei verdient gemacht haben. Allein es wäre ungerecht, wollten wir den Oesterreichern die Nummer 1, den Belgiern Nummer 2 geben.

Zur Kompromißfrage bemerke ich nur: Kompromisse sind Verrath, die ein Prinzip opfern. Zu verwerfen ist jeder Pakt mit einer anderen Partei, der unsere Genossen förmlich demoralisiren würde, wie das bei einer Betheiligung unserer Partei an die Dreiklassenwahlen zum preußischen Landtag unvermeidlich wäre. Anders liegt die Sache, wenn die Genossen in Stichwahlen bei der Wahl zwischen zwei Uebeln mit richtigem Instinkt lieber für den Fortschrittler als für den Nationalliberalen, lieber für Stötzel als für Krupp stimmen; dann haben sie vollkommen recht, sie stimmen dann nicht für die Person des Richter oder Stötzel, sie stimmen für das kleinere Uebel im Parteiinteresse. Die Partei wird in dieser Frage sicherlich bei der alten Taktik bleiben.

Stolten-Hamburg steht auf dem Boden der Resolution Bebel, verlangt aber die Unterstützung der Fraktion für die Agitation durch den vorgeschlagenen Antrag. Wenn man das Recht habe, von Reichswegen die Einführung einer Verfassung in Mecklenburg zu beschließen, so könne man auch darüber beschließen, wie diese Verfassung beschaffen sein soll. Die plutokratische Klique in Hamburg werde freiwillig den Arbeitern keine Zugeständnisse machen und in der Hamburger Vertretung sitze kein Arbeiter; es werde eines sehr starken Druckes von außen her bedürfen, der aber auch Erfolg haben würde, wie die Durchsetzung der Verbesserung der Bauordnung bewiesen habe.

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Es läuft ein Antrag ein, das Referat Bebel's als Broschüre drucken zu lassen.

Im Schlußwort bemerkt

Digitized by Google

Referent Bebel: Ich bitte, diesen Antrag abzulehnen, weil das Referat nicht erschöpfend war und viel Material gar nicht darin verwerthet werden konnte. Allerdings muß möglichst rasch hierüber eine Broschüre geschrieben werden. Wenn kein anderer Genosse, der mehr Zeit hat als ich, es thut, würde ich es selbst übernehmen. Ich füge meinem Vortrag noch eine Ergänzung hinzu. Die Anregung in der „Neuen Zeit", uns unter allen Umständen an den Landtagswahlen zu betheiligen, hat zur Folge gehabt, daß in Breslau anscheinend anonym ein Flugblatt erschien und vertheilt wurde, worin unsere Genossen aufgefordert wurden, mit den Freisinnigen gemeinsame Sache zu machen. Das hat große Aufregung unter den Genossen hervorgerufen und in einer Versammlung haben sie sich dagegen ausgesprochen. (Hört!) Gegen den Antrag Stolten habe ich nichts einzuwenden. Den Antrag betreffend die Ausdehnung auf die Gemeindewahlen bitte ich abzulehnen Prinzipiell ist er berechtigt, aber wir können damit die Agitation nicht überlasten, wir würden sie nur unwirksamer machen.

Was den Antrag Liebknecht betrifft, so lasse ich, nachdem er die Sache — wie geschehen — erörtert hat, es auf die Abstimmungsprobe nicht ankommen, sondern ziehe den beanstandeten Satz zurück. Wenn aber Liebknecht behauptet, die Schwierigkeiten seien in beiden Ländern dieselben gewesen, dann wird er bei Allen, welche die österreichische und die belgische Gesetzgebung, Verwaltungspraxis und Polizei kennen, Unrecht bekommen. Die Belgier haben eine uneingeschränkte Versammlungsfreiheit, eine fast absolute Preßfreiheit; bekommen sie Prozesse, dann sind es meist solche wegen Beschimpfung des Königs und dann giebt es dafür höchstens soviel Monate wie in Oesterreich Jahre. Nur einigemale hat bei den Riesenversammlungen unter freiem Himmel in Belgien die Polizei eingegriffen. Wie es aber in Oesterreich unter den reaktionärsten Preß- und Vereinsgesetzen hergegangen ist, wissen alle, die den Vorgängen dort ihre Aufmerksamkeit widmeten. Darum hatte ich den Passus aufgenommen. Gewiß wäre es unrecht, zu behaupten, daß das allgemeine Wahlrecht seiner Zeit in Deutschland wie jetzt die Wahlreform in Oesterreich ausschließlich der Wirkung der Agitation dafür zu danken sei, thatsächlich hat aber doch damals besonders der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein durch seine Agitation dazu beigetragen, und auch die sogenannten Schulze-Delitz'schen Vereine hatten sich schon 1865 dafür ausgesprochen. Zweifellos haben diese Umstände bei der Wendung von 1867 ein wenig mitgewirkt. Andererseits steht aber fest, daß ohne das allgemeine Wahlrecht eine gemeinsame Vertretung der Staaten des Norddeutschen Bundes gar nicht geschaffen werden konnte, das hat Bismarck selbst zugegeben, er war dadurch gezwungen, es zu geben.

Digitized by Google

Wenn Sie die Worte in der Resolution „nach dem eigenen Ausdruck Bismarck's" streichen wollen, müssen Sie auch die Worte „das elendeste aller Wahlsysteme" streichen (sehr richtig!), beides gehört untrennbar zusammen. Es ist kein Kompliment für Bismarck, daß ich mich auf sein Wort beziehe, sondern das Zeugniß seiner eigenen Worte soll gegen das von ihm mitgeschaffene System ins Feld geführt werden. Im weiteren steht für mich fest, daß unvergleichlich großartiger als vor 1867 bei uns, 1893 die Agitation unserer Genossen in Belgien und Oesterreich zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts gewesen, die in Belgien den Klerikalen und in Oesterreich dem Grafen Taaffe die gemachten Konzessionen abzwangen. Wir müssen aus der moralischen Wirkung dieser Vorgänge auch für uns profitiren. Selbst das „Leipziger Tageblatt", ja sogar die „Kreuzzeitung" hat zugestanden, daß nunmehr für Oesterreich das allgemeine Wahlrecht nur noch eine Frage der Zeit sei und die Arbeiter dieses erkämpften. Dieses Verdienst unserer Genossen wollen wir anerkennen.

Liebknecht konstatirt in persönlicher Bemerkung, daß die Zahl Derer, die in Belgien verblutet seien, auf Dutzende, die der Eingekerkerten auf Hunderte sich belaufe, daß man dort bis zur Revolution habe gehen wollen. (Bebel: Das ist keine persönliche Bemerkung, sonst rede ich auch noch einmal! Stürmische Heiterkeit.)

In der Abstimmung wird die Resolution 1 unverändert, die Resolution 2 unter Weglassung des auf die Oesterreicher speziell bezüglichen Satzes einstimmig angenommen, ebenso der Antrag Stolten.

Zu einer kurzen Erklärung erhält das Wort

Reumann: Den Oesterreichern ist es angenehm, wenn diese Hervorhebung beseitigt wird. Es ist gewiß richtig, daß die politische Situation dazu beigetragen hat, daß diese Vorlage kam, aber es ist ebenso richtig, daß sich die herrschenden Klassen der Einsicht nicht mehr verschließen konnten, daß die Ausdehnung des Wahlrechts unbedingt Platz greifen müsse. Und gerade die große Agitation in den letzten drei Monaten, innerhalb derer im ganzen Reiche ungefähr 500 Versammlungen und Massendemonstrationen stattfanden, hat den Anstoß gegeben, daß in einer Zeit gedrückter Lage die Vorlage eingebracht und mit einem Schlage die ganze politische Situation geändert wurde. So besonders gemüthlich lagen die Verhältnisse auch in Oesterreich keineswegs; bei den Versammlungen in Brünn und Prag ist in der That Blut geflossen. Auch die Agitation ist nicht ganz glatt verlaufen. Die österreichischen Genossen waren entschlossen, Alles daranzusetzen, um die Ausdehnung ihrer politischen Rechte zu erreichen, und der Erkenntniß dessen hat sich auch Graf Taaffe nicht verschließen können. Nicht unserer Agitation allein ist der Erfolg zu danken, aber unsere Macht hat die R

Digitized by Google

gierung gezwungen, Stellung zu nehmen. Die Wahlrechtsbewegung datirt seit 1868, aber nur in den letzten Monaten wurde sie intensiv durchgeführt. Wir vermeinten nicht sofort eine Aenderung der Wahlordnung durchzusetzen, aber wir glaubten, die Frage der Wahlreform auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses zu bringen; wir wollten die politischen Parteien zwingen, sich damit zu beschäftigen — und das ist geschehen, und daß das fortgesetzt werden wird bis zur Erringung des allgemeinen Wahlrechts, das kann ich Sie gleichfalls versichern. Einen sehr günstigen Eindruck wird es machen, daß Sie heute beschlossen haben, für Preußen ebenfalls das allgemeine Wahlrecht zum Gegenstande der Agitation zu machen. Ihr Beschluß wird dazu dienen, daß auch in Oesterreich mit ungeschwächter Kraft in der Wahlrechtsbewegung fortgearbeitet werden wird. (Beifall.)

Vom Antrag 69 wird der erste Theil (Stimmenthaltung bei Stichwahlen) abgelehnt, der zweite Theil mit der Aenderung, daß gesagt wird, „bei Reichstags-, Landtags- und Gemeinderathswahlen keinerlei Kompromiß mit bürgerlichen Parteien einzugehen", angenommen. Damit ist Antrag 70 erledigt.

Damit ist das dem Parteitage vorliegende Material vollständig aufgearbeitet.

Das Ergebniß der Wahl der Parteileitung wird verkündet. Abgegeben sind 184 Stimmzettel. Gewählt sind: zu Vorsitzenden Bebel und Singer mit je 183 Stiimmen; zum Kassirer Gerisch mit sämmtlichen 184 Stimmen; zu Schriftführern Auer mit 170, Fischer mit 158 Stimmen; daneben fielen auf Stadthagen 16, R. Schmidt 2, Legien 2 Stimmen.

Stimmen als Kontrolleure haben erhalten: Meister 156, Klees 136, Herbert 98, Oertel 96, Kaden 95, Meist 94, Koenen 89, Fell 76, Dubber 67, Zubeil 66, die weiteren Stimmen sind zersplittert. Gewählt sind Meister, Klees, Herbert, Oertel, Kaden, Meist, Koenen.

Der neugewähte Vorstand wird sofort nach dem Schlüsse des Parteitages zur Konstituirung zusammentreten.

Schumacher-Solingen fordert im Namen vieler Gesinnungsgenossen in letzter Stunde den Parteitag auf, einen Akt der Pietät zu erfüllen. Es sei neben Marx und Engels nicht des Mannes gedacht worden, der in Köln fast allein durch seine außerordentliche [illegible]redsamkeit die Massen in Bewegung setzte, der Präsident des [illegible]zialdemokratischen Arbeitervereins in Köln, Dr. med. Gottschall, [illegible]r später als Opfer seines Berufes an der Cholera gefallen ist. [illegible]ieser Mann habe schon 1848 fast ein vollständiges sozialdemo[illegible]atisches Programm aufgestellt; er wurde eingekerkert, Ende 1848 [illegible]er glänzend freigesprochen. Redner ersucht den Parteitag, einen [illegible]ranz auf das Grab dieses Mannes legen zu lassen.

Digitized by Google

Der Vorschlag findet keinen Widerspruch; Schumacher wird ersucht, den Kranz im Auftrage des Parteitages am Grabe niederzulegen.

Leßner=London richtet einige herzliche Abschiedsworte an die Delegirten, in denen er namentlich seine Freude darüber ausdrückt, daß die Ideen, die Marx und Engels vor 50 Jahren im Kommunistischen Manifest ausgestreut, und für die er schon im Kommunistenbund agitirt habe, jetzt so herrliche Früchte tragen, nicht blos in Deutschland, nicht blos in England, sondern überall da, wo der Kapitalismus seinen Einzug gehalten. Unsere Bewegung sei von jeher eine internationale gewesen, aber erst jetzt fange sie an, ihren internationalen Siegeszug anzutreten. Auf dem nächsten internationalen Kongreß in London hoffe er zwar manche der Delegirten wiederzusehen, aber viele werde er wahrscheinlich überhaupt nicht mehr sehen. Denen wünsche er hiermit ein herzliches Lebewohl, uns Allen aber ein erfolgreiches Vorwärtsschreiten im Kampfe für unsere erhabenen Ideen! (Begeisterter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Singer: Parteigenossen! Wir sind am Schlusse unserer Arbeiten und ich erfülle nur eine Pflicht, wenn ich im Namen des Parteitages den Kölner Genossen für die treue Arbeit, die sie zum Zustandekommen des Parteitages und während desselben geleistet haben, den herzlichsten Dank ausspreche. Außer dieser umfassenden Thätigkeit haben die Kölner Genossen den prächtigen Kommers veranstaltet, mit dem sie den Parteitag erfreut haben. Diejenigen von uns, welche den Kommersen der Partei seit langer Zeit mitmachen, dürfen, ohne der Opferwilligkeit und der Geschicklichkeit der Parteigenossen in den anderen Kongreßstädten zu nahe zu treten, doch sagen, daß der Kölner Kommers einer der gelungensten war, der bisher gefeiert worden ist. Nicht zum wenigsten haben hierzu die auf dem Kommers vorgetragenen Gesänge beigetragen. Die Genossen in Deutschland haben dasselbe revolutionäre Streben, denselben revolutionären Geist wie die Kölner; aber im revolutionären Gesange sind uns die Kölner über! (Zustimmung.)

Parteigenossen! Die Woche von Köln wird für die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie, für die Geschichte der Partei nicht bedeutungslos bleiben. Der Kölner Parteitag, zusammengetreten in dem Zentrum des Klerikalismus und in einem Bezirk, in dem das industrielle Ausbeuterthum seine Hauptquartiere hat, wird dazu beitragen, weite Schichten der Arbeiterbevölkerung aufzuklären — dessen dürfen wir sicher sein — und der Sozialdemokratie zahlreiche Rekruten zuführen. Die Verhandlungen, die hier mit dem Eifer und der Wärme gepflogen sind, welcher unserer von selbstloser Ueberzeugung getragenen Sache entspricht, werden ihre Wirkung üben, und wir können mit dem Bewußtsein auseinander

Digitized by Google

gehen, der Partei auch hier in Köln gute Dienste geleistet zu haben. Ueber das Ziel, welches wir erstreben, sind wir allesammt einig, und die Wege zu diesem Ziel immer schärfer, immer bestimmter zu gestalten, dieser Wille ist durch die Beschlüsse des Parteitages zu klarem Ausdruck gebracht worden. Parteigenossen! Ich will Sie nicht mit einem langen Rückblick auf die Arbeiten des Parteitages aufhalten; ich will nur feststellen, daß wir Alle einig und entschlossen sind, für das Ziel welches die Sozialdemokratie sich in ihrem Programm gesteckt hat, zu kämpfen unter Benutzung aller Mittel, die nach Lage der Verhältnisse im Interesse der Sozialdemokratie geboten erscheinen. (Bravo!) Wir werden nicht aufhören zu kämpfen, bis unser letztes großes Ziel erreicht, bis der glorreiche Tag gekommen ist, an dem das rothe Banner des Sozialismus auf den Zinnen der Schlösser, der Kirchen und der Rathhäuser aufgepflanzt wird. Mit diesem Entschlusse gehen wir an unsere weitere Arbeit und wir bekräftigen ihn mit dem Rufe, mit dem wir unsere Verhandlungen begonnen haben: Die deutsche Sozialdemokratie, die internationale Sozialdemokratie, sie lebe hoch! — hoch! — hoch! (Mit Begeisterung stimmt der Parteitag in den Ruf ein; die Anwesenden erheben sich und singen stehend die Arbeitermarseillaise.)

Um 3¼ Uhr erklärt der Vorsitzende Singer den Parteitag für geschlossen.

Folgende Delegirten sind vor Beendigung des Parteitages abgereist: Baerer-Harburg, Lütgenau-Dortmund, Mich. Schmitt-Zweibrücken-Pirmasens, Stücklen-Hof.

Digitized by Google

Zusammenstellung
der
vom Parteitage gefaßten Beschlüsse.

I. Geschäftsbericht, Bericht der Kontrolleure, Presse und Agitation.

a) Angenommene Anträge:

Antrag 112 Meister im Namen der Kontrolleure:

Dem Parteivorstand und dem Parteikassirer ist Decharge zu ertheilen.

Anträge 29 Berlin 4 und Teltow-Beeskow:

Die alljährlich beim „Vorwärts" erzielten großen Ueberschüsse künftig zum Theil zur Bereicherung des Inhalts, insbesondere durch Verstärkung des Redaktionspersonals zu verwenden, damit der „Vorwärts" seiner Aufgabe, der Partei als Agitationsmittel und den sozialdemokratischen Provinzialpressen als Materialquelle zu dienen, in besserer Weise genügen kann, als das bisher möglich war.

Antrag 32 Brüssel, Leipzig, London, Elberfeld und Berlin 1, angenommen in der Form des Antrags 110 vom deutschen sozialdemokratischen Leseklub Paris:

Gründung eines wöchentlich erscheinenden offiziellen Parteiorgans, welches einen Ueberblick in dem jedesmaligen politischen Fortschritt in der Partei, übersichtliche und wissenschaftliche Artikel und die wichtigsten Korrespondenzen vom In- und Auslande bringt.

Digitized by Google

Antrag 38 Köln:

In der Haltung des Unterhaltungsblattes „Die Neue Welt“ soll eine Besserung eintreten; besonders auch dadurch, daß die Illustrationen mehr dem Charakter eines Parteiblattes angepaßt werden.

Antrag 114 Metzer Genossen:

Alljährlich mindestens ein Flugblatt herauszugeben, event. die Mittel dazu zu bewilligen. Dieses Flugblatt muß für den französisch sprechenden Länderstrich Elsaß-Lothringens französisch sein. Die Ausarbeitung soll dem Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens überlassen bleiben.

Antrag 58 Nestler-Magdeburg:

In der Parteipresse die Fremdworte, wo es angeht, zu vermeiden, eventuell die deutsche Uebersetzung in Klammern beizufügen.

Antrag 108 Klement-Kaiserslautern:

Der sozialdemokratische Parteitag in Köln a. Rh. wolle beschließen, auch diesmal wieder eine „Vergleichende statistische Uebersicht der Wahlen zum Deutschen Reichstage“ von 1890 bis 1893 herausgeben zu wollen als Broschüre.

Antrag 115 Stein-Hanau:

Der Parteitag möge beschließen: Sämmtliche vom Parteitage angenommene Anträge und Resolutionen an einer Stelle in dem herauszugebenden Protokoll reihefolgend abzudrucken, um dadurch eine bessere Uebersicht derselben zu ermöglichen.

Antrag 66 Parteigenossen des 1. Berliner Reichstags-Wahlkreises:

Die politisch wie gewerkschaftlich organisirten Genossen müssen sich voll und ganz der Agitation zur Verfügung stellen und sollen nicht durch Zugehörigkeit zu Landsmannschaften oder Mitgliedschaften sogenannter Vergnügungsvereine, Klubs u.s.w. ihre Parteipflicht vernachlässigen.

Digitized by Google

Antrag 113 Antrick und Genossen:

Der Parteitag wolle beschließen: den Parteivorstand zu beauftragen, eine möglichst gemeinverständliche (Flugschrift) Broschüre über die Ursachen der Entstehung, Schädlichkeit und die für das ländliche Proletariat, besonders nothwendige Beseitigung der Gesinde-Ordnung, herstellen zu lassen und dieselbe zum Selbstkostenpreis an die Genossen zu verabfolgen.

Antrag 117 Spürkel-Essen:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, in die ultramontanen Wahlkreise Rheinlands und Westfalens einige befähigte Redner, die insbesondere Wesen des Centrums und des Katholizismus genau kennen, zu entsenden.

b) Dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesene Anträge:

Antrag 116 Meist und Genossen:

Beantragen, aus der in Köln als Kopfblatt der Elberfelder „Freien Presse“ dreimal wöchentlich erscheinenden „Rheinischen Zeitung“ ein selbständiges, täglich erscheinendes Organ zu gestalten, da es zur Bekämpfung der Zentrumspartei eine absolute Nothwendigkeit ist.

Antrag 121 Doppler-Mülhausen:

Der Parteitag wolle die Mittel zum täglichen Erscheinen der „Elsaß-Lothr. Volkszeitung“ bewilligen, da nur durch die Presse den Unterdrückungsmaßregeln in den sogen. „Reichslanden“ die Spitze abgebrochen werden kann.

* * *

II. Parlamentarische Thätigkeit.

a) Angenommene Anträge:

Resolution Oertel und Genossen:

Der Parteitag hat keine Veranlassung, gegen die verflossene Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Erinnerungen zu erheben. Der Parteitag heißt daher die Thätigkeit gut und fordert die sozialdemokratische Fraktion

Digitized by Google

auf, auch ferner mit allen Kräften die Interessen des Proletariats zu vertreten, geleitet von dem Grundsatz, daß die parlamentarische Thätigkeit stets Mittel zum Zweck und nicht Selbstzweck sei.

Antrag Auer:

Die Fraktion wird beauftragt, durch entsprechende Anträge im Reichstag die Erfüllung des § 4 unseres Parteiprogramms anzubahnen.

b) Der Reichstagsfraktion zur Erwägung überwiesene Anträge:

Anträge 90 Parteigenossen im 4. Berliner Wahlkreis und Genosse M. Harm in Altona:

Die Reichstagsfraktion solle im Reichstag die Reichs-Regierung auffordern, eine Arbeitslosenstatistik aufnehmen zu lassen.

Antrag 91 sub 8 Harm-Altona:

3. Wolle der Parteitag auf Organisirung des Arbeitsnachweises, sei es durch den Staat oder durch die Gemeinden, hinwirken, resp. hierzu Stellung nehmen.

Antrag 92 sub 2 Halle a. S.:

Die Fraktion ist zu beauftragen, in anbetracht der wachsenden Arbeitslosigkeit im Reichstage einen Antrag einzubringen auf obligatorische Einführung des achtstündigen Arbeitstages.

Antrag 93 Frankfurt a. M.:

Unsere Reichstagsfraktion zu beauftragen, für eine einheitliche Regelung der Gewerbe-Inspektoren mittelst eines Reichsgesetzes zu wirken.

Antrag 97 Düsseldorf und Frau Rohrlack-Berlin:

Die sozialdemokratische Fraktion soll im Deutschen Reichstage einen Gesetzentwurf einbringen, welcher die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren verlangt. Es darf dadurch keinesfalls die Zahl der bereits angestellten männlichen Fabrikinspektoren vermindert werden. Es soll in dem Entwurf vielmehr gleichzeitig eine erhebliche, den Anforderungen der industriellen Entwicklung

Digitized by Google

und der besseren Beaufsichtigung der Fabriken entsprechende Vermehrung dieser Beamten vorgesehen werden. Die Anstellung der männlichen sowohl als der weiblichen Fabrikinspektoren soll durch geheime, gleiche und direkte Wahl der Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeitgeber erfolgen. Die Besoldung hat, obwohl der Modus der Anstellung ein anderer ist, durch den Staat zu erfolgen. Die Thätigkeit dieser Beamten hat sich nicht nur auf die Kontrolle der Fabriken in Bezug auf die Ausführung aller Arbeiterschutzgesetz-Bestimmungen, sondern auch auf die durch die Revision sich ergebenden nothwendigen Erweiterungen derselben, zum besseren Schutz der Arbeiter als bisher, zu erstrecken. Auch ist den Beamten die Exekutivgewalt zu verleihen.

Antrag 95 Parteigenossen in Lübeck:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion soll im Reichstag den Antrag stellen, daß der Mandatsprüfungskommission Gelegenheit gegeben wird, schneller arbeiten zu können wie bisher.

* * *

III. Maifeier.

Resolution des Parteivorstandes (s. Seite 163).

Antrag 84 Altona:

Die Maifest-Zeitung in besserer Ausstattung als bisher erscheinen zu lassen.

* * *

IV. Gewerkschaftsfrage.

Resolution Auer, Bebel und Genossen (s. Seite 180 u. 181).

* * *

V. Antisemitismus und Sozialdemokratie.

Resolution Bebel (s. Seite 223 u. 224) und Antrag 57 Altona:

Die Rede Bebel's über den Antisemitismus soll in Broschürenform gedruckt und herausgegeben werden.

* * *

Digitized by Google

VI. Anträge zu Programm und Organisation.

a) Angenommene Anträge:

Antrag Auer:

Der Parteitag möge beschließen, daß Anträge, welche in Zukunft von einzelnen Genossen an den Parteitag gestellt werden, nur dann enfsprechend den Bestimmungen der §§ 8, 2 und 12, 2 des Organisationsstatuts auf die Tagesordnung gestellt werden können, wenn sie neben der Unterschrift des Antragstellers auch noch die Beglaubigung des Vertrauensmannes über die Parteizugehörigkeit des Antragstellers enthalten.

Antrag 14 in seinem Schlußsatz:

Die Einberufung des Parteitages muß spätestens 6 Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben erfolgen, sofern nicht außerordentliche Verhältnisse dies unmöglich machen u. s. w.

Antrag 17 Oertel-Nürnberg:

Den nächsten Parteitag in Nürnberg abzuhalten.

Antrag 130: Schoenlank und Genossen:

Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Die Landarbeiter, die Kleinbauern und die Sozialdemokratie."

b) Dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesene Anträge:

Antrag 25 Agitations-Kommission für Schlesien und Posen:

1. In allen Provinzen und Landestheilen mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung sind Agitations-Komitees zu wählen, deren Aufgabe es ist, die Bewegung im Allgemeinen, sowie ganz besonders in denjenigen Kreisen in zweckentsprechender Weise zu fördern, wo bisher die Partei nur vereinzelte Anhänger hat. Die Wahl der Kommissionen hat auf den Provinzial- und Landes-Parteitagen zu erfolgen.

2. Die Kommissionen haben alljährlich dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Im Bericht sind anzuführen: a) die Durchschnittslöhne der Dienstboten, Tagelöhner und Frauen, die gezahlt

Digitized by Google

werden in einzelnen Kreisen; b) die Natural- und sonstigen Leistungen an das Gesinde und c) die Schlafstellen und Wohnungszustände der Dienstboten, Tagelöhner und Häusler.

3. Der Parteivorstand ist verpflichtet, auf Antrag der Kommissionen dieselben materiell zu unterstützen. Unterstützungs-Anträge müssen von den Vertrauenspersonen derjenigen Orte, wo die Kommissionen ihren Sitz haben, begutachtet und befürwortet sein.

Antrag 28 in folgender Fassung:

Von den einzelnen Agitationsbezirken sollen in Zukunft schriftliche Uebersichten über Stand, Thätigkeit, Fortschritte und sonstige wichtige Verhältnisse der Partei in den betr. Bezirken an die Redaktion des wöchentlichen Zentralorgans eingesendet und das Wichtigste aus diesen Uebersichten soll in den Protokollen der Parteitage entsprechend zusammengestellt werden.

c) **Der Fraktion zur Erwägung überwiesen:**

Antrag Katzenstein, Doppler und Nikulski:

Es ist ein unentziehbares Recht eines jeden Menschen, in dem freien Gebrauch seiner Muttersprache und der Ausbildung in derselben nicht gehindert, sondern von der Staatsverwaltung gefördert zu werden. Die gegenwärtigen Rechtsverhältnisse der nichtdeutschen Nationalitäten des deutschen Reiches widersprechen diesem Grundsatze durchaus. Sie sind im Interesse der ausgebeuteten Volksmasse, sowie aus Gründen politischer Natur dringend abhülfebedürftig. Der Parteitag verlangt daher: Daß das Recht auf den Gebrauch der Muttersprache allen Reichsangehörigen ungeschmälert zugestanden und verfassungsmäßig, unter Anerkennung des Deutschen als Amtssprache, die Sprache, deren sich die nichtdeutsche Bevölkerung eines Bezirkes bedient, als gleichberechtigte Unterrichts- und Gerichtssprache anerkannt werde. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, die entsprechenden Anträge zur Reichsverfassung und zum Gerichtsverfassungsgesetze zu stellen und eine dahin zielende Agitation zu entfalten.

* * *

Digitized by Google

VII. Wahlrecht.

Resolution Bebel (s. Seite 253):

Antrag Stolten:

Die Fraktion zu beauftragen, die Agitation für das allgemeine Wahlrecht durch Einbringung eines entsprechenden Antrags zu unterstützen, daß von Reichswegen den Einzelstaaten die Verpflichtung zur Einführung des genannten Wahlrechts auferlegt wird.

Antrag 69 in folgender Fassung:

Bei Reichstags-, Landtags- und Gemeinderathswahlen keinerlei Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien einzugehen.

Digitized by Google

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Adler, Ernst	Lobenstein	Reuß j. L.
Albert, Ernst	Düsseldorf	Düsseldorf
Antrick, Otto	Berlin	Berlin 2, Königsberg N.-M.
Arons, Leo	Berlin	Frankfurt-Lebus
Auer, J.	Berlin	
Baerer, Heinrich	Harburg	17. Hannover
Baker, Ad.	Barmbeck	Hamburg 3
Bamberger, J.	Berlin	Forchheim-Kulmbach
Bebel, A.	Berlin	
Bekmann, J.	Oberursel	1. Nassauischer
Bérard, R.	Hamburg	1. Westf.
Berthold, Heinr.	Darmstadt	Darmstadt-Worms-Heppenheim
Bilz,	Pankow	Nieder-Barnim
Bock, Wilhelm	Gotha	2. Weimar, Koburg-Gotha
Bökert, Heinrich	Adlershof	Teltow-Beeskow-Charlottenbg.
Bogasch, Paul	Berlin	Friedeberg-Arnswalde
Bohne, Karl	Ernstthal	Glauchau-Meerane
Breil, Ernst	Hagen	Hagen i. W.
Brey, Aug.	Hannover	9. Hannover
Buder, Christian	Frankfurt a. O.	Frankfurt-Lebus und Sorau
Dahlen, Robert	Halberstadt	Halberstadt-Oschersleben
Diehl, August	Wurzen	11. Sachsen
Dietz, J. H. W.	Stuttgart	
Deinhardt, Ernst	Köln a. Rh.	Köln-Stadt
Doppler, Jérôme	Mülhausen i. E.	Mülhausen-Straßburg Stadt, Gebweiler (Elsaß)
Dreyer, August	Kassel	12. Hannover
Dubber, E.	Hamburg	
Eberle, Karl	Barmen	Barmen-Elberfeld
Eichhorn, Auguste	Dresden	Dresden-Altstadt
Eichhorn, Emil	Großzschachwitz	Pirna-Sebnitz
Erdbeer, M.	Rostock	Rostock-Doberau
Fell, Georg	Leipzig	Leipzig-Land
Felgentreff, Fritz	Berlin	Berlin 1

Digitized by Google

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Fickermann, G.	Dortmund	Dortmund
Fischer, Emil	Hamburg	16. Hannover
Fischer, R.	Berlin	
Franke, H.	Dessau	1. Anhalt
Fries, August	Höhr	5. Nassau
Fritz, Peter	Siegburg	Siegburg
Frohme, Karl	Hamburg	
Fuchs, Ed.	München	Rosenheim
Fülle, Albrecht	Würzburg	Würzburg-Schweinfurt
Galm, Josef	Seligenstadt	Offenbach-Dieburg
Geck, Adolf	Offenburg	Karlsruhe, Mannheim, Achern-Bühl-Rastatt, 7., 6., 5., 4. Bad.
Gerisch, A.	Berlin	
Gerischer, Fritz	Luckenwalde	Zauch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde
Gerlach, Ferd.	Halberstadt	Wanzleben
Gewehr, Wilh.	Elberfeld	Barmen-Elberfeld
Geyer, Friedrich	Leipzig	
Gockel, Joh.	Bonn a. Rh.	Bonn-Rheinbach
Gottschald, O.	Lößnitz	19. und 21. Sachsen
Grauer, Oswald	Berlin	Berlin 3
Günther, August	Braunschweig	1., 3. Braunschw.-Wolfenbüttel
Haase, Klara	Berlin	Berlin 4
Hamann, August	Itzehoe	5. Schleswig-Holstein
Händel, Otto	Kappel	16. Sachsen
Harm, Fritz	Elberfeld	
Hascheck, Robert	Berlin	Berlin 3
Heilmann, Heinr.	Offenbach a. M.	Offenbach-Dieburg
Heinrich, Karl	Altona	Altona-Stormarn-Lauenburg
Herbert, Fritz	Stettin	
Hesse, Albert	Döbeln	10. Sachsen
Heßmer, Emil	Solingen	Solingen
Heusgen, Wilh.	Mülheim	Duisburg-Mülheim
Heymann, Gustav	Berlin	Berlin 4
Hillermann, Leon	Aachen	Aachen-Stadt
Hofmann, Franz	Chemnitz	
Hofmeister, Ed.	Halle a. S.	Bitterfeld-Delitzsch, Halle und Saalkreis, Merseburg-Querfurt
Hofrichter, Adolf	Köln a. Rh.	Köln-Stadt, Trier
Holzhäuser	Flensburg	2. Schleswig-Holstein
Hölzke, Friedrich	Calbe a. S.	Kalbe-Aschersleben
Huber, Jos.	Ludwigshafen	2. Pfalz
Hülle, Gustav	Erfurt	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück, Schwarzbg.-Sondershausen, Weimar

Digitized by Google

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Hug, Paul	Bant	1. und 2. Oldenburger, 2. Hannover
Huth, Theodor	Köln	Düsseldorf
Jacobey, August	Berlin	
Jahn, Heinrich	Greiz	Reuß ält. L.
Jochem, Otto	Danzig	Danzig-Stadt
Joest, Franz	Mainz	Mainz, Kreuznach-Simmern
John, Paul	Kassel	Kassel-Melsungen, Marburg-Kirchhain-Vöhl, Eschwege, Witzenhausen-Schmalkalden
Jost, Bernhard	Berlin	Berlin 5
Joszt, J.	Mombach	Mainz-Oppenheim
Kaden, Aug.	Kötzschenbroda	4. Sachsen
Katzenstein, S.	Gießen	Wetzlar-Altenkirchen
Kaufmann	Düsseldorf	Düsseldorf
Keller, Hugo	Görlitz	Schweidnitz-Freiburg-Striegau, Reichenbach-Neurode, Görlitz-Lauban
Keßler, Gustav	Berlin	Kalbe-Aschersleben
Kleemann, Paul	Leipzig	Leipzig-Stadt
Klees, Wilhelm	Magdeburg	Magdeburg
Klingenhagen, H.	Bünde i. W.	Herford-Halle, Minden-Lübbecke
Klippel, Wilhelm	Velbert	Lennep-Remscheid-Mettmann
Kerrl, Alwin	Bremen	18. Hannover
Kobel, Heinrich	Drebkau	Kottbus-Spremberg
Koenen, Heinrich	Eimsbüttel	3. Hamburg, 4. Schlesw.-Holst.
Köhler, Christian	Burgstädt	15. Sachsen
König, Max	Witten	Bochum
Kowalewsky, K.	Peine	14. Hannover
Künzel, Hans	Falkenstein	22. Sachsen
Kunkel, Robert	Solingen	Solingen
Kuntze, Alexander	Stettin	Stettin
Kutsche, Karl	Hannover	8. Hannover
Leichhardt, Herm.	Stuttgart	Sozialdem Württemberg
Legien, Karl	Hamburg	Hamburg 2
Lehmann, Gust.	Dortmund	Dortmund
Lehninger, Herm.	Dresden	Dresden-Altstadt
Leopold, Adolph	Zeitz	Naumburg, Weißenfels, Zeitz
Lesche, Friedrich	Altona	Altona-Stormarn-Lauenburg
Lange, Robert	Plauen-Dresden	6. Sachsen
Leßner, F.	London	Internationale Arbeiter-Partei London u. Komm. Arbeiter-Bildungsverein London
Leven, Gustav	Wald	Solingen
Leven, Wilh.	Gera	Reuß j. L.

Digitized by Google

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Liebknecht, W.	Berlin	
Lienau, Heinrich	Neumünster	Schleswig-Holstein 7 und 3
Lütgenau, Franz	Dortmund	Essen
Lux, Heinrich	Magdeburg	Stendal-Osterburg
Meist, Karl	Köln	Lennep-Remscheid-Mettmann
Meister, Heinrich	Hannover	
Meis, Karl	Höscheid	Solingen
Metzger, Wilhelm	Eimsbüttel	Hamburg 3
Metzner, Th.	Berlin	Guben-Lübben, Berlin 1, Forst-Sorau
Meyer, Johann	Bochum	Bochum
Michaelis, Emil	Waldenbg. i. Schl.	Waldenburg i. Schl.
Michels, Wilh.	Kalk	Köln-Land
Millarg, Rudolf	Berlin	Berlin 6
Molkenbuhr, H.	Ottensen	Schleswig-Holstein 6
Müller, Johann	Mutterstadt	Germersheim-Bergzabern
Nikulski, Rom.	Bremen	Partei poln. Sozial. i. Deutschl.
Nitzschke, Ernst	Großenhain	Meißen-Großenhain-Riesa
Orbig, Karl	Gießen	Gießen-Grünberg-Nidda
Oertel, Karl	Nürnberg	Bamberg, Regensburg, Fürth-Erlangen-Hersbruck, Ansbach-Schwabach, Nürnberg-Altdorf
Offermann, Jos.	Kalk	Köln-Land
Opificius, Wilh.	Pforzheim	9. Badischer Wahlkreis
Oster, Wienand	Dansweiler	Köln-Land
Ostwald, Michael	Dünnwald	Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach
Paul, Albert	Hannover	8. u. 11. hannoverscher Wahlkreis
Prinz, Heinrich	Frankfurt a. M.	Friedberg-Büdingen
Quandt, Conrad	Saarbrücken	Saarrevier
Rahm, Wilh.	Siegen	Siegen-Wittgenstein
Raue, Karl	Iserlohn	Altena-Iserlohn
Reinhardt, Paul	Weißensee	Niederbarnim
Reißhaus, Paul	Erfurt	1. und 2. Meiningen
Riedel, Otto	Leipzig	Leipzig-Land
Röber, Bertha	Leipzig	Leipzig
Rohrlack, Martha	Düsseldorf	Duisburg-Mülheim
Rosenow, Emil	Chemnitz	Chemnitz und Zschopau-Marienberg
Rüdt, Ph.	Heidelberg	4., 7., 8., 9. badischer Wahlkr.
Schaaf, Herm.	Merscheid	Solingen
Schaal, Hugo	Rheydt	M.-Gladbach

Digitized by Google

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Schallbruch, Karl	Merscheid	Solingen
Schiele, Wilhelm	Neuwied	Neuwied
Schippel, Max	Berlin	
Schlieper, August	Rebbelroth	Mülheim = Wipperfürth = Gummersbach
Schmalfeld, J. H.	Bremerhaven	19. Hannoverscher Wahlkreis
Schmidt, Alb.	Burgstädt	
Schmid, Eduard	München	Augsburg und München
Schmidt, Herm.	Zwickau	Zwickau=Krimmitschau
Schmidt, Robert	Berlin	
Schmidt, Wilhelm	Frankfurt	Aschaffenburg, 2. nass. Wahlkr., Frankfurt a. M. und Alsfeld
Schmitt, Franz	München	München
Schmitt, Michael	Pirmasens	Pirmasens=Zweibrücken
Schmitt, Wilhelm	Krefeld	Krefeld
Schneider, Anna	Köln	Köln=Stadt
Schnitzler,	Dresden	Dresden
Schoenlank, Br.	Berlin	
Schrader, Christ.	Bramsche	Osnabrück
Schröer, August	Spandau	Potsdam = Spandau = Osthavelland
Schulz, Gottfried	Berlin	
Schulz, R.	Reiherstieg	17. Hannover
Schulz, Richard	Wenigenjena bei Jena	3. Weimar
Schulze, Karl	Bernburg	2. Anhalt
Schultze, Karl	Königsberg	
Schumacher, Karl	Mülheim a. R.	Mülheim = Wipperfürth = Gummersbach
Schumacher, G.	Solingen	Kempen
Schumann, Br.	Bielefeld	Lippe=Detmold
Schwartz, Theod.	Lübeck	Lübeck
Silberschmidt, H.	Schöneberg	Berlin 2
Singer, Paul	Berlin	
Slomke, Gustav	Bielefeld	Bielefeld=Wiedenbrück
Spörkel	Rotthausen	Essen
Stadthagen, A.	Berlin	
Stamm, Herm.	Kannstatt	Sozialdem. Württemberg
Stamm, Peter	Remscheid	Lennep=Remscheid=Mettmann
Stein, Philipp	Hochstadt	Hanau=Gelnhausen=Orb, Fulda=Gersfeld=Schlichtern
Stephan, Karl	Hildesheim	10. Hannover
Stirius, Gustav	Bautzen	1., 2., 3. Sachsen
Stolten, Otto	Hamburg	Hamburg 1
Ströbel, Heinrich	Kiel	7. Schleswig=Holstein
Stubenreich, L.	Oggersheim	1. Pfälz. Wahlkreis
Stücklen, Daniel	Hof	Hof und Bayreuth=Wunsiedel
Stüven, C.	Altona	Altona=Stormarn u. Lauenburg
Suskof, Joseph	Hornberg	2. bad. Wahlkreis

Digitized by Google

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Thiele, Hermann	Göppingen	Sozialdem. Württemberg
Tietze, Karl	Breslau	Breslau-Ost und West und Rawitsch
Türk, Julius	Berlin	Neuhaldensleben-Wolmirstedt
Ulrich, Karl	Offenbach	
Voigt, Lina	Elberfeld	Barmen-Elberfeld
Völkel, Oskar	Berlin	Berlin 6
Wassermann, H.	Schöningen	2. Braunschweig
Wengels, Robert	Berlin	Berlin 4
Wernicke, Herm.	Charlottenburg	Teltow-Beeskow-Charlottenburg
Wetzker, Heinrich	Potschappel	6. Sachsen
Wiehle, Richard	Nienburg a. W.	7. Hannover
Wilde, Albert	Solingen	Neuß-Grevenbroich
Wurm, Emanuel	Hannover	
Zetkin, Klara	Stuttgart	Sozialdem. Württemberg
Ziegeler, O.	Schmölln	Herzogthum Altenburg
Zubeil, Fritz	Berlin	Teltow-Beeskow-Charlottenburg.

Reumann, Jakob, als Vertreter der österreichischen Sozialdemokratie.

Troelstra, P. J., Amsterdam,
Urban, Babette, München,
van Col, Heinrich, Brüssel,
} als Gäste.

Digitized by Google

Zuschriften und Telegramme.

Apolda. Sozialdem. Volksversamml.
Berlin. Freie Vereinigung der Kutscher.
Berlin. Sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten.
Berlin. Sozialdemokratische Kaufleute und Handlungsgehilfinnen.
Berlin. Verein der Gastwirthsgehilfen.
Brake (Oldenburg). Volksversammlung.
Breslau. Versammlung des sozialdemokratischen Vereins.
Brünn. Die organisirten Genossen.
Calbe an der Saale. Sozialdemokratie: Kuhnert's Restaurant.
Celle. Volksversammlung.
Coblenz. Genossen.
Cöpenick. Volksversamml. im Kaiserhof.
Copenhagen. Sozialdemokratie Dänemarks.
Darmstadt. Gewerkschaftsfest.
Döhlen. Genossen.
Dünnwald. Lese- und Diskutir-Club.
Eberswalde. Eintracht.
Forst i. L. Parteigenossen.
Greifswald. Genossen.
Hagen i. W. Sozialdemokrat. Verein.
Hamburg. Die rothen aus der „Hochburg in der Zollvereinsniederlage".
Hamburg. Genossen des II. Wahlkreises.
Hamburg. Mitgliedschaft Kaiarbeiter und Bienenkorbwirth.
Itzehoe. Genossen.
Kiel. Frauenversammlung.
Konstanz. Gesangverein Konstanz.
Leipzig. Stiftungsfest des Arbeitervereins für Stötteritz.
Lörrach. Leseverein „Vorwärts".
Lörrach. Sozialdemokratische Partei.
London. Friedrich Engels.
Mailand. Genossen.
Metz. Genossen.
M.-Gladbach. Genossen.
Münster. Die Genossen.
Neumühlen in Holstein. Die organisirten Müller.
Neunkirchen. Genossen.
Neustadt (Ober-Schlesien). Genossen.
Peine. Wahlverein.
Pforzheim. Genossen.
Poeßneck. Volksversammlung.
Potschappel. Arbeiterverein Gittersee.
Quedlinburg. Genossen.
Recklinghausen. Genossen.
Regensburg. Genossen.
St. Johann. Organisirte Maurer Saarbrückens.
Schöningen. Sozialdemokratischer Gesangverein „Vorwärts".
Sofia. Allgemeiner Arbeiter-Verein.
Sofia. Komitee des bulgarischen Sozialdemokratischen Bundes.
Sonneberg. Genossen.
Stade. Volksversammlung in Studt's Tivoli.
Velbert. Genossen.
Weißenfels. Genossen.
Wesel. Rothe Klempner an der Willibrodikirche.
Wriezen. Greizener Genossen.
Zürich. Herausgeber und Redaktion russischer sozialdemokrat. Schriften.

Digitized by Google